Dienstag, 12. März 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 60 - 11.W.- Preis 1,20 DM • 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 26,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ministerklage: Im Zusammenhang mit der Kostenexplosion beim Bau des Aachener Klinikums will die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag eine Ministerklage gegen Regierungschef Rau und Städtebauminister Zöpel beantragen. Den SPD-Politikern wird grob fahrlässige Verletzung ihres Amtseids und der Verfassung vorgeworfen. (S. 12)

Flucht: Einen Auftrag zur Überprüfung von Telefonleitungen im Grenzbereich der „DDR" hat ein Fernmeldehandwerker zur Flucht nach Hessen benutzt.

Bilak in Bonn: Einer der ranghöchsten Politiker der CSSR, ZK-Sekretär und Präsidiumsmitglied Vasik Bilak, hat gestern in Bonn Gespräche mit der SPD-Führung aufgenommen. (S. 12)

Abgewiesen: Mit großer Mehrheit haben die Schweizer in einem Referendum eine von den Sozialdemokraten geforderte Urlaubs-Neuregelung abgelehnt, wonach Arbeitnehmer mindestens vier Wochen Urlaub haben sollten.

Christenverfolgung: Hungersnot und massive Hilfe aus christlich geprägten Ländern haben das marxistische Regime in Addis Abeba nicht davon abgehalten, die Verfolgung von Christen fortzusetzen. 5000 bis 7000, darunter zahlreiche Geistliche, sind ohne Gerichtsverfahren in Haft. (S. 12)

Vergeltungsschlag: Einen Tag nach dem Kamikaze-Anschlag auf einen israelischen Truppentransport sind israelische Einheiten in Südlibanon gestern über ihre Grenzlinie vorgestoßen und haben ein schiitisches Dorf nach „Terroristen" durchsucht. Bei Feuergefechten wurden 24 Dorfbewohner erschossen. (S. 7)

Südostasien: Die kambodschanische Widerstandsfront hat ihren letzten Stützpunkt entlang der Grenze zu Thailand verloren. Nach einwöchigen Kämpfen überrannten die vietnamesischen Besatzungstruppen gestern die Bergfestung Tatum, das Hauptquartier der Sihanouk-Partisanen.

Griechenland: Die für Freitag angesetzte Präsidentenwahl ist um zwei Tage verschoben worden. Der Grund dafür ist der Rücktritt des 78jährigen konservativen Präsidenten Karamanlis. Seine Amtsgeschäfte nimmt bis zur Neuwahl der sozialistische Parlamentspräsident Alevras wahr. (S. 7)

Attentatsserie: Auf Niederlassungen deutscher, französischer und britischer Firmen in Lissabon und Evora wurden in der Nacht zum Montag insgesamt neun Bombenanschläge verübt. In Evora detonierten Sprengsätze vor den Häusern des Leiters und eines Ingenieurs der portugiesischen Niederlassung von Siemens. Es gab keine Verletzten.

ZITAT DES TAGES



FOTO: JUPP DARCHINGER

›› Nicht nur der Terrorismus selbst in allen seinen Erscheinungen muß bekämpft werden, sondern auch der darauf zurückzuführende Ungeist einer sich verstärkt verbreitenden Bereitschaft zur Gewalttätigkeit ‹‹

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zum Bombenanschlag auf das Kaufhaus Hertie in Dortmund (S. 12)

WIRTSCHAFT

Entwicklungspolitik: Offenbar unter dem Eindruck der Lage in Afrika sieht die Bundesregierung die Gefahr wachsender Nahrungsmittelknappheit als zentrales Problem der Dritten Welt, wie aus dem 6. Entwicklungspolitischen Bericht hervorgeht, den das Kabinett morgen verabschiedet. (S. 13)

Horten AG: Mit 2,87 Milliarden DM Umsatz seiner 58 Warenhäuser blieb der Konzern 1984/85 um 1,9 Prozent hinter dem Vorjahrsergebnis zurück. (S. 15)

Renault: Das Defizit des französischen Automobilkonzerns soll nach Presseberichten auf 18 Milliarden Franc angestiegen sein. Noch schweigt sich der neue Renault-Präsident Besse darüber aus, wie er sich die Sanierung vorstellt. (S. 14)

Börse: Die Wahlergebnisse blieben an den Aktienmärkten ohne Wirkung. Die Kurse entwickelten sich freundlich. Am Rentenmarkt gab es einen Lichtblick. WELT-Aktienindex 175,9 (175,8). BHF-Rentenindex 99,998 (99,840). Performance Index 98,586 (98,401). Dollarmittelkurs 3,3620 (3,4200) Mark. Goldpreis pro Feinunze 291,00 (291,00) Dollar.

KULTUR

Akademikerschwemme: Studenten weiter so auszubilden wie bisher bedeutet eine riesige Fehlinvestition, schreibt der frühere Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, George Turner, in der WELT. Er befürwortet ein gestuftes Ausbildungssystem nach anglo-amerikanischem Muster. (S. 25)

„Neue Herrlichkeit": Das Mitte vorigen Jahres verfügte Publikationsverbot für Günther de Bruyns Roman ist in der „DDR" aufgehoben worden. Er wird demnächst im Mitteldeutschen Verlag (Halle) erscheinen. Das Buch des Ostberliner Autors wurde bereits 1984 in der Bundesrepublik veröffentlicht.

SPORT

Fechten: Der 17 Jahre alte Thorsten Weidner gewann überraschend ein Weltcup-Turnier in Venedig. Er bezwang im Finale den italienischen Olympiasieger Numa. (S. 11)

Ski Alpin: Marina Kiehl aus München siegte beim Super-Riesenslalom im kanadischen Sunshine Valley. Noch besitzt sie Chancen, den Weltcup im Riesenslalom für sich zu entscheiden. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Köpenickiade: Chinas neue Wissenschaftsgläubigkeit und die Aufwertung seiner Intellektuellen wird auch von geschickten Betrügern genutzt. Mit einem „akademischen Titel" und angeblichen Auszeichnungen des Auslands narrte ein Ingenieur eine ganze Provinz. (S. 26)

Weinpanscher: „Jeder trinkt den Wein, den er verdient", meint der französische Weinpapst Emile Peynaud. Nicht so die Mainzer Weinstrafkammer. 2600 kleine und große Sünder wurden bislang zur Rechenschaft gezogen. (S. 26)

Wetter: Wolkig. 5 bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Gorbatschow neuer Kreml-Chef Reagan nicht nach Moskau

Nachfolge nach Tod Tschernenkos geregelt / Keine Unterbrechung der Genfer Gespräche

DW. **Moskau**

Mit einer überraschend schnellen Entscheidung hat Moskau nur wenige Stunden nach dem Tod des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko (73) den 54jährigen ZK-Sekretär Michail Gorbatschow als neuen Generalsekretär der KPdSU eingesetzt. Damit bestätigte sich die von Beobachtern seit Wochen geäußerte Vermutung, daß eine Nachfolgeregelung bereits zu Lebzeiten Tschernenkos beschlossen worden war.

Ein deutliches Zeichen, daß die Wahl bereits auf Gorbatschow gefallen war, wurde bereits am gestrigen Nachmittag gesetzt, als Gorbatschow zum Vorsitzenden der Beerdigungskommission ernannt wurde. Seit dem Tode Stalins 1953 war der jeweilige Vorsitzende der Beerdigungskommission auch zum Nachfolger des verstorbenen Partei- und Staatschefs gewählt worden.

Die unter Leitung Gorbatschows stehende Beerdigungskommission gab den Termin für die feierliche Beisetzung für Mittwoch bekannt. Entgegen ersten Spekulationen wird der amerikanische Präsident Reagan nicht zu den Trauerfeierlichkeiten nach Moskau fliegen. Dies teilte sein Pressesprecher Larry Speakes mit. Er führte für diese Entscheidung technische Schwierigkeiten an. Es wird erwartet, daß nunmehr Vizepräsident Bush nach Moskau reisen wird. Fest steht, daß Bundeskanzler Helmut Kohl an der Trauerfeier teilnimmt, wie Regierungssprecher Peter Boenisch gestern der WELT mitteilte. Auch die britische Premierministerin



Michail Gorbatschow übernahm den Vorsitz der Beerdigungskommission für Konstantin Tschernenko FOTO: DPA/AP

Margaret Thatcher gab bereits ihre beabsichtigte Teilnahme bekannt.

Da der neue Generalsekretär offiziell allerdings erst bei einer Plenarsitzung des Zentralkomitees gewählt werden kann, muß eine entsprechende Sitzung bereits stattgefunden haben.

Bis zur Beisetzung Tschernenkos, der am Sonntag abend gestorben war, ist in der Sowjetunion eine dreitägige Staatstrauer verfügt worden. Tschernenko wurde nach Angaben von Tass am gestrigen Abend im Säulensaal des Gewerkschaftshauses aufgebahrt.

Bereits kurz nach der Nachricht vom Tode Tschernenkos zeigte sich die Moskauer Führung bemüht, den Eindruck einer geregelten Nachfolge und bereits umfangreicher Vorbereitungen zu erwecken. So wurde bekanntgegeben, daß sich bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen die Vertreter der UdSSR und der USA am Montag morgen geeinigt hätten, wie vorgesehen ihre Verhandlungen am heutigen Dienstag zu beginnen. Zugleich traf in Moskau wie vorgesehen der französische Außenminister Roland Dumas mit seinem sowjetischen Kollegen Andrej Gromyko zusammen. Die zweite für Dienstag geplante Begegnung mit Gromyko wurde *auf Montag abend* vorverlegt. Ein für den Montag nachmittag geplantes Treffen mit Gorbatschow wurde dagegen abgesagt. Auch die nur drei Tage nach dem Tod Tschernenkos angesetzte Beisetzung zeigte, daß sich die Führungsgremien der KPdSU bereits über die Nachfolge geeinigt hatten. Nach dem Tod Andropows, als sich Gorbatschow bereits vergeblich um die Nachfolge beworben hatte, war dessen Beisetzung erst fünf Tage später erfolgt.

Unklar ist, ob Gorbatschow, der bislang für Wirtschaft und Ideologie im Politbüro zuständig war, als Nachfolger Tschernenkos auch dessen andere Ämter übernehmen wird. In Moskau wurde auch die Möglichkeit einer Ämtertrennung in Form einer gemeinsamen Führung ins Gespräch gebracht. Dabei dürfte sich auch der frühere langjährige Leningrader Parteichef und ZK-Sekretär Grigori Romanow Chancen ausrechnen.

Wie stark sich Gorbatschow aber in den vergangenen Monaten nach außen profiliert hatte, zeigte sich bereits im Dezember 1984, als er sich bei einem Besuch in Großbritannien dem Westen als ein Führer mit staatsmännischen Qualitäten präsentierte. Dabei wurde zum ersten Mal die Vermutung geäußert, daß Gorbatschow sich durchgesetzt hatte. Aus sowjetischen Kreisen war im Februar dann bekanntgeworden, daß Gorbatschow in Abwesenheit des kranken Kreml-Chefs die laufenden Geschäfte ausübe. Die Wahl Gorbatschows bedeutet, daß ein Vertreter der mittleren Generation das Politbüro anführt. Das Durchschnittsalter der jetzt zehn Vollmitglieder dieses höchsten Führungsgremiums *der UdSSR* liegt bei 67 Jahren. Älteste Politbüro-Mitglieder sind Ministerpräsident Nikolai Tichonow (79) und Außenminister Gromyko (75).

Gorbatschow, Absolvent der Juristischen Fakultät der Moskauer

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Genf nach Tschernenko

HEINZ BARTH

In Genf sprangen die Ampeln entlang den drei großen Verhandlungs-Strängen, auf denen Amerika und die Sowjetunion von heute an die Möglichkeiten der Rüstungsbegrenzung ausloten werden, im letzten Augenblick auf Gelb.

Konstantin Tschernenko war gewiß keine Koryphäe der sowjetischen Außenpolitik, und die Fähigkeiten Gorbatschows auf diesem Gebiet sind für den Westen noch die große Unbekannte. Es wird wohl nicht ausbleiben, daß auf einige Monate hinaus für die Unterhändler, die sich jetzt gegenübertreten, eine neue und schwer zu überblickende Situation entsteht. Es ist bezeichnend für die Nebel, die sich nun am Ufer des Genfer Sees ausbreiten, daß die Vertagung des Verhandlungsbeginns dementiert werden mußte.

Um den Eindruck von Kontinuität bemüht, wird man am Konferenztisch erscheinen. Schon bevor der langsame Blitz zum dritten Mal im Kreml einschlug, ließ Präsident Reagan erkennen, wie breit der Spielraum ist, mit dem er seine Unterhändler ausgestattet hat. Auch wenn der Präsident nicht zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für Tschernenko nach Moskau fliegt, es ist ganz unzweifelhaft, daß er einen positiven Verlauf des West-Ost-Dialogs wünscht. Es kommt ihm darauf an, jeden Verzögerungseffekt auf sowjetischer Seite zu begrenzen.

Diesmal sind es Veränderungen von großer Tragweite. Die *Stunde der Ablösung hat für* die alte Garde des Kreml geschlagen. Bis der saure Regen dieses Wolkenbruches durch alle Schichten der Sowjetbürokratie nach Genf durchsickert, können – das kann jedenfalls nicht ausgeschlossen werden – auch Jahre vergehen. Viel wird darauf ankommen, wie sich das Verhältnis von Außenminister Gromyko, der mit seinen 75 Jahren die Außenpolitik Moskaus zuletzt praktisch im Alleingang beherrschte, zu Gorbatschow entwickeln wird.

Nach früheren Führungswechseln im Kreml dauerte dieser in die Details gehende Klärungsprozeß meist lange. Warum sollte er sich schneller bei diesem Wechsel vollziehen, der kein Wechsel wie die anderen ist? Das darf die Amerikaner nicht zu Ungeduld verführen, die schon so oft ein schlechter Ratgeber ihrer Rußlandpolitik war. Es ist der Reagan-Administration zu empfehlen, die Hand am Puls der künftigen Equipe zu halten, aber die Entwicklung mit Ruhe ausreifen zu lassen.

CDU will weniger Rücksicht auf die FDP nehmen

kle./lz. **Bonn/München**

Die CDU/CSU hat in den kommenden Wahlkämpfen keine Stimme mehr zu verschenken. Das erklärte Bundeskanzler Kohl am Montag vor der Presse zum Ausgang der Landtags- und Kommunalwahlen in Berlin, Hessen und im Saarland. Die Union hatte zuvor aus den Wahlresultaten folgende Schlüsse gezogen:

1. Die ökonomischen Zukunftserwartungen haben sich nicht überall gleichmäßig ausgewirkt. Während es im Fall Berlins einen deutlichen Aufwärts- und Stabilisierungstrend gebe, seien die Dinge im Saarland, so Finanzminister Stoltenberg, „eingebrochen". Die Bundesregierung werde ihr Stabilitätsprogramm noch stärker in den Vordergrund stellen.

2. Die Union begrüßt die Konsolidierung der FDP, die der Kanzler im Mai auch in den Düsseldorfer Landtag einziehen sieht. Die Zeit der „übergroßen Rücksichtnahme auf die FDP" sei aber nun vorbei.

3. Daß es Lafontaine im Saarland gelungen sei, das grüne Potential aufzusaugen, müsse für die SPD in Bonn Folgen haben. Die Union richtet sich daher schon jetzt auf schärfere Abgrenzung gegenüber der SPD ein.

Trotz des Sieges im Saarland sieht die CSU in der SPD den Verlierer des Sonntags. Sie habe auf absehbare *Zeit keinen Koalitionspartner* mehr und sei seit Sonntag isolierter als je zuvor, meinte CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel.

Berlins Attraktivität erhalten

Diepgen: Industriepolitik und Stadtentwicklung sollen konsequent fortgesetzt werden

DW. **Bonn**

Berlin soll nach den Wahlen vom vergangenen Sonntag seine Attraktivität für Industrie und Wirtschaft behalten. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen stellt in das Zentrum seiner Politik für die nächste Legislaturperiode die konsequente Fortsetzung der Industrieansiedlung, die Stadtentwicklung und damit die Schaffung günstiger Rahmendaten für Investitionen. Zukunftsperspektive und Menschlichkeit – auf diesen Nenner brachte der Regierende Bürgermeister gestern die Erklärung für seinen Wahlerfolg. Mit Diepgen sprach Thomas Kielinger.

WELT: Was bedeutet Ihr Sieg für das deutsch-deutsche Verhältnis?

Diepgen: Berlin ist der Ort, an dem die Möglichkeiten des deutsch-deutschen Dialoges am stärksten durchschlagen. Und der Berliner Senat ist daran interessiert, alle Chancen zu einer Verbesserung des Dialogs im geteilten Deutschland zu nutzen. Und vielleicht ist das am deutlichsten daran festzumachen, daß auch eine kurz vorher abgeschlossene Wahl mich nicht davon abhält, die Leipziger Messe wie schon im Vorjahr zu besuchen und dort Gespräche mit Vertretern der anderen Seite zu führen.

WELT: Sehen Sie Berlin wieder als ein Stück nationaler Aufgabe?

Diepgen: Berlin war immer eine nationale Aufgabe. Aber vor allen Dingen ist Berlin ein Ort, von dem Entwicklung ausgeht. Berlin soll weiter ausgebaut werden als eine Stadt der Chancen. Eine Stadt, wo Kreativität *sich lohnt*. Eine Stadt, *die weltoffen* ist, wo man auch etwas anders sein kann. Eine Stadt der Chancen für die junge Generation.

WELT: Was bleibt für die zweite Amtszeit Diepgen zu tun?

Diepgen: Ich denke an die schwierigen Fragen des Umweltschutzes. Ich denke an die auch schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wir müssen Arbeit schaffen für über 80 000 Berliner. Da ist mir soviel Gemeinsamkeit wie irgend möglich das liebste.

Es wird die Aufgabe sein, unsere Industriepolitik fortzusetzen, Firmenansiedlung, Investitionsentscheidungen zugunsten Berlins, einen Ausbau im Dienstleistungsbereich zu erreichen. Berlin als Kultur- und Wirtschaftsmetropole, als Dienstleistungszentrum.

WELT: Ist das gute Abschneiden der Alternativen Liste für Sie ein Problem?

Diepgen: Die AL war in den Wochen vor dem Wahltermin noch höher eingeschätzt. Sie ist also hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Es kommt im Grunde darauf an, wie die Fraktion der Alternativen im Abgeordnetenhaus arbeiten wird. Ich bin für Anregung von allen dankbar und allein die Tatsache, daß eine intelligente Anregung von Alternativen kommt, veranlaßt mich nicht zur Ablehnung, sondern zur sorgfältigen Prüfung. Entscheidend ist, daß die *Koalition im Berliner Abgeordnetenhaus* ihre Basis vergrößert hat und damit der Handlungsspielraum der Regierung auch größer geworden ist.

WELT: Sie betonten das Menschliche...

Diepgen: Es ist eine notwendige Ergänzung. Die Wirtschaftspolitik Berlins hat ein Aushängeschild. Das ist die moderne Industriepolitik, die Technologiepolitik. Aber als gleichgewichtige Säule steht die Sozialpolitik, wo es auf mehr Mitmenschlichkeit ankommt, wo es auf Unterstützung der wirklich Bedürftigen ankommt und wo es nicht etwa so gestaltet werden darf, daß man von der einen Tasche nur in die andere hinüberwirtschaftet und glaubt, alle soziale Probleme durch Geld lösen zu können.

WELT: Menschlichkeit für die älteren Mitbürger, Zukunft für die Jungen?

Diepgen: Man kann eine Politik der Zukunftsgestaltung und der sozialen Gerechtigkeit nicht zwischen Generationen aufteilen. Das wäre absolut verkehrt. Aber die junge Generation ist jetzt in Berlin gehalten, das fortzusetzen, was eine andere Generation nach dem Kriege begonnen hat, was sie geleistet hat. Nämlich den Aufbau Berlins. Wir schaffen dafür die Möglichkeiten. Das gibt der Stadt ihre Attraktivität.

„Vergeltungsschlag" Irans gegen Bagdad

DW. **Nikosia**

Der seit den vergangenen Woche verstärkt tobende Luftkrieg zwischen Iran und Irak geht offenbar weiter. Iranische Flugzeuge haben einer Mitteilung der Nachrichtenagentur Irna zufolge gestern morgen Bagdad angegriffen. Die Kampfflugzeuge hätten eine Reihe „strategischer Punkte" in der Stadt getroffen, hieß es. Während in einem Kommuniqué des iranischen Generalstabes von „bedeutenden Schäden", die bei dem Angriff verursacht worden seien, die Rede ist, erklärten Augenzeugen, die iranische Luftwaffe habe Bagdad erst gar nicht erreicht. *Es sei lediglich Fliegeralarm* ausgelöst worden, Explosionen seien aber nicht zu hören gewesen.

Das Khomeini-Regime bezeichnete die Bombardierung als „Vergeltungsschlag" gegen irakische Luftangriffe und drohte die Fortsetzung der Bombardierung ziviler Ziele an. „Dies ist *nur ein Anfang", heißt es in dem Militärkommuniqué*. Solange das irakische Regime seine „inhumanen Aktionen fortsetzt, werden die iranischen Streitkräfte darauf mit noch größerer Härte antworten", so die Militärs in Teheran.

Seite 2: Bis zur Erschöpfung
Seite 7: Die Waffenlieferanten

Einigung beim Katalysator?

lz. **München**

Die nächste Sitzung der EG-Umweltminister am 20. März wird nach Ansicht von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann eine Einigung in der Katalysatorenfrage bringen. In diesem Fall könnten die Regierungschefs auf ihrem Gipfel in Brüssel Ende des Monats das Vorhaben „absegnen". Im Hinblick auf eine europäische Einigung gab sich Zimmermann optimistisch. Es sei bereits „unheimlich viel" erreicht worden, meinte der Innenminister gestern nach einer Sitzung des CSU-Vorstands in München. Man sei einer Einigung „ganz nahe".

Der CSU-Politiker äußerte die Hoffnung, daß auch die Briten noch zu einem Kompromiß einschwenken werden. Bei der jüngsten Sitzung habe der britische Vertreter in Brüssel erklärt, sein Verhandlungsspielraum reiche nicht aus. Diese Aussage, so Zimmermann, werde beim nächsten Treffen nicht mehr gelten. CSU-Generalsekretär Gerold Tandler äußerte die Erwartung, die Katalysatorentechnik werde der deutschen Automobilindustrie künftig gegenüber den europäischen Konkurrenten Wettbewerbsvorteile einbringen.

Kantonswahlen: Sieg der Opposition

DW. **Paris**

Bei den Wahlen in der Hälfte der Kantone der 95 französischen Départements hat die parlamentarische Rechts-Opposition beim ersten Wahlgang die 50-Prozent-Marke nur knapp verfehlt. Die rechtsextreme „Nationale Front" kam auf 8,84 Prozent, nachdem sie bei den Europa-Wahlen im vergangenen Jahr elf Prozent erlangt hatte. Die Linke konnte ihren Abwärtstrend stoppen. Die Sozialistische Partei kam auf 24,85 Prozent der Stimmen, gegenüber 20,8 Prozent bei den europäischen Wahlen, verlor jedoch gemessen an den Kantonalswahlen *vor sechs Jahren zwei* Prozent. Die KP gewann mit 12,51 Prozent der Stimmen einhalbe Prozent gegenüber den Europa-Wahlen, blieb aber zehn Prozent unter dem Ergebnis von 1979 zurück.

Die traditionsgemäß für die Opposition günstigen Kantonalswahlen, bei denen für sechs Jahre die Hälfte der „Generalräte", der den deutschen Kreistagen vergleichbaren politischen Instanzen auf Départementsebene, ersetzt wird, galten als Test für die im nächsten Jahr anstehenden Parlamentsneuwahlen.

Seite 2: Mitterrands letzte Waffe
Seite 12: Absolute Mehrheit

Ortega droht Opposition mit „politischer Liquidierung"

Die Sandinisten fürchten den Zusammenschluß ihrer Gegner

DW. **Managua**

Nicaraguas Präsident Daniel Ortega hat die Oppositionsparteien des Landes gewarnt, ihnen drohe im Fall einer Allianz mit den bewaffneten Gegnern der Sandinisten die „politische Liquidierung". Ortega erklärte, der amerikanische Geheimdienst CIA versuche, eine breite anti-sandinistische Front zustande zu bringen, in die auch die katholische Kirche Nicaraguas einbezogen werden solle.

Die linksgerichtete Regierung zeigte sich bereits in den Vortagen zunehmend besorgt über den möglichen Zusammenschluß ihrer Gegner im In- und außerhalb des Landes. Elf führende Politiker der Oppositionsallianz „Coordinadora Democratica" (CDN) waren am Samstag vom Chef des Staatssicherheitsdienstes in Managua, Lenin Cerda, verhört und vor den Folgen eines Bündnisses mit den „Contras" gewarnt worden.

Mehrere „Contra"-Chefs hatten vor gut einer Woche in San José de Costa Rica mit Arturo Cruz, dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der CDN, die im vergangenen November die Wahlen in Nicaragua boykottiert hatte, sowie mit dem Mitherausgeber der Oppositionszeitung „La Prensa", Jaime Chamorro, Konsultationen geführt. Zum Abschluß der Beratungen richteten sie ein Ultimatum an die Sandinisten, spätestens bis zum 20. März einen „nationalen Dialog" mit allen Oppositionsfraktionen, auch den „Contras" aufzunehmen.

Aus „Sicherheitsgründen" hatten die Sandinisten die Rückkehr Cruz nach Managua behindert. Ortega erklärte, Cruz tue derzeit besser daran, nicht nach Nicaragua zurückzukehren. Er könne nur einreisen, wenn er das Amnestie-Angebot der Regierung annehme. Die Sandinisten machen die Amnestie von der Bedingung abhängig, daß die Betroffenen ihren bewaffneten Kampf aufgeben.

In seiner Rede forderte Ortega außerdem US-Präsident Ronald Reagan auf, eine „verantwortliche und ernsthafte Haltung" einzunehmen, um die bestehenden Differenzen zwischen Washington und Managua auf dem Verhandlungsweg beizulegen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mitterrands letzte Waffe

Von August Graf Kageneck

Zwar ist die Fotografie der politischen Landschaft Frankreichs, welche das Blitzlicht des ersten Wahlgangs der Kantonswahlen am Sonntag aufnahm, in der Mitte durchgeschnitten – nur die Hälfte der Wählerschaft war bestellt worden. Aber sie enthüllt einen unanfechtbaren Tatbestand: Zwei Drittel des Landes lehnen derzeit die Politik des Präsidenten und seines lorbeerbekränzten Premiers Fabius ab.

Auch ohne die „Nationale Front" Le Pens erhielten die Bürgerlichen des Landes die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Das ist ein Jahr vor den Parlamentswahlen eine gute Ausgangsposition für Gaullisten und Giscardisten, selbst wenn vor der undifferenzierten Übertragung von Regionalwahlergebnissen auf die nationale Ebene gerade in Frankreich nicht nachhaltig genug gewarnt werden kann.

Mitterrand wird sich nun überlegen, wie er die Parlamentswahlen von 1986 mit seinen Sozialisten gewinnen kann. Auf die Kommunisten, die von ihrem Bruch mit den Sozialisten nicht profitierten und nur knapp das Ergebnis ihrer Europawahl behaupten konnten, kann und will er nicht mehr zählen.

Ob der „Fabius-Effekt" zieht, von dem vor der Wahl viel die Rede gewesen war, ist von deren Ergebnis in Frage gestellt worden. Immerhin aber zeigen sich in der Wirtschaft Aufwärtstrends (Franc-Stabilität und gesünderer Außenhandel durch den hohen Dollar). Und es gibt trotz der Arbeitslosigkeit keine sozialen Spannungen. Aber darauf allein wird sich der Präsident nicht verlassen können.

Es bleibt ihm eine zweite, freilich zweischneidige Waffe: die Einführung des Verhältniswahlrechts, und sei es nur scheibchenweise. Das würde die Sozialistische Partei eindeutig begünstigen, aber auch Kommunisten und Rechtsextremisten zugute kommen, während es Gaullisten und Giscardisten, deren „Union" in den Kantonswahlen so erstaunliche Erfolge brachte, wieder auseinandertriebe und damit schwächte.

Die Folge wäre eine heillose Verwirrung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament und ein Rückfall in die Ohnmachtsanfälle der 4. Republik. Der Präsident hat ein Jahr Zeit, die Vor- und Nachteile abzuwägen, und er bleibt bis 1988 im Amt.

Bis zur Erschöpfung

Von Heinz Barth

Alle Kriege sind entsetzlich. Doch der Golfkrieg, in den sich Iran und Irak seit nahezu fünf Jahren verbissen haben, ist von besonderer Scheußlichkeit. Abstoßend ist nicht nur die Unmenschlichkeit, mit der auf beiden Seiten Gefangene gequält, die Zivilbevölkerung dezimiert und Soldaten, die oft noch halbe Kinder sind, in einem Zermürbungskrieg abgeschlachtet werden, von dem seit langem feststeht, daß ihn niemand gewinnen kann. Es ist die Sinnlosigkeit dieses bis an die Grenzen der nationalen Erschöpfung fortgesetzten Kampfes – der Blick in die Abgründe von Irrationalität und religiösem Fanatismus –, die jedes Verständnis ausschließen.

Zum Glück wirkt dieses Unverständnis wie eine Isolierwand zwischen den kämpfenden Parteien und den Fronten in West und Ost, die längst aufgehört haben, nach rationalen Ansatzpunkten bei diesem Konflikt zu suchen. Das einzig Tröstliche an ihm ist, daß er sich nach so langer Zeit als ein vorwiegend regionaler Konflikt erwiesen hat, von dem eine weltpolitische Ausweitung kaum noch zu befürchten ist.

Allerdings ist ein baldiges Ende auch nicht zu erhoffen. Der finstere Greis in Teheran ist imstande, bis zum letzten Schiiten zu kämpfen, obgleich es längst aussichtslos geworden ist, sein Kriegsziel – den Sturz des irakischen Regimes – zu erreichen. Seit mehr als einem Jahr warten seine Partisanen Allahs jetzt auf die Großoffensive, die allem Leid und Elend, das der Krieg ihrem Land brachte, ein Ende machen soll. Mit Menschenopfern allein ist dieser Machtkampf nicht zu entscheiden.

Langfristig verfügt Irak über die besseren Karten. Im Gegensatz zu Khomeini, der international weitgehend isoliert ist und durch den radikalen Rückgang der Ölverkäufe seine Streitkräfte kaum noch modernisieren kann, darf Bagdad mit einem steten Nachschub von Waffen aus der Sowjetunion, aber auch aus Saudi-Arabien rechnen. Für die Saudis ist dieser Krieg gefährlicher als der Konflikt mit Israel, denn ein Sieg des Ayatollah würde Kuwait und die Emirate bedrohen und das strategische Gleichgewicht der Golfregion verändern.

Börner aus dem Busch

Von Joachim Neander

Im Kommunalwahlkampf war Hessens Ministerpräsident Holger Börner quasi auf Tauchstation gegangen. Schon sprudelten die Gerüchte von ernster Krankheit, Resignation, Rücktritt. Der fast sensationelle Wahlsieg seiner SPD am Sonntag hat dafür gesorgt, daß der große Dicke aus Kassel plötzlich wieder auf der Bühne steht. Er, der Ministerpräsident des Landes, ist – obwohl von der Wahl direkt gar nicht betroffen – der heimliche Gewinner des Tages.

Seit dem Bruch des rot-grünen Bündnisses im Hessischen Landtag hat Börner dort zwar keine parlamentarische Mehrheit mehr. Aber das psychologische Gewicht dieser Kommunalwahl mit den reihenweise beseitigten CDU-Mehrheiten in Stadt und Land wiegt mehr als ein wackeliges Bündnis mit den Grünen. Börner kann in Wiesbaden für alle potentiellen Partner das Eintrittsgeld erhöhen.

Die CDU unter Walter Wallmann kann ihr ernstgemeintes Angebot zu einer Großen Koalition angesichts so schmerzhafter Stimmenverluste selbst in Frankfurt kaum wiederholen. Sie würde wie ein Bittsteller erscheinen.

Die FDP hat sich zwar landesweit knapp behaupten können, wenn man von der vernichtenden Niederlage in Frankfurt einmal absieht. Aber die Liberalen sind an ihr Wort gebunden: keine Koalition mit der SPD bis zur nächsten Wahl.

Die Grünen wiederum sind jetzt in der Zwickmühle. Die einen – wie der bisherige Landtags-Protagonist Karl Kerschgens – beeilen sich, sofortige neue Verhandlungen mit der SPD anzubieten. Die anderen, speziell in Frankfurt oder in Kassel, sehen in dem angesichts der riesigen Erwartungen doch enttäuschenden Gesamtergebnis der hessischen Grünen eher ein Signal zur Vorsicht vor weiterer Anpassung. Endloses Palaver vor allem in den Städten, wo die Grünen konkret vor der Frage von Bündnissen stehen, ist sicher.

Holger Börner kann all dies in Ruhe abwarten. Seinen Teilhaushalt hat er sich vor der Wahl mit Hilfe der Grünen gesichert. Den Rest dürfte er allein schon deshalb schaffen, weil er der einzige im Lande ist, der jetzt mit Landtagsneuwahlen drohen kann. Ein durch den Wähler gestärkter Minderheitsregent – eine neue Variante im Spiel der Kräfte. Erst eine Wende im Bundestrend könnte ihm gefährlich werden.



„Wenn gestern Montag war, ist heute Montevideo!" KLAUS BÖHLE

Der Tod und die Folge

Von Herbert Kremp

Zum drittenmal seit dem November 1982 vollzog sich in der Sowjetunion dasselbe Ritual: Der Staats- und Parteichef war ein todgeweihter Mann. Er trat wochen- und monatelang nicht mehr auf, und wenn er doch einmal erschien, wirkte die Szene gestellt. Die Bewegungen waren müde, ein Lebenszeichen wurde vorgeführt, kräftige Helfer standen in Griffnähe der Figur. Die Nachrichten-Regie lag in den Händen des Politbüros. Gleichsam unter der Tür wurden Gerüchte durchgeschoben, die in der Regel bis kurz vor dem Koma dementiert wurden. Über das lange Sterben Breschnews verlautete offiziell nichts; Andropow litt bis zuletzt an einer „Erkältung". Tschernenko verbrachte einen langen „Urlaub", der seinem Rang entsprechend als Arbeitsurlaub dargestellt wurde. Am Tag der Wahlen zu den regionalen Sowjets erfaßte das Staatsfernsehen den Führer vor einer Wahlurne. Wenig später noch einmal bei den Wahlfeiern. Dann herrschte wieder Stille. Gestern kam die Todesnachricht, eingeleitet von ernster Musik.

Das Ritual des langen Schweigens über die tödliche Erkrankung, die sorgfältige Vorbereitung auf das Ereignis des Todes und die Verzögerung der Nachricht selbst um mindestens 24 Stunden muten fremd an, präpariert, byzantinisch – obwohl sie seit jeher zum Umgang mit Personen gehören, die über den Rest der Menschheit so weit hinausgehoben sind wie der sowjetische Generalsekretär. Auch Mao Zedong war schon mumifiziert, als man sein Ableben bekannt gab. Die Verschleierung des Siechtums und die Streckung des Lebens haben in totalitären Regimen durchaus einen Sinn. Zu beachten ist dort die Hierarchie: Vom Politbüro abwärts werden die ärztlichen Bulletins kürzer, allgemeiner, dunkler. Während man im Volke kaum etwas ahnt, steht in der Spitze der Nomenklatura der Nachfolger schon im Licht, sind eventuelle Kämpfe schon ausgefochten. Um den Erben Breschnews, Andropows und Tschernenkos gab es natürlich Auseinandersetzungen. Die Konstellationen treten aber erst dann umrißartig hervor, wenn sie der Vergangenheit angehören. Regelverstöße wie in der Ära Chruschtschow erschüttern das System.

Die Weltmacht Sowjetunion kann sich eine innere Krise heute nicht leisten. Nach drei quälenden Schlußakten, angesichts eines Himalaya-hohen Berges ungelöster hausgemachter Probleme, in einer heiklen, von Rückschlägen gekennzeichneten internationalen Situation gehört der äußere Eindruck der Kontinuität zu den gebieterischen Erfordernissen der Staatsraison. Der Generationenwechsel, nach Breschnew schon fällig, wurde immer wieder gestundet. Man schleppte sich lieber noch einmal und noch einmal mit einer Figur aus der Gründerzeit hin, als einen Sprung zu wagen, der an die eingefleischte Ordnung rühren könnte. Die privilegierte Bürokratie hat sich zur Abwehr gegen Reformen formiert. Sie gleicht einer Talgschicht. Dies wurde in der Zeit Andropows deutlich, der Luft zuzuführen versuchte, deutlicher noch mit der Wahl Tschernenkos, der die Rückkehr zur Breschnew-Klientel der alten Nomenklatura verkörperte. Man wußte, als man ihn nach oben schob, daß er krank war, kurzatmig, aber er stellte unter den Mandarinen die Ruhe wieder her. Wurde der Übergang zur Vorbereitung des großen Wechsels genutzt?

Spekulationen sind sinnlos, sie werden zu schnell von der Wirklichkeit korrigiert. Im System wirken starke Beharrungskräfte, denen sachmotivierte Kräfte der Veränderung gegenüberstehen. Daten des Protokolls sind zu beachten: Michail Gorbatschow wurde sofort nach der Todesnachricht zum Vorsitzenden der Beerdigungskomission und wenige Stunden später zum neuen Parteichef ernannt.



Da gibt's keine „Wende": Moskauer Kreml FOTO: GAEBELE

Auch Andropow und Tschernenko hatten des Amtes als Vorsitzender der Beerdigungskommission gewaltet, bevor sie als Generalsekretäre hervortraten. Mit 54 Jahren ist Gorbatschow das jüngste Mitglied des Politbüros. Er steht jenseits der Ära Stalins und des Krieges, er ist nicht ein Produkt der Revolution, sondern des Systems. Zu den Förderern seiner schnellen Karriere zählten die „alten Männer" Suslow, Andropow und Kulakow, von dem er als 47jähriger die Abteilung Agrarwirtschaft im Zentralkomitee erbte. Zwei Jahre später Politbüromitglied, hatte er die Folgen von sechs Mißernten zu verwalten, was ihm aber nicht schadete. Mit Reformvorschlägen, die auf höhere Eigenverantwortung der landwirtschaftlichen Betriebe, auf eine Verbreiterung des privatbewirtschafteten Landes und auf gezielte Investitionen (Transport, Lagerung, Bautätigkeit) hinausliefen, stieß er auf unüberwindlichen Widerstand.

Den jungen Mann der alten Garde als besonders mächtig einzuschätzen, wäre ebenso verfehlt wie das Attribut „aufgeschlossen" und „liberal", das ihm die Publizistik des wishful thinking anhing, als er im letzten Jahr einen Vorzeigbesuch in England abstattete. Der Politiker ist eingerahmt von den Vätern. Als Gehilfe Andropows bei der Verjüngung des regionalen Funktionärskorps genießt er in der Nomenklatura einen zweifelhaften Ruf. Seine erfolglose Landwirtschaftspolitik steht im Dossier verzeichnet. Die politische Lebenserwartung läßt ihn als eine Art Monster erscheinen. Den neuen Generalsekretär umgibt ein Zaun von Kautelen. Man will keinen Chruschtschow mehr, sondern einen Verweser, freilich einen mit frischer Energie. Gorbatschow hängt tiefer in den Sielen des Politbüros als die Vorgänger, von denen nicht allzuviel zu erwarten war. Gromyko, auch Grischin sind bis auf weiteres mächtiger. Seiner Kompetenz sind Grenzen gesetzt, wofür die gerüchteweise Erwähnung einiger dunkler Punkte in seiner Vergangenheit spricht, was auch seine Biegsamkeit nach innen erklärt. Unter jungen Leninisten wird das sowjetische System nicht offener. Da gibt's keine „Wende". Das ist ein westlicher Begriff und eine westliche Illusion.

IM GESPRÄCH Christos Sartzetakis

Papandreous Kandidat

Von Evangelos Antonaros

Mit seinen dicken Brillengläsern und dem ernsten, fast geistesabwesenden Gesichtsausdruck wirkt er wie jemand, der sein ganzes Leben lang nichts anderes gemacht hat, als Gerichtsakten zu wälzen und Urteilsbegründungen zu formulieren: Christos Sartzetakis, Papandreous Wahl für das gerade vakant gewordene Amt des griechischen Staatspräsidenten, ist tatsächlich die Personifizierung des pflichtbewußten Richters. Seit gut 28 Jahren hat er, zuletzt als Mitglied des Areopags, des Obersten Gerichtshofes von Griechenland, im Dienste der Justitia gestanden.

Die Nominierung durch Papandreou hat den parteilosen Juristen in der Tat überrascht; ein Vorgespräch hatte es nicht gegeben. Dennoch war es für ihn selbstverständlich, daß er dieses Angebot sofort akzeptierte. Sartzetakis: „Es ist meine Pflicht als Bürger, ja zu sagen."

Der Begriff Pflichtbewußtsein hat den aus Nordgriechenland stammenden Richter schon in seinen jungen Jahren geprägt: Zu Beginn seiner Karriere hatte er als junger Untersuchungsrichter im Jahre 1963 – damals regierte in Athen der gerade zurückgetretene Staatschef Konstantin Karamanlis – die Ermordung des linken Abgeordneten Gregorios Lambrakis durchleuchtet. Trotz Pressionen aus Athen war er mit gewissenhafter Ermittlungsarbeit dahinter gekommen, daß Lambrakis das Opfer eines Komplotts von Rechtsextremisten im Staatsdienst geworden war: zahlreiche Polizeioffiziere kamen auf die Anklagebank. Karamanlis, der von den Mordplänen keine Ahnung gehabt hatte, verlor die nächste Parlamentswahl und ging ins Pariser Exil.

Als 1967 die Obristen die Macht ergriffen, war Sartzetakis einer der ersten, die aus dem Staatsdienst entlassen wurden. Er zog sich nach seiner Heimatstadt Thessaloniki zurück, wo er zweimal wegen Beteiligung an Widerstandsgruppen festgenommen



Ein unabhängiger Mann: Sartzetakis FOTO: DPA

wurde. Ein Jahr verbrachte er in den Händen der gefürchteten Militärpolizei. Aus jener turbulenten Zeit stammen seine engen Beziehungen zu vielen führenden Mitgliedern der seit Ende 1981 in Athen regierenden Pasok-Partei.

Rehabilitiert wurde der hochgewachsene Vater einer Tochter nach dem Sturz des Militärregimes in 1974. Acht Jahre später wurde er von der Regierung Papandreou in den Obersten Gerichtshof berufen. Im Kreise seiner 40 Kollegen gilt der 55jährige Sartzetakis als ein besonders gebildeter, bedachtsamer Richter, der Extremes verachtet und einen Sinn fürs Humane hat.

In der Politik ist Sartzetakis ein Laie, was er übrigens offen zugibt. Papandreous unerwartete Offerte empfindet er als eine „besondere Ehre". Aber parteipolitisch will er sich nicht einbinden lassen. „Sollte ich gewählt werden, so werde ich über den Parteien stehen", sagte er am Wochenende. Die guten Vorsätze des integren Richters bezweifelt niemand in Athen. Aber es bleibt abzuwarten, wie Papandreou mit einem wirklich unabhängigen Staatschef umgeht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die deutschen Wahlergebnisse beschäftigen Zeitungen im In- und Ausland:

LIBERATION

Mit dem Sieg von Lafontaine und dem Debakel von Apel hat der linke Flügel der Partei Punkte gegen den rechten gemacht. Der gewiefte Politiker Willy Brandt wird daraus zweifellos die Konsequenzen ziehen. **(Paris)**

Die Presse

Mitten in der Amtszeit der bürgerlichen Bonner Koalition bleibt der deutsche Wähler unsicher, welche Zukunft er herbeivotieren soll. **(Wien)**

Neue Zürcher Zeitung

Einiges an dieser Niederlage geht aber auch auf das persönliche Konto des CDU-Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Werner Zeyer, der während seiner ganzen Amtszeit eine blasse Figur blieb.

WESTFALENPOST

Lafontaines politische Zielsetzungen könnten viel stärker als bisher bei all jenen Sozialdemokraten verfangen, die nur über einen radikalen Schwenk nach links die Rückgewinnung der Macht am Rhein für möglich halten. **(Bielefeld)**

WIESBADENER TAGBLATT

Der erdrutschartige Sieg der Kommunalwahl von 1977, der die Mehrheitsverhältnisse in den einst fast überall „roten" Rathäusern umkehrte und den die CDU vier Jahre später noch einmal wiederholen konnte, läßt sich eben nicht beliebig oft fortsetzen.



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Bei der SPD ist eine Wende eingeläutet worden, die langfristig das Gesicht der Partei personell und programmatisch entscheidend verändern kann. Linksaußen Oskar Lafontaine mit dem bisher größten Erfolg an der Saar, Rechtsaußen Hans Apel mit der bisher härtesten Schlappe in Berlin – an diesen markanten Ergebnissen wird sich künftig die SPD mehr denn je orientieren.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Es hat sich so gefügt, daß – die hessischen Kommunalwahlen einmal beiseite gelassen – zwei wichtige Tests genau in die Mitte der Bonner Legislaturperiode fielen. Sie bewirkten, daß der heimliche Wahlsieger Helmut Kohl heißt, unbeschadet der Tatsache, daß seiner CDU ein Bundesland verlorenging, weil ihm gerade aus vermuteter Schwäche ungeahnte Stärke zufließt. **(Kassel)**

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Vieles spricht dafür: Das waren Wende-Zahlen für die FDP. Martin Bangemann als neuer Parteivorsitzender, dann der gelungene FDP-Parteitag von Saarbrücken und jetzt diese Ergebnisse: Es geht wieder aufwärts mit den Liberalen.

Wenn der Spitzenkandidat die Partei nicht emporträgt

Dreimal Persönlichkeitswahl in der Halbzeit / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Wahlen dieses Sonntags lassen sich als Persönlichkeitswahlen deuten. In Berlin bestand der jugendlich wirkende Eberhard Diepgen glänzend den Wettkampf gegen Hans Apel, einen gestandenen Bundespolitiker, gehärtet in erstrangigen Ministerämtern unter dem SPD-Kanzler Schmidt. Apel hat in Berlin sein durchschlagendes Thema nicht gefunden, was im Umkehrschluß bedeutet, daß Diepgen die entscheidenden Themen besetzt hatte. Mit seiner Bemerkung, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, hatte Apel gerade in Berlin sein Thema sogar total verfehlt.

Für die CDU als Partei ergibt sich daraus, daß sie ohne die hohen Sympathiewerte Diepgens, die an jene des einstigen Regierenden Bürgermeisters von Weizsäcker herankommen, ihr Wahlziel verfehlt hätte. Umgekehrt kann die SPD sich trösten, auf Dauer seien ihre Aussichten als Berliner Partei vielleicht doch besser, als es der Mißerfolg des „Imports aus Bonn" mit dem Namen Apel erscheinen läßt.

Im Saarland bestritt Oskar Lafontaine die Persönlichkeitswahl gegen Werner Zeyer, und er siegte haushoch, freilich unter den ungünstigsten Umständen für Zeyer. In der prekären wirtschaftlichen Lage an der Saar verwandelte sich der Amtsbonus des Regierungschefs in einen nicht wettzumachenden Nachteil. Hinzu kam, daß der zurückhaltende Zeyer dem zügellosen Polemiker Lafontaine rhetorisch wenig entgegenzusetzen hatte. Die Notsituation im Saarland bot dem demagogischen Talent große Vorteile, die sich in ebenso große Nachteile verkehren werden, sobald Lafontaine den Beweis antreten muß, daß er es besser zu machen versteht als der im Amt durchaus tüchtige Zeyer.

Als Partei muß sich die SPD vergegenwärtigen, daß sie an der Saar in dieser Konstellation ein wahrscheinlich nie zu wiederholendes Spitzenergebnis erzielt hat. Die CDU hat erfahren, wie schnell es bergab gehen kann, wenn der Spitzenkandidat die Partei nicht emporträgt, sondern hinabzieht.

Die dritte Persönlichkeitswahl spielte sich in Frankfurt ab. Walter Wallmann widerstand dem allgemeinen Trend dieser Kommunalwahl in Hessen und behauptete im Stadtparlament die absolute Mehrheit der CDU gegen den Herausforderer Volker Hauff. Listig hatte die SPD einen in Bonner Regierungsämtern erprobten Mann aufgestellt, der im Persönlichkeitsbild Wallmann nicht unähnlich ist. Allerdings gab es einen Unterschied, den Hauff nicht ausgleichen konnte. Wallmann ist der geborene Oberbürgermeister einer Metropole, im Amte beliebt und vom Vertrauen der Bürger getragen.

Für die CDU bedeutet der Sieg in Frankfurt, daß Wallmann die Partei dort noch einmal aus dem Feuer gerissen hat. Insgesamt steht sie nach dieser Wahl in den hessischen Gemeinden und Kreisen gerupft da. Anders die SPD. In Hessen hat die Bonner Oppositionspartei den Aufstieg von unten her begonnen.

Unter den Aspekten der Persönlichkeitswahl bietet der Sonntag der CDU viel Stoff zu selbstkritischem Nachdenken. Die Haushaltskonsolidierung mit ihren aufschwungfördernden Wirkungen auf die Wirtschaft darf nicht gefährdet werden; aber Stoltenberg muß das Image des bremsenden Sparministers hinter sich lassen und Wege zu einer kreativen Politik der Zukunftsbewältigung öffnen. Da muß die Rentenpolitik noch wichtiger genommen werden als die Steuerreform, deren guter Sinn ohnehin schon zerredet ist. Der Kanzler wird wissen, was ihm seine Richtlinienkompetenz abverlangt. Er weiß auch, daß München aufgrund der neuen Stimmenverhältnisse im Bundesrat noch mehr mitzubestimmen haben wird als schon bisher.

Unter den Aspekten struktureller Veränderungen der politischen Formationen erhielt die FDP am Sonntag eine Schlüsselrolle. Sie hat ihre innerparteiliche Zerreißprobe, ausgelöst durch den mutigen Entschluß zur Wende, überwunden. Unter Bangemann macht sie den Eindruck von Frische, Vitalität und Unbefangenheit. Sie wird wieder gewählt, und das bestärkt Kanzler Kohl darin, über 1987 hinaus auf diese Koalition zu setzen.

Lafontaine hat den Modellfall dessen verwirklicht, was Brandt unter der Mehrheit „diesseits" von Union und FDP meint. An der Saar hat die SPD die Grünen „überflüssig" (Brandt) gemacht. Für die SPD wird die Versuchung groß sein, in diesem Modellfall ihr Heil zu sehen. Doch das Experiment Lafontaine beginnt jetzt erst. Es hat eher die Chance, zu mißglücken, als zu gelingen.

Schließlich die Grünen. Wie die hessische Kommunalwahl ausweist, haben sie in den Gemeinden noch Boden unter den Füßen. Jedoch in den Ländern – Berlin ist ein Sonderfall – und im Bund schwindet ihre Faszination. Das hat Brandt in der Wahlnacht zutreffend festgestellt. Die Grünen erweisen sich weithin als pubertäre Laune derer, die erst mit vierzig gescheit werden.

Konstantin Tschernenko fehlten als Generalsekretär der KPdSU Zeit und Kraft, nachhaltige politische Zeichen zu setzen

Im Schlepptau Breschnews eine Karriere als Partei-Bürokrat

Von MICHAEL VOSLENSKY

Generalsekretäre in Moskau lösen sich fast im Jahresturnus ab: Im Winter vor zwei Jahren starb Leonid Breschnew, im vergangenen Winter Jurij Andropow, jetzt Konstantin Tschernenko.

Beim Begräbnis Andropows verlor Tschernenko seine übliche Selbstbeherrschung. Millionen Fernsehzuschauer haben es beobachtet: Wie gebannt blickte er voll Entsetzen auf den ins Grab hinuntergleitenden Sarg seines Vorgängers, und seine zum letzten Gruß erhobene Hand zitterte und fiel zögernd herab. Offensichtlich dachte der Generalsekretär in dieser Minute, daß er selbst bald genauso in einem prachtvollen Sarg am selben Roten Platz ins Grab abgeseilt wird. Jetzt ist es soweit.

Ich habe Tschernenko öfters gesehen. Er war ein unscheinbarer, bulliger Mann, untersetzt und korpulent, mit gepflegtem silbergrauen Haar. Mit seinen aufmerksamen schmalen Augen schaute er ernst und stets etwas besorgt drein. Er sprach in kurzen, abrupten Sätzen, was immer den Eindruck einer Grobheit erweckte. Wir wußten damals nicht, daß er lungenkrank und daher kurzatmig war.

Zwar hatte Tschernenko ein Hochschuldiplom im Fach Pädagogik, so sah er doch im Gegensatz zu Andropow nicht wie ein Intellektueller aus. Er galt unter seinen Mitarbeitern als ein entschlußfreudiger und strenger Chef. Nur mit Breschnew war er anders: mild, rührend aufmerksam und unterwürfig.

Hat Konstantin Tschernenko in seinen 13 Monaten als Generalsekretär eine reale Rolle in der sowjetischen Politik gespielt? Kaum. Und das nicht nur wegen der Kürze der Zeit und der angegriffenen Gesundheit. Er war einfach nicht dazu imstande.

Der obligate byzantinische Personenkult, der um jeden Generalsekretär des ZK der KPdSU automatisch betrieben wird und der auch ihm zuteil wurde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Tschernenko kein großer Politiker war. Er war etwas anderes: ein perfekter, erfahrener Nomenklatura-Funktionär, ein typischer Vertreter der im Realsozialismus herrschenden Polit-Bürokratie.

Konstantin Ustinowitsch wurde am 24. September 1911 im ostsibirischen Dorf Bolschaja Tes, Nowosjolowskij Rajon, Krasnojarsker Gau, geboren. Sein Name ist typisch ukrainisch, aber Tschernenko legte stets besonderen Wert darauf, als ein Russe zu gelten: In der Sowjetunion ist es nämlich ratsam, Russe zu sein.

Sein Vater war Bauer, und beim Amtsantritt als Generalsekretär ließ Tschernenko die Information verbreiten, er selbst sei als junger Bursche ein Landwirtschaftsarbeiter bei reichen Bauern gewesen: Ob dies stimmt oder nicht – es verlieh ihm auf jeden Fall die Aura der erwünschten proletarischen Herkunft.

Denn danach hatte Tschernenko mit dem Proletariat überhaupt nichts zu tun. Mit 18 Jahren wurde er Leiter der Agitprop-Abteilung im Nowosjolowskij-Rajon-Komitee des Komsomol (der Jugendorganisation der KPdSU). Schon seinen Militärdienst leistete der junge Apparatschik nicht in einer normalen Truppe, sondern als Freiwilliger in einer Grenzeinheit der GPU (so hieß damals das heutige KGB). Hier trat er 1931 der KPdSU bei und wurde Parteisekretär seiner GPU-Einheit.

In Tschernenkos offizieller Biographie fehlen chronologische Angaben über seine Tätigkeit zwischen den Jahren 1933 bis 1941, der Periode der großen Stalinschen Säuberungs-Kampagne. Es wird nur kurz erwähnt, er sei im Krasnojarsker Gebiet Leiter der Agitprop-Abteilungen von zwei Rajon-Komitees der KPdSU, dann Direktor des „Hauses für Parteiaufklärung" in Krasnojarsk, danach stellvertretender Leiter der Agitprop-Abteilung des Krasnojarsker Gau-Parteikomitees und schließlich Propagandasekretär dieses Komitees gewesen.

Alles leitende Parteiposten. Aber die „Große Sowjet-Enzyklopädie" teilt mit, daß er auch im Staatsapparat gearbeitet hat. Es gibt Gerüchte, daß er nach Abschluß seines Wehrdienstes bei der Grenztruppe in den GPU-Apparat aufgenommen und nach Dnjepropetrowsk geschickt wurde. Hier traf er angeblich zum erstenmal seinen künftigen Protektor und Förderer Breschnew, der ein Abteilungsleiter im Gebiets-Parteikomitee war.

Man weist darauf hin, daß noch 1958 im Westen ein Buch über den Stalin-Terror in Dnjepropetrowsk erschien, das einen gewissen Tschernenko, stellvertretender Personalchef der NKWD-Gebietsverwaltung, erwähnt – als Beteiligter an nächtlichen Erschießungen in der Autowaschhalle es NKWD-Gebäudes. Aber vermutlich ist das eine zufällige Namensgleichheit. Und daß der Generalsekretär seinerzeit im GPU oder NKWD gedient hat, soll wirklich nicht stören: Andropow war 15 Jahre lang der KGB-Vorsitzende gewesen – was soll man da über Jugendsünden Tschernenkos sprechen.

Auf jeden Fall war er kein Mann der Geheimpolizei, sondern ein Mann des Parteiapparates. 1943 wurde er für zwei Jahre auf die Hochschule für Parteiorganisatoren beim ZK der KPdSU geschickt. Nach Studienabschluß kam er als Propaganda-Sekretär im Gebiets-Parteikomitee nach Penza – geographisch näher an das Zentrum der Macht. 1948 schickte ihn das ZK der KPdSU nach Kischinjow als Leiter der Propaganda- und Agitationsabteilung im ZK der KP-Moldau.

Das war ein verantwortungsvoller Posten. Die Moldauische Republik war Bessarabien, das Stalin durch Ultimatum im Sommer 1940 von Rumänien bekommen hatte. Im Krieg wurde sie wieder von rumänischen Truppen besetzt, und es handelte sich darum, die Republik tatsächlich zu sowjetisieren.

Mit dieser Aufgabe wurde im Jahre 1950 Breschnew betraut, den Stalin als den ersten Sekretär des ZK der KP-Moldau nach Kischinjow schickte. Hier fand Breschnew in seinem Apparat den Abteilungsleiter Tschernenko vor.

Kischinjow ist eine kleine Stadt, dort weiß man alles über alle, auch über die Obrigkeit. Der erste Sekretär ging jeden Morgen von seiner Residenz – einem kleinen Einfamilienhaus – zu Fuß in sein Büro, von einem Leibwächter begleitet. Er begrüßte die Passanten, plauderte kurz mit ihnen. Die Kischinjower wissen zu berichten, daß Tschernenko bald ein enger Mitarbeiter und persönlicher Freund Breschnews wurde. Man erzählt, daß der lebensfreudige Breschnew manche feucht-fröhliche Party mit Tschernenko gefeiert hat.

Die somit entstandene Freundschaft erwies sich als unzerstörbar. 1956 holte Breschnew, Sekretär des ZK der KPdSU geworden, seinen Freund nach Moskau – als Leiter des Sektors „Agitation" in der Propaganda-Abteilung des ZK. 1960 holte ihn der inzwischen zum Staatschef aufgestiegene Breschnew zu sich als Sekretariatsleiter im Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR. Und als Breschnew 1964 zum Parteichef avancierte, nahm er Tschernenko wieder ins ZK mit – als Leiter der Allgemeinen Abteilung.



ZEICHNUNG: REINHOLD W. TIMM

Hinter dieser nicht vielsagenden Bezeichnung verbirgt sich die mächtige Kanzlei der „Direktivorgane", des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU. Es ist diese Abteilung, die sämtliche für diese Führungsorgane bestimmten Dokumente in Empfang nimmt und über ihren weiteren Weg entscheidet. Leiter der Allgemeinen Abteilung zu sein, ist eine wichtige Machtposition. Diese Position und die Hochschätzung seitens Breschnew öffneten Tschernenko den Weg zur Spitze. 1971 wurde er Mitglied des ZK, 1976 Sekretär des ZK, 1977 Kandidat und schon im nächsten Jahr Mitglied des Politbüros. Am 13. Februar 1984 wurde er einstimmig zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt.



Eines der letzten Fotos: Tschernenko bei der Stimmabgabe für die Wahlen zum Obersten Sowjet am 24. Februar FOTO: AP

Auf diesem Posten setzte er die Politik der Breschnew-Gruppe fort: Eine Politik der Unbeweglichkeit im Innern und der Aktivität nach außen. Zu Hause war Tschernenko vorsichtig. Obwohl Andropow mit Hilfe von Ustinow den Posten des Generalsekretärs nach Breschnews Tod an sich gerissen hatte (und damals mußte der umgangene Tschernenko selbst die Kandidatur Andropows vorschlagen), zeigte er sich nicht nachtragend: Auch nach Andropows Tod ließ Tschernenko über ihn lobende Worte veröffentlichen. Dies zeugte von einer Schwäche der Position Tschernenkos: Er war von seinem Posten überfordert und dazu noch schwer krank.

Tschernenko versuchte dennoch, neue politische Thesen aufzustellen und Akzente zu setzen. Er verkündete, daß die „klassenlose kommunistische Gesellschaft" nicht als eine selbständige Epoche eintreten, sondern im Rahmen des „entwickelten Sozialismus" reifen würde – und die Sowjetunion befinde sich erst in seinem Anfangsstadium. Das bedeutet praktisch eine längst fällige Absage der KPdSU an die kommunistische Utopie von Marx und Engels. In der Tat: Man hat in der UdSSR eine neue Klassengesellschaft aufgebaut, und der „klassenlose" Kommunismus wird notgedrungen auf den St. Nimmerleinstag verschoben.

In der Außenpolitik zeichnete sich in der kurzen Ära Tschernenko eine gewisse Flexibilität Moskaus ab: Nach vielen Reden darüber, daß die Sowjetunion Abrüstungsverhandlungen für unmoralisch halte, solange die in Europa stationierten Pershing-Raketen nicht nach Amerika zurückgeschickt worden seien, ist die sowjetische Delegation brav zu Verhandlungen in Genf erschienen.

Aber auch unter Tschernenko fand die sowjetische Spitze nicht den Mut, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen. Hoffentlich wird dieser für Moskau selbst notwendige Schritt unter Tschernenkos Nachfolger gemacht.

Wer der Nachfolger sein wird, werden wir vielleicht schon heute erfahren. Aber wer das auch immer sein mag, er wird keine eigene Politik machen können. Zur Zeit Stalins war der Generalsekretär des ZK der KPdSU ein Diktator. Chruschtschow versuchte auch, das zu werden – und wurde gestürzt. Seitdem ist der Generalsekretär in Moskau nur der höchstgestellte Sprecher des Partei-Apparates und dadurch der gesamten Nomenklatura als herrschender Klasse. Auch er wird seine Akzente setzen und ideologische Thesen verkünden – alles im Interesse dieser Klasse.

Noch einmal hat die kurze Tschernenko-Ära gezeigt: Die sowjetische Politik in ihrer ganzen Komplexität kann überhaupt ohne einen Generalsekretär gestaltet, formuliert und gemacht werden. Seit einem Jahrzehnt ist der Generalsekretär des ZK der KPdSU ein alter, kranker und kaum arbeitsfähiger Mann. Das hat aber an der sowjetischen Politik kaum etwas geändert.

Bald wird Tschernenko am Roten Platz beigesetzt – neben dem Lenin-Mausoleum, neben Stalin, Breschnew, Andropow. Ein neuer Generalsekretär wird auf den hinuntergleitenden Sarg blicken, mit den von seinem Alter bestimmten Gefühlen. Dann wird die Routine der neuen Ära beginnen. Es ist angenehm, mit dieser Ära Hoffnungen zu verbinden. Es ist naiv, sich davon reale Änderungen zu versprechen.



Als Freiwilliger trat Konstantin Tschernenko (Kreuz) einer Grenzeinheit der GPU bei. 1931 wurde er Mitglied der KPdSU und Parteisekretär seiner GPU-Einheit. Das Foto zeigt ihn 1932 bei einer Partei-Konferenz von Grenzsoldaten in Kasachstan

FOTO: CAMERA PRESS

SPD sieht den Weg zur Mehrheit im Bundesrat

Brandt visiert neue Wähler an / Stärkung für Vogel?

Von PETER PHILIPPS

Hans Apel, der Verlierer von Berlin, gab sich nach Vorliegen der Wahlergebnisse von Saar und Spree ganz sicher: „Einen Linksruck wird es in der SPD nicht geben." Damit hatte er, nach vielen Irrtümern der letzten Zeit, sicher endlich wieder einmal recht.

Natürlich werden sich die Linken in der Partei nach Lafontaines Triumph und Apels Mißerfolg im Aufwind sehen, werden – wie gestern die *Jusos – den „Sieg der linken Erneuerung* der SPD über einen rechten Parteiopportunismus" bejubeln und mit solchen Diffamierungen die endgültige Zäsur zu der von Helmut Schmidt repräsentierten Regierungspartei propagieren. Und ebenso natürlich ist der seit seinem im Zuge der Nachrüstungsdebatte parteiintern und öffentlich geführten Feldzug gegen Kanzler Schmidt ohnehin schon zum linken Hoffnungsträger avancierte Lafontaine nun endgültig zum unumstrittenen Führer der Linken geworden.

Hebel gegen die Regierungskoalition

Doch die strategischen Überlegungen des immer noch konkurrenzlos dominierenden Parteivorsitzenden Willy Brandt gehen – im Moment fast deckungsleich mit Stellvertreter Hans-Jochen Vogel und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz – in eine ganz andere Richtung.

Das Ergebnis seines politischen „Lieblingsenkels" an der Saar hat ihn darin nur bestätigt: In Erinnerung an die erfolgreiche Strategie Ende der sechziger Jahre dreht Brandt das Dickschiff SPD auf einen Kurs, der auch jetzt wieder zwei unterschiedlich angesiedelte, zusätzliche Potentiale zur Stammwählerschaft der Partei hinzuführen soll: reform- und realpolitisch orientierte, inzwischen enttäuschte Anhänger der Grünen einerseits, sowie junge, technische Intelligenz aus dem Reservoir der Union andererseits. Nach den ersten Analysen der Wählerbewegungen an der Saar scheint Lafontaine etwas derartiges gelungen zu sein. Vergessen ist eine rot-grüne Regierungs-„Mehrheit diesseits der Union".

Bester Stimmung verfolgte die SPD-Spitzengarde Brandt, Vogel, Rau, Glotz, Wischnewski und Ehmke auch am Sonntagabend im Büro des Parteivorsitzenden die Wahlberichterstattung auf dem Fernsehschirm. „Wir haben schon schlechtere Abende verbracht", gab ein aufgekratzter Brandt als Devise aus, um später auf der Wahlparty der „Baracke" vom „ermutigenden Plus" zu sprechen, das die SPD im Saarland und bei der Kommunalwahl in Hessen erreicht habe. Sein „Freund Oskar" Lafontaine habe nun eine „ganz schwere Aufgabe" vor sich mit einer knappen Mehrheit im Landtag, aber – und da zitierte sich der Koalitions-Architekt von 1969 selbst – „Mehrheit ist Mehrheit".

Einhellig gaben Brandt und Glotz noch in der Wahlnacht das Ziel aus, das nun vordringlich anzusteuern sei: In Niedersachsen müsse ihrem Spitzenkandidaten Gerhard Schröder im kommenden Jahr das gleiche gelingen wie jetzt Lafontaine, dann „haben wir im Bundesrat die Mehrheit und damit die Situation, von der aus die Union uns einmal von der Bonner Regierungsmacht weggedrängt hat" (Glotz). Der Bundesrat soll zum Hebel gegen die Regierungskoalition werden, während gleichzeitig mit „kleinen Netzen" (Glotz) nach neuen Wählern für 1987 gefischt wird.

Die Jusos, schon seit längerem nicht mehr auf der Höhe der Zeit, schossen sofort wieder über das Ziel hinaus und reklamierten Lafontaine gleich zum neuen Parteichef und Nachfolger Brandts. Aber wer ein wenig auf die Zwischentöne in der Partei und bei dem designierten saarländischen Ministerpräsidenten selber hört, entdeckt eine andere Wahrscheinlichkeit der Entwicklung: Lafontaine weiß, daß er erst einmal einige Jahre beweisen muß, daß er harte, verantwortungsbewußte Kärrnerarbeit in der Regierung leisten kann, bevor er zu neuem Lorbeer greifen kann. Für ihn ungewöhnlich zurückhaltend waren denn auch seine ersten Kommentare zum Ergebnis.

Das Saar-Ergebnis scheint aktuell vor allem die Position des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel gegenüber Johannes Rau gestärkt *zu haben. Zwar propagierten Brandt* und Rau im Chor, daß sie aus Lafontaines Abschneiden eine Ermutigung für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 12. Mai zögen, doch wissen beide nicht, wie Rau in ähnlicher Weise aus den Potentialen von Grünen und CDU gleichermaßen Stimmen holen soll – so wie dies Lafontaine gelang und Vogel es eher schaffen könnte.

Dieser jedenfalls trieb seinen Abgrenzungsprozeß gegenüber den grü*nen Fundamentalisten noch am* Wahlabend ein Stück weiter voran und warb zugleich verstärkt um von den Grünen enttäuschte „Reformer": Wenn die Grünen ihren bisherigen Weg fortsetzten, würden jene Wähler, die Reformen wollten, zur SPD zurückfinden und nur diejenigen bei den Grünen bleiben, die „eben einfach Nein sagen wollen". Die „kritische technische Intelligenz" will er aus dem Reservoir der Union herüberholen, indem er noch stärker als bisher unter anderem *das* SPD-Projekt „Arbeit und Umwelt" vorantreibt.

Erst spät am Sonntagabend hatte Brandt telefonischen Kontakt mit Lafontaine aufgenommen, während die Verbindung zu Apel in Berlin und noch mehr zu Börner in Hessen sehr früh aufgenommen wurde. Der gesundheitlich immer noch angeschlagene hessische Ministerpräsident zeigte Brandt, „wie gut" das Ergebnis der Kommunalwahl ihm „getan" habe. Er sieht jetzt wieder Land, erste Äußerungen der Landes-Grünen bestärken ihn darin, daß die zur Zeit ruhende rot-grüne Zusammenarbeit auf Landesebene bald wieder aktiviert wird.

„Reform an Haupt und Gliedern"

Und Berlin? Im Parteipräsidium hat Hans Apel *gestern* abend Bericht erstattet. Er ist gescheitert, aber es soll nicht alles an ihm hängenbleiben. Brandt selbst sprach in einer ersten, enttäuschten Reaktion vom „Sonderfall", um später nachzuschieben: Er sei es ja nun „seit Jahren gewöhnt, daß es in Berlin nach unten geht". Eine „Reform an Haupt und Gliedern" sei bei der Landespartei notwendig. Neue Expeditionen aus Bonn wird es nicht geben, was Glotz flapsig als Absage an eine „Kinderlandverschickung" formulierte.

Doch was der Berliner Bundestagsabgeordnete Vogel am 18. März, wenn sich seine Berliner Genossen auf einem eilends einberufenen Landesparteitag nicht nur die Wunden lecken wollen, den Delegierten an Hoffnung weckender Perspektive mitteilen soll, ist noch völlig offen. Nicht einmal, wo die von Brandt anvisierten Glieder und wo das Haupt bei der vernichtend geschlagenen Partei sind, die reformiert werden sollen, ist zu erkennen. Insofern ist sie sicher ein Sonderfall, denn in den Bonner SPD-Planungen wird sie auf längere Sicht keine Rolle mehr spielen.

FDP wird wegen ihrer Funktion im Parteiensystem gewählt

W. KALTEFLEITER, Kiel

Berlin und das Saarland sind traditionsgemäß die beiden Länder, die sich am wenigsten in die allgemeine politische Trendentwicklung der Bundesrepublik einordnen. Eigenbewegungen und Eigentümlichkeiten haben seit je das politische Verhalten in diesen beiden Gebieten bestimmt, was durch die besondere Rolle der Stadt Berlin einerseits und durch den verzögerten Anschluß des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland andererseits auch mühelos zu erklären ist.

Die gilt jedoch kaum für die Wahlen vom 10. März. Ihr Ergebnis läßt sich ohne weiteres in bundespolitische Trendaussagen einordnen, so gegensätzlich es erscheinen mag: in Berlin konnte sich ein CDU/FDP-Se*nat behaupten, in Saarbrücken verlor* eine gleiche Regierung ihre Mehrheit im Parlament. Für das Verständnis dieser Entwicklung ist es wichtig sich zu erinnern, daß in beiden Ländern diese CDU/FDP-Regierungen eine Art Vorreiter-Rolle für das Bonner Bündnis vom Oktober 1982 gespielt hatten. Das Saarbrücker Bündnis war 1977 damals neben Niedersachsen der erste Einbruch in die koalitionspolitische Gleichschaltung, die das deutsche Parteiensystem seit der Regierungsbildung aus SPD und FDP 1969 geprägt hatte. In Berlin bedeutete 1981 die Bildung eines CDU-Senates mit Tolerierung der FDP – dies im Gegensatz zur vorausgegangenen Koalitionsaussage – einerseits einen Meilenstein im Zerfall *der Bonner SPD/FDP-Koalition und* andererseits zugleich einen Vorgeschmack auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen, die die FDP im Falle eines Regierungswechsels in Bonn zu erwarten hatte. Dieser zeitgeschichtliche Hintergrund ist auch wesentlich für das Verständnis der jüngsten Wahlergebnisse in beiden Ländern.

In Saarbrücken stand das CDU/FDP-Bündnis bereits zum zweiten Mal in der Bewährung. Das Parteiensystem selbst zeigte also – zumindest auf dieser Seite – die gleiche Struktur wie 1980. Dementsprechend sind die Veränderungen in Stimmenprozenten für die Koalition mit minus 2,7 Prozent im Saldo zwar gering (CDU minus 6,7 Prozent, FDP plus vier Prozent), die machtpolitischen Konsequenzen allerdings deutlich.

Die CDU hatte bereits 1980 mit 44 Prozent der Wählerstimmen einen Tiefpunkt erreicht. Damals nicht aus landes-, sondern aus bundespolitischen Gründen: die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß zur Bundestagswahl 1980 war auch die dominierende Variable in jener Landtagswahl. Gemessen an diesem damali*gen Tiefpunkt ist das jetzige Ergebnis* der CDU mit 37,3 Prozent allerdings erst rechtmäßig. Sie hat zwar einerseits die 1980 von Strauß abgeschreckten Wähler zurückgewonnen, aber zugleich die deutlichen Verschleißerscheinungen einer langjährigen Regierungspartei in einem von einer anhaltenden strukturellen Wirtschaftskrise geschüttelten Land gezeigt. Dies muß als die wesentliche Ursache für die Niederlage der Union *im Saarland* gesehen werden.

Die FDP konnte sich unerwartet gut behaupten. Sie gehörte an der Saar wie in Berlin zu den Gewinnern der Wahl (plus 3,1 Prozent, plus 2,8 Prozent); im Saarland erreichte sie mit 10 Prozent gar ihr bestes Wahlergebnis seit 1965. Die anstehenden personellen Querelen und Veränderungen und die anschließende personelle Stabilisierung haben das Abschneiden der Partei offensichtlich kaum beeinflußt. Die FDP wird eben *weniger wegen ihres sachlichen und* personellen Erscheinungsbildes, sondern wegen ihrer Funktion im Parteiensystem gewählt.

Der Aufwärtstrend der Grünen an der Saar ist gestoppt. Hatten sie dort bei der Bundestagswahl 1983 4,8 und bei der Europawahl 1984 6,6 Prozent der Wähler erreichen können, so fielen sie diesmal mit 2,5 Prozent um 0,4 Punkte hinter ihr letztes Landtagswahlergebnis zurück. Dieses Ergebnis deutet an, daß die Strategie der SPD, die Grünen zu umarmen, zumindest kurzfristige Erfolge zeigen kann.

Anders war die Situation in Berlin. Hier lag zwischen der letzten Wahl eine Umstrukturierung des Parteiensystems. Die FDP hatte sich vom langjährigen Koalitionspartner der SPD zu einem solchen der CDU gewandelt. In kaum einem Landesverband waren die Auseinandersetzungen, die mit diesem Umschwenken verbunden waren, so heftig wie in *Berlin. Die Folge war auch ein weit*gehendes Auswechseln ihrer Wählerschaft. Ähnlich wie nach dem Regierungswechsel in der Bundesrepublik, konnten nach der Entscheidung im Frühjahr 1981, den Weizsäcker-Senat zu tolerieren, mindestens Zweidrittel der damaligen FDP-Wähler auf das Konto der SPD umgebucht werden. Damit lag auch in Berlin die Ausgangssituation der FDP bei fast drei Prozent. Sie konnte die Fünf-Prozent-Hürde nur überspringen, indem sie Wähler aus dem CDU-Potential gewann. Das ist geschehen.

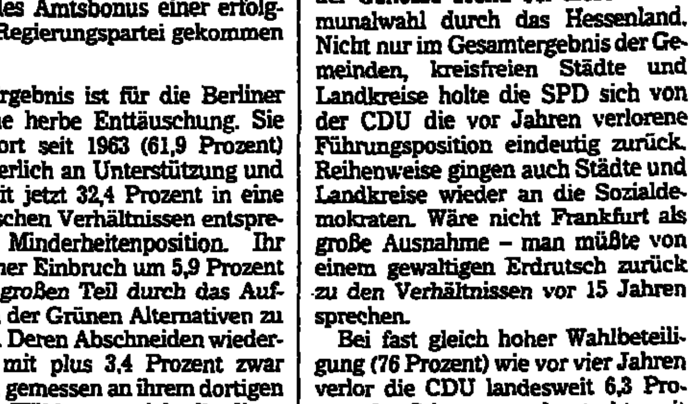
Diese Überlebenshilfe für die FDP, allerdings von der CDU-Parteiführung nicht freiwillig gewährt, sondern von ihrer Wählerschaft quasi autonom vollzogen, erklärt die geringfügigen Verluste der Union in Berlin (1981 48,0 Prozent, 1985 46,4 Prozent). Dabei ist mit 54,8 Prozent der gemeinsame Anteil der Union und der FDP diesmal um rund fünf Prozent größer *als der Anteil der Union von 1981* zuzüglich jenes knappen Drittels der damaligen FDP-Wähler, die bei ihrer Partei geblieben waren. Dies verdeutlicht, daß – und hierin liegt ein zweiter wesentlicher Unterschied zum Saarland – in Berlin die CDU in den Genuß des Amtsbonus einer erfolgreichen Regierungspartei gekommen ist.

Das Ergebnis ist für die Berliner SPD eine herbe Enttäuschung. Sie verlor dort seit 1963 (61,9 Prozent) kontinuierlich an Unterstützung und geriet mit jetzt 32,4 Prozent in eine süddeutschen Verhältnissen entsprechende Minderheitenposition. Ihr neuerlicher Einbruch um 5,9 Prozent *ist zum großen Teil* durch das Aufkommen der Grünen Alternativen zu erklären. Deren Abschneiden wiederum fiel mit plus 3,4 Prozent zwar deutlich, gemessen an ihrem dortigen höheren Wählerpotential allerdings moderat aus. Auch hier scheint sich eine Trendwende zu Ungunsten der Grünen anzudeuten.

Die Ergebnisse der Grünen Alternativen in beiden Ländern verdeutlichen das Dilemma der SPD. Im Saarland vermochte zwar der Exponent ihres linken Flügels, Lafontaine, die Grünen aus dem Landtag fernzuhalten – ein Wahlausgang, der seine Parallele in der letzten Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat. Freilich bemühte sich Lafontaine im Wahlkampf konsequent um eine Position der politischen Mitte, um möglichst viele unzufriedene CDU-Wähler ansprechen zu können. Dies ist ihm wegen der prekären Wirtschaftslage an der Saar gelungen. Demgegenüber eher unwichtig war seine Strategie der *Umarmung der Grünen, die ihm die* politische Mitte auf Dauer nicht honorieren wird. Diese Strategie verhinderte diesmal jedoch wirkungsvoll ein Ansteigen der Grünen.

In Berlin unternahm Apel einen *solchen Versuch erst gar nicht.* Er war so sehr Exponent der sozialdemokratischen SPD, wie Lafontaine ihres sozialistischen Flügels. Apel versuchte nicht alternative Wähler zu gewinnen. Aber auch die Wähler der bürgerlichen Mitte konnte er in der Konkurrenz zu Diepgen, nicht gewinnen.

Das Wahlergebnis in beiden Ländern verdeutlicht somit, daß mit dem Einzug der Grünen in die deutschen Parlamenten das deutsche Parteiensystem durch eine neue Asymmetrie zu Lasten der SPD geprägt ist. Die SPD steht vor einem Dilemma: Mit ihrer Orientierung an den Grünen verprellt sie die Wähler der Mitte, ohne dadurch – zumindest bislang – die Grünen aus den Parlamenten halten zu können. Mit einer Orientierung an der politischen Mitte gibt sie eine Bestandsgarantie für die Grünen ab, ohne für die Wähler in der Mitte attraktiv zu sein, weil auch bei einem Kan*didaten wie Apel für diese Wähler der* Mitte das Schreckgespenst einer rotgrünen Koalition hinter der SPD steht.



Die letzten Wahlen in Bund und Ländern

%	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne/Alternative
Bundestag 6.3.83	48.8	38.2	7.0	5.6
Schleswig-Holstein 13.3.83	49.0	43.7	2.2	3.6
Bremen 25.9.83	33.3	51.3	4.6	5.4
Hessen 25.9.83	39.4	46.2	7.6	5.9
Baden-Württemberg 25.3.84	51.9	32.4	7.2	8.2
Berlin 10.3.85	46.4	32.4	8.4	10.6
Saarland 10.3.85	37.3	49.2	10.0	2.5

DIE WELT

Viele Bürgermeister und Landräte müssen zittern

Hessen: CDU verliert 6,3 Prozent / Trostpflaster Frankfurt

Nea./dg. **Frankfurt**

Wie mit der Planierraupe wanderte der Genosse Trend bei dieser Kommunalwahl durch das Hessenland. Nicht nur im Gesamtergebnis der Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise holte die SPD sich von der CDU die vor Jahren verlorene Führungsposition eindeutig zurück. Reihenweise gingen auch Städte und Landkreise wieder an die Sozialdemokraten. Wäre nicht Frankfurt als große Ausnahme – man müßte von einem gewaltigen Erdrutsch zurück *zu den Verhältnissen vor 15 Jahren* sprechen.

Bei fast gleich hoher Wahlbeteiligung (76 Prozent) wie vor vier Jahren verlor die CDU landesweit 6,3 Prozent der Stimmen und rutschte mit nur noch 41,1 Prozent gegenüber der SPD (von 39,4 auf 43,7 Prozent) wieder auf den zweiten Platz. Mühsam errungene Mehrheiten wie in den Städten Wiesbaden (jetzt SPD mit 43,8 und Grüne mit 6,9 Prozent mehrheitsfähig), Offenbach (SPD 43,3 und Grüne 8,3 Prozent), Gießen (SPD 40,3 und Grüne 8,4 Prozent) oder Hanau (wo die SPD mit 51,1 Prozent sogar die absolute Mehrheit zurückgewann) gingen mit Pauken und Trompeten wieder verloren. Von den insgesamt 15 Landkreisen, in denen die Union 1981 *noch relative* oder *absolute* Mehrheiten errungen hatte, blieben ganze acht übrig. Die SPD dominiert jetzt in 13 Kreisen.

An vielen Stellen wird es, wie es die neue hessische Gemeindeordnung *vorsieht, ein großes Aufräumen* unter Oberbürgermeistern und Landräten geben, die neuerdings auch dann durch neue Parlamentsmehrheiten abgewählt werden können, wenn ihre Wahlperiode eigentlich noch weiterläuft.

Mit Abwahlanträgen wird u. a. in Wiesbaden, Offenbach, Gießen, Hanau, eventuell aber auch in Darmstadt gerechnet, wo die SPD mit über 45 Prozent zwar ebenfalls einen großen Erfolg errang, ihr Oberbürgermeister *Günter Metzger* aber vor der Wahl energisch jede Zusammenarbeit mit den Grünen abgelehnt hat. In all diesen Fällen ist jedoch noch fraglich, wie weit sich die Abwahlbetreiber (meist SPD und Grüne) auf einen neuen Kandidaten einigen werden können.

FDP konnte sich stabilisieren

Grotesk ist die Situation im Vogelsbergkreis. Dort wurde Landrat Gerulf Herzog (CDU) erst vor acht Wochen ins Amt gewählt. Obwohl hier die FDP unter der Führung ihres Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt (der auch im Kreistag FDP-Fraktionschef ist) mit neun Prozent und sechs Sitzen ein geradezu sensationell gutes Ergebnis erzielte, konnte sie die über acht Prozent Verluste der CDU nicht wettmachen. Der von beiden gewähl*te Herzog wird also wieder sein Köf*ferchen packen müssen, mit einem Pensionsanspruch, versteht sich.

Überraschend kommt vor allem die Einheitlichkeit des Trends. Heftige parteiinterne Auseinandersetzungen innerhalb der SPD über ihr Verhältnis zu den Grünen änderten daran nichts. In Kassel, wo man jahrelang zusammen mit den Grünen regiert hatte und sogar bereit war, dem Partner Dezernentenposten zu gewähren, hob der Wähler die SPD mit über 51 Prozent wieder in den Sattel der absoluten Mehrheit. In Kassel, der Heimatstadt Holger Börners, interpretiert man das Ergebnis in Teilen der SPD jetzt sogar als Stärkung der Sozialdemokraten gegen jede rot-grüne „*Versuchung*".

Aber auch im Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau, wo kurz vor dem Wahltag die örtliche SPD aus Protest gegen einen gegen die Hanauer Nuklearindustrie gerichteten Leitantrag des Parteibezirks Hessen Süd mit einem Parteitagsboykott gedroht hatte, belohnte der Wähler dies mit Stimmengewinnen.

Daß die FDP sich in Hessen mit insgesamt 5,3 Prozent (1981: 6,0) auch diesmal stabilisieren konnte, entspricht dem Bundestrend an diesem Wahltag. Eine Ermutigung, sich etwa jetzt beim Wahlsieger SPD auf Landesebene anzubiedern (wie es manche bei der SPD im Stillen hoffen), wird sie daraus nicht ableiten.

Die Stimmung bei den Grünen ist uneinheitlich. Landesweit nahm ihr Ergebnis zwar um 2,8 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent zu. Aber die erwarteten starken Gewinne etwa in bestimmten Problemgebieten traten nicht ein. *Überdurchschnittlich profi*tierten die Grünen nur dort, wo – wie in Marburg oder Mörfelden – die DKP besonders stark abfiel.

„Ungeheure Leistung von OB Wallmann"

Als „drittes Wunder von Frankfurt" und „ungeheure Leistung von Walter Wallmann" wurde dagegen das Abschneiden der CDU in Frankfurt bezeichnet. *Hier war es den Christdemokraten gelungen,* sich gegen den Landestrend zu behaupten und in der einstigen SPD-Hochburg erneut die absolute Mehrheit zu erringen. Der Herausforderer des Oberbürgermeisters *Wallmann, der frühere* SPD-Verkehrsminister Volker Hauff, gestand denn auch unumwunden ein: „Wir haben das Ziel nicht erreicht." Allerdings sei das gute Abschneiden der CDU in der Mainmetropole „ein großer persönlicher Erfolg von Walter Wallmann und nicht in erster Linie seiner Partei zuzuschreiben".

Insgesamt konnte die SPD ihren Stimmenanteil in Frankfurt von 34 auf 38,6 Prozent erhöhen und damit 37 (bisher 34) Sitze im Stadtparlament erringen. Die Union erlangte 49,6 Prozent der Stimmen (gegenüber 54,2 Prozent 1981) und findet sich auf 48 gegenüber bisher 53 Sitzen im Römerparlament wieder.

Während die Frankfurter FDP von 4,3 auf 2,5 Prozent absackte und damit nach den Worten ihres Vorsitzenden Christian Zsis eine „vernichtende Niederlage" einstecken mußte, verbesserten sich die Grünen von 6,4 auf 8 Prozent und konnten mit nunmehr acht Sitzen (gegenüber sechs) ihre Stellung im Stadtparlament festigen. Die rechnerische Mehrheit der CDU im Stadtparlament gegenüber SPD und Grünen ist auf drei Sitze zusammengeschrumpft.

Er empfinde „nicht eine Spur Hochmut oder Übermut", meinte Oberbürgermeister Wallmann nach der Wahl. In seinem Ziel, Frankfurt zu einer „menschlichen Stadt" zu machen, sehe er sich bestärkt. Aus*drücklich bekräftigte der CDU-Poli*tiker, daß die von SPD und Grünen und FDP bekämpfte Bundesgartenschau 1989 ebenso verwirklicht werden solle wie die Schließung des Autobahnrings im Osten der Stadt.

Während sich die Landespolitiker der SPD nach der Wahl in neuem Selbstbewußtsein präsentierten, kündigte sich bei den Frankfurter Genossen Katerstimmung an. Ihre Wahlparole: „Wegen Bonn SPD" hatte nicht genug gezogen. Auch die kommunalpolitischen Versprechen Hauffs, den Autobahnbau stoppen und die Straßenbahn „retten" zu wollen, hatten ihre Wirkung verfehlt, desgleichen Verdächtigungen wie „Wallmann will die Prostitution in die Stadtteile *bringen" oder Wallmann* fördere die Ausländerfeindlichkeit, weil er sich sträube, die rot-grüne Ausländerpolitik mitzuvollziehen.



Wird Schacht Nachfolger von Zeyer?

GEORG BAUER, Saarbrücken

Wer kommt nach Werner Zeyer? Nach der Wahlniederlage bestimmt diese Frage die Diskussion bei den saarländischen Christdemokraten in den kommenden Tagen und Wochen. Der Ministerpräsident, das zeichnet sich jetzt schon ab, wird nicht den Weg in die Opposition antreten, um dort als Widerpart des zukünftigen Ministerpräsidenten Lafontaine CDU-Politik zu vertreten. Ein enger Mitarbeiter meinte: „Zeyer wird seinem Charakter gemäß die Konsequenz ziehen und sich in das Privatleben zurückziehen."

Eine Vorentscheidung, wer der zukünftige führende CDU-Politiker an der Saar sein wird, fällt mit der Wahl des Fraktionschefs. Im Gespräch sind unter anderem der amtierende Fraktionsvorsitzende und frühere Umweltminister Günther Schacht. Der schwergewichtige Politiker findet seine Klientel vor allem in den Reihen der CDA. Als aussichtsreicher Zeyer-Nachfolger wird aber auch der Name des jetzigen Innenministers Werner Scherer gehandelt. Scherer, der schon einmal, in den siebziger Jahren, als Nachfolger des früheren CDU-Ministerpräsidenten Röder gehandelt worden war, hatte damals aus gesundheitlichen Gründen verzichtet. Statt dessen trat, unterstützt von Scherer, Zeyer gegen den CDU-Landesvorsitzenden Röder an. Und noch ein dritter Mann ist im Gespräch: Gerd Meyer. Bei ihm stellt sich nur die Frage, ob ihn die Partei nicht mit dem Stempel „noch zu jung" ins Glied zurückweisen wird.

In einer ersten Analyse des Wahlergebnisses meinte Schacht, man habe es versäumt, die eigenen Leistungen an die Wähler zu vermitteln. Mit Blick auf Bonn fügte er hinzu, auch der Bundestrend habe die Partei zwei bis drei Prozent gekostet.

Der Unmut in der CDU richtet sich vor allem gegen die FDP. Er sei betrübt darüber, wie einige führende FDP-Vertreter sich dargestellt hätten und die Leistungen des FDP-Wirtschaftsminister Rehberger gefeiert hätten. Schacht: „Sie taten so, als seien die anderen Minister schlechter gewesen." Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Wort Zeyers, einen Verlust von zwei Prozent der Stimmen an die FDP sei der Preis für eine gute Koalition, meinte Schacht, er habe nie jemanden dazu aufgefordert, FDP zu wählen.

„Politischer Streik ist ein legitimes Mittel"

wat, Bonn

Der zukünftige Regierungschef an der Saar, Oskar Lafontaine, ist außerhalb und innerhalb seiner Partei für markige Sprüche bekannt. Die WELT dokumentiert einige der „Lafontaine-Aussagen".

Über die Grünen („Quick"-Interview 21. 2. 1985): Wenn die Grünen im Parlament sind, sind sie für mich eine Partei wie jede andere. Wenn wir keine Mehrheit haben, brauchen wir einen Koalitionspartner. Es ist bekannt, daß die Grünen in wichtigen Fragen mit uns übereinstimmen. Ich nenne die Atomrüstung und die Kernenergie.

Über ein Mindesteinkommen für alle (gleiche Quelle): Unserer Industriegesellschaft geht die Arbeit aus. Es geht also eigentlich nur noch um die Höhe eines Mindesteinkommens für alle und um die Frage, wie es zu finanzieren ist. Ich meine, daß der riesenhafte Rüstungsetat dafür zum Teil herangezogen werden kann. Eine stärkere Besteuerung der höheren Einkommen und des Energieverbrauchs können ebenfalls zur Finanzierung eines Mindesteinkommens benutzt werden.

Zur Regierungsübernahme durch die SPD (Rede auf dem SPD-Landesparteitag 1. 12. 1984): Die Übernahme der Regierungsverantwortung an der Saar wird ein wichtiger Markstein sein. Der Regierungswechsel an der Saar wird den Regierungswechsel in Niedersachsen erleichtern und damit zu einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat führen. Wir dürfen in Bonn Regierungsverantwortung erst dann wieder annehmen, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat korrigiert sind.

Zur NATO („Spiegel"-Beitrag vom 11. 6. 1984): Ein Bekenntnis zur NATO, das die Frage, welche Chance des Überlebens wir in der Bundesrepublik im Ernstfall haben, ausklammert, ist in der Tat wertlos.

(„Spiegel"-Beitrag vom 29. 8. 1983): Es gibt viele Möglichkeiten, sich gegen die Aufrüstung zur Wehr zu setzen. Der Stopp der Rüstung und die Abrüstung werden mit Sicherheit nicht von Regierungen durchgesetzt werden. Die Abrüstung muß bei uns selbst beginnen. Die Arbeitnehmer sind heute aufgerufen, an der Produktion von Kriegsgerät nicht mehr mitzuwirken. Die alte Idee des Produktstreiks muß wiederbelebt werden. Der politische Streik ist ein legitimes Mittel, um der weltweiten Aufrüstung entgegenzuwirken.

(„Spiegel"-Beitrag vom 18. 4. 1983): Sicherheitspartnerschaft verlangt Leute, die eigene Interessen haben und einen eigenen Willen, diese durchzusetzen. Wir können uns nicht mehr leisten, jede noch so abenteuerliche Wende in der amerikanischen Militärstrategie nachzuvollziehen – im deutschen Interesse.

(Rede beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in Oberhausen am 26. 3. 1983): Es geht heute für die Bundesrepublik um die Frage, unter welchen Bedingungen unsere Sicherheit definiert wird. Es geht um die Frage, welche Bedingungen das NATO-Bündnis uns aufdiktiert. Im Klartext, ein Bündnis, das uns auf ein Pulverfaß setzt und die Lunte gleich zündet. Ein solches Bündnis ist nicht geeignet, Sicherheit in Mitteleuropa zu garantieren.

(„Spiegel"-Beitrag vom 16. 8. 1982): Wenn eine Politik in den vergangenen Jahren gescheitert ist, dann ist es die bisherige Rüstungspolitik, die darauf setzte, durch die Entwicklung neuer Waffensysteme, durch das Androhen von Nachrüstung dem Gegner Abrüstung aufzuzwingen. Diese Politik hat an der unbegrenzten Aufrüstung nichts geändert. Sie hat sie eher beschleunigt.

Über Helmut Schmidt („Stern"-Interview vom 15. 7. 1982): Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit ... das sind Sekundärtugenden. Ganz präzis gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben ... Helmut Schmidt ist angesichts der Wählerverluste vorsichtig geworden. Er ist wie Genscher weiter pro Rüstung, pro Kernenergie. Aber eine auf Bewahrung des Lebens ausgerichtete Politik müßte das Steuer herumreißen. Wir brauchen eine ökologisch orientierte Ökonomie.

Zum Ostermarsch 1982: Die SPD sollte froh sein, daß es noch Sozialdemokraten gibt, die eingeladen werden, auf Kundgebungen zum Ostermarsch zu sprechen.

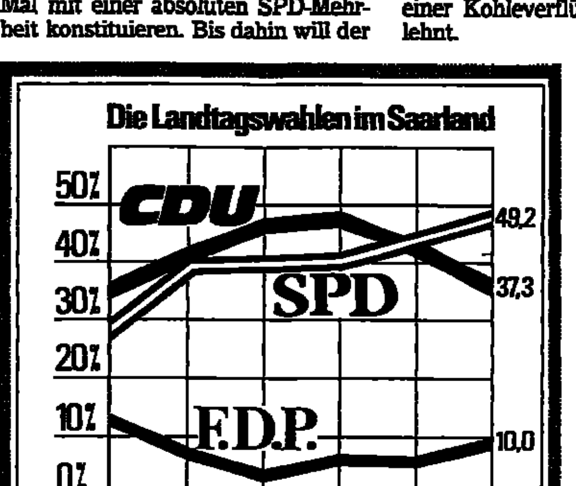
Lafontaine will Jo Leinen zu einem „Überminister" machen

Er soll in alle Ressorts hineinschauen und „ökologisches Veto" einlegen können

Von GÜNTHER BADING und GEORG BAUER

Heute wird gefeiert. Morgen auch. Und vielleicht übermorgen auch noch. Ab 9. April aber werden wir arbeiten." Wahlsieger Oskar Lafontaine hielt vor Hunderten begeisterter SPD-Anhänger in der Saarbrücker Volkshochschule noch am späten Abend des Wahlsonntags diese erste „programmatische" Rede.

Am 9. April wird sich der neue Saarländische Landtag zum ersten Mal mit einer absoluten SPD-Mehrheit konstituieren. Bis dahin will der 41jährige Lafontaine seine Ministermannschaft aufstellen. An eine nahtlose Übernahme seines „Schattenkabinetts" denke der künftige Ministerpräsident nicht, hieß es in SPD-Kreisen noch am Wahlabend. Wie immer das Kabinett aussehen mag – die entscheidenden Impulse werden kaum aus der Mannschaft, sondern hauptsächlich von Lafontaine selber kommen.



Er wird sich den schwierigen Aufgaben stellen müssen, denen sich jede Saar-Regierung, gleich welcher Couleur, gegenübersehen wird: der Bewältigung der aus früherer Fixierung auf Kohle und Stahl herrührenden Strukturkrise.

Lafontaine hat in seinen Wahlreden eine Reihe von „Rezepten" vorgelegt, die allerdings bei der Wirtschaft auf erhebliche Skepsis stoßen. So will er als „erste Maßnahme" die Gesellschafterrechte an Arbed Saarstahl wahrnehmen, den Betrieb also in Staatseigentum überführen und die Stahlkrise durch Subventionen wegdrücken. Hier allerdings hat der Bund ein kräftiges Wort mitzureden.

Die Strukturkrise soll des weiteren durch die Ansiedlung „moderner" und – das versteht sich bei Lafontaine von selbst – dabei umweltfreundlicher Technologien bewältigt werden. Dem steht jedoch die Ankündigung entgegen, daß man beispielsweise die mit der Schaffung Tausender von Arbeitsplätzen verbundene Errichtung einer Kohleverflüssigungsanlage ablehnt.

Lafontaines Parteigenosse und Ministerpräsidentenkollege Johannes Rau macht dagegen alle Anstrengungen, um eben diese Anlage nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen – im übrigen auch, um die Strukturkrise des Montanlandes zu bereinigen.

Jede Ansiedlung neuer Betriebe wird unter einem Ministerpräsidenten Lafontaine neben dem üblichen gesetzlich vorgeschriebenen Prüfverfahren noch einen Test besonderer Art durchlaufen müssen.

An der Saar soll künftig jede Wirtschaftstätigkeit an ihrer Umweltverträglichkeit gemessen werden. Dies soll, so hat es Lafontaine bisher erklärt, die Aufgabe von Umweltminister Josef Leinen (36) sein. Der soll gar eine Art „Überminister" werden, der in alle Ressorts hineinschauen und gegebenenfalls sein ökologisches Veto einlegen darf.

In seinem Wahlbezirk Püttlingen hat Jo Leinen an Wählerstimmen weniger zugelegt als die SPD im Landesdurchschnitt. Gestandene Sozialdemokraten an der Saar haben Leinens Rolle bei den Großdemonstrationen um Brokdorf, der „Friedensbewegung" und seine Worte über ein Unregierbarmachen dieser Republik ebensowenig vergessen wie das Gerede um undurchschaubare Finanztransaktionen bei einer von seinem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) veranstalteten oder auch nur geplanten Ausstellung.

Im Verein mit seinem Ministerpräsidenten wird Leinen auch dem künftigen Wirtschaftsminister Reinhard Überhorst – sollte er denn überhaupt ins Kabinett geholt werden – in die Akten und auf die Finger sehen können.

Eingeschränkt werden die Kompetenzen des früheren Berliner Senators für Umweltschutz ohnehin. Den Fall Arbed Saarstahl will Lafontaine von vornherein in alleinige Zuständigkeit des Regierungschefs holen.

Wenn es überhaupt einen Politiker im Kabinett Lafontaine geben wird, der auch einmal ein Widerwort gegen seinen Ministerpräsidenten sagen kann, so wird das der designierte Innenminister Friedel Läpple sein. Der bisherige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Saarbrücker Landtag gilt als unabhängiger Mann, der seine Hausmacht auch in jenen SPD-Kreisen zu haben scheint, die Lafontaine vorwerfen, sein Kurs habe nur noch wenig mit der alten Arbeiterpartei SPD zu tun.

Angesichts des Wahlsiegs, der unbestritten ein persönlicher Triumph des noch amtierenden Saarbrücker Oberbürgermeisters ist, sind die Kritiker seines auf Integration grünen Wählerpotentials gerichteten Kurses verstummt. Die SPD „steht jetzt wie ein Mann zu Oskar", freute sich eine enge Mitarbeiterin aus dem Rathaus. Einer der Wahlverlierer von der CDU meinte lakonisch: „Jetzt fehlt nur noch die Heiligsprechung Lafontaines in der SPD."

Wie weit die Politik des mit Charisma und demagogischer Rhetorik begabten Lafontaine ihre Auswirkungen auf die Linie der Bundes-SPD haben wird, ist allerdings fraglich. Der alerte, jugendlich wirkende Mann von der Saar genießt Wohlwollen und Unterstützung von Parteichef Willy Brandt. Dessen Stellvertreter Johannes Rau allerdings sagte noch bei einem seiner Wahlhelfer-Einsätze an der Saar, die „Politik der SPD im Bund wird im Parteipräsidium gemacht".

Und das tagt in Bonn, nicht in Saarbrücken.

Rehberger gibt sich sehr selbstbewußt

G. BADING, Saarbrücken

„Wir haben aus eigener Kraft gesiegt." Der noch amtierende Wirtschaftsminister und FDP-Spitzenkandidat im Saarland, Horst Rehberger, hält die jetzt vom bisherigen Koalitionspartner CDU als Ursache des gemeinsamen Mehrheitsverlustes ausgemachte Leihstimmen-Version für schlicht falsch. Sicherlich habe es einige „Koalitionswähler" gegeben, die vielleicht früher der Union ihre Stimme gaben. Im Grunde aber, davon ist Rehberger fest überzeugt, haben sich die Stabilisierung der FDP nach der Bonner Wende, die Bereinigung der innerparteilichen Krise der saarländischen Liberalen und – nicht zuletzt – der ganz auf seine Person zugeschnittene Wahlkampf ausgezahlt.

Zwar antwortete Rehberger am Wahlabend noch vor dem Endergebnis auf die Frage nach einer Annäherung seiner Partei an die SPD des Lafontaineschen Rot-Grün-Kurses spontan und beinahe heftig mit „nie". Denn für ihn gilt die auch vom neuen FDP-Bundesvorsitzenden Martin Bangemann vertretene Auffassung, daß die SPD in ihrer derzeitigen Verfassung für Liberale bürgerlichen Zuschnitts einfach nicht bündnisfähig ist. In seiner Abwesenheit – der strahlende 10-Prozent-Gewinner von der Saar nahm an der FDP-Präsidiumssitzung in Bonn teil – machten sich allerdings seine künftigen Fraktionskollegen öffentlich Gedanken darüber, daß es innerhalb der Saar-Opposition keine Koalition mit der Union geben könne.

Bei allen Äußerungen war jedoch spürbar, daß in Zukunft politisch bei der Saar-FDP wohl nichts laufen wird, was nicht zuvor von Rehberger gutgeheißen worden ist. Er wird, das sehen erfahrene Landespolitiker in Saarbrücken voraus, einer der führenden Redner in den Landtagsdebatten werden, wer auch immer der nächste Fraktionsvorsitzende bei der CDU sein wird.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Nach zwanzig Jahren hat CDU SPD als „Berlin-Partei" abgelöst

Diepgen gelang es, in angestammte Wählerschichten der Sozialdemokraten einzubrechen

Von HANS-R. KARUTZ

Knapp 20 Jahre dauerte der Weg, und am Abend des 10. März erreichte die Union ihr ehrgeiziges Ziel: Die CDU löst seit dem Sonntag die bisher mit diesem Image versehene SPD als die „Berlin-Partei" ab. Die „konjunkturelle Mehrheit", die Bürgermeister Heinrich Lummer selbst mit Richard von Weizsäcker noch *1981* sah, schlug unter Eberhard Diepgen in eine strukturelle Mehrheit um. Die Union im Zenit, die SPD fast gedemütigt, die Liberalen unverzichtbar – so bietet sich *Berlins politisches Panorama nach* der Nacht der Sensationen dar.

Seit Mitte der sechziger Jahre arbeiteten der damalige Landeschef Peter Lorenz, der von ihm in die Partei eingeführte Eberhard Diepgen und eine Reihe anderer CDU-„Jungtürken" an diesem eigentlichen Neuentwurf der Berliner Grundmuster: die Union als „Partei der Arbeitnehmer" – eine Formel, die Diepgen noch als Fraktionschef immer wieder predigte und seinen eher zweifelnden Parteifreunden aus dem konservativen Lager einhämmerte.

Für den Erdrutsch der errungenen 69 von 71 Direktmandaten und den Rollentausch der Berlin-Parteien von *damals* und *heute* findet sich ein Katalog von Gründen:

1. Die SPD verfehlte es, nach Abschluß der sichernden Berlin-Verträge eine nationale und internationale Offensive für *Berlin* zu starten. Stattdessen unterlief ihr der Kardinalfehler, Berlin zu einer gleichsam unpolitischen „modernen Großstadt wie jede andere" zu erklären.
2. Der natürliche Abrieb der SPD, die mehr als 30 Jahre lang Verantwortung in Berlin trug und bei der der Wille der Berliner mit dem Partei-Willen zusammentraf, ließ sich in der Opposition nicht auffangen. Während die CDU ihren Regierungsbonus unter Richard von Weizsäcker ausgiebig nutzte und sich auf Anhieb als optimal erfolgreiche Regierungspartei bewährte, verschenkte die SPD im Austausch wertvolle Regierungszeit als Opposition.
3. Mit von Weizsäcker und jetzt Eberhard Diepgen präsentierte die Union zwei Kandidaten von Fortune: Der eine bot den Berlinern in ihrer Bedrängnis der Umbruchjahre 1981/82 väterlichen Schutz, Diepgen formulierte allein durch sein „Da-Sein" den Anspruch des jungen Berlin, die Stadt weder der Un-Ordnung preiszugeben noch der politischen Beliebigkeit zu überantworten.
4. Das alte Wort des Ex-„Regierenden" Dietrich Stobbe (SPD) vom „Richtungshandeln", das *in der Politik vonnöten sei, setzte* Diepgen in intuitiv richtiger Weise um. Seine Richtung führte die Namen „Zukunft und Optimismus". Die Union suggerierte zudem, Berlin sei *zu helfen*, wenn es die Berliner nur selbst wollten. Und sie wollten ...
5. Der CDU-bestimmte Senat nutzte, abgestützt durch die marktwirtschaftlich besonders kundigen Liberalen, *die Aufschwungphase* in der gesamten Bundesrepublik, um auch in Berlin durch Industrie-Neuansiedlungen viele Apfelbäumchen der Hoffnung zu pflanzen.
6. Auf diese Weise setzten am Ende die Mehrheit der Berliner ihr Interesse mit dem der Union gleich – die Profillinien von Union und „Arbeit für und Liebe zu Berlin" entsprachen sich.
7. Diepgens Anteil am Werden der CDU zur „Berlin-Partei" liegt im strategischen Denkansatz und der Kaltblütigkeit einer Personalpolitik, die Ende der siebziger Jahre von Weizsäcker an die Spree holte, um angestammte SPD-Wählerschichten zu gewinnen. Diese strategische Vorab-Überlegung, daß das Unions-Image in einer Stadtlandschaft wie Berlin immer nur liberal-sozial und nicht konservativ besetzt sein darf, setzte er im Amt konsequent um.

In einem Punkt entscheidet sich die „Berlin-Partei" CDU von ihrer Vorgängerin, der SPD: Während die Sozialdemokraten je heftiger der Außendruck auf Berlin (Blockade, Chruschtschow-Ultimatum, Mauerbau) lastete, desto erfolgreicher in der Stimmenzahl waren, schöpft die Union ihren Erfolg aus der druckbefreiten inneren Situation: Die Bewahrung der Freiheit bewährt sich in einem möglichst optimal ausgestatteten, prosperierenden und auch die Schwachen am Rande nicht vergessenden Gemeinwesen.

Diepgens Botschaft für den Sonntag bestand aus jugendlichem Touch plus Ratio. Schon im Wahlkampf war der CDU-Chef erkennbar bemüht,



Eberhard Diepgen FOTO: SVEN SIMON

seine Partei keinesfalls aus ihrer politischen Mittellage heraus in den Bereich rechts vom Zentrum drücken zu lassen. Seine vielfach variierte Bemühung *um die sozialen Fragen in dieser* Stadt, seine Ankündigung, mehr für die Qualifizierung des beträchtlichen Berliner Arbeitslosensockels zu unternehmen, und seine Öffnung zu *„DDR"-Themen signalisiert zugleich* die Schwerpunkte der Unions-Arbeit bis 1989.

Diepgen dürfte die Partei, die in vier Jahren den exorbitanten Gewinn nahezu aller Direktmandate in der Stadt verteidigen muß, eher zu den bisher sozialdemokratisch besetzten „linken" Feldern bugsieren, als dort gewinnbares Terrain verschenken. Mit anderen Worten: Der SPD werden noch weniger Themen als bisher übrig bleiben, um neues Profil gewinnen zu können. Die Sozialdemokraten drohen zu werden, was die Berliner CDU bis weit in die sechziger Jahre hinein abgab – eine „quantité *négligeable". Eine politische Restgröße*, die den Regierungsanspruch der CDU aus heutiger Sicht bis zum Wahlsieg 1993 nur schwerlich gefährden dürfte.

Diepgen ist vom Naturell her kühl genug, um etwaige überbordende Enthusiasmen in der eigenen Truppe zu bremsen: Selbst in der Wahlnacht fiel sein Jubel – nach einer für Augenzeugen *erkennbaren nervösen* Wartestunde vor den Hochrechnungen – verhalten aus. Auf dem Weg nach vorn scheint der 10. März für viele in der Union nur eine Art politischer *Zähl-Appell zu sein.*

Man fragte die Vernunft ab: „Morgen früh um acht Uhr geht die Arbeit weiter", sagte Diepgens engster und effektivster Berater, Senatssprecher Winfried *Fest (CDU)*, in der Wahlnacht. Hier und bei Diepgen mischen sich Hans-Jochen Vogels Sicht der Arbeit als Lebenshaltung mit dem missionarischen Antrieb der amerika*nischen „Pilgrim Fathers", deren* Bienenfleiß bis in den „Reaganismus" von heute nachzuweisen ist.

Seine zweite Reise nach Leipzig am heutigen Dienstag und ein gewiß nur vorerst auf die lange Bank geschobenes Zusammentreffen mit Erich Honecker geben zu erkennen, daß Diepgen in den kommenden vier Jahren seine Aufmerksamkeit auch in besonderem *Maß* der *„DDR"* zuwenden wird. Seine Rede vor dem Forum des Bundestages, in der er forderte, die Ereignisse in Mitteldeutschland „ernster" zu nehmen, als in der westdeutschen Geschäftigkeit bisher geschehen, zielt in diese Richtung. Hobby-Fußballer Diepgens Wort, in Sachen Deutschlandpolitik wolle der Senat mindestens „auf", wenn auch nicht *„vor" der von Bonn gezogenen Linie* spielen, spricht ebenfalls dafür, daß das Nebeneinander von Berlin und der umgebenden „DDR" in der Öffentlichkeit zu einem durchaus span*nenden Thema wird.*

Das Thema „Wirtschaft" dürfte auch in den kommenden vier Jahren obenan stehen, aber ein gewisser Sättigungsgrad läßt sich sicherlich kaum vermeiden. Irgendwann werden diejenigen, die den Standort Berlin wünschen, *ihn auch eingenommen* haben. Das Erfolgsgeheimnis dieser Union liegt vielleicht auch darin, daß Zuwanderer wie der Pfälzer Elmar Pieroth ohne das typisch romantisierende Berlin-*Sentiment* an ihre Aufgabe herangehen.

Wenn er in der Wahlnacht sagte: „Das Produkt Berlin hat sich im Test bewährt. Jetzt geht es darum, Umsatz zu machen", mag dies nicht nach Paul Linckes „Glühwürmchen"-Idylle klingen. Es glüht da dennoch ein Stück Patriotismus und auch ein Stück sportlicher Ehrgeiz, das Problem *Berlin* auf einen guten Weg zu bringen und der Stadt wieder die Gewißheit der eigenen Bedeutung einzuflößen. Chips und Software statt Sentimentalität.

Wenn Diepgen verspricht, die besten Jahre Berlins stünden erst noch *bevor, nehmen ihm* die Berliner das ab. Ein hoher Anspruch, von dem er wissen muß: „Ist die Zeit gekommen?" fragt der Wähler nach der Einlösung.

Die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus

50% · 40% · 30% · 20% · 10% · 0%

SPD · CDU · F.D.P. · AL

46,4 · 32,4 · 10,6 · 8,4

1950 · 54 · 58 · 63 · 67 · 71 · 75 · 79 · 81 · 85

DIE WELT

„Nicht unbeschädigt" verläßt der Verlierer Apel Berlin

Er gibt sein Mandat zurück und macht den Weg frei für einen personellen Neubeginn

F. DIEDERICHS, Berlin

Um Punkt 12 Uhr 59 setzte in der Berliner SPD-Zentrale ein übernächtigter, sichtlich erschöpfter Hans Apel allen Diskussionen um seine po*litische Zukunft ein offizielles Ende.* „Ich gebe mein Mandat an die Berliner Partei zurück." Der Landesvorstand dankte es ihm „mit Respekt". Den Marschbefehl zurück nach Bonn *hatten am Vorabend bereits die Wähler* erteilt – mit dem schlechtesten Ergebnis für die Berliner Sozialdemokraten seit Kriegsende lag Apel nicht nur unter den hohen eigenen Erwartungen bei *Übernahme* der Spitzenkandidatur („43 Prozent ..."), sondern auch weit unter der Linie, die einem „annehmbaren Ergebnis" entsprochen hätte.

Seit den *frühen Morgenstunden* hatten sich die Krisengespräche eines ernüchterten Landesvorstands nur um den einen Punkt bewegt: Geht Apel – oder steht er noch für eine *„Übergangsfrist", zumindest bis zum* Sommer, zur Verfügung? Er selbst hatte dieses erwogen und es schon bei Willy Brandt „abgefragt", doch die Niederlage traf ihn Sonntag *abend schwerer als je befürchtet.*

Elementare Fehler

„Ich habe die ganze Nacht durch *mit meiner Frau geredet und heute* morgen mit den Genossen", beschrieb Apel am Mittag den zurückliegenden Prozeß der Meinungsbildung. Was jetzt in Berlin geboten sei, so Apel, sei „ein Neubeginn, der sich über eine längere Zeit erstreckt. Der Prozeß der personellen Erneuerung wird aber leichter, wenn man ihn in jüngere Hände legt". Apel verläßt Berlin *„nach einem Jahr, das mich* geprägt" hat und: „nicht unbeschädigt", wie er zugibt.

Am 18. März können die Genossen an der Spree dem Reisenden die letzte *Reverenz erweisen: Dann wird* er gemeinsam mit Oppositionschef Hans-Jochen Vogel und dem Berliner Landeschef Peter Ulrich – er wird sein Amt im Sommer zur Verfügung stellen – auf einem Landesparteitag den Versuch unternehmen, Ursachen und Folgen der Niederlage aufzuarbeiten.

Die Sozialdemokraten hätten sich in den vergangenen Wochen für das Debakel des 10. März innerlich wappnen können, hätten sie den von ihnen selbst beauftragten Demoskopen vertraut: Denn die erste und einzige Umfrage, die die SPD selbst in Auftrag gab und auch veröffentlichte, zeigte schon *im Juni 1984 (!) die* Berliner Grundstimmung sehr exakt an. Damals lag die CDU bei 46 Prozent – wie am Sonntag –, die SPD bei 37 Prozent (also schon damals unter dem Vogel-Resultat), die AL bei 11 Prozent – was sich jetzt bewahrheitete – und der Grundstamm der FDP bei drei Prozent.

Auch Hans Apel vermochte, ganz offenkundig, an diesen Grunddaten nichts zu ändern. Das Erscheinungsbild der SPD selbst in Berlin beflügelte den Wähler nicht. Was sich 1981 abzeichnete, aber durch den massiven Einsatz und *Amtsbonus* von Hans-Jochen Vogel nur übertüncht wurde, brachte das Wahlergebnis ans Tageslicht: Die Berliner sind der SPD in ihrem heutigen Erscheinungsbild müde. *Apel unterlief – auch von seinen Beratern unbemerkt* – schon vor dem Wahlkampf ein elementarer Fehler: Er legte die politische Auseinandersetzung an, als verlagere man einen *Bundestagswahlkampf auf* den Mikrokosmos Berlin. Apel „spielte" die Bonner Wende- und Gegenwende-Themen. Erst am Wahlabend räumte er im Fernsehen ein, nicht gewußt zu haben, daß *lediglich* fünf Prozent der Berliner ihre Stimmentscheidung überhaupt von Bonner Vorgängen beeinflussen oder steuern lassen. In dieser berlinischen Wahl mußte jeder Nicht-Berliner – ob Apel, Volker Hauff oder andere – scheitern.

Das Auseinanderfallen zwischen dem Berlin-Image der Union und dem vorerst verlorenen Titel der „Berlin-Partei" durch die *SPD* mußte sich verheerend zu Lasten der Sozialdemokraten niederschlagen.

Die Partei steht jetzt vor dem oft beschworenen neuen Anfang. „Jetzt ist die Generation der Vierzigjährigen gefragt", sagt Parteichef Peter Ulrich. Er besitzt, zumal nun ohne Parlamentssitz, den er nicht mehr ansteuerte, einen besonders schweren Stand: Linke wie Rechte lasten ihm an, zwar die Partei seit 1982/83 – als die Vogel/Glotz-Ära an der Spree endete – weitgehend zusammengehalten, aber keine Führungsstrukturen entwickelt zu haben.

Wer ist der neue Mann?

In dieses Vakuum stößt nun die SPD-Linke. Sie strebt mit Jürgen Egert, MdB und ehemaliger parlamentarischer Staatssekretär, die Führung der Partei an. Gegen den Wehner-Zögling steht bisher nur eine diffuse Partei-Rechte. Sie kann nur darauf bauen, daß *Ulrichs Mandat* als Parteichef formal erst im Sommer 1986 abläuft und theoretisch bis dahin Zeit bliebe, die rechte Mehrheit der Partei zu organisieren. Fest steht *jedoch, daß die Partei bis zur Sommerpause* eine neue Führungsstruktur braucht. Ex-Spitzenkandidat Harry Ristock wäre jedoch nicht als „personelle Erneuerung" zu verstehen. Er *ist ebensowenig mehrheitsfähig* wie zur Zeit ein Mann wie DGB-Chef Michael Pagels. Als künftiger Fraktionschef zeichnet sich Alexander Longolius vom Mitte-Links-Flügel ab. Ihm dürfte jedoch ein *„Newcomer"* wie der Rechte Hans-Georg Lorenz entgegentreten. Er kann darauf vorweisen, eines der beiden einzigen, für die SPD noch geretteten Direktmandate von ehemals *17 (1981)* erobert zu haben.

AL jetzt in allen Bezirksparlamenten

SPD nur in Spandau und Wedding vorn / 274 von 540 Mandaten für die Union

DIETER DOSE, Berlin

Zwei Bastionen hat die Berliner SPD trotz ihrer vernichtenden Niederlage behauptet. Sie wird – wie bisher – in zwei von zwölf Berliner Bezirken die Bürgermeister stellen. Aber es gelang ihr nicht, eines der schon 1981 verlorenen Rathäuser zurückzugewinnen. Im Gegenteil. Besonders in Neukölln, Kreuzberg und Tiergarten, bis 1981 und zuvor jahrzehntelang ihre Hochburgen, erlitt sie empfindliche Verluste.

Nur in Spandau und dem einstmals „roten Wedding" blieben die Sozialdemokraten vorn. In Wedding liegt *ihr Stimmenverlust von minus* 1,0 Prozentpunkten deutlich unter dem Landesdurchschnitt, außerdem büßte die CDU hier 1,3 Prozentpunkte ein. Ein Erfolg für die engagierte – *und auch von der Union geschätzte* – Bürgermeisterin Erika Hepp. Auch in Spandau (0,8 Minus für die SPD) bleibt Werner Salomon (SPD) Verwaltungschef.

540 Mandate, je 45, sind in den zwölf Bezirken zu vergeben. 274 errang die Union. Zwei mehr als vor vier Jahren. Am meisten wurde die SPD gerupft. Sie verlor 24 Mandate, während die „Alternativen" 24 dazugewannen und nun in allen Bezirksparlamenten präsent sind, nachdem es ihnen außer in Spandau auch in Reinickendorf gelungen ist, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen.

Verlierer auf Bezirksebene aber sind die Freien Demokraten. Bis Sonntag abend waren sie wenigstens noch dreimal vertreten, jetzt nur noch in Wilmersdorf und Steglitz. Zehlendorf müssen sie abschreiben. Hier legten die CDU und AL noch einmal zu, die Union erzielte hier sogar ihr bestes Ergebnis in den Bezirken: 54,4 Prozent.

Eine besonders schwere Schlappe kassierte die SPD im Arbeiterbezirk Neukölln, dem Bezirk mit der größten Einwohnerzahl und folglich den meisten Wahlberechtigten (176 381). Hier hatten sich die Genossen einige Hoffnungen gemacht, die vierjährige Amtszeit von CDU-Bürgermeister Arnulf Kriedner beenden zu können. Doch die Union steigerte sich noch einmal – von 45,8 auf 48,2 Prozent, während die Sozialdemokraten abermals 5,6 Prozent einbüßten. Die Union besitzt nun im Bezirksparlament die absolute Mehrheit der Mandate.

Mit (oder gegen) Mehrheit von AL und SPD müssen allerdings in drei Bezirken – Tiergarten, Schöneberg und Kreuzberg – die zukünftigen *CDU-Amtschefs leben. Allerdings* können SPD/AL nicht verhindern, daß die Union die Bürgermeister stellt. Das Berliner Bezirksverfassungsgesetz schreibt eindeutig vor: Die stärkste Fraktion benennt den Bürgermeister – und das ist zehnmal die Union. Die Alternativen werden jedoch, wie bisher, in mindestens vier Bezirken mit Stadträten im Bezirksamt vertreten sein, in Kreuzberg voraussichtlich sogar mit zwei.

In diesem Bezirk, der nach jahrzehntelanger Vorherrschaft vor und nach dem Kriege 1981 für die Sozialdemokraten an die CDU verlorenging, erzielte die AL ihr „Traumergebnis". 25,5 Prozent und eine Zunahme von 9,5 Prozent. Damit liegt sie nur noch 5,3 Prozent hinter der in diesem *Stadtteil ganz* besonders linken SPD (30,4). Die CDU (38,4) hat in diesem problemträchtigen Bezirk mit hohem Ausländeranteil und der schlechtesten Bausubstanz ihre Position hervorragend behauptet. Im Vergleich zu 1981 gab es nur ein Stimmenminus von 1,7 Prozent. Im Bezirksparlament aber stehen ihren 18 Mandaten 15 von der SPD und 12 von der AL gegenüber.

*

hey, Bonn

Die Grünen müssen sich nach Ansicht ihres Bundesvorstands mit ihrer Politik klar von den Sozialdemokraten abgrenzen. In einer Bilanz zum Ausgang der Wahlen meinte gestern ihr Sprecher, Rainer Trampert, eine „Anbiederung an die SPD könnte uns am ehesten verschlingen". Dagegen *meinte* der Bundestagsabgeordnete Otto Schily, „Machtabstinenz" werde „vom Wähler nicht honoriert". In der hannoverschen „Neuen Presse" erklärte Schily weiter: „Wenn sich die *Grünen auf Dauer nur als* Protestpartei verstehen, dann stehen ihnen harte Zeiten bevor."

Der Vorstand räumte ein, daß die Grünen „nicht von selbst so weiter wachsen wie bisher". Gleichzeitig wies er die Äußerung von SPD-Chef Willy Brandt als „Zweckpropaganda" und „Krankbeterei" zurück, nach der die Grünen ihren Höhepunkt überschritten hätten.

Oxfort will Bürgermeister werden

hrk. Berlin

Einen Tag nach ihrem zweitgrößten Wahlsieg in der jüngeren Berliner Nachkriegsgeschichte stehen die Liberalen *vor* ihrer ersten Belastungsprobe: Während eine Strömung in der Partei und der doppelt so starken Fraktion auf einen inhaltlichen und personellen Neubeginn dringt, sehen die beiden *FDP-Senatoren Hermann* Oxfort (Justiz) und Horst Vetter (Umweltschutz) aus ihrem Blickwinkel verständlicherweise keinen Anlaß, ihre Ämter aufzugeben.

Oxfort bekräftigte gestern seinen Anspruch auf den Bürgermeisterpo*sten, der laut Koalitionsabsprache* von 1983 in der neuen Amtsperiode des Senats der FDP zufällt. Der heraufziehende Konflikt wird vermutliche erst auf dem Sonderparteitag am 20./21. März entschieden.

Die Wähler der FDP

Die Fronten scheinen bereits klar abgesteckt: *Teile der Partei – von* links bis zur Mitte – wünschen eine stärkere liberale, an den „Freiburger Thesen" und dem neuen „Liberalen Manifest" von Saarbrücken orientierte Handschrift im Senat. Die FDP soll auch für Jungwähler, die der Partei am Sonntag weitgehend verlorengingen, anziehender werden und somit eine erfolgreiche Verteidigung dieses Ergebnisses von 8,4 Prozent auch 1989 ermöglichen.

Nach Analysen von Elisabeth Noelle-Neumann, die sie schon beim Dreikönigstreffen Anfang Januar in Stuttgart vorlegte, stützen sich die Berliner Liberalen in ihrem jetzigen Erscheinungsbild überwiegend auf mittelständische Wähler, Frauen, Senioren und Wähler aus der Kulturszene.

In der entgegengesetzten Richtung – nämlich Kontinuität zu bewahren und Kurs zu halten – interpretiert Hermann Oxfort das Resultat vom Sonntag. Zur WELT sagte er: „Das Wahlergebnis erteilt uns auch einen politischen Auftrag. Die FDP darf keine ausgesprochen linken Positionen vertreten. Das ist vorbei. Sie sind von SPD und AL besetzt. Hinzu kommt, daß die CDU etwas weiter nach links rückt, weil sie den politischen Raum, den die SPD zu einem *erheblichen Teil verlassen* hat, einnehmen und ausfüllen wird."

„Aus eigener Kraft"

Zwar solle die Berliner FDP „keineswegs eine konservative Partei" werden. „Aber sie muß sich wieder auf ihre ursprünglichen Vorstellungen von Freiheit als Ordnungsprinzip bekennen." Der FDP sei es am Sonntag gelungen, beispielsweise „viele Weizsäcker-Wähler von 1981 zurückzuholen. Was wir erreicht haben, ist aus eigener Kraft geschafft worden". Das Wahlergebnis ergebe zudem eine „eindeutige Bestätigung des Kurses von Horst Vetter und mir, *im* Senat Leistungen für Berlin zu erbringen und sich nicht auf Kosten der CDU zu profilieren".

Dieser Kurs der Geschlossenheit des Senats habe sich schließlich auch insofern als richtig erwiesen, als auf *diese Weise die Unterstützung durch* die FDP-Wählerinitiative „Bürger für Berlin" erfolgt sei.

„Walter Rasch, Horst Vetter und ich sind als Spitzenkandidaten der FDP in den Wahlkampf gegangen, so daß die Öffentlichkeit schon pikiert *fragen würde, warum etwa die FDP* jetzt ihre Senatoren auswechseln sollte, falls tatsächlich in einer Gruppe in der Partei eine solche Vorstellung betrieben würde, was ich mir nicht vor*stellen kann." Oxfort und Vetter* erzielten in ihren Wahlkreisen Zweitstimmenanteile von 13,0 bzw. 15,2 Prozent.

Mitsotakis fordert Wahlen am 5. Mai, aber keine Änderung der Verfassung

Mit dem Rücktritt von Karamanlis fehlt der mäßigende Einfluß auf Papandreou

E. ANTONAROS, Athen

Griechenlands liberal-konservative Opposition hat ihre Sorge um die künftigen politischen Entwicklungen in Griechenland freien Lauf gelassen und von der sozialistischen Regierungspartei Parlamentswahlen zum schnellstmöglichen Termin verlangt. Gleichzeitig forderte Oppositionschef Konstantin Mitsotakis Ministerpräsident Andreas Papandreou nachdrücklich auf, die notwendigen Garantien für die Abhaltung von „fairen Wahlen" zu liefern.

Mitsotakis begründete seine Forderung damit, daß sich Griechenland eine Krise von längerer Dauer nicht leisten könne. Als Wahltermin schlug er den 5. Mai vor. Ebenfalls vertrat er die Ansicht, daß das neue Staatsoberhaupt erst vom neuen Parlament gewählt werden müsse.

Es gilt als sicher, daß der von den Sozialisten nominierte Richter Christos Sartzetakis die benötigte Zweidrittel-Mehrheit nicht erhält. Unklar ist weiterhin, wie sich die 13 kommunistischen Abgeordneten verhalten werden. Nach dem Verzicht des überraschend zurückgetretenen Staatspräsidenten Konstantin Karamanlis auf eine abermalige Nominierung durch die liberal-konservative Oppositionspartei „Neue Demokratie" gab Mitsotakis bekannt, daß seine Partei weiße Stimmzettel abgeben wird.

Mitsotakis forderte Papandreou ebenfalls auf, von der geplanten überhasteten Änderung der Verfassung abzusehen. Nach Auffassung der Opposition sei es nicht Aufgabe dieses Parlaments, die Kompetenzen des Staatsoberhauptes zu beschneiden. Mitsotakis sprach in diesem Zusammenhang die Befürchtung aus, daß dadurch Zustände entstehen könnten, die mit der Situation unmittelbar vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland vergleichbar wären. Dadurch unterstellte er Papandreou, daß er eine systematische Gleichschaltung betreibe.

Insbesondere vor diesem Hintergrund birgt nach Ansicht der Opposition der Rücktritt Karamanlis große Gefahren in sich. Mitsotakis: „Karamanlis hatte immer wieder die prowestliche Orientierung Griechenlands in allen wichtigen außenpolitischen Bereichen bekräftigt und als Bremser gegenüber Papandreou gewirkt". Papandreou sei jetzt unkontrollierbar geworden.

Mitsotakis warf die Frage auf, ob Papandreou die Absicht habe, ein Referendum über den Verbleib Griechenlands in der EG abzuhalten gedenke. Bisher hatte Papandreou nämlich immer wieder behauptet, daß Karamanlis ihn davon abgehalten habe.

Tatsächlich ist Griechenlands vielschichtige Einbindung in den Westen Karamanlis' wichtigstes politisches Verdienst gewesen. Bereits Anfang der sechziger Jahre hatte Karamanlis die Bedeutung der EG erkannt und für Griechenland ein äußerst günstiges Assoziierungsabkommen abgeschlossen. Zur termingemäßen Aufnahme in die EG kam es jedoch nicht: 1963 verlor Karamanlis eine Parlamentswahl und ging freiwillig ins selbstgewählte Exil nach Paris.



Konstantin Karamanlis' Hauptverdienst war die Einbindung Griechenlands in den Westen. FOTO: DPA

Durch seinen Abgang geriet Griechenland in eine dauerhafte innenpolitische Krise, bis 1967 die Obristen an die Macht kamen. Die Beziehungen zur EG wurden eingefroren.

Als das Militär nach dem Zypern-Debakel im Sommer 1974 nicht weiter wußte, wurde Karamanlis aus dem Exil zurückgeholt: Zwar fühlte er sich in der Auseinandersetzung mit der Türkei von der NATO und den Amerikanern mißverstanden und im Stich gelassen, aber an einen Bruch mit Griechenlands natürliche Partner im Westen hat er nie gedacht.

Als seine wichtigste Aufgabe betrachtete er die Reaktivierung der Beziehungen zur EG. Er strebte mit bemerkenswerten Eifer die volle Mitgliedschaft an, die er als eine Voraussetzung zur Festigung der zunächst sehr labilen Demokratie betrachtete. 1980 erreichte er dieses Ziel. Karamanlis, bislang Regierungschef, ließ sich zum Staatspräsidenten wählen.

Als die Sozialisten im Oktober 1981 mit einer absoluten Parlamentsmehrheit an die Macht kamen, war Karamanlis, der sich mit umfangreichen Vollmachten hatte ausstatten lassen, sozusagen der Garant für das politische Gleichgewicht im Lande. In der Öffentlichkeit äußerte er sein Unbehagen über einige Ausrutscher des Sozialistenchefs Papandreou so gut wie nie, aber unter vier Augen wußte er mäßigend auf Papandreou einzuwirken. Zu einem Austritt Griechenlands aus der NATO und der EG kam es nicht, Papandreou konnte seine radikale Wirtschaftspolitik nicht anwenden; die Amerikaner behielten ihre Stützpunkte in Griechenland.

Diese stillschweigende Machtverteilung ist den Linken unter Papandreous Genossen immer ein Dorn im Auge gewesen. Bei wichtigen Parteisitzungen ist es neuerdings immer wieder zu heftigen Angriffen gegen das Staatsoberhaupt gekommen. Papandreou wurde vom linken Flügel seiner Partei signalisiert, daß Karamanlis ursprünglich geplante Wiederwahl nicht wünschenswert wäre.

Es ist jedoch kaum glaubhaft, daß sich Papandreou, der seine Partei wie ein Autokrat regiert, von den Linken unter Druck setzen ließ. (SAD)

24 Rebellen bei israelischer Razzia getötet

DW./lav, Tel Aviv

Einen Tag nach dem Anschlag auf einen israelischen Militärkonvoi, bei dem 12 Soldaten getötet und 14 verwundet wurden, sind israelische Einheiten gestern im Südlibanon über ihre Grenzlinie vorgestoßen und haben ein schiitisches Dorf nach Rebellen durchsucht. Dabei wurden nach Angaben eines israelischen Militärsprechers 24 Rebellen getötet. Bei Feuergefechten mit der libanesischen Armee seien zehn libanesische Soldaten gefangengenommen worden.

Die israelischen Streitkräfte hätten die Razzia in dem einen Kilometer nördlich der Grenze liegenden Dorf vorgenommen, weil Informationen über Pläne zu weiteren Angriffen auf die israelische Armee bekannt geworden seien, sagte der Sprecher. Es seien in der Tat große Mengen von Waffen und Sprengstoff sichergestellt worden. Die libanesische Armee habe trotz einer Warnung das Feuer auf israelische Einheiten eröffnet. Daraufhin hätten die Israelis zurückgeschossen.

Der Anschlag auf den Militärkonvoi mit seinen 12 Toten hat die innerisraelische Diskussion um einen beschleunigten Rückzug aus Libanon erneut entfacht. In der Knesset wiederholte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Abba Eban, seine Forderung eines sofortigen statt des etappenweisen Rückzugs. Der Minister ohne Portefeuille Eser Weizman verlangte eine Beschleunigung des Abzugstempos.

Verteidigungsminister Yitzhak Rabin wies die Forderungen nach sofortigem Rückzug gestern zurück. In den Medien des Landes versicherte er, das Tempo des Rückzuges hänge nur von logistischen, nicht von irgendwelchen politischen Rücksichten ab. Premierminister Peres hatte bereits am Vortag erklärt: „Wir werden unseren Kampf gegen den Terror nicht aufgeben. Doch nicht der Terror wird uns unsere Verteidigungspolitik diktieren."

UN-Afrikakonferenz in Genf eröffnet

DW. Genf

UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat bei der Eröffnung der Afrika-Konferenz in Genf davor gewarnt, Gelder für Notmaßnahmen in den von Hunger betroffenen 20 afrikanischen Ländern von Krediten abzuzweisen, die für langfristige Afrika-Hilfsprogramme bestimmt seien. Damit würde die langfristige Entwicklung Afrikas in Frage gestellt. Vielmehr müßten zusätzliche Gelder bereitgestellt werden.

An der unter UNO-Schirmherrschaft stehenden Konferenz, an der 400 Delegierten aus 50 Staaten teilnehmen, wollen sich mehr als 30 Geberländer, darunter die westlichen Industrienationen und die UdSSR, um eine Soforthilfe in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar für die vom Hunger direkt bedrohten 30 Millionen Afrikaner bemühen.

US-Vizepräsident Bush, der zuvor Sudan, Niger und Mali besucht hatte, erklärte, die USA seien – wie im vergangenen Jahr – darauf vorbereitet, die Hälfte der für 1985 auf drei Millionen Tonnen bezifferten direkten Hungerhilfe zu tragen. Bush erklärte, Afrika brauche eine „grüne Revolution". Er hoffe, daß immer mehr Regierungen die landwirtschaftlichen Märkte öffneten.

Der schiitische Terror in Libanon hat viele und mächtige Verbündete

Moskau bemüht sich um die Amal-Miliz / Syrien sorgt nicht nur für Logistik

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Gleich drei islamische Gruppen wollen sich mit dem jüngsten Terroranschlag gegen die abziehende israelische Armee brüsten. Ein Kamikaze-Fahrer war mit einem Pkw voll Sprengstoff in einen Militärkonvoi gerast. Zwölf Soldaten wurden bei der Explosion getötet, 14 verletzt. Seit dem Beginn des israelischen Abzugs ist die Zahl der Überfälle und Raketenangriffe schiitischer Kommandos ständig gestiegen. Die Politik der starken Hand (präventive Hausdurchsuchungen, Sprengung von Waffenlagern, Festnahmen) , so wie sie auch am Montag wieder angewandt wurde, kann zwar etliche Anschläge vereiteln, aber nicht für eine Beruhigung der Lage sorgen.

Die Situation in Südlibanon wird vor allem durch die Mischung von schiitischem Terrorismus, logistischer Hilfe Syriens für die Terroristen und internationaler Propaganda verschärft. De facto und eigentlich auch de jure steht Israel im Kriegszustand mit Libanon, seit der libanesische Präsident Amin Gemayel bei seinem Besuch in Saida im Februar sich mit den schiitischen Terroristen, die er nationale Widerstandskräfte nannte, solidarisierte und zu weiteren Aktionen gegen die israelische Armee ermunterte. Israel hat auf diese Rede nicht reagiert. Mehr Sorgen als der machtlose Präsident, den der aufgehetzte schiitische Pöbel wenige Stunden nach der Erklärung verhöhnte, indem er die libanesische Flagge, das Symbol der Legalität und Staatsgewalt verbrannte, bereitet den Israelis der Machtzuwachs der schiitischen Kräfte im nördlichen Nachbarland. Eine islamische Republik an der Grenze wäre in der Tat ein schwelendes Feuer, dessen Glut jederzeit entfacht und in unberechenbare Aktionen entflammt werden könnte, insbesondere von einer straff organisierten Partei mit internationalem Rückhalt.

Solch eine Partei ist die kommunistische Partei Libanons mit ihren diversen Verbindungen in die radikalen arabischen Länder wie Syrien, Libyen und Iran und nicht zuletzt dem kurzen Draht nach Moskau. Zusammen mit den prosyrischen Palästinensern um Abu Musa soll die Partei bereits ein Netz von Mittelmännern in Südlibanon geknüpft haben.

In diesem Zusammenhang gewinnt der wachsende Einfluß Moskaus auf die innerlibanesische Szene insgesamt, also einschließlich der Regierung Gemayel, regionale Bedeutung. Wie aus zuverlässigen Quellen in Beirut verlautet, ist die Kooperation zwischen dem größten schiitischen Kampfverband, der Amal-Miliz des Nabih Berri, und dem Kreml bereits sehr viel enger als gemeinhin bekannt. Mehrere KGB-Offiziere, die offiziell als Diplomaten in der sowjetischen Botschaft in Beirut beschäftigt sind, sollen die Zusammenarbeit mit der Amal-Miliz und anderen schiitischen Organisationen bewerkstelligt haben und leiten. Berri selbst habe bei einem Besuch in Moskau im Juli vergangenen Jahres mit Mitgliedern des Zentralkomitees der KPdSU sowjetische Militär- und Sanitätshilfe für die Amal vereinbart.

Im September und Oktober seien dann die ersten Gruppen schiitischer Milizionäre zu Ausbildungskursen in die Sowjetunion gereist, und zwar in Lagern auf der Halbinsel Krim und in der Nähe von Moskau, wobei es sich wahrscheinlich um die westlichen Terroristenexperten bekannte Kaderschule Balaschicha, 25 Kilometer östlich von Moskau, handeln dürfte (siehe John Barron, KGB heute, Seite 20f). Im November darauf sei dann ein Milizführer der Amal, Hatem Hussein Ali Hisham, nach Moskau gereist, um weitere Hilfe zu vereinbaren. Seither werde Amal mit Waffen, vor allem für den Kampf gegen Panzereinheiten, und mit SAM-7-Raketen versorgt. Die Lieferungen erfolgten über Syrien.

Syrien spielt in der regionalen und internationalen Terroristenszene offenbar, ähnlich wie Libyen, die Rolle einer logistischen Drehscheibe. Auf dem Kongreß der Baath-Partei im vergangenen Januar sagte der syrische Präsident Assad, sein Land unterstütze politisch, moralisch und materiell alle Befreiungsbewegungen auf der Welt. Die Partei arbeitet traditionell eng mit den syrischen Geheimdiensten zusammen.

In Libanon hat Syrien Teile der Infrastruktur der palästinensischen Terroristen übernommen. Als Geheimdienstchef in Libanon ist der Oberst Kanaan bekannt. Sein Vorgesetzter in Damaskus ist General Fuad Abbassi. Sein Kollege und Abteilungsleiter für Beziehungen zum Ausland, Oberst Raam Hamdani, sorgt für die Verbindung mit iranischen Nachrichtendiensten, die wiederum enge Kontakte zu den schiitischen Extremistengruppen in Libanon pflegen. Diplomaten in Beirut sind wenigstens fünf Lager in Syrien bekannt, in denen international operierende Terroristen ausgebildet werden: Das Palmyra-Lager in der Wüste östlich von Damaskus, das Al-Hamurija-Lager zehn Kilometer südöstlich von Damaskus, das Kamishli-Lager nahe an der türkischen Grenze, das Al-Thaura-Lager in der Rakka-Region im Norden Syriens und das Kafr-Anjar-Lager dicht an der Grenze zu Libanon.

In Damaskus und Teheran laufen heute viele Fäden des internationalen Terrorismus zusammen. Ein Operationsfeld ist die ausgehöhlte libanesische Republik, für die auch Moskau aktives Interesse bekundet. Der für die Nahostpolitik zuständige Mann im Politbüro, Aliew, entstammt einer schiitischen Familie. Seine Kontakte zu Assad und Berri gelten als hervorragend.

Golfkrieg belebt den Waffenhandel

Immer mehr Ostblock-Güter für Iran / Auch China mischt mit / Verschlungene Wege

ROLF TOPHOVEN, Bonn

Die Waffengeschäfte in der Golf-Region erleben derzeit einen „Boom". 40 Staaten, so berichtete kürzlich das Stockholmer SIPRI-Institut (The Stockholm International Peace Research Institute), unterstützen derzeit das Mullah-Regime in Teheran mit Waffen aller Art. Vom leichten Infanteriegewehr bis hin zum Kampfbomber reicht die Palette der Aufträge. 10 Länder, so das schwedische Institut, haben beide Kriegsparteien zugleich beliefert. Hunderte von privaten Waffendealern unterschiedlicher Nationalität sind in die Transaktionen verstrickt. So kaufte beispielsweise ein Unternehmer von Irak erbeutete iranische Panzer und Artilleriegeschütze – und verkaufte sie binnen Monatsfrist wieder an Iran zurück. Auch ein iranisches Patrouillenboot soll auf verschlungenen Wegen an den Irak verkauft worden sein.

Stellvertreter-Geschäfte

Manche Länder fungieren als Stellvertreter für die beiden Supermächte, da es der Sowjetunion und den USA aus diplomatischen Gründen nicht möglich ist, bestimmte Waffensysteme direkt an die kriegführenden Parteien zu liefern, benutzen sie ihre Freunde als Zwischenhändler. Waffen werden an ein arabisches Land verkauft, dieses verkauft weiter an einen zweiten arabischen Staat, von wo aus die Rüstungsgüter schließlich nach Irak veräußert werden. Geschäfte mit Iran sind dagegen noch komplexer Wie SIPRI berichtet, benötigt ein Teil der iranischen Militärausrüstung in den USA hergestellte Ersatzteile. Die Geschütze der Armeen des Ayatollah brauchen auch amerikanische Munition. Da jedoch in den USA ein striktes Handelsverbot für Waren nach Iran besteht, erreichen amerikanische Ersatzteile und Munition Teheran über Südafrika, Taiwan, Argentinien und Großbritannien.

40 Prozent der iranischen Rüstungsgüter kommen aus Nordkorea; viel Material liefern auch Libyen und Syrien. Die von Damaskus geschickten Waffensysteme sind ursprünglich in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten erworben. Wachsende Bedeutung als Waffenlieferant für Iran gewinnt auch China. In diesem Jahr wollen die Chinesen ihr bisher größtes Auslandsgeschäft auf dem Waffenmarkt abschließen: Panzer, Artillerie und Kampfbomber. Neben dem lukrativen finanziellen Aspekt dieses Handels, sind die Chinesen besonders daran interessiert, die Leistung ihrer Waffen unter Gefechtsbedingungen zu studieren.

Zählten die Sowjets zu Anfang des Golf-Krieges noch zu den wichtigsten Lieferanten der irakischen Kriegsmaschinerie, so ist ihr Anteil mittlerweile stagnierend, weil Irak sich inzwischen auch intensiv auf anderen Waffenmärkten umgesehen hat. So wurde beispielsweise Frankreich zu umfangreichen Waffenlieferungen veranlaßt. Zwischen 1982 und 1984 kaufte Irak für fünf Milliarden US-Dollar Rüstungsgüter in Paris.

Sorge in Italien

Besonders empfindlich würde ein Ende des Golf-Krieges die italienische Rüstungsindustrie treffen. Über die Bedeutung des irakisch-iranischen Krieges für Italiens Waffenhersteller berichtete der in London erscheinende Informationsbrief für den Nahen Osten „MEMO" in seiner jüngsten Ausgabe. Demnach ist die Chefetage des staatlichen Schiffsbauunternehmens „Canteiri Navali Riunti" (CNR) bereits heute beunruhigt, weil im nächsten Jahr ein Auftrag von Irak ausläuft. Dieser Handel hat das italienische Unternehmen seit 1980 beschäftigt und ausgelastet. Dabei handelte es sich um ein Auftragsvolumen von circa 1,6 Milliarden US-Dollar. Es war der bei weitem dickste Fisch, den Italiens Rüstungsschmiede je an Land gezogen hatte: vier Fregatten, sechs Korvetten, einen Tanker und ein Schwimmdock hatte Irak gefordert.

Dialog SPD–KPI irritiert Sozialisten

„Avanti" warnt vor derartiger Suche nach Bündnispartnern für eine europäische Linke

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die seit einiger Zeit zu beobachtende Intensivierung des Dialogs zwischen SPD und KPI hat die Kritik der Sozialistischen Partei des italienischen Ministerpräsidenten Pertino Craxi (PSI) herausgefordert. Wie aus einem Artikel im Parteiorgan „Avanti" hervorgeht, sind die Sozialisten, mit denen die SPD in der Sozialistischen Internationale verbunden ist, offenbar protestierend in der Bonner SPD-Zentrale vorstellig geworden, denn laut „Avanti" ist ihnen von SPD-Seite „offiziell" mitgeteilt worden, daß die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre, die in den vergangenen Tagen in Rom mit führenden KPI-Vertretern über die Europa- und Sicherheitspolitik diskutiert haben, „nicht im Auftrage der Partei, sondern als Privatpersonen" an diesen Debatten teilnahmen.

Der für die Außenbeziehungen zuständige PSI-Funktionär Spini bezeichnete in dem Parteiorgan den Dialog mit der KPI als „eine ziemlich abenteuerliche Angelegenheit" und warnte die SPD davor, sich auf der Suche nach Bündnispartnern für eine europäische Linke weiter in dieser Richtung zu exponieren. Die PSI empfindet zwar keinerlei Eifersucht, erwarte aber von der SPD, daß sie bei ihren Kontakten mit der KPI die Solidarität mit den anderen sozialistischen Parteien Europas und auch mit den italienischen Sozialisten wahre.

Anlaß für diese kritische Stellungnahme war in erster Linie eine dreitägige Diskussion in der KPI-Parteischule zwischen Kommunisten, Spitzenfunktionären und prominenten Repräsentanten der SPD-Linken unter Führung des Parteivorstandsmitgliedes Peter von Oertzen und des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose.

Wenige Tage später war dieser Debatte eine weitere Begegnung führender KPI- und SPD-Funktionäre im kommunistisch geleiteten „Zentrum für die Staatsreform" in Rom gefolgt. SPD-Repräsentant bei diesem Treffen war *Parteivorstandsmitglied* Karsten Voigt. Die von Peter von Oertzen geleitete Delegation war auch zu einem „herzlichen" Gespräch von KPI-Sekretär Alessandro Natta empfangen worden.

Während der Diskussion hatte Voigt betont, daß es sich bei den Kontakten nicht um eine „taktische Kungelei" handele, sondern „um einen Dialog, um herauszufinden, wo langfristig Konvergenz möglich ist". Man müsse „wechselseitig voneinander lernen". Auch in der Sicherheitspolitik gebe es „Ansätze der gegenseitigen Konvergenz".

Nach Darstellung Voigts steht die SPD in der Abrüstungs- und Europapolitik der KPI heute näher als etwa der Labour Party. Im Gegensatz zu den britischen Sozialisten treten die deutschen Sozialdemokraten und italienischen Kommunisten für eine ausgewogene – nicht für eine einseitige – Abrüstung und für eine intensivere europäische Einigungspolitik ein.

Von KPI-Seite wurde in der Diskussion *die Notwendigkeit der Erarbeitung* einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der europäischen Linken unterstrichen.

Zyperns KP fordert konkrete Mitsprache

Selbstbewußt durch Wahlerfolg / Genossen im Staatsdienst

E. ANTONAROS, Nikosia

„Ohne die Kommunisten läuft überhaupt nichts mehr in Zyperns Innenpolitik. Sie sind der solideste politische Block auf der Insel und müssen bei jeder Koalitionsbildung berücksichtigt werden." Diese Feststellung machen neuerdings politische Beobachter und westliche Diplomaten in Nikosia. Ihnen fiel auf, daß die einst absichtlich zurückhaltenden Kommunisten selbstbewußter geworden sind und nach mehr konkreter Macht im Staatsgefüge streben.

Verwunderlich ist dieser Reifeprozeß nicht. Denn die Moskau-nahe Akel-Partei – übersetzt etwa „Aufbaupartei des arbeitenden Volkes" – ist die stärkste nichtregierende kommunistische Partei Europas: Mit einem Stimmenanteil von 32,8 Prozent aller Stimmen war sie bei der Parlamentswahl von 1981 Wahlsiegerin geworden und mit 12 von insgesamt 35 Mandaten ins Parlament eingezogen.

Erst vor kurzem demonstrierten Zyperns dogmatische Kommunisten ihre Macht: Während einer wichtigen Parlamentsdebatte verbündete sich Akel-Generalsekretär Ezekias Papaioannou mit der rechtskonservativen *Sammlungsbewegung von* Ex-Präsident Glafkos Klerides, den er einst einen „Staatsfeind" genannt hatte, um Staatspräsident Spyros Kyprianou unter Druck zu setzen.

Begründet wurde dieses gemeinsame Vorgehen der beiden ungleichen Partner zwar mit einem Appell an Kyprianou, einen von der UNO ausgearbeiteten Staatsvertragsentwurf zur Lösung des Zypernkonflikts zu unterzeichnen.

Rache an Kyprianou

Tatsächlich wollten sich die Kommunisten allerdings an Kyprianou rächen, weil der Präsident, der selbst über eine recht schmale politische Basis verfügt und 1983 nur mit Hilfe der kommunistischen Stimmen wiedergewählt werden konnte, Ende Dezember ein sogenanntes „Minimum-Programm" mit der Akel einseitig aufgekündigt und einen erfolglosen Versuch unternommen hatte, sich mit seinem Erzfeind Klerides zu verbünden.

Hatten sich Zyperns Kommunisten während der Regierungszeit von Erzbischof Makarios bis zu seinem Tod 1977 reserviert verhalten und ihn ohne politische Forderungen unterstützt, so waren sie unter seinem erheblich weniger populären Nachfolger Kyprianou machtgieriger geworden. Zwar bekannten sich die Kommunisten im Rahmen der 1983 vereinbarten Abmachung zur „freien Marktwirtschaft" und erkannten die „wichtige Rolle des Mittelstandes" an, gleichzeitig rangen sie aber dem Staatschef Gegenleistungen ab.

In den letzten zwei Jahren ist es den Kommunisten daher gelungen, *die Beschäftigung von zahlreichen li*nientreuen Genossen im Staatsdienst durchzusetzen. In Ministerien befinden sich viele Referate in den Händen von Kommunisten, die mit sowjetischen, bulgarischen oder „DDR"-Stipendien im Ostblock studiert haben. Dazu ein Regierungsmitglied: „Auf diesem Gebiet ist die Akel-Leitung besonders aktiv gewesen. Sie hat uns lange Namenslisten von Leuten vorgelegt, deren Aufnahme sie in den Staatsdienst wünschte."

Zünglein an der Waage

Wegen des dogmatisch, streng nach Moskau gerichteten Kurses der 1922 gegründeten Partei – die erst seit 1941 Akel heißt – und des wirtschaftlichen Aufschwunges auf Zypern ist die Popularität der Kommunisten seit Beginn der sechziger Jahre deutlich zurückgegangen. Ihr politischer Einfluß ist hingegen wegen der Spaltung des bürgerlichen Lagers größer geworden. Die Akel-Partei ist zu einem mächtigen Zünglein an der Waage geworden, ohne deren Mitwirkung Zypern angesichts der persönlichen Feindschaft zwischen Kyprianou und Klerides praktisch nicht regierbar ist.

Diese Vormachtstellung nutzen die Kommunisten selbst in der Zypern-Frage aus: Aufgrund von Analysen westlicher Beobachter befürworten sie die Annäherung mit den Inseltürken ganz im Sinne der Sowjetunion. Sie wollen verhindern, daß aus der blockfreien Inselrepublik Zypern zwei jeweils an den NATO-Mitgliedern Griechenland und Türkei orientierte Inselteile entstehen. Jetzt schon gibt es regelmäßige Kontakte zwischen der kommunistisch kontrollierten griechisch-zyprischen Gewerkschaft PEO und ähnlich ausgerichteten Gruppen im türkischen Inselteil.

Beobachter gehen davon aus, daß die Kommunisten demnächst versuchen werden, ein größeres Mitspracherecht in allen politischen Bereichen zu erreichen. (SAD)

Die Formel „Nach Tito kommt Tito" hält der Realität nicht mehr stand

Ein Schriftsteller wagt sich an das Tabu-Thema / Der Fortschritt erfordert Veränderung

cgs. Wien

*In China gab es eine Ent-Maoisie*rung. Wird es demnächst in Jugoslawien eine „Ent-Titoisierung" geben – also einen Abbau des Tito-Mythos, auf dem das heutige Belgrader System beruht? „Nach Tito wird Tito kommen", lautete die trotzige und nicht sehr realistische Formel der jugoslawischen Partei nach dem Tode ihres legendären Führers und Marschalls 1980. Inzwischen sieht sich das von Tito hinterlassene System aber Kritik ausgesetzt.

Der prominente jugoslawische Schriftsteller *Antonije Isakovice hat* es erstmals gewagt, das bisher tabuisierte Thema „Tito" aufzugreifen. Isakovice, Jahrgang 1923, war kommunistischer Partisan der ersten Stunde (seit 1941), im Zweiten Weltkrieg politischer Kommissar. Auch heute noch ist er überzeugter Kommunist.

Der Verband der Spanienkämpfer, vor dem diese Rede gehalten wurde, gilt in Jugoslawien als eine Art „Aristokratie" der kommunistischen Parteien: Hier versammeln sich die ältesten und verdientesten Genossen. Daß gerade aus ihren Reihen und auf ihrer Jahresversammlung eine so deutliche Kritik am System und am Erbe Titos laut wird, verbunden mit der Forderung nach einem außerordentlichen Parteitag, zeigt, wie tief die Bewußtseinskrise in der jugoslawischen Partei heute reicht.

Nachfolgend Auszüge aus der Rede Isakovices:

„Die Verantwortung für die Situation, in der wir uns jetzt befinden, muß auch jene Persönlichkeit tragen, welche die größte Verantwortung für das Schicksal Jugoslawiens nach dem Kriege getragen hat (Tito - d.Red.).

Nicht in den Kontext der Geschichte gestellt

Das sprechen wir aber niemals aus. In diesem Jahrhundert gab es eine Reihe gewaltiger und großer Politiker, die ihre Länder in Befreiungs- oder Eroberungskriege sowie in Revolutionen führten. Das waren Churchill, Roosevelt, Stalin, Mao und Hitler. Alle diese Persönlichkeiten sind gestorben und in die Geschichte eingegangen.

Wir Jugoslawen behaupten von uns als Gesellschaft, daß wir sehr demokratisch und von allen Dogmen befreit sind – aber wir haben unsere Position gegenüber der ersten Persönlichkeit unserer Revolution nicht geklärt. *Wir haben diese Persönlich*keit nicht in den Kontext der Geschichte gestellt. Das haben in gewisser Weise die Chinesen (mit Mao) und die Russen (mit Stalin) getan, soweit es Letzteren möglich war. Die Engländer sind auf ihre Weise mit Churchill verfahren, wie auch die Amerikaner mit Roosevelt. Wir aber haben das nicht fertiggebracht. Warum?

Wahrscheinlich gibt es viele Ursachen. *Eine davon ist: ein wahrschein*lich nicht geringer Teil unserer führenden Schicht glaubt, daß man die Legende *nicht antasten darf.* Mit ihrer Hilfe wird regiert, wird die Macht gefestigt. Man glaubt, daß man damit *den Sozialismus aufbaut. Ich meine,* daß dieser Standpunkt falsch ist. Je mehr wir uns am Alten festklammern, um so schlimmer für uns. Jetzt gelangen wir allmählich aber stetig in eine ausweglose Situation.

Die Entwicklung des Sozialismus zählt

Ich bitte Sie, was bedeuten diese Treueschwüre, ‚daß wir von Deinem Wege nicht abweichen werden' (gemeint ist das in Jugoslawien traditionelle Gelöbnis: ‚Genosse Tito, wir ge*loben Dir, daß wir von Deinem Wege* nicht abweichen werden.'- d.Red.) Der Grundgedanke dieser Parole war die Solidarität mit dem Führer der jugoslawischen Revolution, als das Kominform (Moskau) damit begann, unseren Kampf auf das schlimmste zu verunglimpfen ... Er drückte damals ebenso die Solidarität des Volkes mit seinem Präsidenten der Republik aus, der die Unabhängigkeit des Landes repräsentierte. Das hieß folglich, daß wir vom Wege der Unabhängigkeit unseres Landes und von der demokratischen Entwicklung unseres jugoslawischen Sozialismus nicht abweichen werden.

Aber seit 1945 haben auch wir uns oft umorganisiert, haben wir unser Wirtschaftssystem und die verfassungsmäßige Ordnung des Landes verändert, denn es war notwendig, immer bessere, zeitgemäßere Methoden zu suchen, damit wir uns als fortschrittliche Gesellschaft entwickeln konnten. Von einem bestimmten Punkt an – davon sprechen die Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Politologen – haben wir etwas falsch gemacht und es ging bergab. Anstatt daß wir jetzt überprüfen, von *welchem Punkt an es bergab* gegangen ist und welcher Weg uns zu jenem Punkt geführt hat, auf dem wir uns jetzt befinden – *stellen sich unsere* ‚Verfassungsverteidiger' taub und wiederholen ein um das andere Mal, ‚daß wir von Deinem Weg nicht abweichen werden'.

Sehen Sie: *ausgerechnet im Namen* des Hauptweges, der Unabhängigkeit des Landes und seiner demokratischen Entwicklung, für die wir in den Krieg gezogen sind und uns 1948 (gegen die Sowjets, d.Red.) geschlagen haben – müssen wir uns mit allen Abirrungen identifizieren, die uns vielleicht irgendwohin führen, wohin wir gar nicht wollen. Ein Jugoslawien, in dem der Fortschritt stockt und die Verfolgungen verschärft werden – das ist eine Abweichung vom Weg, vom richtigen Weg unserer Revolution und unseres jugoslawischen Sozialismus.

Die bürokratische Macht ist über die Zustände im Lande nicht beunruhigt. Sie ist vielmehr beunruhigt über das offene Wort, welches diese Zustände aufdeckt. Sie ist auf arrogante Weise damit unzufrieden, daß wir uns Sorgen machen und tut alles, um diese Sorgen nicht nur zu bagatellisieren, sondern ihnen auch noch politische Motive zu unterstellen.

Diskussion dient dem Wohl des Landes

In Wirklichkeit sind wir nicht in eine ‚Position' und eine 'Opposition' geteilt, sondern in jene, die nüchtern und ehrlich sagen, wohin wir geraten *sind und was wir verschlafen haben* – und jene, die nichts von all dem hören wollen, was man ihnen sagt. Ihnen ist *es wichtiger, unsere Worte aufzufan*gen, die ihnen willkommen sind für ihre gegenseitigen Abrechnungen. Aber jeder arbeitet an seiner Aufgabe, und jeder wird sich für seinen Teil verantworten müssen. Ich glaube, daß die Offenheit dieser Diskussion nur ein weiterer Beweis ist für die Bereitschaft unserer Institution, der serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, dem Wohl und dem Fortschritt dieses Landes zu dienen."

Ein neuer Stützpunkt für die Sowjets in Afrika

Moskau baut die Inselgruppe São Tomé und Principe aus

M. GERMANI, Johannesburg

Die seit *einem Jahr* kursierenden Gerüchte über einen Ausbau der ehemals portugiesischen Inseln São Tomé und *Principe* im *Golf* von *Guinea* vor der Westküste Afrikas, sind jetzt von westlichen Geheimdiensten bestätigt worden. Vor einiger Zeit berichtete der gut informierte „Aida Parker Newsletter" in Johannesburg Einzelheiten über diesen strategisch wichtigen neuen Stützpunkt der Sowjets. Von dort hatten sie bereits im Falklandkrieg 1982 den gesamten Südatlantik beobachtet und überwacht. Sowohl das Pentagon als auch militärische Kreise in Pretoria sehen mit wachsendem Unbehagen den Aufbau *an militärischen* Einrichtungen und die steigende Zahl von Ostblock-Beratern auf den Inseln, die *rund 960 km von Angola entfernt* sind.

Die anhaltenden militärischen Erfolge der Unita in Angola bedeuten für die sowjetischen Nachschubbasen in Luanda eine ernsthafte Gefahr. Als Gegengewicht, so berichten westliche Kreise, baut Moskau jetzt eine nur mit Sowjets bemannte Radarstation am Mont Café auf São Tomé. Gleichzeitig werden Berichte über eine Erweiterung der zahlreichen natürlichen Buchten als Stützpunkte für sowjetische U-Boote überprüft. Die Zahl der Ostblock-Berater auf den beiden Inseln wird auf zwei- bis dreitausend geschätzt, davon etwa *300 Russen, rund 1000* Kubaner, die für den Schutz der angolanischen Erdöl-Enklave Cabina geschult und laufend ausgetauscht werden, circa 700 Mitteldeutsche sowie eine kleinere Anzahl von Nordkoreanern zur Ausbildung von knapp 4000 Mann starken angolanischen Sonder-Einheiten. Außerdem seien auch einige Polen als landwirtschaftliche Berater auf den Inseln.

Ersatz für Luanda

*Sollte es der angolanischen Wider*standsbewegung Unita gelingen, Luanda einzunehmen, oder es durch diplomatische Verhandlungen zwischen den USA und Südafrika zu einer für den Westen günstigen Lösung der Namibia-Frage kommen, etwa durch ein Abrücken der Dos-Santos-Regierung in Angola von ihrem moskautreuen Kurs, hätte der Kreml in Luanda einen wichtigen Nachschubhafen verloren, um den Südatlantik zu überwachen. Während des Falklandkrieges hatten sowjetische TU-95-Flugzeuge von dort aus die britischen Schiffe auf dem Weg zu den Ascencion-Inseln beobachtet. Nach dem Verlust von Grenada, dessen Flughafen-Landebahn von Kubanern gebaut wurde und wo Kuba seine *Truppentransporter* auf dem Weg nach Angola auftanken konnte, kommt nun dem Ausbau des Flughafens auf São Tomé *für Großraumflug*zeuge größere Bedeutung zu.

Die geostrategische Lage der beiden Inseln ist, nachdem sich Guinea mit dem Westen ausgesöhnt und seinen Flughafen in Conakry für die Sowjets gesperrt hatte, gerade für die Überwachung der Seewege bedeutsam. *Gleichzeitig* könnten die Sowjets die gesamten Schiffahrtswege an der westafrikanischen Küste, also *den Zugang zu den ölproduzierenden* Ländern Nigeria, Gabun, Kamerun, Republik Kongo und der angolanischen Erdöl-Enklave Cabinda und die Route der großen Tanker aus dem Golf auf ihrem Weg nach Europa und den USA kontrollieren.

Vom Kreml enttäuscht

Seit seiner Unabhängigkeit im Juli 1975 galt die Regierung von Präsident Manuel Pinto da Costa als die am weitesten marxistisch-leninistisch *orientierte der fünf ehemaligen portu*giesischen Kolonien in Afrika. *Die* 964 Quadratkilometer großen Inseln mit einer Bevölkerung von 95 000 Menschen, Nachfahren schwarzer Sklaven und von Südeuropäern, die bereits im 16. und 17. Jahrhundert dort siedelten, leben hauptsächlich vom Kakao-Anbau. Er bringt 90 Prozent der ausländischen Devisen ein. Da Costa, an dessen Wiederwahl in diesem Jahr nicht gezweifelt wird, scheint nach Informationen aus Washington indes einer wirtschaftlich lukrativen Annäherungspolitik an den Westen, ähnlich wie sie Präsident Samora Machel in Moçambique betreibt, *nicht* abgeneigt zu sein. So wurden im Februar die diplomatischen Beziehungen zu Washington aufgenommen, eine *Million Dollar* Wirtschaftshilfe zahlen die USA jährlich. Der Präsident sei, vertraulichen Berichten zufolge, zunehmend enttäuscht und verbittert über seine Freunde im Kreml, die die Inseln in eine sowjetische Kolonie verwandelt haben. Darauf setzt das State Department gewisse Hoffnungen, wie es in Pretoria heißt.

Entlang der Autobahn hohe Bleiwerte

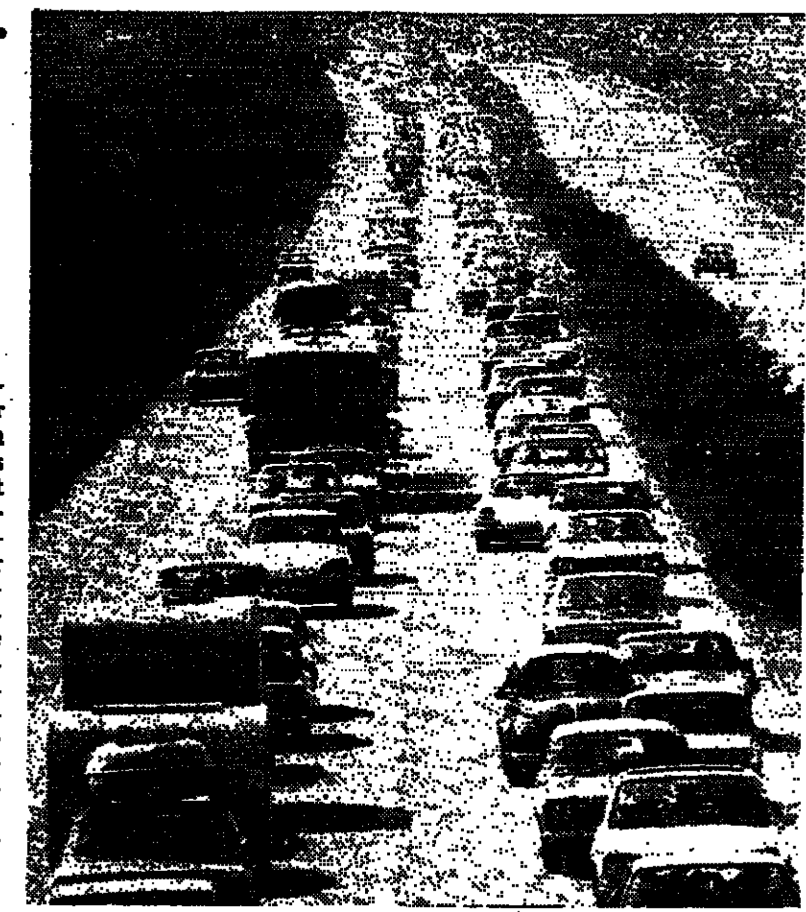
Von XING-HU KUO

Die rasche Einführung von bleifreiem Benzin ist nicht nur für die Luftreinhaltung, sondern auch im Interesse des Bodenschutzes dringender denn je. Darauf hat jetzt Baden-Württembergs Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) hingewiesen. Anlaß für diese Forderung war die Vorstellung von zum Teil alarmierenden Ergebnissen einer Untersuchung über die „verkehrsbedingte Belastung von Böden und Aufwuchs". Die Staatliche Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) Augustenberg hatte zu diesem Zweck an Autobahnen, Bundes-, Land- und Kreisstraßen im Großraum Karlsruhe 600 Boden- sowie 300 Pflanzenproben entnommen.

Die Bleikonzentration ist demnach an Autobahnen stärker als an anderen Autostraßen und nimmt mit der Entfernung vom Nahbereich der Vekehrswege erheblich ab. Obwohl die Wissenschaftler eine akute oder unmittelbare Gefährdung für die Nahrungsmittelproduktion für Menschen und Tiere noch verneinen – im Nahbereich von Autobahnen würden ohnehin keine landwirtschaftlichen Produkte erzeugt –, halten sie zur Vorbeugung gegen weitere Schäden an Böden und Bewuchs die rasche Einführung von bleifreiem Benzin für wünschenswert.

Im einzelnen wird in der Studie registriert: Im Boden an Autobahnen werde der Grenzwert für Blei (100 Milligramm pro Kilogramm Boden) im Nahbereich bis zu einem Meter Abstand um „mehr als das Vierfache", an den übrigen Straßen deutlich überschritten.

Die Belastung nimmt nach den Seiten hin dann zwar rasch ab. Bei Bundes- und anderen Straßen wird bereits in einer Entfernung von vier bis sechs Meter der Normalwert (40 Milligrammm pro Kilogramm Boden) erreicht. Anders jedoch entlang den Autobahnen. Hier sinkt die Belastung erst bei etwa fünf Meter Abstand von den Fahrbahnen unter den zulässigen Höchstwert. Das hat unmittelbare Folgen für die Haltung von Weidevieh im Randbereich dieser stark befahrenen Straßen. Der für Grünfutter zulässige Höchstgehalt von 40 Milligramm Blei pro Kilogramm Futter wird nämlich sogar in einem zehn Meter breiten Streifen links und rechts von Autobahnen deutlich überschritten.



Staus auf den Autobahnen: Das Blei aus den Abgasen führt in Boden und Pflanzen am Straßenrand zu starken Belastungen. FOTO: ANDRE GELPKE

Für das Schwermetall Cadmium wurden ähnliche Erkenntnisse gesammelt. Im Boden des Randstreifens bis zu einem Meter und im Aufwuchs wurde bei allen Straßen eine „deutliche Anreicherung" mit Cadmium gemessen. Sie ist an Autobahnen etwa zweieinhalbmal, im Aufwuchs drei- bis viermal so hoch wie an den anderen Straßen. Glücklicherweise wird der Grenzwert für Cadmium im Boden (drei Milligramm pro Kilogramm) nicht überschritten, abgesehen von „einzelnen Fällen an Autobahnen", heißt es in der Studie. Auch hier sinkt der Gehalt an dem Schwermetall bei zunehmender Entfernung rapide ab, und der „natürliche" Gehalt von 0,2 Milligramm wird bereits bei einer Entfernung ab acht Metern erreicht.

Minister Weiser betonte bei der Vorstellung der Studie, obwohl auch hier keine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit vorliege, berge Cadmium ein „hohes Gefährdungspotential für die Nahrungskette". Noch mehr als Blei gehört dieses Schwermetall nämlich zu denjenigen Umweltgiften, die sich über Pflanzen und Tiere in der Nahrungskette anreichern. Besonders belastet sind Wildpilze, Fisch, die Innereien von Wild, Rind, Schwein und Geflügel. Als Folgen hoher Cadmiumaufnahme werden Nierenfunktionsstörungen angenommen, wie das Umweltbundesamt heute bereits bei 0,1 bis ein Prozent der über Fünfzigjährigen vermutet. Auch eine krebserregende Wirkung wird diskutiert.

Dennoch besteht wohl kaum eine Chance, die Cadmiumbelastung kurzfristig herunterzudrücken. Wenn Minister Weiser eine Reduzierung der Emissionen dieses Schwermetalls forderte, mußte er doch zugleich darauf hinweisen, daß das Cadmium aus „verschiedenen Quellen" stammt. Dazu zählt neben Motorenöl und Dieselkraftstoff auch der Reifenabrieb.

Die Verträglichkeit von Alkohol ist bei den Menschen unterschiedlich. Während bei dem einen schon ein Glas Wein Wirkung zeigt, bedarf es bei dem anderen dazu einer ganzen Flasche. Doch die Empfindlichkeit für Alkohol ist nicht eine Sache der „Übung". Wissenschaftler haben herausgefunden, daß die Trinkfestigkeit bei den verschiedenen Rassen durch die Vererbung bestimmt wird. Die Indianer konnten deshalb das „Feuerwasser" auch schlechter vertragen als der weiße Mann.

Warum ein Mongolide weniger trinkfest als ein Europide ist

Von MANFRED REITZ

Zum Nachweis der Alkoholempfindlichkeit wurde ein einfacher Test entwickelt: Eine Versuchsperson trinkt pro Kilogramm Körpergewicht etwa 0,3 bis 0,5 Milliliter reinen Alkohol. Errötet danach die Gesichtshaut und steigen Puls sowie Hauttemperatur an, dann kann die Versuchsperson zu den alkoholempfindlichen Menschen gezählt werden.

Die Alkoholempfindlichkeit ist in einem unterschiedlichen Umfang auf die einzelnen Rassen verteilt. 80 Prozent der Mitglieder der mongoliden Rasse, aber nur fünf Prozent der Mitglieder der europiden Rasse sind alkoholempfindlich. Die Ursache ist genetisch bedingt und wird durch eine unterschiedliche Enzymausstattung zur Verarbeitung des Alkohols in den Zellen festgelegt. Die Trinkfestigkeit wird nicht durch die „Übung", sondern allein durch die Vererbung bestimmt.

Alkohol wird in der Leber durch Enzyme der Gruppe Alkohol-Dehydrogenasen (ADH) abgebaut. Dabei entsteht Aldehyd, das sofort von Enzymen der Gruppe Aldehyd-Dehydrogenasen (ALDH) weiterverarbeitet wird. Der „Vergiftungseffekt" des Akohols auf den Organismus ergibt sich aus einer Anreicherung von Acetaldehyd, das zahlreiche Folgereaktionen auslöst und besonders im Nervensystem Wirksubstanzen freisetzt. ADH kommt in der menschlichen Leber in einem Gemisch aus mehreren gleichartigen Enzymen vor.

Eines dieser Enzyme, die ADH_3 tritt bei etwa 90 Prozent der Mongoliden in einer atypischen Untereinheit auf. Bei Europiden kommt es dagegen in der normalen Form vor. Der molekulare Unterschied ist minimal. Beide unterscheiden sich nur in einer einzigen Aminosäure, auf Position 47 der Eiweißkette ist Cystein durch die Aminosäure Histidin ersetzt.

Enzyme gehören zu den Eiweißen und werden aus Ketten von Aminosäuren aufgebaut. Durch den Austausch der beiden Aminosäuren verändert sich natürlich die Enzymstruktur mit funktionellen Konsequenzen. Die atypische Untereinheit ist wesentlich, vermutlich zehnmal aktiver als die normale Form des ADH_3 Durch die hohe Aktivität wird bei Mongoliden Acetaldehyd schneller angereichert als bei Europiden. Dabei wird der „Vergiftungseffekt" von Alkohol früher wirksam.

Die Wirkung des hohen Acetaldehydspiegels wird schließlich durch einen weiteren Funktionsunterschied noch verstärkt. ALDH kommt bei Europiden als ALDH-1 und ALDH-2 vor. Mongolide verfügen jedoch zu 50 Prozent nur über ALDH-1, ALDH-2 fehlt bei den betroffenen Mongoliden völlig. Acetaldehyd kann deshalb wegen der mangelhaften Enzymausstattung nicht rasch genug abgebaut und weiterverarbeitet werden.

Mongolide sind somit in ihrer Trinkfestigkeit gegenüber Europiden auf eine doppelte Weise benachteiligt: Einerseits kann wegen der erhöhten Aktivität der atypischen Untereinheit das Acetaldehyd besonders rasch angereichert werden, andererseits kann gleichzeitig der erhöhte Acetaldehydspiegel wegen des Fehlens von ALDH-2 nicht rasch genug abgebaut werden. Bei gleichem Alkoholkonsum wirkt Acetaldehyd beim mongoliden Menschen länger und intensiver als beim europiden Menschen. Der Europide verträgt mehr Alkohol als der Mongolide.

Bei Japanern konnte in Untersuchungsmaterial aus der Leber gezeigt werden, daß ALDH-2 zwar existiert, funktionell jedoch nicht in Erscheinung tritt. ALDH-2 ist deshalb nicht als Folge von Störungen in den Genen der Zellen verschwunden, sondern wird produziert, ohne später zu funktionieren. Vermutlich ist die Ursache in Veränderungen der Enzymstruktur zu suchen.

Die Enzymveränderungen im Alkoholabbau müssen bei der Entwicklung der Rassen bereits sehr frühzeitig eingesetzt haben. Japaner, Chinesen und Koreaner, aber auch die Indianer von Nord- und Südamerika verfügen über die abgewandelte Enzymausstattung. Die typische Enzymausstattung der Europiden kommt bereits bei Stämmen der indischen Urbevölkerung vor, die noch an der Wurzel der Entwicklung der europiden Rasse stehen.

Die abgewandelte Enzymausstattung ist eindeutig genetisch vorherbestimmt und nicht im Verlauf des Lebens erworben. Auch die „westliche Lebensweise" der ursprünglich asiatischen Bevölkerungsgruppen der USA vermag keinen Einfluß auf die Enzymausstattung auszuüben.

Vor dem Hintergrund einer unterschiedlichen Enzymausstattung kann möglicherweise auch der Alkoholismus bei den einzelnen Rassen diskutiert werden. Bei Chinesen und Japanern ist er weniger verbreitet als bei Europäern und Amerikanern. Bei Indianern hatte allerdings der Alkohol verheerenden Einfluß. Sie konnten im Gegensatz zum weißen Mann das „Feuerwasser" schlechter vertragen.

Läßt sich die Bildplatte bald löschen?

Das Rennen um den Markt digitaler Bildplatten hat noch gar nicht so recht begonnen. Viele Interessenten zögern noch, weil sie, ähnlich wie beim Magnetband, hoffen, daß es den Technikern gelingt, wiederverwendbare, also löschbare Bildplatten rechtzeitig zu entwickeln. An der Lösung dieser Probleme wird auch bereits in vielen Entwicklungslabors fieberhaft gearbeitet.

Schon vor zwei Jahren vermeldeten die Japaner mit einem magnetisch-optischen Verfahren erste Erfolge. Inzwischen gibt es eine neue Lösung, die völlig ohne magnetische Wirkungen auskommt. Es handelt sich dabei um ein thermisches Verfahren, das verspricht, leichter und sicherer geregelt zu werden als magneto-elektronisch arbeitende „Lichtköpfe". Es beruht auf der Beobachtung, daß hauchdünne Silber-Zink-Legierungen unterschiedliche Farben in bestimmten Temperaturbereichen aufweisen.

Normalerweise ist die Legierung metallisch-silbern. Auf 300 Grad Celsius erhitzt und dann blitzschnell auf Raumtemperatur abgekühlt, wird sie blaßrosa. Wird die farbige Form weniger stark, auf etwa 100 bis 280 Grad erhitzt, kehrt die silberne Farbe wieder zurück. Beide Farbzustände sind äußerst stabil. So könnte der rosafarbene Zustand als Bildspeicherzustand ausgelegt werden. Die silbrige Farbe würde sich nach dem Löschvorgang wieder einstellen.

Die kurzzeitigen Temperaturen zum Einlesen eines Bildes können wegen der filmartigen Legierung schon von Halbleiterlasern übernommen werden. Für das Auslesen der Bildinformationen reichen Dioden aus. Laser und Dioden entsprechen dem heutigen Stand der Technik, ebenso die sehr exakt arbeitenden Führungen dafür.

Womit die Techniker noch nicht zufrieden sind, sind die bisher erreichbaren Geschwindigkeiten: für das Einschreiben digitaler Bildinformationen werden zur Zeit noch 0,1 Mikrosekunden benötigt. Das Löschen erfordert eine Minute. trz.

Strom spürt Erze unter Wasser auf

Geoelektrisches Verfahren für Lagerstättensuche in der Tiefsee weiterentwickelt

Von WILHELM DENKER

Bei der Suche nach Erzlagerstätten werden Erzkörper mit hoher elektrischer Leitfähigkeit (Sulfiderze oder gewisse Eisenerze) „geoelektrisch" aufgespürt. In dem Bereich dieser Erzkörper ist der elektrische Widerstand des Untergrundes besonders gering. Man mißt ihn, indem man Elektroden in den Boden steckt, sie mit Kabeln verbindet und unter Strom setzt. Wie auf der Jubiläumstagung der „Geologischen Vereinigung" in Kiel berichtet wurde, haben Ozeanographen aus Wormely (England) diese Methode der Geoelektrik auch für die Suche nach Sulfiderzen auf dem Tiefseeboden des Pazfiks weiterentwickelt.

Die Tiefseeprospektoren benutzen für ihre Widerstandsmessung ein Kabel von 50 Metern Länge, das durch ein Tiefseetauchboot ausgelegt wird, und zwar ohne Taucherhilfe: Das Boot schleppt das Kabel langsam hinter sich her, läßt sein äußerstes Ende durch Ballast auf den Boden sinken und fährt immer tiefer tauchend weiter, bis das Kabel vollständig flach ausgelegt ist und die Messung beginnen kann. Der Elektrodenkontakt wird durch Metallhülsen auf dem Kabel hergestellt, die in je zehn Metern Entfernung voneinander auf dem Kabel angebracht sind.

Das Meßkabel wurde zunächst im Flachwasser der englischen Kanalküste getestet, ehe im Sommer 1984 die erste geoelektrische Prospektionsfahrt in rund 2700 Metern Tiefe im Ostpazifik gestartet werden konnte. Erzvorkommen in diesem Gebiet am Hang eines „Seamount" (eines aus dem Boden aufragenden Vulkankegels) sind schon länger bekannt.

Auf vier Meßlinien wurden zwei Vorkommen von Sulfiderzen lokalisiert, von denen das eine vermutlich einen halben Quadratkilometer groß und, nach der Widerstandsmessung zu urteilen, rund neun Meter dick ist.

Der elektrische Widerstand im Bereich dieses Erzfeldes war im Vergleich zu Seewasser etwa halb so groß. Vergleichsmessungen außerhalb der Erzvorkommen über einem erzfreien Tiefseegestein, einer sogenannten Kissenlava, die der vulkanische Bergkegel eruptiert hatte, zeigten, daß der elektrische Widerstand in diesem Bereich des Tiefseebodens rund vierzigmal höher ist als der des Seewassers: Das Erzvorkommen markiert sich als Leitfähigkeitsanomalie des Untergrundes erstaunlich gut.

Zusätzlich ist ein solches Erzvorkommen auch in der Tiefsee (wie auf dem Festland) durch ein „Eigenstrompotential" gekennzeichnet: Die Meerwasser-Oxydation eines Erzkörpers aus Kupfer- und Zinksulfiden, wie sie in den Erzfeldern des Pazifiks vorliegen, liefert eine Art von elektrischem Korrosionsstrom, der mit dem Meßkabel der englischen „Tiefsee-Geophysiker" erfaßt werden kann: Es zeigte sich, daß zwischen den zehn Meter voneinander entfernten Elektroden ein „Eigenpotential" der Größenordnung von etwa zehn Millivolt gemessen werden kann, während auf den Meßlinien über der Kissenlava diese Potentialdifferenz fehlt.

Diese Versuche, die zunächst mit dem französischen Tiefseetauchboot „Cyana" durchgeführt wurden, demonstrieren, daß es bereits eine Möglichkeit gibt, um die Flächen- und Tiefenverteilung der neuartigen Tiefsee-Erze mit relativ geringem Meßaufwand und im Prinzip alterprobten Methoden zu erfassen. Auch die nächste Prospektionsfahrt der hannoverschen „Preussag" 1985 in die Tiefsee-Erzfelder des Pazifiks wird diese Tiefseeboden-Geoelektrik erproben.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Ökomesse in Stuttgart

Stuttgart (DW.) – Eine Ausstellung und Verkaufsmesse „Öko '85 für Energiesparen, Sonnenenergie, Natur- und Umweltschutz" findet vom 11. bis 16. Mai auf dem Stuttgarter Killesberg-Messegelände statt. Sie wird im Rahmen der Gesundheitsmesse „Pro Sanita 85" veranstaltet und wendet sich in erster Linie an Endverbraucher wie Hausbesitzer, Handwerker, Techniker, beratende Berufe, Landwirte, Gemeinderäte, Schulen sowie „alle, die ein umweltbewußtes Leben führen wollen".

Atempause für den Wald

Freiburg (dg.) – Überraschende Ergebnisse haben Schadenserhebungen der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg in Baden-Württemberg erbracht. Danach hat sich der Krankheitsverlauf bei den Nadelbäumen verlangsamt. Die Tanne zeigte im Herbst 1984 nur noch im Schwarzwald einen „deutlich erhöhten Schädigungsgrad", während sich ihr Gesundheitszustand auf anderen Flächen sogar leicht gebessert hat. Die Fichte hat allgemein eine weitere „leichte Verschlechterung" zu verzeichnen, wohingegen an den Laubbäumen „verstärkt Schäden aufgetreten sind". Das Institut warnt davor, die möglicherweise eingetretene „Atempause" im Verlauf der Walderkrankung überzubewerten. Allem Anschein nach sei sie lediglich den verhältnismäßig hohen Niederschlägen 1984 zuzuschreiben.

Historisches Obst

Hofheim (gur.) – Wer in der Stadt Hofheim am Taunus hochstämmige Obstbäume auf seinem Grundstück pflanzt, kann Zuschüsse bis zur Hälfte der Kosten erhoffen. Mit den im Haushaltsplan 1985 vorgesehenen Mitteln zur Erhaltung von „historischen Ostsorten" soll eine für den Vordertaunus typische Kulturlandschaft erhalten werden, die durch das Vordringen von Stammbüschen mehr und mehr auszusterben droht.

Giftige Sauberkeit

Wiesbaden (dpa) – Der hessische Umweltminister Armin Claus tritt für ein Verbot hypochloridhaltiger Haushaltsreiniger ein. Die aggressiven Putzmittel stellen, wie der Minister jetzt erklärte, einen „riesigen Gefahrenbereich im Haushalt" dar. Das Bundesgesundheitsamt habe bei der Auswertung der Daten seiner Giftzentralen in den Bundesländern festgestellt, daß von 1981 bis 1983 insgesamt 443 Vergiftungsfälle durch hypochloridhaltige Stoffe bekannt geworden seien.

Feuchtgebiete schützen

Bonn (dpa) – Auf die zunehmende Zerstörung feuchter Grünlandbereiche durch intensivere Landwirtschaft hat die deutsche Sektion des internationalen Rates für Vogelschutz besorgt hingewiesen. In einem Apell an die Bundesregierung forderte sie, daß Regionen mit solchen Feuchtwiesen in das staatlich geförderte Bergbauernprogramm aufgenommen werden, um den dortigen Landwirten eine schonendere Bewirtschaftung dieser ökologisch wichtigen Gebiete ohne Existenzgefährdung zu ermöglichen.

Technologieberater

Hannover (dl.) – Die niedersächsische Landesregierung hat Professor Hans Kurt Toenshoff zum Landesbeauftragten für Forschung und Technologie ernannt. Toenshoff soll die Landesregierung auf dem Gebiet der technologischen Forschung und des Technologie-Transfers beraten und Entscheidungen der Landesregierung für eine zukunftsorientierte Forschungspolitik vorbereiten. Die Tätigkeit wird mit 40 000 Mark im Jahr honoriert.

Ein guter Schalter hat keine lange Leitung.



Ute Brauweiler
HYPO-BANK

NACHRICHTEN

Noah schlug Zuschauer

Asuncion (dpa) – Von einem Skandal um den französischen Profi Yannick Noah wurde der 3:2-Erfolg von Paraguay in der ersten Runde des Tennis-Daviscups in Asuncion überschattet. Noah saß im entscheidenden Spiel zwischen Pecci und Leconte am Spielfeld, als sich ein Zuschauer über einen Fehler des Franzosen lustig machte. Noah verpaßte dem Fan daraufhin einen Schlag mit dem Tennisschläger.

Eigentor rettete Barcelona

Madrid (dpa) – Der FC Barcelona (neun Punkte Vorsprung) benötigte ein Eigentor, um das Heimspiel am 28. Spieltag der spanischen Fußball-Meisterschaft gegen Malaga mit 1:0 zu gewinnen. Der Klub von Bernd Schuster benötigt nun aus den restlichen sechs Spielen nur noch vier Punkte, um die Meisterschaft zu gewinnen.

Ceulemans Europameister

Epinal (dpa) – Seinen Titel als Billard-Europameister im Einband verteidigte der Belgier Raymond Ceulemans im französischen Epinal. Der Belgier gewann den Titel damit zum zwölften Mal.

Sieg für Sean Kelly

Nizza (dpa) – Zum vierten Mal nacheinander hat der irische Radprofi Sean Kelly die Radrundfahrt Paris–Nizza gewonnen. Der Ire konnte zwar nicht eine einzige Etappe gewinnen, war aber der beständigste Fahrer. Zweiter wurde Kellys Landsmann Stephen Roche.

Langers schwacher Start

Orlando (dpa) – Der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer belegte beim Turnier in Orlando (Florida) mit 74+70+69+71=284 Schläge den 18. Platz und kassierte eine Prämie von 21 250 Mark. Er hätte seine Prämie vervierfacht und wäre auf dem vierten Platz gelandet, hätte Langer statt der 74 Schläge nach der ersten Runde das Niveau seiner folgenden Runden ungefähr erreicht.

Piquet wieder schnell

Rio de Janeiro (sid) – Der Brasilianer Nelson Piquet fuhr mit seinem Brabham-BMW auch am dritten Tag der Formel-1-Testfahrten in Rio de Janeiro die Bestzeit. Er war dabei um vier Sekunden schneller als der Engländer Derek Warwick.

FECHTEN / Weltcup-Erfolg in Venedig für einen Schützling von Emil Beck

Für den 17 Jahre alten Weidner war der Olympiasieger nicht stark genug

JÖRG STRATMANN, Bonn

„Das gibt's doch gar nicht, das gibt's doch gar nicht." Thorsten Weidner versuchte in den ersten Minuten vergeblich einzuordnen, was ihm soeben gelungen war. Die breite Brust seines väterlichen Freundes Mathias Behr gab dem 17jährigen dann Gelegenheit, seine Fassung in etwa wiederzuerlangen.

Mit seinem 10:8-Erfolg über Olympiasieger Mauro Numa aus Italien im Final-Gefecht des Florett-Weltcup-Turniers von Venedig hatte der 1,86 Meter große Tauberbischofsheimer Schüler die Sensation perfekt gemacht: Mit der Trophäe der Stadt Venedig gewann er sein erstes ganz großes Turnier und führt – gemeinsam mit Numa – die Weltrangliste an. Den Erfolg des Deutschen Fechterbundes im Lande der Florett-Olympiasieger rundeten Weidners Klub-Kameraden Mathias Behr als Sechster und überraschend Dieter Lammer als Achter ab.

2000 italienische Zuschauer hatten einen erneuten Triumph ihrer Gold-Fechter von Los Angeles erwartet – doch Thorsten Weidner bezwang zunächst den Bronze-Medaillen-Gewinner Stefano Cerioni, danach dem WM-Dritten von 1983, Marian Zypniewski aus Polen, und ließ sich im Endkampf auch nicht mehr von Doppel-Olympiasieger Numa aufhalten, dem überragenden Fechter des letzten Jahres.

„Dem Jungen gehört die Zukunft", strahlte Bundestrainer Emil Beck über den Coup seines Schülers, den er seit Jahren gemeinsam mit Mathias Behr nicht nur im sportlichen Bereich betreut und fördert. Thorsten war ohne den Vater aufgewachsen, die Erziehung übernahm die Mutter alleine. Behr und Beck nahmen ihn dann später unter ihre Fittiche. Gemeinsam mit der Mutter waren und sind die beiden für ihn die einzigen Bezugspersonen.

„Ich habe gestaunt, daß Thorsten so beherrscht und konzentriert gefochten hat", freute sich besonders der deutsche Meister Behr, denn er kennt den Schüler eines Wirtschafts-Gymnasiums auch anders. „Normalerweise kämpft Thorsten aggressiv und unbeherrscht, aber hier hatte er sich in der Gewalt." Ähnlich sah es Behrs Bruder Jochen, Trainer am Stützpunkt Tauberbischofsheim. Auch im letzten Gefecht habe Weidner seine Nerven im Griff gehabt, als dem Kampfrichter beim Stande von 9:7 eine klare Fehlentscheidung unterlaufen sei. „Das war eine taktische Glanzleistung. Er hat sich Zeit gelassen und jeden Treffer ausgefochten."

„Jahrelang laufe ich bei den Junioren einem Sieg hinterher – und dann gewinne ich ein Weltcup-Turnier bei den Aktiven", kommentierte der Sieger kopfschüttelnd. Seit zwei Jahren hatte er auch in der Klasse der Älteren immer wieder angedeutet, was in ihm steckt. Als unbekannter 15jähriger A-Jugendlicher hatte Weidner 1983 schon einmal das Finale von Venedig erreicht, in diesem Jahr folgten weitere Erfolge. Er belegte den neunten Rang beim Martini-Turnier in Paris, mit 10:9 geschlagen vom mehrmaligen Weltmeister Alexander Romankow aus der UdSSR, und wurde Fünfter beim bestbesetzten Florett-Turnier der Welt, dem „Rommel" in Paris.

Unter den deutschen Florett-Junioren nimmt er nun eine Ausnahme-Stellung ein – bei den Aktiven muß Thorsten Weidner trotz dieser Serie weiter um eine Fahrkarte zu den Weltmeisterschaften im Juli in Barcelona kämpfen. Hinter seinem Klubkameraden Mathias Gey belegt er zwar zur Zeit den zweiten Platz – unter den ersten Zehn der deutschen Rangliste *haben allerdings nicht* weniger als neun Florett-Spezialisten in dieser Saison bereits ein Weltcup-Finale erreicht. Emil Beck ist in einer beneidenswerten Situation: Er kann weiterhin aus dem Vollen schöpfen.

FUSSBALL / Pokal

Werder hofft auf Wiederholung

dpa, Krefeld

Vor dem heutigen Pokal-Nachholspiel (Viertelfinale) gegen Werder Bremen (Beginn: 20.00 Uhr) versuchte es Karl-Heinz Feldkamp, Trainer von Bayer 05 Uerdingen, mit der sanften Tour. „Wer in Köln schon einmal 5:1 gewonnen hat, der muß auch das Recht haben, in Stuttgart in einem hochklassigen Spiel 2:5 zu verlieren, wenn beim Gegner alles klappt", meinte der Trainer zum Uerdinger Reinfall in der Bundesliga am vergangenen Freitag.

Einen Tag später sah sich der Trainer den heutigen Gegner beim Meisterschaftsspiel in Mannheim an. Was er dort beobachtete, machte ihn gar nicht froh: „Das ist nicht mehr die Bremer Mannschaft, die bei uns in der Vorrunde 1:3 unterlag. Werder ist wesentlich stärker geworden. Nur die Abwehr ist Werders wunder Punkt. Deshalb muß unsere Devise Angriff heißen."

Bremen möchte am liebsten ein Wiederholungsspiel im Weser-Stadion erreichen. Manager Willi Lemke: *„Das wäre für uns die beste Lösung, Terminnöte kennen wir nicht."* Trainer Otto Rehhagel dagegen will den Erfolg: *„Meine Mannschaft hat in diesem Spiel einiges gutzumachen."*

In der Bundesliga stehen heute mit Kaiserslautern – Mannheim und Schalke – Leverkusen zwei weitere Nachholspiele auf dem Programm.

SKI ALPIN

Weltcup-Sieg für Marina Kiehl

sid, Sunshine Valley

Nach ihrem dritten Saisonsieg greift Marina Kiehl (München) jetzt nach dem kleinen Weltcup im Riesenslalom. Im Zielraum im kanadischen Sunshine Valley meinte die 20jährige: „Ich muß nun auch am Mittwoch in Lake Placid vor Michela Figini liegen, dann kann ich es schaffen." Marina Kiehl lag im Super-Riesenslalom (drei ihrer vier Weltcupsiege feierte sie in dieser Disziplin) um 41 Hundertstelsekunden vor der Schweizer Olympiasiegerin Michela Figini.

Marina Kiehl, die vor einem Jahr in Kanada auch ihr erstes Weltcup-Rennen gewonnen hatte, meinte später: „Fast wäre ich gescheitert. Im oberen Teil verlor ich die Linie, habe fast ein Tor verpaßt. Aber es hat zum Glück nicht viel Zeit gekostet." Mit 110 Punkten liegt sie im Kampf um die Riesenslalom-Trophäe gleichauf mit Michela Figini. In dieser Wertung – die fünf besten Resultate zählen – gibt bei Gleichstand die Placierung in den weiteren Rennen den Ausschlag. Momentan hat Marina Kiehl einen Vorteil. Im Gesamt-Weltcup kann sie ihre vierte Position (168 Punkte) nur verbessern, wenn sie in Lake Placid und am Wochenende im letzten Riesenslalom in Waterville Valley ähnlich auftrumpft wie in Sunshine Valley. Im Gesamt-Weltcup ist Michela Figini (259 Punkte) kaum einzuholen.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 1, zweite Runde: El Salvador – Honduras 1:2, Gruppe 2: Uruguay – Ecuador 2:1.

REITEN

CHI, Championat von Dortmund für Springreiter: 1. Whitaker (England) Warren Point 0 Fehlerpunkte/36,28 Sek., 2. Melliger (Schweiz) Van Gogh 0/37,40, 3. Pyrah (England) Diamond 0/37,73, 4. Ehrens (Holland) Oskar Drum 0/45,80, 5. Rüping (Deutschland) Silbersee 4/34,84, 6. Simon (Österreich) The Freak 4/36,80.

SKI NORDISCH

Weltcupspringen auf der 90-m-Schanze in Oslo: 1. Nykänen (Finnland) 226,6 Punkte, 2. Wiegele (Österreich) 215,1, 3. Balanche (Schweiz) 210,7, 4. Felder (Österreich) 208,6, ... 13. Bauer (Deutschland) 191,0.

SKI ALPIN

Super-Riesenslalom, Damen in Banff/Alberta: 1. Kiehl (Deutschland) 1:23,29 Min., 2. Figini 1:23,70, 3. Örtli 1:24,70, 4. Haas (alle Schweiz) 1:24,75, 5. Twardokens (USA) 1:24,80, 6. Charvatova (CSSR) 1:24,88, 7. Armstrong (USA) 1:25,05, 8. Walliser (Schweiz) und Quittet (Frankreich) je 1:25,07, 10. Nelson (USA) 1:25,29. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Figini 234 Punkte, 2. Örtli 211, 3. Wallier 182, 4. Kiehl 168, ... 11. Epple-Beck (Deutschland) 90. – **Weltcup-Riesenslalom**, Herren in Aspen/Colorado: 1. Girardelli (Luxemburg) 2:27,40, 2. Stenmark 2:27,72, 3. Julen (Schweiz) 2:27,86, 4. Giorgi (Italien) 2:27,96, 5. Zurbriggen (Schweiz) 2:28,02, ... 13. Wasmaier (Deutschland) 2:30,56. – Stand im Weltcup: 1. Girardelli 252, 2. Zurbriggen 207, 3. Wenzel (Liechtenstein) 172, 4. Müller 142, 5. Heinzer (beide Schweiz) 137, 6. Stenmark 135, ... 16. Wasmaier 83, ... 25. Wildgruber 62, ... 29. Roth (alle Deutschland) 53.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 17. Spieltag: Bergkamen – Schwabing 25:17.

TENNIS

Daviscup, erste Hauptrunde: Deutschland – Spanien 3:2. – Westphal – Casal 10:8, 6:3, 2:6, 2:6, 6:4, Becker – Aguilera 6:3, 6:4, 6:4, Becker/Maurer – Casal/Sanchez 4:6, 6:3, 1:6, 6:3, 6:4, Becker – Casal 4:6, 6:1, 5:7, Westphal – Aquilera 4:6, 6:3, 3:6 (jeweils zwei Gewinnsätze).

FECHTEN

4. Weltcup-Turnier der Florettfechter in Venedig, Viertelfinale: Cerioni (Italien) – Weidner (Deutschland) 8:10, Zypniewski (Polen) – Lammer (Deutschland) 10:5, Numa (Italien) – Cipressa (Italien) 10:8, Groc (Frankreich) – Behr (Deutschland) 10:6. – Halbfinale: Weidner – Zypniewski 10:3, Numa – Groc 10:2. – Kampf um Platz drei: Zypniewski – Groc 11:9. – Finale: Weidner – Numa 10:8. – Gesamtwertung nach vier Weltcup-Turnieren: 1. Weidner und Numa je 30 Punkte, 3. Cerioni 26, 4. Romanow (UdSSR) 25, 5. Groc 24, 6. Gey 23, ... 9. Hein (beide Deutschland) 18.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 10, 19, 23, 34, 37, 44, *Zusatzspiel*: 29. (*Ohne Gewähr*).

STAND●PUNKT / *Deutsches Daviscup-Team – endlich mal ein positives Fazit*

Es liegt an der Psyche eines Tennisspielers, nach einer 3:0-Führung im Daviscup die verbleibenden zwei Einzelbegegnungen als lästige Pflichtübung abzutun. So geschehen am Sonntag in Sindelfingen, als Boris Becker und Michael Westphal gegen die Spanier Casal beziehungsweise Aquilera verloren. Beim genaueren Hinsehen jedoch können diese Niederlagen nur gut sein.

Selbstverständlich überstrahlte im Team das Auftreten des Debütanten Becker. Phantastisch sein Match gegen Aquilera, wie wacklig er aber in seinem Leistungvermögen noch ist, zeigte dann das Doppel. Hier stocherte er mehr oder weniger unkonzentriert *herum, und nur dem soliden* Spiel von Andreas Maurer war es zu verdanken, daß es doch noch zu einem Fünf-Satz-Sieg reichte.

Manager Ion Tiriac und Coach Günter Bosch sind sich dabei über den jetzigen Leistungstand des 17jährigen im klaren. „Im Moment ist das noch alles gar nichts", versuchte Tiriac immer wieder den erwartungsfrohen Funktionären des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) klarzumachen. Die Konsequenzen aus dieser Feststellung mögen für die Verantwortlichen hart sein, aber im Interesse von Becker wohl unumgänglich. Ein Start des Neuberliners am Hamburger Rothenbaum ist genauso unwahrscheinlich wie beim World Team Cup in Düsseldorf, obwohl das deutsche *Team dank der starken Leistung von* Sindelfingen eine Einladung erhielt.

„Was der DTB davon hält, interessiert mich nun wirklich nicht. Ich habe mit Bosch und Becker einen Plan ausgearbeitet und der alleine zählt." Punkt, basta. So der große Guru Tiriac, der in seinem Hinterkopf auch Doppelplanungen durchspielt. Nicht ausgeschlossen erscheint ein gemeinsames Auftreten von Becker und Westphal auf Grand-Prix-Turnieren.

Auf den ersten Blick unverständlich, ist doch der Hamburger Michael Westphal nicht gerade ein Doppelspezialist. Beim zweiten Hinschauen erinnert man sich dann an Guillermo Vilas, ebenfalls ein Schützling von *Tiriac, der als Grundlinienspieler* beachtliche Doppelerfolge erzielte.

Eine Offenbarung war die Leistung von Becker und Maurer am Samstag jedenfalls nicht, um nicht neue Versuche zu planen. Vielleicht spielen im Unterbewußtsein auch persönlich Animositäten eine Rolle. Obwohl nach außen hin diesmal ein harmonisches deutsches Team präsentiert wurde, teilt sich die Mannschaft in zwei Gruppen: Hier die Jungen Bekcker/Westphal, dort die „Alten" Maurer/Popp.

Die sichersten Plätze im Team für die nächste Zukunft besitzen Boris Becker und Michael Westphal. Dabei muß aber auch Westphal darauf achten, daß sein Spiel nicht zu einseitig wird. Ihm fehlt zur Zeit jedenfalls *noch die Gabe, auch einmal* sein Spiel zu ändern. Nur einseitig mit Vor- und Rückhand draufloszuhämmern, nutzt auf die Dauer nichts. Tempowechsel und Fleiß (unterschnittene Bälle) sind zu trainieren.

Unter dem Strich bleibt ein positives Fazit. Zu häufig wirkten Spieler und Offizielle des DTB amateurhaft. Nach diesem 3:2-Erfolg hat der DTB bei den Medien und in der Öffentlichkeit einen Bonus. Dieser muß behutsam aufgebaut werden und darf nicht bei eventuellen sportlichen Rückschlägen aufs Spiel gesetzt werden. Denn daß die Deutschen vom 2.–4. August am Hamburger Rothenbaum gegen die USA mit John McEnroe gewinnen, daran glaubt im Ernst wohl keiner.

H.-J. POHMANN

Gorbatschow ist neuer Kremlchef

● Fortsetzung von Seite 1

Staatsuniversität, konnte von sich bislang das Bild vermitteln, ein Mann zu sein, der die schwerfällige sowjetische Wirtschaft modernisieren möchte. Als ZK-Sekretär ist Gorbatschow seit 1978 für die sowjetische Landwirtschaft zuständig. Die wiederholten Mißernten schadeten seiner Karriere nicht. Er gehörte zu den Vertrauten Andropows, der die sowjetische Wirtschaft mit einer Disziplinierungskampagne in Schwung zu bringen versuchte. Seine Auslandserfahrung hat er nicht nur im Ostblock, sondern auch auf Reisen in die Bundesrepublik Deutschland, nach Frankreich, Kanada und Portugal sowie *zuletzt nach Großbritannien* gesammelt.

Tschernenko war, wie die Nachrichtenagentur Tass meldete, am Sonntag in Moskau um 19.20 Uhr (Ortszeit) „nach schwerer Krankheit" verstorben. Die offizielle Tass-Erklärung würdigte den Generalsekretär mit den Worten „der Name von Konstantin Tschernenko, einer hervorragenden Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, eines standhaften Kämpfers für die Ideale des Kommunismus und für den Frieden, wird stets in den Herzen der sowjetischen Menschen und der ganzen fortschrittlichen Menschheit bewahrt bleiben". Der Wortlaut ist identisch mit der offiziellen Mitteilung über den Tod des Tschernenko-*Vorgängers Juri Andropow im Februar* vergangenen Jahres.

Bereits vor der offiziellen Todesnachricht waren die sich im Ausland aufhaltenden sowjetischen Delegationen über das Ableben Tschernenkos informiert worden. Sowohl eine Gruppe sowjetischer Parlamentarier, die sich in den USA aufhielten, als auch eine Delegation des Obersten Sowjets, die am Sonntag in Hamburg eingetroffen war, brachen ihren Besuch ab und flogen in die Sowjetunion zurück.

Nach den in den vergangenen Wochen sich häufenden Informationen über Tschernenkos schwere Krankheit hat die Nachricht von seinem Tod in Bonn wenig Überraschung ausgelöst. Fast übereinstimmend äußerten Union und SPD die Erwartung, daß die Frage der Nachfolge bald gelöst sein wird und die Sowjetunion sich wieder aktiv an der internationalen Politik beteiligen werde. Bundeskanzler Helmut Kohl glaubt nicht, daß der Tod Tschernenkos negative Auswirkungen auf die bevorstehenden Genfer Verhandlungen haben wird. Kohl zeigte sich gestern in Bonn überzeugt, daß die Entscheidung Moskaus, nach Genf zurückzukehren, eine Kollektiventscheidung der sowjetischen Führung sei.

*

DW. Moskau

Im medizinischen Befund über die Krankheit und die Ursache des Todes von Konstantin Tschernenko heißt es nach Angaben der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass:

„Konstantin Tschernenko, geboren 1911, litt lange Zeit an einem Lungen-Emphysem und an einer akuten Lungen-Herz-Insuffizienz. Der ernste Zustand wurde von einer chronischen Hepatitis mit Übergang in Zirrhose begleitet. Trotz Behandlung nahmen die hypoxischen und dystrophischen Veränderungen in den Organen und Geweben zu.

Am 10. März 1985 um 19.20 Uhr trat unter den Zeichen der zunehmenden Leber- und Lungen-Herz-Insuffizienz der Herzstillstand ein. Die Diagnose wurde durch die pathologisch-anatomische Untersuchung bestätigt.

Rechtsopposition bei Kantonalswahlen in Frankreich hat absolute Mehrheit

Abwärtstrend der Linken gestoppt / Rechtsextreme konnten sich behaupten

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das Ergebnis der ersten Runde der französischen Kantonswahlen ist dem der drei deutschen Teilwahlen vom letzten Sonntag nicht unähnlich: Jede politische Formation kann aus ihm ein Erfolgserlebnis ableiten. Die bürgerliche Rechte (Gaullisten, Giscardisten und konservative Unabhängige) konnten mit 49,05 Prozent der Stimmen fast allein, d. h. ohne den „Rechtsextremisten" Jean Marie Le Pen und seine „Nationale Front", die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Le Pen bestätigte mit 8,84 Prozent zwar nicht ganz sein gutes Ergebnis der Europawahlen von 1984 (11 Prozent), behauptete sich aber im Süden und Westen Frankreichs und konnte seine Position in der Pariser Region festigen. In einigen Kantonen wird das Verhalten seiner Wähler entscheidend für einen Sieg der Rechten in der Stichwahl des nächsten Sonntag sein.

Sozialisten und Kommunisten dagegen kam bei Zusammenzählung ihrer Stimmen nur auf ein mageres Ganzes von 37,36 Prozent. Für die sozialistischen Kandidaten wurden 24,85, für ihre kommunistischen Konkurrenten 12,51 Prozent der Stimmen abgegeben. Zählt man die Stimmen hinzu, die auf diverse Linke und linke Radikalsozialisten fielen, so erreicht die Linke insgesamt nur 41,19 Prozent. Das veranlaßte den Präsidenten der Giscard-Formation UDF, Jean Lecanuet, zu der erneuten Forderung an den Staatspräsidenten Mitterrand, sein Amt noch vor den Parlamentswahlen von 1986 und den Präsidentschaftswahlen von *1988 zur* Verfügung zu stellen, da nur noch etwas über ein Fünftel der Wähler (der Stimmenanteil der Sozialisten) sich klar zur Politik seines Premier-*ministers Fabius bekannt hätten.*

Trotzdem können Kommunisten und Sozialisten in ihrer Niederlage Grund zur Befriedigung entdecken: Beide Formationen behaupteten ihre Positionen im Vergleich zum Ergebnis der Europawahlen von 1984. Die Kommunisten konnten vor allen Dingen den Nachweis führen, daß der Bruch der Linksunion mit den Sozialisten nicht zu einem weiteren Abfall ihres Stimmenpotentials geführt hat. Sie können im Gegenteil im Vergleich zu den Europawahlen (11 Prozent) eine leichte Verbesserung ihres Ergebnisses registrieren.

Die Wahlbeteiligung war mit 66,7 Prozent ungewöhnlich hoch und stellte einen Rekord in der Geschichte solcher Wahlen für die Lokalparlamente in den Departements seit dem Kriege da. Das zeigt, wie hoch diese früher gänzlich unpolitischen, der von lokalen und personalen Faktoren bestimmten „Kreiswahlen" in letzter Zeit vor allem seit der Machteroberung durch die Linke politisiert wurden. Da die Kantonswahlen genau ein Jahr vor den Parlamentswahlen erfolgen, liefern sie allen Lagern interessante Indizien für die entscheidende Schlacht des kommenden Jahres. Das wirkliche Ergebnis der Kantonswahlen liegt erst am nächsten Sonntagabend vor, wenn der zweite Wahlgang über die endgültige Zusammensetzung der Generalräte (der Departementsparlamente) entschieden hat.

Die politische Karte des „tiefen *Frankreich" wird man erst kennen,* wenn – nach der Wahl der Präsidenten der einzelnen Räte – die Farbe der „Regierung" jedes der 25 Departements des Mutterlandes bekannt ist. *(In den vier Übersee-Departements* werden die Ergebnisse erst etwas später vorliegen). Einer der Gründe für das größere Interesse, das diese Wahlen heute finden, ist der Machtzuwachs der Generalräte seit die sozialistische Regierung Frankreich dezentralisiert und der Volksvertretung mehr Vollmachten über die Verwaltung ihrer Departements oder Regionen zugeteilt hat.

Eine Reihe von bekannten Politikern des Landes konnte schon im ersten Wahlgang ihr Ziel erreichen und in die Generalräte einziehen. Darunter der ehemalige Präsident Giscard d'Estaing im Puy de Dôme, sein Sohn Henri an der mittleren Loire und seine ehemaligen Minister Monory und Marcellin im Süden und Westen. Bernadette Chirac, die Frau des Gaulistenchefs und Pariser Bürgermeisters kam in ihrer Heimat Corrèze im ersten Wahlgang brillant durch. Politiker der Linken dagegen wie die Wirtschaftsministerin Edith Cresson, der Fraktionschef der Sozialisten in der Kammer André Bellardon oder der Postminister Louis Mexandeau müssen sich der Stichwahl stellen. Ob sie im zweiten Wahlgang durchkommen, hängt von der Haltung der kommunistischen Wähler ab, die von ihrer Parteileitung (Marchais) keinen klaren Auftrag erhalten haben, ihre Stimmen aus dem ersten Wahlgang auf einen Sozialisten zu übertragen. Seit zwischen beiden Linksparteien das Tisch- und Bettuch zerschnitten ist, wird die bis Sommer 1984 geübte „republikanische Disziplin" an den Urnen nicht mehr auto-*matisch angewandt.*

Zimmermann warnt vor zunehmender Gewalt

BKA: Dortmunder Bombenanschlag „aus Spaß am Knall"?

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat gestern betont, der Brandanschlag auf das Kaufhaus Hertie *in Dortmund* habe gezeigt, daß Gewalt ihre Ableger produziere. Sollte sich der Eindruck der zuständigen Sicherheitsbehörden erhärten, daß das Sprengstoffattentat vom vergangenen Donnerstag weder dem rechts- noch dem linksterroristischen Umfeld zuzuordnen sei, so sei damit offensichtlich, daß die bisherigen Anschläge von Terroristen bereits Nachahmer gefunden hätten.

Die politische Schlußfolgerung, so Minister Zimmermann, könne daher nur lauten, daß nicht allein der Terrorismus selbst in allen seinen Erscheinungsformen bekämpft werden müsse, „sondern auch der darauf zurückzuführende Ungeist einer sich verstärkt verbreitenden Bereitschaft zur Gewalttätigkeit". Dazu seien Staat und Bürger gleichermaßen aufgerufen.

Der Bundesinnenminister würdigte die erfolgreiche Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, denen am Sonntag – drei Tage nach dem Anschlag – die Festnahme von vier Tatverdächtigen im Alter von 18 bis 20 Jahren gelungen war. Für die Sicherheitsbehörden – das gelte insbesondere für das Bun-*deskriminalamt (BKA)* – werde es allerdings kein Ausruhen geben, beton-*te Zimmermann.* Der enge zeitliche Zusammenhang der Attentate in Bochum, Essen und Hamburg zeige deutlich das Ausmaß der Bedrohung.

Ein 20 Jahre alter Elektrikerlehrling aus dem Raum Dortmund hat *gestanden, den Bombenanschlag auf* das Dortmunder Hertie-Kaufhaus *verübt zu haben, bei dem am* vergangenen Donnerstag acht Menschen *zum Teil schwer verletzt worden* waren. Einer 51jährigen Verkäuferin und einem 21jährigen Kunden mußten ein Bein bzw. ein Fuß amputiert werden. Wie BKA-Sprecher Hans-Georg Fuchs mitteilte, scheidet ein terroristischer oder politischer Beweggrund für die Tat aus. Es deute alles darauf hin, daß die Männer aus einem „viel verrückteren Motiv", wie beispielsweise „Spaß am Knall" gehandelt hätten.

Ein weiterer Festgenommener, ein 18jähriger Mechanikerlehrling aus Dortmund, hat in den Vernehmungen gestanden, sich an der Beschaffung des Materials für die nach Einschätzung von Kriminalbeamten „dilettantisch" zusammengebaute Rohrbombe beteiligt zu haben. Die Ermittler nehmen an, daß nur der Haupttäter das Kaufhaus betreten hat. Die Beteiligung der drei übrigen Tatverdächtigen wird in der Materialbeschaffung, dem Bau der Bombe bis hin zur „bloßen Mitwisserschaft" vermutet.

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte die Ermittlungen wegen fehlenden terroristischen Hintergrundes noch gestern an die Dortmunder Staatsanwaltschaft weitergegeben. Diese hat das BKA mit deren Weiterführung beauftragt. Auf die Spur der Täter kam die Polizei nach Angaben von *BKA-Sprecher Fuchs* durch einen Hinweis aus der Bevölkerung.

Obwohl sich kurz nach dem Anschlag ein anonymer Anrufer bei der „Bild"-Zeitung in Kettwig im Namen einer „Aktion Christian Klar" zu der Tat bekannt *hatte,* waren *in Sicherheitskreisen* schnell Zweifel daran *laut geworden, ob* das Attentat tatsächlich der „Rote Armee Fraktion" *(RAF)* oder deren *Umfeld* zuzurechnen sei. Die „Bild"-Zeitung hatte bereits *am Sonntag* abend *von einem* „dummen Jungenstreich" gesprochen.

Privatfernsehen bleibt draußen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Ein medienpolitisches Unikum hat sich hart an der Grenze zum Niedersächsischen aufgebaut. Der kleine Ort Lüchte liegt noch auf nordrhein-westfälischem Hoheitsgebiet, also im Einfluß- und Geltungsbereich des Westdeutschen Rundfunks. 7000 Einwohner dort wohnen im Kerngebiet – weitere 5000 in umliegenden Siedlungen. Posttechnisch aber ist Lüchte mit Bad Pyrmont verbunden – nicht nur ablesbar an der gemeinsamen Telefon-Vorwahl 05281. Pyrmont aber liegt – so sehen es die Medienpolitiker der SPD offensichtlich – im „feindlichen Ausland" – nämlich in Niedersachsen, wo Ministerpräsident Ernst Albrecht das Startsignal für private Anbieter im Medienbereich schon gegeben hat.

Aber da die Stadtväter von Lüchte vorausschauende Menschen sind, beantragten sie schon 1984 bei der Post, man möge den Ort von Niedersachsen aus verkabeln. Josef Hartmann, stellvertretender Stadtdirektor, zur WELT: „Die hätten uns ja sonst Jahre später die Straßen wieder aufgerissen. So konnten wir mit der Stadtsanierung vor einem Jahr gleichzeitig die Kanäle für die Kupferkabel legen." Lüchte liegt so weit in der südöstlichsten Ecke von NRW, daß es die Segnungen des Kabels sicher erst sehr viel später erhalten würde. Also boten die Stadtväter auch finanzielle Beteiligung für die Verlegung an und stellten dazu auch städtische Bagger zur Verfügung. Insgesamt 400 Haushalte sind schon im Kernbereich angeschlossen – „dazu die Siedlungen, die sozusagen am Rande der Strecke zwischen Lüchte und Pyrmont liegen".

Und nun freuen sich die Lüchter über das klare Bild und den störungsfreien Empfang von drei Programmen des NDR, aber auch der Nordschau und des NDR III. Ja, sie erhalten sogar das Gemeinschaftsprogramm „3SAT" von ZDF, dem österreichischen Rundfunk ORF und der Schweizer SRG. Die benachbarten Pyrmonter aber werden ungleich reichhaltiger bedient: Sie erhalten drei private Anbieter von „SAT-1" bis Music-Box zusätzlich.

Begründung der Post, die den Hebel nach Lüchte nicht einfach umlegen darf: „In Nordrhein-Westfalen fehlen noch die rechtlichen Voraussetzungen." Sprach's und läßt Privatfernsehen nicht durch. Ein Zustand wie zu Zeiten der deutschen Kleinstaaten.

Der Hauptausschuß der Stadt aber – von den 33 Ratsherren dort gehören 16 der CDU, vier der FDP und 13 der SPD an – wollte es damit nicht auf sich beruhen lassen. Einstimmig – also auch mit der Beteiligung der Sozialdemokraten – forderte er die Düsseldorfer Landesregierung auf, eine Ausnahmeregelung zu gestatten. Das war vor vier Wochen.

Auf eine Reaktion der Staatskanzlei warten die Lüchter noch heute. Vielleicht erhalten sie aber nie eine Antwort. Denn die SPD-Regierungsfraktion legte gestern dem Landtag einen Entwurf mit dem umständlichen Titel „Gesetz über die Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen" vor – Teil des WDR-Gesetzes, das zwischen SPD und CDU heftig umstritten ist.

Der Medienexperte der Union, Helmut Elfring, begründete das Nein seiner Fraktion zu dem Gesetz, das heute nach dritter Lesung verabschiedet wird. Die CDU habe erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Ausweitung der Macht eines vergrößerten Rundfunkrates, dem Vertreter der „gesellschaftlich-relevanten Gruppen" angehören sollen und in dem dann SPD und SPD-nahe Gruppen die Mehrheit haben würden. Im Gegensatz zu Ministerpräsident Johannes Rau, der keine verfassungsrechtlichen Bedenken äußerte, den WDR als öffentlich-rechtliche Anstalt auch auf privatwirtschaftlichem Sektor tätig werden zu lassen, nannte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Otmar Pohl, einen Verstoß gegen Urteile der Verfassungsrichter in Karlsruhe von 1961 und 1981 zur Rundfunkfreiheit. Er sagte, jahrelang habe sich die SPD gegen private Anbieter gewehrt – und auch die Öffnung seit einem Jahr sei nur eine scheinbare und verbale Öffnung. Die SPD versuche tatsächlich, die Macht der SPD im WDR zu verfestigen und das Monopol des WDR zu stärken. Die Taktik der Sozialdemokraten laufe auf das Ziel hinaus, private Programmveranstalter fernzuhalten.

Spenden helfen Christen in Äthiopien nicht

idea, Addis Abeba

Die zahlreichen Hilfelieferungen aus den christlich geprägten Staaten in Westeuropa und Nordamerika haben im seit 1974 marxistisch regierten Äthiopien nicht dazu geführt, daß die Verfolgung von Christen und Kirchen nachließ. Teilweise hat sie sich sogar verstärkt. Dies wurde von den protestantischen Kirchen in Addis Abeba mitgeteilt. Besonders betroffen sind die Lutherische Mekane-Yesus-Kirche mit über 500 000 Mitgliedern und die Kale-Heywet-Kirche (zu deutsch: „Wort-des-Lebens-Kirche"), die mehr als eine Million Anhänger zählt. In der Westregion der Lutherischen Kirche sind vier Fünftel aller Kirchen geschlossen. Im ganzen Land wurden über 500 ihrer 1500 Gebäude beschlagnahmt oder enteignet und dienen beispielsweise als politische Versammlungsstätten. Die Kale-Heywet-Kirche verlor etwa 1000 ihrer rund 2700 Gotteshäuser. Wie von der Lutherischen Kirche berichtet wird, sind in weiten Bereichen des Landes die Christen in den Untergrund gegangen. Bibeln seien selbst für die Kirchen rationiert. Wer öffentlich in der Heiligen Schrift lese, müsse damit rechnen, für Wochen ins Gefängnis zu kommen. Im westlichen Gebiet ziehe selbst die Einladung zum Gottesdienst schon eine Verhaftung nach sich. Jugendliche würden mit Gewalt am Gottesdienstbesuch gehindert. Das Einsammeln von Spenden beziehungsweise Kollekten sei verboten.

Bilak in Bonn. Treffen mit Kohl?

DW. Bonn

Einer der ranghöchsten Politiker der CSSR, Präsidiumsmitglied und ZK-Sekretär Vasil Bilak, hält sich zur Zeit auf Einladung der SPD in Bonn auf. Wie aus gut unterrichteten Kreisen in Prag verlautete, wird Bilak möglicherweise auch mit Bundeskanzler Helmut Kohl oder anderen Regierungsvertretern zusammentreffen. Diese Begegnungen könnten der Vorbereitungen eines Besuchs des Bundeskanzlers in Prag im Herbst dienen, hieß es.

Gestern traf Bilak mit dem SPD-Parteivorsitzenden Willy Brandt, Bundesgeschäftsführer Peter *Glotz* und dem Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel zusammen. Zu den erörterten Themen gehörten nach Mitteilung des SPD-Vorstandssprechers Wolfgang Clement der Ost-West-Dialog, die Wiederaufnahme der Rüstungskontrollgespräche in Genf und bilaterale Fragen. Nach Aussage von Glotz setzt die SPD mit diesem Gespräch ihre Sondierungsrunde für eine „zweite Phase der Ostpolitik" fort.

In diesem Zusammenhang warf Glotz der *Union vor, ihre Beziehungen* zu den führenden Politikern des Warschauer Vertrages *auf* junge *Leute* aus dem zweiten Glied delegiert *und damit die persönlichen Kontakte* im Ostblock verloren zu haben. Die SPD werde *diese „Lücke"* auch als Oppositionspartei durch systematische *Informationskontakte* füllen. Wie aus Prag verlautete, plant Brandt einen Gegenbesuch in der Tschechoslowakei.

Gegen Rau jetzt „Ministerklage"

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und sein Städtebauminister Christoph Zöpel sollen sich vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster für die explosionsartigen Kostensteigerungen von mehr als 2,3 Milliarden Mark und Bauzeitverzögerungen am Klinikum Aachen verantworten. *Die* oppositionelle CDU-Landtagsfraktion beschloß gestern, die „Ministerklage" nach Paragraph 63 der Landesverfassung zu betreiben. Als Grund gibt sie dafür die Ergebnisse des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die „völlig unzureichenden" Stellungnahmen von Rau und Zöpel dazu am vergangenen Donnerstag vor dem Parlament an. Die CDU will darüber hinaus zudem prüfen lassen, ob ein solches Verfahren auch auf den früheren Finanzminister Hans Wertz ausgedehnt werden kann.

Wertz, heute Präsident der Landeszentralbank, hatte die entscheidenden Verträge mit dem Baubetreuer – die gewerkschaftseigene Neu Heimat Städtebau – abgeschlossen. Nach Abschluß dieser Prüfung will die CDU das gesamte Verfahren in Gang setzen. Dazu bedarf es der Unterschrift von 51 Landtagsabgeordneten, um das Thema auf die Tagesordnung des Parlaments zu setzen. Angesichts der Stimmenverhältnisse – die SPD verfügt über die absolute Mehrheit der Mandate – ist es aber unwahrscheinlich, daß der Landtag die Klage zulassen wird. Dazu bedarf es eines Zwei-Drittel-Quorums. Allerdings verwirklicht die CDU damit die Absicht, das Thema nicht ruhen zu lassen.

Sorgen der Kaufhäuser

J.G. – Man braucht nicht so weit zu gehen wie renommierte Finanzanalysten, die auch dieser Tage wieder bei den börsennotierten deutschen Warenhauskonzernen von einer bald zehnjährigen „Krise" dieser traditionsreichen Branche sprechen. Aber der nun von allen drei Börsennotierten vorliegende erste Rückblick auf das letzte Jahr (dazu die Mutmaßung eines rasant gestiegenen Betriebsverlustes beim Hertie-Familienkonzern) erlaubt denn doch eine Folgerung:

Beim Konzern-Quartett dieser Handelsriesen reichte schon eine Umsatzminderung um insgesamt drei Prozent aus, um ihnen allen eine deutliche Ertragsminderung zu bescheren. Umgekehrt brachte 1983 mit nur 1,2 Prozent Umsatzplus den Warenhaus-Aktionären fühlbare Dividendenbesserung. Die dürfte nun wohl wieder von abgemagerten Dividendensätzen abgelöst werden.

Gewiß keine „Krise" beim Blick auf eine Branche, in der die Börsennotierten trotz langjährigem Rückgang ihres Anteils am deutschen Einzelhandelsumsatz noch nie Verlustbilanzen vorlegen mußten und in der eine Reinvestitionsquote von wenig mehr als der Hälfte des Cash-flow eine beachtlich gebliebene Finanzkraft anzeigt. Doch auch das lenkt nicht vom Faktum ab, daß die Warenhausunternehmen im Wettbewerb mit anderen Vertriebsformen noch immer nicht die Strategie möglichst dauerhaften Renditeerfolgs demonstrieren können. Ihre Aktionäre werden deshalb auch in diesem Jahr wieder neue Ideen hören, wie man aus dieser vertrackten Klemme herauszukommen hofft.

Keine Spuren

ed. – An den Finanzmärkten haben die Wahlergebnisse keine Spuren hinterlassen. Die D-Mark tendierte fester, was allerdings nur die leichte Abschwächung des Dollars widerspiegelt. Und an den Aktienbörsen behielten die Auftriebskräfte die Oberhand. Die Stimmenverluste der Union und die Erstarkung der SPD wurden also nicht, wie zunächst befürchtet, als beunruhigend empfunden, vor allem nicht im Ausland, wovor viele Börsianer besonders große Angst hatten. Die Tatsache, daß die grünen Chaoten im Saarland untergebuttert wurden und auch woanders nicht so recht reüssierten, wog wohl schwerer als die Verluste des konservativen Lagers. An den Märkten wurde der Wahlausgang als ein Votum für die staatserhaltenden politischen Kräfte gewertet, zu denen die Börsianer letztlich trotz Abneigung gegen die SPD auch die Sozialdemokraten zählen. Schließlich gibt man die Hoffnung nicht auf, daß die Bonner Regierungsparteien in zwei Jahren doch noch die Früchte ihrer Politik ernten, wenn sie konsequent bleiben.

ENTWICKLUNGSPOLITIK / Sechster Bericht der Bundesregierung vorgelegt

„Verschuldung der Dritten Welt ist eine große Herausforderung"

HEINZ HECK, Bonn

„Politische Stabilität und sozialer Ausgleich erweisen sich als entscheidende Faktoren wirtschaftlicher Entwicklung in einer Zeit, in der die Mehrzahl der Entwicklungsländer sich mit einer besonders schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation konfrontiert sieht", heißt es im 6. Entwicklungspolitischen Bericht der Bundesregierung, den das Kabinett morgen verabschiedet.

Die Rezession von 1980 bis 1982 war die schwerste seit dem Zweiten Weltkrieg. Dies hatte vor allem für die stärker in die Weltwirtschaft eingebundenen „Schwellenländer" negative Auswirkungen. Die Rezession „hat fast in jedem Land der Welt die Arbeitslosigkeit gesteigert, die Investitionstätigkeit verringert und die sozialen Programme erschwert".

Eine besondere Herausforderung stelle die durch Dürre, Hunger und Armut bedingte Entwicklung in Afrika südlich der Sahara dar. Bevölkerungswachstum und Nahrungsmangel, Verstädterung und Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch schwerwiegende wirtschaftspolitische Versäumnisse und zu ehrgeizige Entwicklungsvorhaben gefährdeten die politische Stabilität.

So die Kurzdiagnose zur Lage auf dem Schwarzen Kontinent, der derzeit (UN-Sonderkonferenz in Genf) im Mittelpunkt des Weltinteresses steht. Reformanstrengungen seien in dieser Situation „um so vordringlicher". Die asiatischen Entwicklungsländer hätten trotz wirtschaftlicher Probleme „ein hohes Maß an politischer Stabiltät gezeigt", auch wenn die sowjetische Besetzung Afghanistans und die Dauerkrise in Kambodscha eine „erhebliche Belastung der Nachbarländer" darstellten.

In Lateinamerika habe mit den Demokratisierungsprozessen in Argentinien und Brasilien sowie Fortschritten bei der Bewältigung der Verschuldungsprobleme und der Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum „eine wichtige Umorientierung" eingesetzt, auch wenn die Krise in kleineren Ländern anhalte.

Unter dem Eindruck der Entwicklung in Afrika nennt der Bericht die „Gefahr wachsender Nahrungsmittelknappheit" unter den zentralen Problemen an erster Stelle. Das Ziel der Welternährungskonferenz von 1974, Hunger und Unterernährung in einem Jahrzehnt zu beseitigen, sei nicht erreicht worden. Heute werden rund 900 Millionen Menschen mehr ernährt als 1974. Zwischen 400 und 600 Millionen Menschen seien aber unter- oder fehlernährt.

Das Fazit: Der Bedarf an Nahrungsmittelhilfe steigt, vor allem in Afrika. Die Vorstellung, diese Hilfe wegen ihrer häufig kritisierten Nachteile auf kurzfristige Maßnahmen einschränken zu können, wird als „unrealistisch" bezeichnet. Es gelte daher, diese Nachteile zu verringern und die Nahrungsmittelhilfe entwicklungspolitisch so wirksam wie möglich zu machen.

Die in den letzten Jahren dramatisch gestiegene Auslandsverschuldung der Dritten Welt sei „eine der großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit". Sie ist nach IWF-Schätzung Ende 1984 gegenüber dem Vorjahr von etwa 818 auf 868 Milliarden Dollar gestiegen. Unter den Ursachen stehen die Ölpreisschocks im Vordergrund. Auch hätten die Exporte der Dritten Welt nicht zuletzt unter dem Protektionismus vieler Industrieländer gelitten.

Die Erörterung der Bevölkerungsentwicklung (Zunahme der Weltbevölkerung von 1960 bis 1980 von drei auf 4,5 Milliarden; Hauptzuwachs in der Dritten Welt), der Umwelt- und Energieprobleme nimmt breiten Raum ein. Den Zusammenhängen von Entwicklung und Rüstung ist ein ausführlicher „Exkurs" gewidmet.

Die Chancen für Lösungsversuche werden dennoch nicht pessimistisch beurteilt. Eine Abkehr von der früher zu beobachtenden Konfrontation hin zu Realismus sei „zunehmend erkennbar". Die Notwendigkeit von Eigenanstrengungen und nationalen Reformmaßnahmen als eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung werde in der Dritten Welt mehr und mehr anerkannt.

LEIPZIGER MESSE

DIHT möchte steuerliche Vergünstigung beibehalten

HANS-J. MAHNKE, Leipzig

Gegen einen Abbau der steuerlichen Vergünstigungen der Lieferungen der „DDR" in die Bundesrepublik hat sich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) ausgesprochen. DIHT-Abteilungsleiter Helmut Giesecke lehnte auf einer Pressekonferenz auf der Leipziger Frühjahrsmesse eine entsprechende Forderung des Gesamtverbandes der Textilindustrie ab. Im Hinblick auf die in diesem Jahr anstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Swing sprach sich der DIHT für ein „angemessenes", im Umfang des Warenaustausches orientiertes Volumen aus. Nach den Eindrücken der ersten Messetage scheint die Talfahrt bei den Investitionslieferungen gestoppt.

Im Rahmen der Modernisierung ihrer Exportindustrien sucht die „DDR" anstelle einfacher Lieferaufträge vermehrt gemeinsame Problemlösungen mit Unternehmen aus der Bundesrepublik. Nach Ansicht des DIHT sind Großaufträge daher nicht zu erwarten, „aber ein zunehmend breites Geschäft für Anbieter von Spezialitäten". Bei der Modernisierung ihrer Anlagen räumt die „DDR" nach eigenen Angaben derzeit Textil- und Bekleidungsmaschinen, Verpackungsmaschinen für Nahrungs- und Genußmittel sowie Druckmaschinen den Vorrang ein.

Dadurch soll die durch den hohen Dollarkurs gewonnene Wettbewerbsfähigkeit abgesichert werden. Die Hoffnungen beflügelt hat beim Handelstag auch die Zusammenarbeit der „DDR" mit dem Volkswagenwerk. Schon jetzt zeichne sich eine Verdoppelung des Geschäftsvolumens verschiedener Lieferanten ab, wurde vom DIHT ermittelt. Die „DDR" verhandelt allerdings in diesem Bereich auch mit ausländischen Firmen über die Lizenzproduktionen.

Beim stabilen Grundgeschäft im innerdeutschen Handel in den Bereichen Eisen und Stahl, chemischer Erzeugnisse und landwirtschaftliche Produkte dürften auch die Lieferungen von Investitionsgüter nicht weiter sinken. Sie hatten seit 1981 von einer auf eine dreiviertel Milliarde Mark abgenommen.

Langfristige Gesichtspunkte brachte Giesecke auch im Zusammehang mit der Verlängerung des Swing, des zinslosen Überziehungskredites, ins Spiel. Im Zuge der jetzigen Regelung, die in diesem Jahr ausläuft, war die Obergrenze des Swing noch zu Zeiten der sozialliberalen Koaliton von 850 auf 600 Mill.Mark reduziert worden. Anfang der achtziger Jahre hatte der DIHT mit seiner Forderung nach Abbau des Swing Verwunderung ausgelöst.

Jetzt wird beim DIHT darauf hingewiesen, der Swing habe sowohl einen technischen Teil für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, als auch einen handelsfördernden Teil. Daher müsse seine Höhe dem steigenden Umfang im innerdeutschen Handel angepaßt werden.

Last der Laster

Von WERNER NEITZEL

Die Schleuderfahrt des Nutzfahrzeugbaus auf der von konjunkturellen Schlaglöchern übersäten Strecke geht weiter. Nachdem der Inlandsmarkt aufgrund der zeitlich begrenzten Investitionszulage im Jahre 1983 künstlich auf höhere Touren gebracht worden war, begann der Motor – was vielfach befürchtet wurde – in 1984 schon wieder zu stottern. Die inländischen Neuzulassungen an Nutzfahrzeugen sackten im vergangenen Jahr um 9,5 Prozent ab. Ein zusätzlicher Wermutstropfen war für die deutschen Hersteller der Anstieg des Marktanteils ausländischer Konkurrenten von 19 auf 23 Prozent.

Die Hauptursache für die enttäuschende Entwicklung läßt sich leicht lokalisieren. Neben den allgemein ausgebliebenen Belebungstendenzen wirkte sich insbesondere die schlappe Baukonjunktur als Bremse für den Absatz schwerer Laster aus. An diesem Zustand hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Die Bauunternehmen und das Ausbaugewerbe halten sich nach wie vor mit Neuanschaffungen zurück.

Vorbei sind die Zeiten, in denen ein üppiges Exportgeschäft Schwächen des Inlandsmarktes auszugleichen und weit zu überdecken vermochte. Damals war es vor allem der sprudelnde Devisenquell, der den Öllländern, nachdem sie an der Preisschraube gedreht hatten, zu hoher Kaufkraft verhalf. Das Blatt hat sich, wie jedermann weiß, gewendet. Aufträge aus den Ölländern tröpfeln seitdem spärlicher. Entwicklungsländer, für die (und nicht nur für sie) der Lkw als Transportmittel einen existenziellen Stellenwert hat, leiden unter dem kletternden Dollarkurs, der sie in immer größere Schulden hineintreibt. Ostblock-Länder, einstmals recht rege Auftraggeber, tun sich gleichfalls schwerer.

Überhaupt bekommen die nach und nach in zahlreichen Ländern vorhandenen und noch entstehenden nationalen Lkw-Montagestätten ein stärkeres Gewicht. Einen gewissen Lichtblick zeigen die Märkte in Nord- und Südamerika, allerdings in erster Linie für dort produzierende Unternehmen. In Europa verläuft das Lkw-Geschäft durchweg zäh.

Seit dem Herbst 1980 rollen nahezu unentwegt immer weniger Laster aus den inländischen Montagehallen. Für das laufende Jahr rechnet die Branche allenfalls mit einer Stabilisierung des im Vorjahr erreichten niedrigen Niveaus. In diesem Marktklima bleiben Preisunterbietungen und überzogene Rabattofferten an der Tagesordnung. Man fragt sich schon lange, wie die Branche einen derartigen Raubbau mit der Substanz auf Dauer wegzustecken in der Lage ist. Ein ziemlich drastischer Schnitt an den international vorhandenen Überkapazitäten, die sich mancherorts nur durch massive staatliche Rückendeckung halten konnten, ist überfällig.

Die roten Zahlen bei MAN und Iveco Magirus belegen, in welche Ertragsmisere der Nutzfahrzeugbau hineingefahren ist. Daimler-Benz, der Welt größter Lkw-Bauer (über 6 t), macht keinen Hehl aus der insgesamt ungünstigen Absatzsituation, wenngleich man es für richtig hält, sein Mischergebnis aus dem hochprofitablen Pkw-Sektor und der sicherlich schlechter abschneidenden Nutzfahrzeugsparte für Außenstehende nicht auseinanderzudividieren.

Daß man in der Stuttgarter Konzernzentrale alles daran setzt, von dem Mißverhältnis herunterzukommen, darf unterstellt werden. So wird denn auch der Erwerb des 50prozentigen MTU-Anteils von MAN, der Daimler-Benz zum Alleinbesitzer des renomierten Großdieselmotoren- und Triebwerke-Produzenten machte, Teil von Überlegungen sein, die in die Branchenstruktur des Nutzfahrzeugsbaus hineinreichen. Denn mit dem dicken dreistelligen Millionenbetrag aus dem Beteiligungsverkauf fällt es der MAN sicherlich leichter, ein Umstrukturierungsprogramm durchzuziehen und sich eine größere Robustheit hinsichtlich produktionstechnischer und marktspezifischer Erfordernisse zuzulegen.

Der auf diese Weise entstandene neue Spielraum für die MAN könnte auch bedeuten, daß man dort vom Gedanken an eine Kooperation mit einem ausländischen Konzern (im Gespräch war General Motors) abgerückt ist. Es läßt sich ausmalen, daß die Transaktion des MTU-Anteils von Daimler-Benz und MAN dazu benutzt wird, die bereits vorhandenen Lieferverbindungen – eine Kapitalverflechtung läuft aus kartellrechtlichen Gründen nicht – zu intensivieren.

AUF EIN WORT



„Unsere Gesellschaft und vor allem die Bundesbank müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß unser zentrales Problem heute nicht die Inflation, sondern die Massenarbeitslosigkeit darstellt und daß die Verfolgung eines rigoros nur auf Preisstabilität eingestellten geldpolitischen Kurses nicht nur nicht zu seiner Lösung beiträgt, sondern das Problem sogar noch verschärft."

Dr. Hans Fahning, Geschäftsleitender Direktor der Hamburgischen Landesbank FOTO: CHRISTA KUJATH

Handel sieht günstige Aussichten

pje. Bonn

Der deutsche Handel stuft seine Zukunftsaussichten günstiger ein als die derzeitige Geschäftslage. Er erwartet aber noch keine breit angelegte konjunkturelle Erholung. Das ergab jetzt eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). Danach rechnen 25 Prozent der Unternehmen mit einer Verbesserung der Geschäftslage, im Großhandel stärker als im Einzelhandel. Bei Waren des mittleren und langfristigen Bedarfs werde die Konkurrenz der Fachmärkte für den innerstädtischen Fachhandel immer spürbarer. Entsprechend sei die Investitionsneigung im Einzelhandel verhalten.

LANDKREISTAG

Die Förderungspolitik sollte jetzt nicht geändert werden

E.N. Bonn

Der Deutsche Landkreistag, Dachorganisation von etwa 250 Landkreisen, wendet sich nachdrücklich gegen die spürbar werdende Tendenz, staatliche Förderung auf wirtschaftsstarke Wachstumsgebiete zu konzentrieren. Das geschäftsführende Präsidialmitglied Hans Tiedeken, meinte dazu vor der Presse in Bonn, nachdem bisher schon durch Eingriffe der EG-Kommission der ländlich periphere Gebiete aus der deutschen Förderung herausgenommen worden seien, verstärke sich der Druck jetzt durch eine neue Entwicklung.

Jetzt verlangten auch wirtschaftsstarke Regionen, die „bisher eindeutig nicht zur Förderkulisse gehörten", regionalwirtschaftliche Staatshilfen. Sie erklärten dabei, aus gesamtwirtschaftlichen Gründen müsse das bisherige Ausgleichsziel der Regionalpolitik hinter das Wachstumsziel zurücktreten. Außerdem würde geltend gemacht, die noch bestehenden Disparitäten ehemaliger ländlicher Notstandsgebiete bewegten sich auf gesamtwirtschaftlich hohem Niveau und seien im internationalen Vergleich kaum von Bedeutung.

Tiedeken wandte sich vor allem gegen die Darstellung, daß die bisherigen Förderempfänger, auch wenn bei ihnen zunächst eine Verschlechterung der Struktur eintrete, später vom „Überschwappeffekt" profitieren würden. Alle beteiligten Organisationen, darunter der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund, werden Ende April anläßlich einer gemeinsamen Konferenz in Trier für die Fortführung der bisherigen Förderprogramme plädieren.

LAGEBERICHT

Das Wirtschaftsministerium spricht von Expansion

HEINZ HECK, Bonn

Die Wirtschaft der Bundesrepublik steht weiter im Zeichen einer konjunkturellen Expansion, schreibt das Wirtschaftsministerium in seinem jüngsten Lagebericht. Das Bruttosozialprodukt lag im letzten Quartal 1984 um 2,9 Prozent über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Für 1984 insgesamt bestätigen auch die revidierten Daten des Statistischen Bundesamtes ein reales Wachstum von 2,6 Prozent gegenüber 1983.

Der Arbeitsmarkt sei zwar auch im Februar durch den ungewöhnlich strengen Winter belastet gewesen. Jedoch wird in den nächsten Monaten nicht nur mit einer raschen Rückbildung der saisonbedingten Arbeitslosigkeit gerechnet: Auch der positive Einfluß des sich fortsetzenden Wirtschaftswachstums dürfte am Arbeitsmarkt „wieder sichtbarer werden".

Vor allem die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern hat zu Jahresbeginn einen kräftigen Zuwachs verzeichnet, ebenso die Industrieproduktion. Nach den Plänen der Unternehmen wird hiermit auch in den kommenden Monaten gerechnet. Dagegen ging die Bautätigkeit unter dem Einfluß des harten Winters und des Auftragsmangels „deutlich zurück".

Ungeachtet der preissteigernden Effekte aus kräftig gestiegenem Dollar-Kurs und Wintereinflüssen (Nahrungsmittel, Heizöl) blieb die Preissituation insgesamt ruhig: Die Verbraucherpreise lagen im Februar 2,3 Prozent höher als vor Jahresfrist. Die Leistungsbilanz wies zu Beginn des Jahres – wie häufig zu dieser Jahreszeit – einen geringen Fehlbetrag von 0,6 Milliarden Mark aus. Der Außenhandel brachte einen deutlichen Überschuß, der jedoch durch ein Defizit bei Dienstleistungen und Übertragungen überkompensiert wurde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Immer mehr unseriöse Firmengründungen

Köln (dpa/VWD) – Rund 5000 Unternehmensneugründungen in der Bundesrepublik dürften im vergangenen Jahr unseriös gewesen sein. Das entspricht etwa einem Anteil von 14 Prozent an den gesamten Neugründungen. Dies geht aus einer Untersuchung der bundesweiten Wirtschaftsauskunftei Verband der Vereine Creditreform (Neuss) hervor, die im Organ der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in Köln veröffentlicht wurde. Die Auskunftei geht davon aus, daß der Wirtschaft in der Bundesrepublik durch die rund 5 000 unseriös gegründeten Unternehmen insgesamt ein Schaden von etwa 1,5 Mrd. Mark entstanden ist. Besonders häufig seien solche unseriösen Gründungen im Handelsbereich und im Baugewerbe. Unseriös an derartigen Praktiken sei vor allem die Tatsache anzusehen, daß die privaten Gründer, meist in Unkenntnis der Situation, unverantwortliche finanzielle Verpflichtungen eingingen.

Euras Bank braucht Hilfe

Frankfurt (cd.) – Die European Asien Bank (Euras Bank, Hamburg), an der die Deutsche Bank neben ausländischen Partnern mit 60 Prozent beteiligt ist, muß für künftige Ausfälle im Kreditgeschäft Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen bilden, die so hoch sind, daß zum 84er Bilanzausgleich teilweise die Hilfe der Gesellschafter in Anspruch genommen werden muß. Hauptursache seien, wie die Deutsche Bank auf Anfrage erklärt, die zunehmend sichtbaren Schwächen im Finanzsystem Taiwans, die jetzt im Zusammenbruch der zweitgrößten Finanz- und Industriegruppe des Landes kulminierten. Die Euras Bank mußte bereits für 1983 die Dividende zugunsten der Risikovorsorge streichen. Im dreiköpfigen Euras-Bank-Vorstand werden Michael Böhm und Nikolaus Korsch durch Hans Hennig Offen und Alfred Steffen ersetzt.

Neuer Aussteller-Rekord

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein neuer Aussteller-Rekord wird für die „Weltfachmesse für Sanitär Heizung Klima" ISH '85 vom 19. bis 23. März in Frankfurt gemeldet. Rund 1 600 Aussteller aus dem In- und Ausland haben sich nach Mitteilung der Hauptberatungsstelle für Elektrizitätsanwendung, angemeldet.

Gegen Start-Subventionen

Bonn (HH) – Technologieparks dürfen keine Subventionsbetriebe werden, die Existenzgründer über die tatsächlichen Marktbedingungen täuschen. Die Subventionen und Dienste zum Nulltarif, die in Technologieparks angeboten werden, sind nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) auf Dauer nicht geeignet, junge Existenzgründer auf den Wettbewerb vorzubereiten. Starthilfen sollten sich vielmehr auf die im Technologiepark mögliche Reduzierung der Fixkostenbelastung sowie Zeit- und Kostenersparnisse bei der Vermittlung von externen Beratungen beschränken. Die für die Planung von Technologieparks wichtigen Orientierungshilfen hat der DIHT in seiner Broschüre „Technologieparks" zusammengefaßt. Die Broschüre „Technologieparks", 41 Seiten, gibt es für acht Mark beim Deutschen Industrie- und Handelstag, Abteilung Information, Postfach 1446, 5300 Bonn 1.

Die Spitze behauptet

Köln (dpa/VWD) – Von einem generellen technologischen Rückstand der Bundesrepublik gegenüber Japan und den USA kann keine Rede sein: Im Maschinenbau ist die Bundesrepublik „Spitze". Wie Otto Schiele, Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (Frankfurt), im Organ der Kölner Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände berichtete, hält die Bundesrepublik unter 43 Maschinenbausparten im Weltexport 22 mal die führende Position. Sie liege damit klar vor den USA mit 14 und Japan mit fünf ersten Plätzen. Italien und Schweden führten je einmal. Nach Darstellung Schieles hat die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus technologisch, in jüngster Zeit aber auch wieder wirtschaftlich, zugenommen.

SCHULDENKONFERENZ / Warnke: Konsens schwierig

Gegen überzogene Auflagen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Im Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern über die Lösung der Schuldenkrise, der Mitte April am Rande der Sitzung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington stattfinden soll, wird es nach Einschätzung von Entwicklungsminister Jürgen Warnke schwierig werden, einen breiten Konsens zu finden. Die Bundesregierung will sich dafür einsetzen, daß die Entwicklungsländer keinem überzogenen Anpassungszwang ausgesetzt werden, um ein Abgleiten der von der Schuldenkrise besonders betroffenen lateinamerikanischen Länder in den „Sandinismus" zu verhindern.

Eine kontroverse Diskussion – auch unter den Industrieländern – erwartet der Minister in diesem Zusammenhang vor allem über die US-Haushaltspolitik, die Zinsen und den Dollar. Bei einem Pressekolloquium des Sparkassenverbandes warf Warnke, der als deutscher Weltbankgouverneur am Washingtoner Dialog teilnimmt, den Amerikanern vor, sie predigten den Entwicklungsländern Haushaltsdisziplin, aber leisteten sich selbst ein 200-Milliarden-Dollardefizit, das weltweit die Zinsen hochhält.

Obwohl nicht Geldmangel, sondern unzureichende Kreditwürdigkeit das Hauptproblem der Schuldnerländer sei, rechnet der Minister damit, daß die Zuteilung von Sonderziehungsrechten auf die IWF-Tagesordnung kommt. Nachdrücklich warnte er vor einer zu großzügigen Mittelvergabe der Weltbank, die sich auf erfolgversprechende Strukturdarlehen konzentrieren sollte, und vor einer massiven Erhöhung der Entwicklungshilfe, wie sie auch SPD-Chef Willy Brandt vorgeschlagen hat. Wichtiger sei, daß die Wirtschaft in den Empfängerländern durch eine Steigerung der Wirksamkeit der Mittel gekräftigt wird, von denen bisher zuviel in den Sand gesetzt worden seien. Dazu gehöre eine Koordinierung der Geber und eine Absprache mit den Schuldnern über eine effiziente Mittelverwendung.

WELTBANK / Lage der südamerikanischen Entwicklungsländer hat sich stabilisiert

Finanzkrise ist unter Kontrolle

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Schulden der Entwicklungsländer steigen weiter – aber die Zunahme ihrer Verschuldung schwächt sich ab. Das Risiko einer neuen Schuldenkrise ist damit kleiner geworden. Allerdings würde eine Verschlechterung der Weltkonjunktur oder eine neue internationale Zinshausse die Lage wieder verschlechtern, heißt es bei der Weltbank.

Insgesamt waren die Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungsländer im vergangenen Jahr nur noch um sechs Prozent auf 895 Mrd. Dollar gestiegen, nachdem sie sich im Durchschnitt in den Jahre 1981 bis 1984 um zehn Prozent und in den siebziger Jahren um 20 Prozent erhöht hatten. Seit 1981, als sie um 15 Prozent gestiegen waren, ist ihre Zunahme ständig zurückgegangen. Für Ende dieses Jahres erwarten die Weltbankexperten eine Verschuldung von weniger als 1000 Milliarden Dollar.

Als wichtigster Grund für die relative Entspannung des Verschuldungsproblems bezeichnet man am Sitz der europäischen Weltbankniederlassung die von den Entwicklungsländern eingeleitete Stabilisierungspolitik. Der Verbrauch wurde dadurch in bessere Übereinstimmung mit den Produktionsmöglichkeiten gebracht. Diese konnten damit stärker dem Export nutzbar gemacht werden, während die Importe eher nachließen.

Die am Bruttosozialprodukt der Entwicklungsländer gemessene wirtschaftliche Expansion, die sich von jahresdurchschnittlich 5,6 Prozent zwischen 1975 und 1980 auf 1,5 bis 1,6 Prozent 1982 und 1983 vermindert hatte, erreichte 1984 dank der Wiederbelebung der Weltkonjunktur 4,5 Prozent. Das erlaubte den Entwicklungsländern, ihre wirtschaftliche Anpassung erstmals ausschließlich durch die Steigerung der Exporte und nicht mehr durch die Reduzierung der Importe zu betreiben.

Entsprechend verminderte sich das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer von 56 Mrd. Dollar 1983 auf 45 Mrd. Dollar 1984 – gegenüber noch 82 Mrd. Dollar 1982. Dem stand eine öffentliche Entwicklungshilfe von jährlich unverändert 35 Mrd. Dollar gegenüber. Dagegen nahmen die privaten Leistungen, insbesondere die Bankkredite, stark ab und zwar von 70 Mrd. Dollar 1981 auf 20 Mrd. Dollar 1983 und 5,6 Mrd. Dollar im ersten Halbjahr 1984.

Vor allem die südamerikanischen Entwicklungsländer haben inzwischen dank verstärkter Exporte ihre Verschuldung in etwa stabilisiert – allerdings auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Die Lage der afrikanischen Länder südlich der Sahara bleibt dagegen mangels ausreichender Ausfuhren besorgniserregend. Deshalb bleiben sie auch im Wachstum zurück. Für sämtliche Entwicklungsländer erwartet die Weltbank dieses Jahr eine Expansion von fünf Prozent. Von einer Sanierung sind aber alle diese Länder noch ziemlich weit entfernt.

GROSSBRITANNIEN / Höhere Auslandsinvestitionen

Erträge kräftig gestiegen

WILHELM FURLER, **London**

Die Nettoerträge aus britischen Investitionen im Ausland sind im vergangenen Jahr um 36 Prozent auf 2,3 Mrd. Pfund (8,35 Mrd. DM) gewachsen. Das geht aus Angaben des Statistischen Amtes in London hervor. Dabei gibt der kräftige Ertragsschub vor allem den Dollaranstieg wider, der den Wert der Erträge britischer Investitionen in den USA merklich erhöhte. Die USA sind traditionell das mit Abstand bedeutendste Investitionsland für die Briten.

Netto floß im vergangenen Jahr Kapital aus Großbritannien in Höhe von 3,9 Mrd. Pfund (14,16 Mrd. DM) ab, ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 20 Prozent. Von der Privatwirtschaft wurden Kapitalanlagen im Ausland in Höhe von 15,2 Mrd. Pfund getätigt gegenüber 10,5 Mrd. Pfund 1983. Dieser Anstieg geht nach Angaben des Statistischen Amtes in erster Linie auf Portefeuille-Investitionen der britischen Banken im Ausland in Höhe von sieben Mrd. Pfund (1983 nur 2,5 Mrd. Pfund) zurück.

Zum Ausdruck kommt dabei auch der Trend bei den Banken, weniger direkte Ausleihungen im Ausland vorzunehmen, sondern statt dessen eher marktgängige Wertpapiere (in erster Linie Papiere mit variablem Zins) zu kaufen, um einen höheren Liquiditätsgrad zu wahren.

Den jüngsten Statistiken zufolge war die britische Leistungsbilanz im vergangenen Jahr in etwa ausgeglichen, nachdem im Jahr zuvor noch ein Überschuß in Höhe von 2,543 Mrd. Pfund ausgewiesen worden war. Diese Verschlechterung auf einen Überschuß von lediglich 51 Mill. Pfund geht in erster Linie auf die Auswirkungen des Kohlestreiks durch vermehrte Ölimporte und reduzierte Kohleexporte zurück. Dagegen erhöhte sich der Überschuß in der Bilanz der Dienstleistungen und Kapitalnutzungen gegenüber 1983 um drei Prozent auf 4,35 Mrd. Pfund, wobei der Überschuß aus Zinsgewinnen und Dividendeneinnahmen um 36 Prozent auf 2,3 Mrd. Pfund stieg.

ASIEN-BERICHT / Wachstumsraten differieren stark

Hilfsprogramm ohne Effekt

AFP, **Bangkok**

Die Entwicklungsländer in Asien und im Pazifikraum haben ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum, viele von ihnen werden allerdings durch Protektionismus in den entwickelten Staaten und klimatische Probleme benachteiligt. Wie aus dem in Bangkok veröffentlichten Jahresbericht des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik (Escap) weiter hervorgeht, haben China, Malaysia und Südkorea zweistellige Wachstumsraten in der Industrie erreicht. Die meisten von dem Bericht erfaßten Länder konnten ihre gesteckten Ziele allerdings nicht erreichen, namentlich Länder, in denen die Industrie den kleinsten Wirtschaftssektor darstellt.

Neben Transport- und Kommunikationsschwierigkeiten haben die asiatischen und pazifischen Länder mit ihren „relativ stabilen Landwirtschaften" vor allem unter der protektionistischen Politik der Industrieländer zu leiden, betont der für die kommende Escap-Tagung in Bangkok (19. bis 29. März) vorbereitete Bericht. Eine Gruppe von Staaten in der Region, die von 134 Millionen Menschen bevölkert ist, kann wegen der dort herrschenden klimatischen Bedingungen am Wachstum nicht teilhaben. Die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) wie Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Laos, Nepal, die Malediwen und Samoa verzeichneten ein stagnierendes oder bestenfalls sporadisches und unregelmäßiges Wachstum. Die Lage dieser sieben Länder wird von Escap als „kritisch" angesehen.

Die potentiellen Bodenschätze in den LDC-Staaten, so der Bericht, sind häufig nur unter schwierigsten Bedingungen auszubeuten. Den Ländern selbst fehle es hierbei an technischen und finanziellen Möglichkeiten. Der Bericht des UNO-Gremiums hebt hervor, das substantielle Beistands-Programm 1980 zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder habe aus verschiedenen Gründen wie Exporteinbußen durch sinkende Preise, geschrumpfte Hilfsprogramme oder Zersplitterung der Hilfe nicht korrekt abgewickelt werden können.

SÜDAFRIKA / Vor der Küste sollen sich 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas befinden

Auf dem Festland war Suche erfolglos

EDGAR DENTER, ***Johannesburg***

Vor Südafrikas Südküste befinden sich mindestens 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas, deren wirtschaftliche Nutzung als sicher gilt. Zwar wird die seit 20 Jahren aktive staatliche Gesellschaft zur Suche nach Erdgas und Erdöl, Soekor, erst Ende Mai zwei Wirtschaftlichkeitsstudien fertiggestellt haben, doch wird allgemein von der Nutzbarkeit des Fundes ausgegangen.

Alles, was mit Südafrikas Energie- und speziell mit der Ölversorgung zu tun hat, gilt wegen des apartheidbedingten offiziellen Ölboykotts gegen die Republik am Kap dort als Staatsgeheimnis. So blieb lange Zeit unbekannt,ob die gelegentlichen amtlichen Berichte über Gasfunde vor Moselbay ganz im Süden der Republik echte Bedeutung oder nur unverbindlichen Propagandawert hatten. Jüngste Berichte, etwa über die erste Entdeckung von reinem Rohöl bester Qualität in einem Bohrloch der gashaltigen Region, machten die Verantwortlichen gesprächiger.

Genau 611,4 Mill. Rand (über eine Milliarde Mark) wurden laut offiziellen Angaben seit 1965 in die Suche nach Öl und Gas investiert, allein 531,2 Millionen davon durch den Staat und der Rest durch Private. Auf dem Festland war die Suche bislang erfolglos. Bis Ende 1983 wurden vor der Küste 14 Bohrungen niedergebracht, wovon sechs „trocken" blieben. Wie viele weitere Bohrungen nach den ersten verheißungsvollen Entdeckungen im vorigen Jahr niedergebracht wurden, wird weiter als Geheimnis behandelt. Vieldeutig heißt es lediglich, daß dort vielleicht mehr Gas sein könne als ursprünglich gedacht, und daß man 150 Kilometer südlich von Kapstadt noch mehr davon vermutet. Während in den ersten Jahren der Suche nach Bodenschätzen das Schwergewicht auf dem Öl lag, setzt man jetzt verstärkt auf Erdgas. Per Pipeline oder Schiff soll das Gas an Land gebracht und dort in einer Spezialanlage in flüssigen Treibstoff umgewandelt werden. Die Investitionen werden auf etwa zwei Milliarden Rand geschätzt.

Nachgelassen hat inzwischen die Sorge vor einem Boykott durch die Öllieferanten. Zum einen hat Südafrika entgegen ersten Annahmen nie ernsthaft unter Ölmangel gelitten, zum anderen wurden in den letzten Jahren Treibstoffreserven angelegt, die laut Experten-Schätzungen den Normalbedarf für sieben Jahre dekken sollen. Amtlich wird erklärt, daß die Großanlagen zur Ölgewinnung aus Steinkohle – Sasol eins, zwei und drei – neben anderem jetzt 40 Prozent des Treibstoffbedarfs deckten. Das jetzt gefundene Gas könnte weitere zehn Prozent zur Bedarfsdeckung beitragen.

„Wir sind recht zuversichtlich, daß wir in der vorhersehbaren Zukunft genug Rohöl beschaffen können, um die Differenz zwischen der Eigenproduktion durch Sasol und dem Treibstoffbedarf des Landes decken zu können", sagt Staatssekretär Dr. Louw Alberts vom Energieministerium. Und dabei hat er amtlich noch nicht einmal auf das angeblich riesengroße Gasfeld Kudu geschaut, das vor der Küste des – südafrikanisch verwalteten – Namibia ruht. Laut inoffizieller Schätzung könnte dieses Feld viermal so viel Gas produzieren wie das Feld vor Südafrika. (dpa)

RENAULT / Noch keine Einzelheiten zur Sanierung

Verkauf von Beteiligungen?

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Der neue Renault-Präsident Georges Besse hat bisher noch nicht bekanntgegeben, wie er sich die Sanierung des staatlichen französischen Automobilkonzerns im einzelnen vorstellt. Auch hüllt er sich zu den Defizitgerüchten in Schweigen. Nachdem kurz vor seinem Amtsantritt am 23. Januar das Konzerndefizit für 1984 inoffiziell auf neun Milliarden Franc (umgerechnet drei Milliarden Mark) veranschlagt worden war, nannte die im allgemeinen gut informierte Tageszeitung „Liberation" jetzt 16 Mrd. Franc.

Das konsolidierte Geschäftsergebnis wird bei Renault im allgemeinen erst Anfang April veröffentlicht. Für „Berichtigungen" nach oben oder unten besteht bei einem Konzern dieser Größenordnung noch viel Spielraum. Ein aufgeblähter Verlust, der dem früheren Präsidenten Hanon anzukreiden wäre, könnte die diesjährige Geschäftsrechnung entlasten.

Offensichtlich will Besse den Konzern zunächst aus dem Gerede bringen, auch bei den Gewerkschaften. Deshalb stehen auch nähere Angaben über die Reduzierung der stark übersetzten Belegschaft aus. Inzwischen sind alle zentralen administrativen Dienste zu strenger Sparsamkeit angehalten worden.

Zu Differenzen mit der bei Renault führenden kommunistischen CGT-Gewerkschaft ist es allerdings jetzt deshalb gekommen, weil Besse die Projektstudien für eine Motorenfabrik in der Sowjetunion abgesagt hat. Während die Renault-Verwaltung darauf hinweist, daß der Aufwand für dieses Projekt in keinem Verhältnis zu seinem Ertrag stünde, behauptet die CGT, daß dadurch Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet würden.

Aber Besse hatte bereits bei seinem Amtsantritt erklärt, daß er Renault nicht mehr in den Dienst unrentabler Aktivitäten stellen würde, selbst wenn es dabei um nationale Interessen ginge. Deshalb sagte er die Übernahme notleidender Landmaschinenproduzenten (Harvester) ab. Auch eine Verminderung der bestehenden Renault-Beteiligungen insbesondere an den amerikanischen Gesellschaften AMC und Mack Trucks wird nicht mehr ausgeschlossen.

ROWENTA / Bestes Ergebnis der Firmengeschichte

Hohe Zuwächse im Ausland

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Das „beste Jahresergebnis der hundertjährigen Firmengeschichte" erzielte nach eigenem Bekunden die Rowenta GmbH, Offenbach, mit ihren Auslandstöchtern in Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Großbritannien im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 11.): Der Gruppenumsatz expandierte um 14 Prozent auf 558 (gut 490) Mill. DM; auch die Entwicklung der Erträge sei „erwartungsgemäß und zufriedenstellend" gewesen. Für das Vorjahr hatte der erstmals veröffentlichte Gruppenabschluß einen deutlich verbesserten Ertrag von 11,2 Mill. DM gezeigt. Die GmbH weist laut einer Veröffentlichung im „Bundesanzeiger" für das vergangene Geschäftsjahr bei 373 (356) Mill. DM Umsatz 4,5 (5) Mill. DM Jahresüberschuß aus.

Bei besonders positiver Absatzentwicklung in Großbritannien, Italien und Frankreich wuchs der Anteil des internationalen Geschäfts auf 60 (58) Prozent. Auch die übrigen europäischen Märkte hätten erfreuliche Zuwachsraten erbracht, betont Rowenta mit dem Hinweis, daß 90 Prozent des internationalen Geschäftes auf Europa entfielen. Die außereuropäischen Wirtschaftsräume scheinen jedoch aufzuholen, für den Nahen Osten, Südafrika, Asien, Mittel- und Südamerika meldet die Gruppe eine Umsatzsteigerung von rund 30 Prozent.

Zwar stagnierte auch im zurückliegenden Jahr der bundesdeutsche Markt für Elektrokleingeräte. Doch sei es gelungen, den Rowenta-Absatz um rund 4 Prozent zu steigern. Das Unternehmen führt dies insbesondere auf ein neues Staubsauger-Programm zurück, das im Frühsommer 1984 eingeführt wurde. Etwa ein Viertel des Gesamtumsatzes macht Rowenta mit neuen Produkten oder Produktweiterentwicklungen, die jeweils erst etwa ein Jahr in dieser Form im Programm sind. Investiert wurden im vergangenen Jahr rund 18 (15) Mill. DM, die Zahl der Mitarbeiter stieg auf rund 3700 (3340) in der Gruppe, davon arbeiten rund 3000 (2700) in den vier deutschen Werken in Offenbach, Hanau, Erbach und Würzburg.

RHEINBODEN / Vorzieheffekte verlagern Probleme

Aktionäre erhalten Bonus

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die von der Wirtschaftspolitik ausgehenden expansiven Impulse haben sich nach Ansicht der Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Köln, als sehr kurzfristig erwiesen. Diese Entwicklung habe die Befürchtung bestätigt, daß wirtschaftspolitische Sofortmaßnahmen und Sonderprogramme, insbesondere, wenn sie zeitlich begrenzt sind, eher Vorzieheffekte auslösen als zum gewünschten nachhaltigen und stetigen Nachfragezuwachs führen. Mit Auslaufen der Förderprogramme entstehe ein zusätzlicher Nachfrageausfall, der wieder die Probleme verdeutliche, die die vorgezogene Nachfrage nur scheinbar beseitigt habe.

In ihrem Geschäftsbericht 1984 betont die Hypothekenbank, daß der Nachfrageeinbruch im größten Baubereich, dem Wohnungsbau, mit bisher nie gekanntem Preisverfall im Immobilienbereich zusammengefallen sei. Außerdem habe auch die noch ausstehende endgültige Regelung der Besteuerung von selbstgenutztem Wohneigentum zur Zurückhaltung im Wohnungsbau beigetragen.

Rheinboden hat im letzten Jahr mit einem Neugeschäft von 1 (1,2) Mrd. DM das Volumen von 1983 nicht erreicht, doch bot es immerhin einen Ausgleich für die unverändert hohen Tilgungen (613 nach 588 Mill. DM). Am Neugeschäft waren Hypotheken mit 51 (54), Kommunaldarlehen mit 49 (46) Prozent beteiligt. Der Darlehensbestand erreichte 7,66 (7,28) Mrd. DM. Davon waren 52,3 (51,3) Prozent Hypothekendarlehen.

Der Zinsüberschuß aus dem Darlehensgeschäft stieg um 25,3 (26,8) Prozent auf 47,5 Mill. DM, einschließlich des Saldo von Einmalerträgen/-aufwendungen von 13,8 (14,7) Mill. DM um 16,5 Prozent auf 61,3 Mill. DM. Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 17 Prozent auf 40 Mill. DM.

Nach Bildung von Einzelwertberichtigungen für sich abzeichnende Risiken im Kreditgeschäft und Verstärkung der inneren Reserven durch globale Wertberichtigungen wird der Jahresüberschuß mit 15,1 (14) Mill. DM ausgewiesen, von denen 8,5 (8) Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden. Zur Dividende – 6 (6) DM je 50-DM-Aktie – gesellt sich diesmal ein Bonus von 50 Pfennig. Die haftenden Eigenmittel (183,5 Mill. DM) machen 2,2 (2,3) Prozent der Bilanzsumme aus. (HV: 8. Mai)

SIEMENS / Lichtwellenleiter eröffnet neues Zeitalter in der Kommunikationstechnologie mit großenMarktchancen

Weltweite Spitzenposition beim Glasfaserkabel

DANKWARD SEITZ, **Hickory**

Ein neues Zeitalter in der Kommunikationstechnologie wird Anfang 1986 für die Bundesrepublik Deutschland anbrechen, wenn im oberfränkischen Neustadt die erste große deutsche Glasfaserfabrik in Betrieb geht, die gemeinsam von der Siemens AG, Berlin/München, und der amerikanischen Corning Glass Works, Corning/New York, errichtet wird. Für den deutschen Elektrokonzern ist dieser Sprung in die Zukunft, der das hundert Jahre lang weltweit bewährte Telefonsystem grundlegend revolutionieren wird, weil mit dieser Technologie gleichzeitig Sprache, Texte, Daten und bewegte Bilder schneller, zuverlässiger und billiger über große Entfernungen übertragen werden können, heute schon fast ein ganz normaler alltäglichen Schritt.

Weltweit steht diese Technologie jedoch noch ganz am Anfang und eröffnet Siemens, die heute auf diesem Gebiet eine Spitzenstellung mit über 16 Patenten einnimmt, fast unüberschaubare Marktchancen. In den nächsten Jahren wird der Weltmarkt für Lichtwellenleiter nach vorsichtigen Schätzungen um jährlich etwa 50 Prozent wachsen. Während der Bedarf weltweit 1984 noch bei rund 800 000 verkabelter Faser-Kilometer lag, werden es 1985 bereits 1,4 Mill. und Ende der 80er Jahre gar rund sechs Mill. Faser-Kilometer sein.

Schon frühzeitig hat Siemens begonnen, für den Glasfaser-Einsatz die Vermittlungs- und Verkabelungstechnik zur Marktreife zu entwickeln und liegt damit heute nach Angaben von Vorstandsmitglied Hans Baur, Leiter des Unternehmensbereichs Nachrichten- und Sicherungstechnik, „ganz vorne". Die ersten Kontakte mit dem weltweit führenden Glasfaser-Hersteller Corning, der 1984 über 0,5 Mill. km Glasfasern produzierte und derzeit mit Investitionen von fast 100 Mill. Dollar seine Jahreskapazität auf über eine Mill. km verdoppelt, gehen auf das Jahr 1971 zurück. 1977 gründeten dann beide Gesellschaften die Siecor Optical Cables Corp Inc., Hickory/North Carolina, an der sie mit jeweils 50 Prozent beteiligt sind.

In diese Gesellschaft brachte Corning seine Kenntnisse in der Glastechnologie ein und Siemens sein Know-how in der Verkabelungstechnik für Lichtwellenleiter. Damit wurde Siecor neben dem amerikanischen AT & T-Konzern zum größten Lieferanten für Glasfaser-Kabel in den USA und damit auch auf dem Weltmarkt. 1984 setzte Siecor rund 250 Mill. Dollar um, wovon etwa 50 Prozent auf Glasfaserkabel und die andere Hälfte auf Kupferkabel entfielen. Vor allem die Glasfaserkabel trugen nach Angaben von Baur dazu bei, daß sich der Umsatz von Siecor seit 1981 verdoppelte. Mit einem Investitionsaufwand von mehr als 40 Mill. Dollar werden derzeit die Siecor-Kapazitäten von 200 000 verkabelter Faser-Kilometer bis 1987 auf eine Mill. km ausgebaut. Man erwartet, daß sich der Umsatz in den nächsten zwei Jahren auf über 500 Mill. Dollar erneut verdoppelt.

Zu den bedeutenden Kunden von Siecor gehört die MCI Communications Corp., Washington D. C., die erst in jüngster Zeit einen Auftrag über 150 000 Faser-Kilometer im Wert von 350 bis 400 Mill. Dollar erteilt hat. Zudem konnte Siecor seit Anfang 1984 von sechs Gesellschaften der Bell-Gruppe „bedeutende Aufträge" zur Verkabelung ihrer Telefonnetze hereinholen. Nach Angaben von Baur konnte Siecor damit sein Geschäft schneller ausweiten, als der Markt gewachsen ist.

Die Komponenten für diese Netze sowie die Geräte für die Montage werden zum Teil bei Siecor gefertigt, demnächst nach Angaben von Baur aber auch aus einer neuen Fabrik in Berlin kommen, die Siemens mit rund 200 Mill. DM in zwei Stufen errichtet. Allein für dieses „Zubehör" wächst der Weltmarkt, so Baur, zur Zeit um jährlich 35 Prozent und wird Anfang der 90er Jahre 3,5 Mrd. DM erreichen.

Das nun geplante Werk in Neustadt mit einer Jahreskapazität von vorerst 80 000 Faser-km (erstes Investitionsvolumen 70 Mill. DM) wird nach Ansicht von Baur allein vom Bedarf der Bundesrepublik – hier erwartet man einen Marktanteil von etwa 50 Prozent – nicht ausgelastet sein. Vorerst ist geplant, etwa zwei Drittel der Produktion vorwiegend in die USA zu exportieren.

Bis weit in die 90er Jahre hinein wird die Glasfaser-Technik nach Ansicht von Baur fast ausschließlich in der Verbindung großer Städte eingesetzt werden. Hier habe das Glasfaserkabel schon entscheidende Kostenvorteile: Bei einem Meterpreis von 2,50 DM (herkömmliches Kupferkabel 6,00 DM) müßten zudem erheblich weniger kostenaufwendige Verstärker eingesetzt werden. Entschieden zu teuer hingegen sei noch die Verkabelung von Ortsnetzen mit Glasfasern. Wegen der komplizierten Sende- und Empfangselektronik würde ein Hausanschluß etwa 15 000 DM kosten gegenüber 1500 DM bei der derzeit laufenden Breitbandverkabelung.

Hella stark in der Erstausrüstung

dpa/VWD, **Lippstadt**

Die Westfälische Metall Industie KG Hück und Co, Lippstadt, steigerte 1983/84 (31.5.) die Konzernaußenumsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent auf 1,02 Mrd. DM. Die Exportquote blieb mit 32,0 (32,8) Prozent im wesentlichen unverändert. Mit der Entwicklung ist das Unternehmen (Markenzeichen „Hella") insgesamt zufrieden. Von der positiven Entwicklung der Kfz-Produktion im Berichtsjahr hat die Gesellschaft deutlich profitieren können. „Hella" ist mit Scheinwerfern und elektrischen und elektronischen Teilen sowie mit weiteren Ausstattungserzeugnissen Zulieferer der Kfz- und Flugzeugindustie sowie des Bootsbaues.

Der Umsatz in der Erstausrüstung deutscher Kraftfahrzeuge erhöhte sich um nahezu 8 Prozent, bei ausländischen Fahrzeugen war das Plus noch wesentlich höher. Das Kfz-Ersatzteil- und Zubehörgeschäft im Inland verlief unbefriedigend, im Ausland dagegen erheblich besser. Erneut rückläufig waren die Umsätze mit der Flugzeugindustie, nur bei Erzeugnissen für die Flugzeugbeleuchtung gab es Umsatzzuwachs, der aber das negative Gesamtergebnis nicht entscheidend beeinflussen konnte. Der Bereich Zinkdruckgußteile verzeichnete Umsatzsteigerungen, vor allem mit der Armaturenindustie. Auch elektronische Steuergeräte für die Hausgeräteindustie registrierten Zuwachsraten.

In Sachanlagen hat die Konzernobergesellschaft, mit 257,00 (242,77) Mill. DM Eigenkapital, 37,83 (50,50) Mill. DM bei 39,88 (38,49) Mill. DM Abschreibungen investiert. Die Mitarbeiterzahl lag zum Jahresende bei 10 200 (10 400). Bei der Beurteilung der Aussichten im laufenden Geschäftsjahr ist das Unternehmen zurückhaltend. Die gegenwärtige Situation lasse jedenfalls „eine optimistische Beurteilung des Geschäftsjahres 1984/85 nicht zu".

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gutes „DDR"-Geschäft

Salzgitter (dos) – Zufrieden mit den Wirtschaftsbeziehungen zur „DDR" ist die bundeseigene Salzgitter-Gruppe. Anläßlich der Leipziger Messe beziffert das Unternehmen das gegenseitige Abschlußvolumen in den Geschäftsjahren 1982/83 und 1983/84 (30. 9.) auf 800 Mill. DM. Bei den Lieferungen (rund 320 Mill. DM) habe das Stahlgeschäft den wesentlichen Anteil. Ausgeweitet wurden zugleich die Einkäufe aus der „DDR". In Schwung gekommen sei auch die Zusammenarbeit in Drittländern. So übernehme die Salzgitter-Tochter Rüterbau die Aluminium-Verkleidung der Kuppel eines Raumflugplanetariums, das die „DDR" in Kuwait errichtet.

Bestens ausgelastet

Bielefeld (hdt.) – Als ausgesprochen gut bezeichnet die Maschinenfabrik Hymmen GmbH, Bielefeld, sowohl die Auftragslage als auch die Kapazitätsauslastung. Das Unternehmen, Hersteller von Pressen und Beschichtungsanlagen für die Holz- und Kunststoffindustrie, verzeichnete 1984 einen Umsatz von 35 Mill. DM, der Exportanteil erreichte 67 Prozent. Als Gruppenumsatz werden 50 Mill. DM genannt. Die weitere Entwicklung wird als positiv beurteilt. Die neu aufgenommene Verbindung zur Elektronikindustrie wird als willkommene Alternative zur sinkenden Nachfrage aus der Möbelindustrie gesehen.

E & L auf Expansionskurs

Düsseldorf (Py.) – Die vornehmlich im Bereich der Risiko-Lebensversicherung, der Berufsunfähigkeits-Absicherung sowie neuerdings auch der Risiko-Rentenversicherung tätige britische Equity & Law (E & L) Lebensversicherung AG, Wiesbaden, hat 1984 mit einem neu eingelösten Neugeschäft von über 2 Mrd. DM Versicherungssumme (plus 60 Prozent) erfolgreich abgeschnitten. Der Versicherungsbestand erreichte Ende 1984 4,1 Mrd. DM. Die durchschnittliche Versicherungssumme liegt gegenwärtig bei 75 000 DM in der Kapital- und bei 150 000 DM in der Risiko-Lebensversicherung.

„Kreditrisiken früher erkennen"

cd. **Frankfurt**

Die Sparkassenorganisation entwickelt derzeit ein computergesteuertes Kreditinformations- und Kreditüberwachungs-System (Statbil), das die Früherkennung von Kreditrisiken wesentlich verbessern soll. Die in Kennzahlen umgesetzten umfangreichen Einzelinformationen sollen es den Sparkassen ermöglichen, in rechtzeitigen Gesprächen mit ihren Kunden deren möglichen Gang in die Pleite zu verhindern.

Verbandsgeschäftsführer Wolfgang Starke verspricht sich von dem System zur Unterstützung des Fingerspitzengefühls der Kreditsachbearbeiter, das in ersten Elementen 1986 angeboten werden und innerhalb der nächsten zehn Jahre voll ausgebaut werden soll, eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen. Probeläufe haben ergeben, daß negative Trends bei Firmen mit dem neuen System viel früher erkennbar werden als bei der bisherigen nicht systematischen Sammlung von Informationen und relativ primitiven Bilanzauswertungsmethode.

HORTEN

Den Umsatz noch knapp behauptet

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Mit 2,87 Mrd. DM Umsatz ihrer 58 (57) Warenhäuser (ohne Töchter und Kooperationspartner) ist die Horten AG, Düsseldorf, 1984/85 (28. 2.) um 1,9 Prozent hinter dem Vorjahresresultat zurückgeblieben. Auf unveränderter Verkaufsfläche betrug das Minus 2,9 Prozent. Kommentar des Vorstands zu diesem mageren Ergebnis: Die Verbraucher reagierten 1984 „sehr sensibel" auf die Streiks, kauften oft nur das Nötigste; das schlechte Wetter „tat ein übriges". Bei solcher Lage und mit Blick auf die Ergebnisse vergleichbarer Unternehmen, wie des gesamten institutionellen Einzelhandels, sei man mit dem Resultat „noch zufrieden".

Ein Wort zur Ertragsentwicklung und zur (vermutlich etwas geringer ausfallenden) Dividende sagt der Vorstand noch nicht. Weitere Kostensenkung wird mit dem Hinweis angedeutet, daß sich trotz Vergrößerung der Verkaufsfläche auf 614 000 (602 000) qm die auf Vollbeschäftigte umgerechnete Mitarbeiterzahl (ohne Lehrlinge) nochmals stark um 6,3 (8,5) Prozent auf 15 760 verminderte.

„Voll den Erwartungen" entspreche der Umsatz des neuen Düsseldorfer Carsch-Hauses mit 29 Mill. DM in den ersten fünf Monaten; dies ohne die 22 Spezialgeschäfte des „Delikatessa-Frischmarktes", die mit ihren Umsätzen „sehr zufrieden" seien.

Die Horten-Reisebüro GmbH steigerte im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 10.) die Buchungszahl um 3 Prozent auf 82 000 und den Umsatz um 4,1 Prozent auf 86,8 Mill. DM. Die Peter-Hahn-Gruppe kam auf 93 (95,7) Mill. DM Umsatz, dazu noch einmal 15 (14,2) Mill sfr in der Schweiz. Am schnellsten wuchs das „Jaques"-Wein-Depot um 9,7 Prozent auf 34 Mill. DM Umsatz.

NAMEN

Dr. Werner Bansen, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Bilfinger + Berger AG, Mannheim, vollendet am 13. März das 80. Lebensjahr.

Hermann J. Schmidt, bekannt als Mr. Windsor Castle und Mitglied im Aufsichtsrat des Deutschen Teebüros, feierte am 10. März den 70. Geburtstag.

Dr. **Manfred Schlüter** (38) scheidet am 31. März als Verkaufsleiter aus der Fila Sportartikel GmbH aus. Er macht sich in der Sportartikelbranche selbständig und wird im April 1985 geschäftsführender Gesellschafter der Asoma Profiline, Düsseldorf.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Ludwig Schmidt (Hrsg.): Einkommensteuergesetz, C. H. Beck Verlag, 1984, 1876 S., (Ln.), 128 Mark.

Das Konzept der Verfasser, sich auf praktische Bedürfnisse zu konzentrieren, aber gleichwohl einen möglichst umfassenden, aktuellen und einsichtigen Kommentar zum EStG herauszugeben, ist aufgegangen. Die dritte Auflage wurde in allen Bereichen überarbeitet und berücksichtigt die neueste Fassung des EStG und der EStDV. Das Steuerentlastungsgesetz 1984, das Vermögensbeteiligungsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz 1984 sind neu aufgenommen und erläutert worden.

Ulrich Stache: Die Gesamthand im Steuerrecht, Ferkel-Verlag, 1984, 262 S., 59 Mark.

Die rechtliche Besonderheit des Gesamthandseigentums hat insbesondere im Steuerrecht weitreichende Bedeutung. Ausgehend von den bürgerlich-rechtlichen Vorschriften über das Gesamthandeigentum behandelt das Handbuch alle steuerrechtlichen Belange, die bei der Zurechnung, beim Feststellungsverfahren und bei Vergütungen an Gesellschafter zum Tragen kommen. Ein Arbeitsbuch für die Steuerpraxis.

Ortwin Hellebrand: Patentanmeldung leicht gemacht, Hans Holzmann Verlag, 1984, 424 S., 56,80 Mark.

Über die Hälfte aller Patentanmeldungen scheitern noch vor der sachlichen Prüfung des angemeldeten Gegenstandes auf Patentfähigkeit. Denn nur einer wirtschaftlich verwertbaren Erfindung, die zudem neu sein und sich vom Stand der Technik durch eine besondere erfinderische Leistung abheben muß, wird ein Patent erteilt. Der Autor aus der Rechtsabteilung des Deutschen Patentamtes stellt die komplizierte Spezialmaterie so dar, daß auch ein interessierter Laie schwerwiegende, aber auch typische und häufige Fehler bei der Einreichung einer Patentanmeldung vermeiden kann.

Michael Hebig: Steuerabteilung und Steuerberatung in der Großunternehmung, Erich Schmidt Verlag, 1984, 473 S., 78 Mark.

Ausgangspunkt dieser empirischen Untersuchung war die Erfahrung, daß der Mittelbetrieb der Hauptadressat der nationalen und internationalen externen Steuerberatung ist. Über eine beschreibende Bestandsaufnahme der Steuerberatung in Großunternehmen hinaus analysiert der Verfasser alle wesentlichen betriebswirtschaftlichen Probleme der Steuerabteilung einer Großunternehmung. Die Ergebnisse der Studie können zur Effizienzsteigerung der Steuerabteilungen beitragen und zugleich die Rolle des externen Beraters klären helfen.

Wienand Schruff: Einflüsse der 7. EG-Richtlinie auf die Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses, Erich Schmidt Verlag, 1984, 409 S., 74 Mark.

Die siebente gesellschaftsrechtliche EG-Richtlinie verlangt erhebliche Veränderungen der aktienrechtlichen Vorschriften über den Konzernabschluß. Ihr Ziel, die Vorschriften über konsolidierte Abschlüsse in der EG gleichwertig zu gestalten und die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse in der EG zu verbessern, ist angesichts der vielfach geübten Kritik an der Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses fragwürdig. Der Verfasser analysiert die Vorschriften der 7. EG-Richtlinie im Detail.

Othmar Jauernig (Hrsg.): Bürgerliches Gesetzbuch, C. H. Beck Verlag, 1984, 1864 S., (Ln.), 95 Mark.

In dieser dritten Auflage des Taschenkommentars wurden die Erläuterungen insgesamt überarbeitet, ergänzt durch das geänderte, seit Anfang 1983 geltende Mietrecht und das Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich und durch neueste Rechtsprechung aktualisiert. Es wurde Wert auf eine knappe, gestraffte Erläuterung der Vorschriften gelegt, die auf das Wesentliche konzentriert zuverlässig Auskunft auf Rechtsfragen gibt.

Burens, u. a., Handbuch Auslandseinsatz, Band I: Personalpolitik und Personalwirtschaft 1984, Verlag Recht und Wirtschaft Heidelberg, 154 Seiten, 46 DM.

Die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland und die wachsende Notwendigkeit zur Absicherung des Auslands- und Inlandsmarktes gegen starke Konkurrenten erfordern Grundlageninformationen über den Auslandseinsatz. Der 1. Band des Handbuchs will in Zeiten steigenden Bedarfs an auslandserfahrenem Personal in der deutschen Wirtschaft und eines wachsenden Angebots an auslandsinteressierten jungen Fach- und Schulungskräften Probleme personalpolitischer und wirtschaftlicher Fragen aufzeigen. Angesprochen sind Mittel- und Kleinbetriebe, die neue Auslandsmärkte erschließen wollen. Die Autoren geben daher vorrangig praktische Hinweise zu den konkreten Teilgebieten.

Warenpreise – Termine

Gold und Silber schlossen am Freitag an der New Yorker Comex niedriger als am Vortag. Kupfer konnte sich demgegenüber befestigen. Die Kaffee- und Kakao-Terminnotierungen waren deutlich fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	8. 3.	7. 3.
März	345,50	347,25
Mai	337,50	340,25
Juli	327,25	329,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	258,74	258,94
Amber Durum	242,19	243,54

Roggen Winnipeg (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
März	128,90	128,50
Mai	132,80	133,20
Juli	138,50	136,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
März	137,00	135,40
Mai	134,00	132,50
Juli	131,90	131,50

Hafer Chicago (c/bush)	8. 3.	7. 3.
März	174,75	176,25
Mai	169,00	170,25
Juli	164,75	165,00

Mais Chicago (c/bush)	8. 3.	7. 3.
März	265,75	266,50
Mai	271,75	271,00
Juli	274,75	273,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
März	134,50	133,80
Mai	135,00	134,80
Juli	133,00	132,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Terminkontr. März	143,50	142,50
Mai	145,00	143,90
Juli	145,00	144,60

Kakao New York ($/t)	8.3.	7. 3.
Terminkontr. März	2070	2020
Mai	2085	2048
Juli	2070	2033
Umsatz	-	-

Zucker New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Kontrakt Nr. 11 März	3,82	4,13
Mai	4,01	4,41
Juli	4,22	4,65
Sept.	4,40	4,80
Okt.	4,93	5,30
Umsatz	28 545	13 680

	8. 3.	7. 3.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3,98	3,85

Kaffee London (£/t) Robusta-	8. 3.	7. 3.
Kontrakt März	2403–2410	2407–2408
Mai	2455–2456	2456–2458
Juli	2491–2492	2490–2491
Umsatz	2789	3010

Kakao London (£/t)	8. 3.	7. 3.
Terminkontrakt März	2112–2115	2107–2108
Mai	2091–2092	2072–2073
Juli	2079–2080	2062–2063
Umsatz	3918	5035

Zucker London ($/t), Nr. 6	8. 3.	7. 3.
Mai	110,80–111,00	116,60–117,00
Aug.	116,00–116,20	122,60–123,00
Okt.	122,00–122,40	129,80–130,00
Umsatz	3320	1285

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 3.	7. 3.
schw. Sarawak spez.	515,00	505,00
weißer Sarawak	715,00	710,00
weißer Muntok	725,00	720,00

Orangensaft New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
März	164,75	164,90
Mai	167,75	167,25
Juni	169,00	168,40
Sept.	168,10	167,90
Nov.	166,25	165,70
Umsatz	250	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Südstaaten fob Werk	37,00	37,00

Maisöl New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	30,00

Sojaöl	8. 3.	7. 3.
Chicago (c/lb) März	29,70	28,45
Mai	28,23	27,20
Juli	27,45	26,50
Aug.	26,85	26,05
Sept.	26,35	25,60
Okt.	25,80	24,80
Dez.	24,80	24,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Mississippi-Tal fob Werk	28,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)	8. 3.	7. 3.
loco lose	23,50	23,50
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,25

Talg New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)	8. 3.	7. 3.
April	47,35	47,05
Juni	52,90	52,40
Juli	54,10	53,85

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	8. 3.	7. 3.
März	75,10	74,00
Mai	75,00	74,00
Juli	74,75	74,00

Häute Chicago (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Ochsen enth. schwere River Northern	44,50	44,50
Kühe enth. schwere River Northern	37,00	37,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)	8. 3.	7. 3.
März	575,00	572,50
Mai	585,75	582,50
Juli	595,00	592,00
Aug.	597,00	593,00
Sept.	590,50	586,50
Nov.	593,00	589,00
Jan.	604,00	600,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)	8. 3.	7. 3.
März	127,50	129,30
Mai	132,70	134,40
Juli	138,30	140,20
Aug.	141,30	142,90
Sept.	143,20	144,50
Okt.	145,50	148,50
Dez.	150,50	151,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	8. 3.	7. 3.
März	351,00	352,40
Mai	358,00	359,00
Juli	366,00	367,50

Kokosöl New York (c/lb)	8. 3.	7. 3.
Westküste fob Werk	unerhältl.	-

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	8. 3.	7. 3.
jegl. Herk. cif	885,00	910,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	8. 3.	7. 3.
jegl. Herk. ex Tank	622,50	620,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)	8. 3.	7. 3.
Sumatra cif	660,00	640,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	8. 3.	7. 3.
roh Niederl. fob Werk	255,00	250,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	8. 3.	7. 3.
Philippinen cif	840,00	840,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)	8. 3.	7. 3.
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	287,00	288,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	8. 3.	7. 3.
März	64,85	65,10
Mai	64,95	64,35
Juli	65,00	64,40
Okt.	65,00	64,60
Dez.	66,00	64,50
März	66,60	55,61

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis	8. 3.	7. 3.
loco RSS-1	41,50	41,50

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	8. 3.	7. 3.
März	500-505	478-485
Mai	508-509	513-514
Aug	530-531	532-533
Umsatz	190	81

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	8. 3.	7. 3.
März	53,30	53,90
Mai	53,90	53,90
Juli	53,90	53,90
Aug.	54,00	54,00
Umsatz	stetig	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	8. 3.	7. 3.
März	575,0-582,0	575,0-585,0
Mai	623,0-624,0	619,0-620,0
Juli	615,0-620,0	630,0-625,0
Umsatz	32	141

Sisal London ($/t)	8. 3.	7. 3.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	8. 3.	7. 3.
März	12 835	12 899
April	12 740	12 800

Kautschuk London (p/kg)	8. 3.	7. 3.
Nr. 1 RSS loco	70,00–73,00	70,00–72,00
April	71,00–74,50	70,00–73,50
Mai	72,00–75,50	71,00–74,50
Juni	73,00–76,50	72,00–75,50

Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	8. 3.	7. 3.
März	190,50–192,00	189,50–190,50
April	193,75–194,25	191,00–192,00
Nr. 2 RSS März	187,00–188,00	186,00–187,00
Nr. 3 RSS März	184,00–185,00	182,50–183,50
Nr. 4 RSS März	177,50–178,50	176,00–177,00

Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	8. 3.	7. 3.
BWC	-	-
BWD	-	-
BTC	-	-
BTD	-	-

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4535 kg; 1 Pf = 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	11. 3.	8. 3.
Aluminium: Bs. London		
laufend. Monat	366,29–366,65	379,86–380,04
drittfolg. Monat	379,21–379,39	392,43–392,61
Blei: Basis London		
laufend. Monat	118,33–118,51	118,91–119,09
drittfolg. Monat	121,06–121,25	122,19–122,37
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1727,66–1729,48	1760,91–1762,73
drittfolg. Monat	1744,04–1745,86	1777,30–1779,12
Zink: Basis London		
laufend. Monat	300,38–300,75	308,48–308,84
drittfolg. Monat	293,47–293,83	299,01–299,37
Produz.-Preis	311,36	315,72
Reinzinn 99,9%	4252–4294	4221–4263

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	11. 3.	8. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	474,73–477,88	477,46–480,56
Blei in Kabeln	126,00–127,00	126,50–127,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen über Niedrigsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	11. 3.	8. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	444–454	447–456
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	485–486	487–489
MS 63	484–490	486–492

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	8. 3.	7. 3.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	11. 3.	8. 3.
Leg. 225	415–428	415–433
Leg. 226	417–430	417–435
Leg. 231	450–460	450–465
Leg. 233	460–470	460–475

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	11. 3.	8. 3.
Platin (DM je g)	29,85	30,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 850	32 320
Rücknahmepr.	31 100	31 570
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 050	32 490
Rücknahmepr.	31 250	31 690
verarbeiter	33 620	34 080
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 440	31 832
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	625,90	640,30
Rücknahmepr.	607,70	621,70
verarbeiter	653,40	668,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	11. 3.	8. 3.
London 10.30	290,25	289,00
15.00	291,00	291,00
Zürich mittags	290,00–290,50	289,00–289,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 150	98 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	521,00	534,35
3 Monate	537,80	551,75
6 Monate	553,35	567,80
12 Monate	582,65	597,25

Platin (£-Feinunze)	8. 3.	7. 3.
London fr. Markt	235,05	237,20
Palladium (£-Feinunze)		
London 1. Händlerpr.	104,45	105,90

New Yorker Preise	8. 3.	7. 3.
Gold H & H Ankauf	291,00	289,60
Silber H & H Ankauf	575,50	568,00
Platin fr. Händlerpr.	253,00–258,50	253,00–258,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	111,00–112,00	112,00–113,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
März	558,00	580,00
April	563,10	574,00
Mai	564,00	577,00
Juli	574,00	586,00
Sept.	584,00	598,50
Dez.	606,00	616,00
Jan.	608,10	620,90
Umsatz	16 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 3.	7. 3.
März	59,60	59,60
April	59,90	59,85
Mai	60,25	60,20
Juli	60,75	60,60
Sept.	61,15	61,05
Dez.	61,80	61,70
Jan.	62,30	61,70
Umsatz	7500	9000

Londoner Metallbörse

	11. 3.	8. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	1006,0–1007,0	1039,5–1040,5
3 Monate	1041,5–1042,0	1074,5–1075,0
Blei (£/t) Kasse	325,00–325,50	326,00–327,00
3 Monate	332,50–333,00	334,75–335,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1283,0–1284,0	1290,5–1291,0
3 Monate	1300,0–1301,0	1306,0–1307,0
abends Kasse	-	1290,0–1291,0
3 Monate	-	1305,0–1306,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1273,0–1275,0	1278,0–1281,0
3 Monate	1292,0–1294,0	1298,0–1301,0
Zink (£/t) Kasse	825,00–826,00	842,00–843,00
3 Monate	806,00–807,00	822,00–823,00
Zinn (£/t) Kasse	10 140–10 145	10 210–10 215
3 Monate	10 145–10 150	10 210–10 215
Quecksilber ($/Fl.)	-	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	72–75

Wir trauern um Herrn

Heinrich Laves

Er verstarb am 28. Februar 1985 im 64. Lebensjahr. Landwirt Heinrich Laves war seit 1968 Mitglied der Geschäftsführung der LAND-DATA. Er hat sich mit großem Engagement für die Verbreitung der landwirtschaftlichen Datenverarbeitung und Buchführung eingesetzt. Er wirkte mit beim Auf- und Ausbau der LAND-DATA in einer schwierigen Zeit. Durch sein ausgleichendes Wesen, seine Zielstrebigkeit und Treue hat er Anerkennung bei seinen Berufskollegen und Partnern gefunden. Wir schulden dem Verstorbenen großen Dank und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

LAND-DATA
Gesellschaft für Verarbeitung landwirtschaftlicher Daten mbH
Visselhövede

Constantin Freiherr Heereman
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Ernst-Joachim Reckleben
Geschäftsführung und Mitarbeiter

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreise stattgefunden. Anstelle von Blumen bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende auf das Sonderkonto Nr. 2775 802 bei der Volksbank Einbeck zur Erforschung von Blutkrankheiten.

†

Dr. iur. Wilhelm Klein

Rechtsanwalt

* 23. 9. 1900 † 10. 3. 1985

Wir trauern in Liebe und Dankbarkeit
Manfred Klein und Renate Klein geb. Lordick
mit Sebastian
Severin Klein und Karen Klein geb. Heyder
Doris Flesche geb. Klein und Christian Flesche
mit Christian und Felix
Anita Scheidt geb. Klein und Hartmut Scheidt
mit Vivien und Jennifer
Margarete Schlawa

4300 Essen-Bredeney, Stocksiepen 11

Das Seelenamt und die anschließende Beerdigung finden auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille statt.

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

LANDIS & GYR / Sehr anspruchsvolle Ziele gesetzt

Ertragstief überwunden

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Steuer- und Schaltgerätehersteller Landis & Gyr GmbH, Frankfurt, hat sich für 1985 „sehr anspruchsvolle Ziele gesetzt". Nachdem die Tochter des gleichnamigen Schweizer Elektrokonzerns ihren Umsatz 1984 um 7 Prozent auf 273 (256) Mill. DM gesteigert hat, will sie ihr Wachstum weiter beschleunigen.

Während für das bauabhängige Geschäft mit den Energieversorgungsunternehmen (Elektrizitätszähler) eine anhaltende Stagnation erwartet wird, setzt das Unternehmen auf neue Produkte im Bereich der Wärmetechnik (Heizungsregelung und Gebäudeleittechnik) und auf das Geschäft mit Industriezulieferungen (speicherprogrammierbare Steuerungen). Beide Bereiche hatten schon 1984 mit Zuwachsraten von 11 und 13 Prozent geglänzt.

Die erfreuliche Entwicklung half dem Unternehmen auch, weiter aus dem Ertragstal herauszufinden. Zwar wurde mit 0,3 (1,7) Mill. DM ein niedrigerer Jahresüberschuß ausgewiesen als im Vorjahr. Doch war man „erstmals seit langer Zeit in der Lage, die Pensionsrückstellungen in vernünftigem Umfang zu dotieren", so Geschäftsführungssprecher Knut Kempenich. 6,1 Mill. DM wurden dem Pensionsfonds zugeführt, weitere rund 13 Mill. DM sind in den nächsten Jahren noch fällig.

Bei einer Steigerung der Pro-Kopf-Wertschöpfung um gut 9 Prozent wurde die Expansion mit fast unverändertem Personaleinsatz (1614 nach 1618 Mitarbeiter) bewältigt. Im neuen Geschäftsjahr zeichnet sich aber ein steigender Personalbedarf ab. Auch die Investitionen sollen weiter steigen. Nach 9 (11) Mill. DM im vergangenen Jahr sind für 1985 Sachinvestitionen von gut 13 Mill. DM geplant.

Die Schweizer Muttergesellschaft hat ihren Konzernumsatz 1984 um 8 Prozent auf 1,3 (1,2) Mrd. sfr ausgeweitet. Sehr viel flotter entwickelte sich der Gesamtertrag, der um 27 Prozent auf 61 (48) Mill. Franken zunahm. Den Aktionären des 15 200-Mitarbeiter-Konzerns winkt eine Dividende von 20 Franken je 200-Franken-Aktie.

HANDWERKSMESSE / Zulieferer der Metallindustrie auf der Sonnenseite der Konjunktur – Sorgen am Bau

Die Betriebe zögern lange mit Neueinstellungen

N. KLASCHKA, München

Nach der zur Schau gestellten Zuversicht des Vorjahres zeigt sich das Handwerk Anfang 1985 nur noch mit mattem Glanz. Vor allem Kraftfahrzeug- und Bauhandwerk schauen mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Die immer noch ungelöste Katalysator-Frage und die anhaltende Krise auf dem Baumarkt verunsichern einen großen Teil der 538 000 Betriebe. Die Bereitschaft zur Neueinstellung, so zeigte sich zu Beginn der Internationalen Handwerksmesse (IHM) in München, ist in dem mit 3,9 Millionen Beschäftigten zweitgrößten Wirtschaftsbereich nur gering ausgeprägt.

Die Aufforderung der Bundesregierung, Überstunden abzubauen und lieber neue Beschäftigte einzustellen, stößt beim Handwerk auf Verwunderung und Unverständnis. Dieser Appell sei, meint der Präsident des Bundesverbandes des holz- und kunststoffverarbeitenden Handwerks, Theo Ruff, wohl etwas wirklichkeitsfremd. Die Betriebe seien beim Angebot neuer Arbeitsplätze sehr zurückhaltend. Branchensprecher Werner Buchner von den bayerischen Metallhandwerken kennt sogar Firmen, die Aufträge ablehnten, wenn sie deshalb Neueinstellungen vornehmen müßten.

Eindeutig auf der Sonnenseite der Konjunktur stehen die Zulieferbetriebe des Metallhandwerks. Bedingt durch die glänzenden Exportgeschäfte sind die Betriebe gut beschäftigt. Der Umsatz soll ähnlich wie im Vorjahr um vier bis fünf Prozent steigen. Auch die Schlosser und Schmiede verzeichnen eine gute Beschäftigungslage.

Allerdings seien die vom Bau abhängigen Betriebe stark beeinträchtigt, klagt der Geschäftsführer des Fachverbandes Metall in Bayern, Egon Blümel. Für die Metallhandwerke sieht Buchner allerdings eine Gefahr heraufziehen: Die Großindustrie lagere immer stärker ihre Fertigung an handwerkliche Zulieferbetriebe aus. Damit werde das konjunkturelle Risiko dem Handwerk aufgebürdet.

Die 38 000 Tischlerbetriebe mit ihren 200 000 Beschäftigten hoffen noch auf den angekündigten Aufschwung. Die Einbrüche am Baumarkt konnten auch durch den verstärkten Innenausbau und Fassadenrenovierungen nicht ausgeglichen werden. Bei einem starken Wettbewerb verspürt die Branche ein deutliches Süd-Nord-Gefälle. Mit einem Umsatz von etwa 20 Milliarden DM verharrten die Tischler 1984 gerade auf dem Vorjahresniveau. 1985 rechnet das Ausbauhandwerk mit einer zunehmenden Beeinträchtigung. Das Handwerk hält eine reale Minderung der Bauumsätze von sieben Prozent für nicht unwahrscheinlich.

Das Kraftfahrzeughandwerk, dessen Gesamtumsatz 1984 noch um 7,6 Prozent auf 99,2 Milliarden DM stieg, stellt sich für 1985 auf rückläufige Neuwagenzulassungen ein. Sollte aber das Gerangel um das schadstoffarme Auto endlich zu einem Kompromiß führen, erwarten die mehr als 39 000 Kfz-Betriebe im Zusammenhang mit dem Einbau von Katalysatoren eine bessere Werkstattauslastung. Umsatzsteigerungen zwischen drei und vier Prozent werden deshalb für wahrscheinlich gehalten.

Die konsumnahen Handwerksbereiche mußten eine zum Teil schwache Nachfrage verkraften. Während die Bäcker und Konditor 1984 ihre Umsätze nominal noch um drei bis vier Prozent erhöhen konnten und auch für 1985 eine Fortsetzung dieser vergleichsweise guten Entwicklung erwarten, erlitten die Metzgerbetriebe erhebliche Absatzrückgänge. Obwohl der Pro-Kopf-Verzehr an Fleisch und Wurst wieder leicht um 1,8 Kilogramm auf 90,3 Kilogramm stieg, ging der Umsatz real um zwei Prozent auf 32,6 Milliarden DM zurück. Auch die Beschäftigtenzahl sank nochmals um rund 2000 auf 203 000.

Der Vizepräsident des Fleischerverbandes, Rudolf Kunze, registriert einen „Verdrängungswettbewerb wie nie zuvor". Vor allem Großmärkte, die mit Lockvogelangeboten die Kunden zum Kauf verführen, machen dem Handwerk das Leben schwer. Zum Teil ist sogar schon die flächendeckende Versorgung in Frage gestellt. In Rheinland-Pfalz beispielsweise gibt es, weiß Kunze, schon 800 Gemeinden, in denen sich weder ein Bäcker noch ein Metzger findet.

(dpa/VWD)

ASTA-WERKE

Ergebnis wurde leicht verbessert

hdt. Bielefeld

Mit einem um 1,9 Prozent auf 133,5 (131,0) Mill. DM erhöhten Umsatz schloß die Asta-Werke AG Chemische Fabrik, Bielefeld, ihr Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) ab. Das geringfügige Plus ist ausschließlich dem Export zu verdanken, der auf 60,9 (57,1) Mill. DM anstieg. Der Inlandumsatz ist dagegen leicht zurückgegangen, er betrug 72,9 (73,9) Mill. DM. Darin sind 23,8 (23,2) Mill. DM Erlöse aus Umsätzen innerhalb der Pharma-Gruppe der Degussa AG enthalten, die zu Beginn des Geschäftsjahres ihre Mehrheitsbeteiligung in eine ausschließliche umwandelte.

Obwohl nicht alle Kostensteigerungen durch Preiserhöhungen aufgefangen werden konnten, beträgt der ausgewiesene Jahresüberschuß 2,2 (2,15) Mill. DM, woraus eine auf 6 (4) Prozent erhöhte Dividende auf das mit 12 Mill. DM unveränderte Grundkapital gezahlt wird. Die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres ergaben eine deutliche Umsatzverbesserung bei starken Schwankungen im Export.

HERMA / Neue Anwendungen erschlossen

Mit Haftetiketten gewachsen

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Markt für Haftpapier und Haftetiketten, dessen Volumen in der Bundesrepublik mit etwa 700 Mill. DM zu veranschlagen ist, dehnt sich zügig weiter aus. Für die nächsten Jahre wird mit Zuwachsraten von real 4 bis 5 Prozent gerechnet, ein Wachstum, das auch schon in den zurückliegenden Jahren registriert werden konnte. Zu dieser Marktdynamik trägt bei, daß immer mehr neue Anwendungsbereiche für Etiketten erschlossen werden, was in letzter Zeit vor allem für den Büro- und Computer-Sektor zutrifft.

Zu den führenden Firmen dieser Sparte zählt die Herma Heinrich Hermann GmbH + Co., Stuttgart, die ihren Marktanteil in obigem Produktsegment in Europa auf 7 bis 8 Prozent und in der Bundesrepublik auf 15 Prozent schätzt. Dieses Familienunternehmen steigerte in 1984 seinen Umsatz um 10,5 Prozent auf 143 Mill. DM. Die Preise sind nach Angaben von Geschäftsführer Werner Röhm um 2 bis 3 Prozent angehoben worden. Für 1985 ist ein Umsatzzuwachs von 11 Prozent eingeplant.

Der Exportanteil am Umsatz hat sich auf 26 (25) Prozent vergrößert. Den größten Anteil am Umsatz haben Etikettiersysteme mit 47 Prozent, gefolgt von der Sparte Papierwaren (Haftprodukte für Büro und Haushalt, Buch- und Heftschoner, Foto-Sammelsysteme) mit 32 Prozent und der Sparte Haftpapier (Selbstklebematerial für Etikettendruckereien) mit 21 Prozent. Das Ergebnis habe auf der Höhe des Vorjahres gelegen, für 1985 wird eine wesentliche Steigerung erwartet. Die Investitionen lagen etwas unter den Abschreibungen (7 Mill. DM), nachdem nach kräftigem Kapazitätsausbau in den letzten drei bis vier Jahren insgesamt rund 48 Mill. DM investiert worden waren. Die Eigenmittelquote wird mit 27 Prozent angegeben. Herma beschäftigt rund 930 Mitarbeiter.

ETIENNE AIGNER / Eines der besten Jahre

Starkes Auslandsgeschäft

dpa/VWD, München

Bei dem Bekleidungs- und Lederwarenhersteller Etienne Aigner AG, München, hat der erfreuliche Geschäftsverlauf 1984 zu einem der bisher besten Jahre geführt. Wie das Unternehmen mitteilte, erhöhte sich der konsolidierte Umsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 182,6 (169) Mill. DM.

Das Deutschland-Geschäft ist daran nach Angaben des Vorstandsmitgliedes Hans Dieter Steinke mit etwas weniger als der Hälfte beteiligt. Besonders stark entwickelte sich der Auslandsbereich, in dem mit 79,3 Mill. DM 17,5 Prozent mehr umgesetzt wurde als ein Jahr zuvor. Mit einem Zuwachs von rund 90 Prozent auf 3,4 (1,8) Mill. DM konnte das Unternehmen seinen konsolidierten Jahresüberschuß (nach Steuern) nahezu verdoppeln.

Die Verwaltung wird dem Aufsichtsrat eine Dividende von 9 (11,25) DM auf das im November 1983 auf 12 Mill. DM erhöhte Grundkapital vorschlagen. In der Leder- und Mode-Sparte setzte Aigner insgesamt 150,5 (140,6) Mill. DM um. Dabei nahm die Bekleidung mit 57,3 (49,3) Mill. DM eine „besonders" positive Entwicklung. In der Leder-Sparte konnte der Vorjahresumsatz mit 88,7 (88) Mill. DM gehalten werden.

Wie Steinke weiter mitteilte, wurden die Umsatzerwartungen in der Treasure-Sparte mit 4,6 Mill. DM voll erfüllt. Dieser Bereich der Uhren, Feuerzeuge und Schreibgeräte wurde erst 1984 als eigene Sparte in die Reihe der Aigner-Produkte etabliert.

Nicht so erfreulich verlief das Kosmetik-Geschäft. Trotz Umsatzsteigerung um 13 Prozent auf 32,1 Mill. DM blieb das Ergebnis negativ. Die Verlusthöhe wollte Steinke nicht beziffern. Es seien jedoch bereits sachliche und personelle Voraussetzungen eingeleitet worden, um 1985 eine Verbesserung des Ergebnisses sicherzustellen.

FLÜSSIGGAS / Verbrauchssteigerung der Haushalte

Seit 1983 stabile Preise

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Flüssiggas hat im Wettbewerb mit anderen Energieformen seine Position ausgebaut. Nach Angaben von Helmar Vortmann, Vorstandsmitglied des Deutschen Verbandes Flüssiggas, haben die 22 vorwiegend mittelständischen süddeutschen Versorgungsunternehmen dieser Sparte 1984 den Absatz um 11,2 Prozent auf 348 000 Tonnen Flüssiggas gesteigert. Dies entspricht einer Erdgasmenge von 509 Mill. cbm, das sind 7,2 Prozent Marktanteil am gesamten Gasverbrauch in Süddeutschland.

Der starke Anstieg beim Absatz dieser umweltfreundlichen Energie resultiert vor allem aus kräftigen Verbrauchssteigerungen in den Haushalten (plus 12,7 Prozent) und in der Industrie (plus 11 Prozent).

Die Absatzerwartungen für das laufende Jahr werden vorsichtig mit vier bis fünf Prozent Zuwachs veranschlagt, obwohl die Zahlen in den ersten beiden Monaten witterungsbedingt sprunghaft nach oben geschnellt waren. Der Markt in Baden-Württemberg und Bayern macht etwa 36 Prozent des Gesamtvolumens (1,3 Milliarden DM Umsatz) in der Bundesrepublik aus.

Seit dem Herbst 1983 hat sich das Preisniveau für Flüssiggas stabil gehalten. Mit Sorge betrachtet die Branche die zunehmende Monopolisierung der Energieversorgung durch kommunale Unternehmen.

Eine gute Chance für den Einsatz von Flüssiggas als Autogas sieht die Branche in der Nachrüstung von rund 20 Mill. Altfahrzeugen. Der Rückgang des Bestandes an Autogas-Fahrzeugen im Bundegebiet um sechs Prozent auf 23 795 Autos wird mit dem für den Autofahrer offenbar immer noch nicht als attraktiv genug angesehenen Preisvorteil begründet. Im Bundesgebiet gibt es etwa 700 Autogas-Tankstellen.

Schöpflin: Kräftiger Umsatzsprung

nl. Stuttgart

Die Großversandhaus Schöpflin GmbH, Lörrach, ein Unternehmen der Schickedanz-Gruppe, machte im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 1.) einen kräftigen Umsatzsprung um 17,7 Prozent, also deutlich stärker als im Branchendurchschnitt, auf 565 Mill. DM. Damit schob sich die Firma, die ihren Marktanteil auf 2,7 (2,5) Prozent verbesserte, in der Rangliste der Versandunternehmen auf Platz 6 (7) vor.

Begründet wird das überdurchschnittliche Wachstum mit dem gemeinsamen Vertriebsnetz von Quelle und Schöpflin im Sammelbesteller-Außendienst, mit dem wesentlich erweiterten Sortiment und mit der inzwischen auf 5 Mill. Exemplare gesteigerten Jahresauflage der Kataloge. Man gehe von einem weiterhin positiven Ergebnis aus. Für das laufende Jahr rechnet Schöpflin gleichfalls mit einem gegenüber der Branche höheren Wachstum, doch nicht „ähnlich spektakulär" wie im Vorjahr. Schöpflin beschäftigte Ende 1984 rund 1400 Mitarbeiter.

Siemens brachte die Wende

Nach unsicherer Eröffnung später überwiegend freundlich

DW. – In der ersten Stunde waren die Börsianer weitgehend mit der Frage beschäftigt, inwieweit Konsequenzen aus dem Wahlergebnissen gezogen werden müßten. Massive Kaufaufträge für Siemens-Aktien sorgten für eine allgemein freundliche Tendenz. Der Siemenskurs erreichte einen neuen historischen Höchststand. Auslandskäufe führten auch im Chemiebereich zu einer weitgehenden Stabilisierung. Selbst Bankaktien konnten sich etwas verbessern, davon profitierte auch das Bezugsrecht der Dresdner Bank.

Zinsoptimisten vertraten die Ansicht, daß es am Donnerstag nicht zu Zinserhöhungen kommen wird. Lebhafte Meinungskäufe waren wieder bei den Stahlaktien zu konstatieren, wo man glaubt, höhere Kurse wegen der sich bessernden Ertragslage rechtfertigen zu können. Das gilt besonders für Thyssen und Hoesch. Insgesamt scheint die Kursentwicklung bei den Autoaktien durch die wieder aufgebrochene Diskussion um den Katalysator und um die Einführung eines Tempolimits gebremst worden zu sein. Weiterhin lebhafte Umsätze bei Conti Gummi, diesmal allerdings zu wenig veränderten Kursen.

Frankfurt: Cassella gaben um 9,50 DM und Dt. Texaco um 4,50 DM nach. Dywidag verminderten um 7 DM auf 150 DM. Gestra stockten um 4 DM und KSB Vz. um 3,50 DM auf. Metallgesellschaft erhöhten um 4,20 DM auf 249 DM.

Düsseldorf: Girmes stockten um 3,80 DM und Audi NSU um 15 DM auf. Conc. Chemie verbesserten sich um 12 DM. Nachgegeben haben Leffers um 4 DM, Pegulan St. und Rhein. West Kalk um 5 DM. Aachen Münchner Bet. verloren 15 DM und Allianz Leben 45 DM.

Hamburg: Gut behaupten konnten sich Beiersdorf mit 503,50 DM und Phoenix Gummi mit 131 DM. HEW wurden mit 89,90 DM und NWK-Vz. mit 165,50 DM bezahlt. Schwächer verkehrten Hapag Lloyd zu 125 DM. Etwas leichter lagen Triton bei 110,20 DM.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin zogen um 6 DM, Berthold und DeTeWe um je 5 DM an. Berliner Kindl konnten sich um 2,50 DM, Herlitz St. um 2 DM und Herlitz Vz. um 1 DM erholen. Spinne Zehlendorf schwächten sich um 70 DM ab. Bergmann büßten 7 DM und Schering 2,50 DM ein.

München: Etienne Aigner erhöhten um 1,80 DM, Audi AG um 6 DM und Dywidag um 6,80 DM. Nachgeben haben Electro 2000 um 11 DM und Flachglas um 4 DM. Brauhaus Coburg verloren 10 DM und Süd Chemie 5 DM. Verbessert haben sich Grünzweig um 0,50 DM und Leonische Draht um 4,50 DM.

Stuttgart: Daimler erhöhten um 1,50 DM auf 688,50 DM und Mercedes um 4 DM auf 604 DM. Porsche stockten um 6 DM auf. Hohner verteuerten sich um 5 DM. Sekt Wachenheim wurden bei 845 DM an die Interessenten zugeteilt.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 175,9 (175,8)
WELT-Umsatzindex: 2960 (3240)

Optionshandel

Frankfurt: 11. 03. 85

1489 Optionen = 79 000 (118 350) Aktien.

davon 167 Verkaufsoptionen = 8650 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-110/4, 7-120/3,7, BASF 4-129,65/40, 4-149,65/60, 4-180/30, 4-189,65/20, 4-190/20,3, 4-199,65/11, 4-200/14, 4-210/8, 4-220/3,9, 7-180/37, Bayer 4-150/73, 4-180/43, 4-190/33,5, 4-200/24, 4-210/14, 4-220/8,6, 4-230/6, 7-180/50, BBC 7-210/10,6, 10-220/22,1, Bay. Hypo 4-300/19,9, 4-330/1,1, 7-310/20, BMW 7-400/20,5, 7-410/18, 10-410/18, Bay. Vereinsbk. 7-330/17,6, Commerzbk. 4-170/2,4, 7-170/9, Conti 4-120/15, 4-130/4,1, 4-140/2, 7-120/17, Daimler 4-720/6, 7-710/16,6, Dt. Babcock St. 7-180/6,5, 10-180/11, 10-190/5,5, Deutsche Bk. 4-380/42, 4-400/23, 4-420/7, 7-440/13, Dresdner Bk. 7-200/7,8, 10-210/7, Hoechst 4-190/23, 4-200/13,4, 4-210/8,5, 4-220/3,4, 7-180/37,6, Hoesch 4-95/16,3, 4-100/11, 4-110/3,5, 7-100/14, Klöckner 4-70/10,15, 4-75/5,1, 4-80/2,9, 7-70/13,8, Lufthansa St. 4-160/37, 7-170/31, 10-210/6, Lufthansa Vz. 7-190/15, 10-200/11, Mercedes 4-489,5/115, Metallges. 10-250/17,5, Mannesmann 4-140/17,3, 4-150/8,4, 4-160/2,50, 7-150/17, Preussag 7-270/7, 10-280/16, 10-270/13, RWE St. 7-170/1,7, 10-160/8,3, Schering 10-490/25, Kali + Salz 7-270/16, Siemens 4-420/150,05, 4-490/73, 4-500/68, 4-520/46, 4-560/13,5, 7-430/48, Thyssen 4-80/21, 4-85/16, 4-90/12, 7-10/4,6, Veba 10-170/12,5, 10-180/7, 10-190/3,1, VW 4-190/14,5, 4-200/6,6, 4-210/3,5, 7-200/18,5, Wella 10-560/55, Alcan 7-100/5,4, 7-110/4,3, 10-10/8, Chrysler 4-95/12, 7-110/8,9, General Motors 4-250/21, IBM 10-480/18, 10-490/12,4, Norsk Hydro 7-40/3, 10-40/3,9, Philips 7-49,5/9,5, Royal Dutch 7-160/22, Sony 7-55/8,15, 7-60/5,8, Sperry 7-150/36, 7-160/20,1, Xerox 7-150/15,4, 7-160/12. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-110/1,4, 7-100/2,6, BASF 10-200/3, Bay. Hypo 10-320/18, BMW 4-360/1,8, 7-370/12, Commerzbk. 4-160/1, 4-170/4,8, 7-160/1,9, Conti 4-130/12, 7-130/3,5, Daimler 4-660/6, 10-630/7, 10-650/13, 10-670/20, Deutsche Bk. 7-420/14, 10-390/3,3, 10-420/18,3, Dresdner Bk. 10-180/2,95, GHH St. 7-160/5,8, Harpener 7-310/2, 10-310/4, Hoesch 4-110/2, 7-110/2,5, Karstadt 7-210/5,4, 10-200/2, Kaufhof 4-300/7,2, Klöckner 7-75/2,5, 10-75/2,9, Lufthansa St. 10-190/5,2, Lufthansa Vz. 10-180/6,5, Mercedes 7-570/5,8, Mannesmann 7-150/1, 10-150/2, Schering 10-470/13,5, Kali + Salz 4-280/4, Siemens 7-520/3,9, 10-510/5, Thyssen 4-100/1,6, 7-100/2,7, 10-100/3,5, VW 7-200/6, Chrysler 10-110/9,5, General Motors 10-250/7,5, IBM 4-450/10, 7-40/3, 10-430/10, Unilever 10-300/9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11. 3. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	6–6⅛	5¼–5⅝
3 Monate	9⅛–9⅜	6¼–6½	5¾–6
6 Monate	9⅝–10	6½–6¾	5¾–6
12 Monate	10⅛–10⅜	6¾–7	5⅝–5⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1585,00	1989,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1260,00	1524,75
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	223,50	277,59
1 £ Sovereign Elizabeth II.	222,25	276,17
20 belgische Franken	172,25	224,87
10 Rubel Tscherwonez	234,50	294,69
2 südafrikanische Rand	219,25	271,61
Krüger Rand, neu	991,75	1170,50
Maple Leaf	991,75	1170,50
Platin Noble Man	850,00	1008,90

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	234,75	296,12
20 schweiz. Franken „Vreneli"	173,50	226,29
20 franz. Franken „Napoléon"	174,50	227,43
100 österr. Kronen (Neuprägung)	915,00	1106,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,00	230,28
10 österr. Kronen (Neuprägung)	94,75	125,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	428,75	519,56
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

11. 3. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,3580	3,3660	3,3421	3,31	3,40
London¹)	3,627	3,641	3,567	3,56	3,71
Dublin¹)	3,106	3,122	3,055	3,07	3,13
Montreal³)	2,4085	2,4165	2,3888	2,36	2,48
Amsterd.	88,290	88,510	88,150	87,25	89,25
Zürich	117,330	117,530	117,070	115,75	118,75
Brüssel	4,964	4,984	4,916	4,84	5,04
Paris	32,650	32,810	32,325	31,75	33,50
Kopenh.	27,940	28,060	27,635	27,00	27,75
Oslo	34,880	35,000	34,360	34,00	35,75
Stockh.**)	35,165	35,326	34,520	34,00	36,00
Mailand²) **)	1,600	1,610	1,570	1,56	1,68
Wien	14,211	14,251	14,122	14,14	14,36
Madrid**)	1,801	1,811	1,777	1,76	1,88
Lissabon**)	1,786	1,806	1,706	1,43	2,25
Tokio	1,2906	1,2936	–	1,25	1,31
Helsinki	48,300	48,400	47,400	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,30
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,345	2,389	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3525	2,3715	–	2,30	2,40
Johannesbg.*)	1,6715	1,6905	–	1,33	1,58

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Der US-Dollar notierte am 11. 3. mit 3,3620 um 1,7 Prozent schwächer als am Freitag ohne Eingreifen der Zentralbank. Auf dieser Basis stabilisierte sich der Kurs im Tagesverlauf, nach dem zeitweise sogar 3,35 erreicht wurde. Der heutige Rückgang ist unter dem Eindruck zu sehen, daß das Fed die Kreditzügel entgegen den Erwartungen der vergangenen Woche wohl doch nicht anziehen werde. Auch die Warnungen des amerikanischen Notenbankchefs der vergangenen Woche könnte, wenn auch verspätet, Wirkung gezeigt haben. Einen kräftigen Rückgang um 1,22 Prozent und 1,03 Prozent verzeichneten der canadische Dollar und der japanische Yen. Bei den übrigen Währungen fiel die Schwäche des Escudo, der um 2,4 Prozent zurückgenommen wurde, auf. US-Dollar in: Amsterdam 3,7920; Brüssel 67,58675; Paris 10,2690; Mailand 2087,00; Wien 2364,30; Zürich 2,8630; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,0880; Pfund/DM 3,634.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 8. März: In D-Mark 2,22452 (Parität 2,24184); in Dollar 0,651588 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 8. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Dem sich bereits am Freitag abzeichnenden Rückgang der Euro-Dollar-Zinssätze setzte sich am 11. März fort. DM-Deports für Dollar/DM schrumpften.

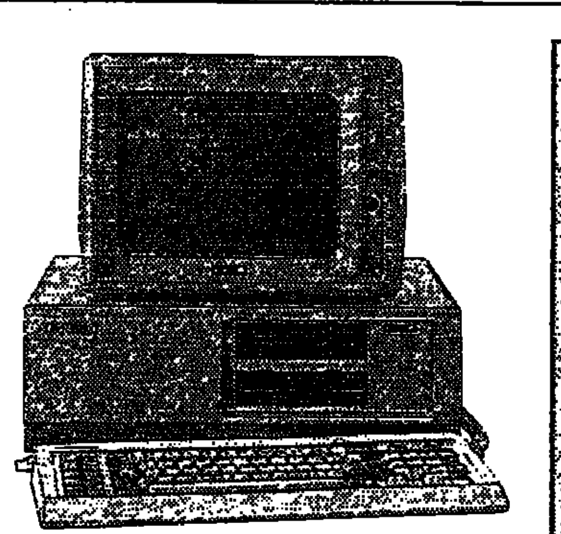
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84/0,74	2,54/2,44	5,50/5,30
Pfund/Dollar	0,48/0,46	1,00/0,76	1,30/1,25
Pfund/DM	3,10/1,70	6,70/5,30	10,90/9,50
FF/DM	21/5	47/31	85/69

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11. 3.: Tagesgeld 6,00–6,10 Prozent; Monatsgeld 6,30–6,40 Prozent; Dreimonatsgeld 6,45–6,60 Prozent.

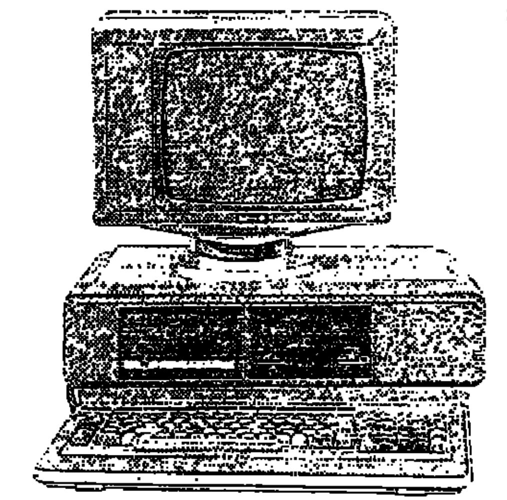
Privatdiskontsätze am 11. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,57.



Der neue vollkompatible BULL MICRAL 30.

SIE SIND UNS ALS DACHDECKER ODER TEXTILFABRIK GENAUSO LIEB WIE ALS METZGER ODER ARCHITEKT.



Der Mehrplatz-Mikrocomputer BULL MICRAL 90.

Diese Liebeserklärung schließt selbstverständlich auch alle Rechtsanwälte, Installateure oder Hausverwalter mit ein. Ganz zu schweigen von den Zahnärzten, Buchhaltern oder Möbelhändlern. Es gibt nämlich kaum eine Berufsgruppe oder Branche, für die BULL nicht eine ganz speziell entwickelte Software zur Verfügung stellen könnte. Aber da die Software abhängig ist von den Computern, mit denen sie arbeiten soll (und umgekehrt), hat BULL, als größter europäischer Computer-Hersteller, auch eine neue komplette Familie von Mikrocomputern anzubieten. Die BULL MICRAL-Familie. Damit Sie endlich alle Fragen nach Kompatibilität und Ausbaufähigkeit vergessen können. BULL MICRAL-Computer (ob als MICRAL 30 oder als Mehrplatz-System MICRAL 90) sind die energische Antwort auf die ausufernde Vielfalt auf dem Computermarkt, der die wirklichen Bedürfnisse der Anwender zu oft nicht erfüllen konnte. Mit BULL Mikrocomputern können Sie gewissermaßen ganz klein beginnen und, wenn Sie wollen, schrittweise, auch extrem groß werden. Und das unterstützt vom vielleicht besten Service- und Kundendienstnetz der Welt. Sollten Sie trotzdem noch ein paar Fragen haben, dann rufen Sie uns einfach an: 02203/305-319; oder schreiben Sie uns: Honeywell BULL AG, Theodor-Heuss-Str. 60–66, 5000 Köln 90.

Bull COMPUTER

Lichtblicke am Rentenmarkt

Zum ersten Mal seit Tagen gab es bei den Rentenhändlern wieder zuversichtlichere Gesichter. Der rückläufige Dollar sowie die Befestigung der Bondskurse in den USA am vergangenen Wochenende stimulierten positiv. Die Kurse wurden teilweise um mehr als einen halben Punkt heraufgesetzt. Die bessere Stimmung kam auch der neuen 8prozentigen IADB-Anleihe zugute (Laufzeit acht Jahre). Die 7⅛prozentige Weltbankanleihe dieses Jahres wurde zu 94,60 und die 7¼prozentige Weltbankanleihe gleichen Datums zu 95,40 Prozent in den amtlichen Handel eingeführt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Leasen für die Umwelt

Bm. – Das Auto-Leasing ist jung in der Bundesrepublik, gerade ein Dutzend Jahre. Hier hat sich die kaufmännische Routine noch nicht eingeschliffen. Hier fällt den Marketing-Männern immer wieder etwas ein, denn gerade das Hersteller-Leasing ist reines Marketing, zumindest für einige nicht gerade unbedeutende Automobilfabrikanten.

Wir haben es noch in Erinnerung von 1983, als mit versteckten Rabatten von bis zu 50 Prozent und hohen Restwertkalkulationen das private Auto-Leasing einen ungeahnten Auftrieb erhielt. Das gesamte Hersteller-Leasing meldete für dieses Jahr ein Plus von 36,5 Prozent – und dahinter verbarg sich natürlich das gezielte Marketing im Bereich des privaten Leasings.

Das hat zweifelsfrei dem Gedanken des Leasings beim einzelnen Bürger Beine gemacht, denen, die aber einen zu großen Schluck aus der neu geöffneten Pulle des Null-Tarifs nahmen, auch Kopfschmerzen hinterlassen. Denn die Regel ist, daß beim privaten Leasing der Autofahrer sein bisher gefahrenes Fahrzeug als erste Rate in den Leasing-Vertrag einbringt. Ist dieser Vertrag etwa nach 36 Monaten abgelaufen, so muß der bisherige Leasing-Nehmer, wenn er einen neuen Wagen leasen will, erneut seine Vorabrate einbringen, die er dann aber angespart haben muß, weil er sie nicht mehr aus der Verwertung seines Gebrauchtwagens ziehen kann.

Für die Leasing-Firmen entsteht daraus das Problem, daß sie ständig neue Kunden aus dem privaten Bereich akquirieren müssen, um den Kundenstamm zu halten, denn mit der starken Expansion sind in der Regel größere Verwaltungen mit allen technischen Einrichtungen aufgebaut worden – ein Kostenapparat, der nur dann zu vertreten ist, wenn ein entsprechend großes Leasing-Volumen dahintersteht. Expansion um jeden Preis, das hat sich hier deutlich gezeigt, ist zu teuer.

Da kann der Markt eher eine andere Neuigkeit begrüßen: das Aufsteiger-Leasing. Hier geht es darum, aus dem einmal geleasten Fahrzeug in eines der nächst höheren Klassen ohne Aufpreis umzusteigen – auch schon vor Ablauf der vereinbarten Laufzeiten.

Das macht für denjenigen Sinn, der es sich gut und gern vor Ablauf der vereinbarten Laufzeit von 36 Monaten erlauben kann, einen größeren Wagen zu fahren. So bindet man nicht nur den Leasing-Partner durch einen neuen Service, man gibt ihm auch die Gelegenheit, den Ärger mit dem Katalysator zu vergessen. Wenn der Markt es zuläßt, einen Katalysatorwagen zu fahren, wenn also das technische Gerät parat und das Zapfsäulennetz für bleifreies Benzin eng genug ist, dann steigt der Leasing-Nehmer in einen höheren Vertrag auf – beim Katalysator in der Regel zu gleichen Konditionen, da das Abgasreinigungsgerät kaum ins Gewicht fällt bei der insgesamt im Leasing-Vertrag vereinbarten Summe.

NEUE VERTRÄGE / „Privatautoleasing ist zu wenig durchschaubar" – Mehr Rechte für den Kunden gefordert

ADAC arbeitet am Kleingedruckten

Immer mehr Autofahrer, die an die Anschaffung eines neuen Wagens denken, interessieren sich für das Leasing. Die Werbung mit niedrigen Leasingraten tut ihre Wirkung. Viele entschließen sich zum Leasing, ohne zu wissen, worauf sie beim Abschluß eines Vertrages achten müssen und welche Probleme und Nachteile auf sie zukommen können. Andere schrecken zurück, nachdem sie zum Vergleich verschiedener Leasingangebote versucht haben, die Geschäftsbedingungen einzelner Gesellschaften auf etwaige Fußangeln zu überprüfen. Tatsächlich überfordert der Bedingungs-Wirrwarr oft sogar Juristen.

Der ADAC und die Leasinggesellschaften wollen deswegen einheitliche Bedingungen erarbeiten, die die Interessen beider Vertragspartner berücksichtigen. Diese Musterbedingungen sollen dann vom Verband der Automobilindustrie den Leasinggesellschaften, die an Autohersteller gebunden sind, zur Anwendung empfohlen und zu diesem Zweck als Konditionenempfehlung beim Bundeskartellamt angemeldet werden.

Der ADAC hat für die Gespräche mit den Leasinggesellschaften einen eigenen Entwurf verbesserter Bedingungen vorgelegt. In diesem Entwurf werden für die privaten Leasingkunden mehr Rechte verlangt. Die Leasingkunden sollen so gestellt sein, daß sie die Bedingungen ohne Überprüfung akzeptieren können.

Besondere Bedeutung kommt der in dem Bedingungsentwurf vorgesehenen Regelung über die Regulierung von Schäden am Leasingfahrzeug zu. Der Kunde soll wählen können, ob er die Regulierung eines Unfallschadens mit der Vollkaskoversicherung oder dem Haftpflichtversicherer des Unfallgegners selbst in die Hand nehmen oder die Regulierung der Leasingfirma überlassen will.

Wird im Rahmen der Schadensregulierung eine Wertminderungsentschädigung gezahlt, so soll diese zunächst zwar der Leasingfirma zustehen. Sie soll aber verpflichtet sein, die Entschädigung an den Leasingkunden herauszugeben, falls dieser das Fahrzeug nach Vertragsende erwirbt. Die Wertminderung des Fahrzeugs schlägt in diesem Fall nämlich beim Leasingnehmer zu Buch.

Der Entwurf will auch sicherstellen, daß der private Leasingkunde nicht mit der Umsatzsteuer belastet bleibt, die er bei der Bezahlung der Unfallreparaturkosten entrichtet. Bei der Schadensregulierung wird nämlich die Umsatzsteuer weder vom Kaskoversicherer noch vom Haftpflichtversicherer eines Schädigers erstattet, weil die Leasingfirma vorsteuerabzugsberechtigt ist und als Eigentümerin des Fahrzeugs als die eigentlich Geschädigte behandelt wird.

Einem angemessenen Interessenausgleich dienen vor allen Dingen die Regelungen des Entwurfs über die Lastenverteilung bei Totalschaden, je nach dem, ob den Leasingnehmer ein Verschulden trifft und wie schwer ein etwaiges Verschulden wiegt. Fehlt es an einem Verschulden des Leasingkunden, so soll er nur bis zur Höhe des Fahrzeugwertes haften, wobei er regelmäßig auch noch auf die Leistung eines Versicherers wird zurückgreifen können. Deswegen ergibt sich für den Leasingkunden in diesem Fall kaum ein finanzieller Nachteil.

Ein wichtiges Anliegen der Leasingkunden ist es, vom Leasingvertrag vorzeitig loszukommen, wenn es die persönlichen Umstände erfordern. Der ADAC-Entwurf berücksichtigt dies und räumt dem Leasingkunden nach Ablauf einer Mindestleasingdauer von sechs Monaten ein Kündigungsrecht ein, das ohne Angabe von Gründen ausgeübt werden kann. Der Leasingkunde braucht sich somit nicht mehr am Vertrag festhalten lassen, wenn er in eine Situation gerät, in der die Fortsetzung des Leasingvertrags für ihn eine unbillige Härte bedeuten würde. Dies gilt vor allem für die Fälle, in denen der Leasingkunde nicht mehr in der Lage ist, ein Kraftfahrzeug zu führen, sei es, daß er erkrankt oder daß ihm die Fahrerlaubnis entzogen wird.

Im Falle einer vorzeitigen Kündigung des Vertrags soll dann eine Abrechnung in der Weise stattfinden, daß der Vertrag entsprechend der verkürzten Laufzeit nach dem bisherigen Berechnungsschema neu berechnet wird. Selbstverständlich ergeben sich dabei für den Leasingnehmer Nachzahlungen, weil er ja in Hinblick auf die ursprünglich längere Vertragszeit niedrigere Leasingraten gezahlt hat. Die Nachzahlung muß aber nicht auf einmal, sondern in drei Monatsraten erfolgen.

Probleme gibt es in der Praxis nicht selten bei der Endabrechnung nach Ablauf der Leasingdauer. Die genauen Regelungen im ADAC-Entwurf sollen helfen, von vorneherein etwaigen Meinungsverschiedenheiten zu begegnen. So stellt der Entwurf klar, daß der Leasingnehmer bei Vertragsende nur für solche Mängel oder Schäden einzustehen hat, die nicht auf normale Alterung oder vertragsmäßige Abnutzung zurückzuführen sind. Er muß also nur außergewöhnliche Defekte auf seine Kosten beheben lassen. Will die Leasingfirma den Leasingkunden auf Erstattung von Instandsetzungskosten in Anspruch nehmen, muß sie den Anspruch innerhalb einer Ausschlußfrist von drei Wochen seit Rückgabe des Fahrzeugs geltend machen.

Gibt es Streit darüber, ob der Leasingkunde für Mängel oder Schäden am Leasingfahrzeug aufkommen muß oder nicht, so soll ein vom Leasingkunden ausgewählter, neutraler Sachverständiger entscheiden. Das gleiche gilt, wenn sich die Vertragspartner nicht über die Bewertung des zurückgegebenen Fahrzeugs einigen können und sich die Frage stellt, ob der Leasingkunde eine Nachzahlung leisten oder von der Leasingfirma Geld zurückbekommen muß.

Schließlich soll noch auf das im ADAC-Entwurf enthaltene Recht des Leasingkunden, das Fahrzeug nach Ablauf der Vertragsdauer zu erwerben, hingewiesen werden. Ein derartiges Ankaufsrecht entspricht den Interessen der Leasingkunden in einer Vielzahl von Fällen. Mehr als die Hälfte der Leasingkunden wollen den zunächst geleasten Wagen behalten und betrachten den Leasingvertrag von vorne herein als eine Art Zwischenfinanzierung.

Es ist zu hoffen, daß die ADAC-Vorschläge von den Leasinggesellschaften akzeptiert und in die Musterbedingungen aufgenommen werden. Verbraucherfreundliche Leasingbedingungen liegen auch im Interesse der Leasinggesellschaften, weil dadurch die bei vielen Leasinginteressenten vorhandene Befürchtung, durch den Abschluß eines Leasingvertrags nicht überschaubare Risiken einzugehen, beseitigt wird.

SIEGFRIED MEHNLE



Von rund 25 Millionen Autos in der Bundesrepublik sind bis heute erst 700 000 geleast
FOTO: DAIMLER BENZ

DIE BRANCHE / Hersteller zu gut 70 Prozent im Geschäft – Trend geht zu zwei Leasing-Gruppen

Der Mittelstand bringt den Markt auf Touren

Gegen Cash können wir nicht an", war die aufrichtige Antwort eines Verantwortlichen in einem großen Automobilwerk, der darauf zu achten hat, daß das Marketing-Instrument Leasing funktioniert. Es hat sich bei den Autofahrern herumgesprochen, daß das Leasen eines Autos nicht „billiger" ist. Es muß sich nur noch herumsprechen, daß es seinen Preis hat, stets das neueste Modell zu fahren, mit Reparaturproblemen kaum behelligt zu werden. Wer es sich leisten kann, least selbst Reparaturen, Steuern und Versicherung oder den Satz neuer Reifen mit.

Was beim Telefon selbstverständlich ist, eben das leasen, hat sich beim Leasen von Kraftfahrzeugen noch längst nicht etabliert. Und das hat sogar regionale Komponenten. Denn es ist erwiesen, daß der Leasing-Gedanke in der Stadt viel schneller Fuß faßt als auf dem Lande. Hier ist noch das bodenständige Gefühl zu Hause, daß nur solches einen eigenständigen Wert hat, was einem „gehört". Geleastes Gut, so empfindet man dort noch häufig, ist fremdes Gut.

In der Stadt – und das sagen Vertragsziffern aller Leasing-Händler aus – hat man sich schon eher daran gewöhnt, daß man ein Auto doch eigentlich „nutzen" und weniger „besitzen" möchte. Daß man mit einem geleasten Auto häufiger ein neues fährt, kommt als Kaufargument beim Privatmann hinzu.

Der Gewerbetreibende hat erkannt, daß er mit dem Geld, das ein neues Auto kostet, andere Kostenträger bedienen kann, daß er die Mietraten sofort als sonstige Aufwendungen in der Bilanz vor Steuern absetzen kann. Eben diese Gewerbetreibende sind es auch, die dem Leasing-Markt den Charme geben. Immerhin schätzt die Branche, daß der Anteil der geleasten Pkw 1984 auf rund 700 000 geklettert ist, das entspricht einem Zuwachs am Bestand von 285 000, davon allein rund 200 000, die von den sogenannten Hersteller-Leasern unter Vertrag genommen wurden.

Mißt man diesen Leasing-Bestand jedoch an dem insgesamt zugelassenen Bestand an Personenkraftwagen von rund 25 Millionen, dann läßt sich ermessen, daß das Leasing noch auf weiteres Wachstum hoffen darf.

Beruhigt hat sich der Markt der privaten Leaser. Die Zeit ist vorüber, daß 30 und mehr Prozent Zuwachs gemeldet wurde. Die Branche rechnet damit, daß sich im laufenden Jahr eine Neuzulassung in der Größenordnung von zehn Prozent einstellen wird. Auch bei den Verträgen mit Full-Service scheint sich eine gewisse Sättigung zu zeigen. Das hat leicht einsehbare Gründe: die Autos sind weniger anfällig als früher.

Und gerade die Händler beginnen immer deutlicher zu erkennen, daß der Leasing-Kunde eine ganz besondere Bindung zum Fabrikat hat. Er erscheint häufiger im Betrieb, um sein neues Auto abzuholen. Er ist eher bereit, Extras zu kaufen, da sie in den Leasingraten förmlich untergehen. Ferner erhält der Händler mit dem Leasing-Wagen nach Ablauf der Vertragszeit einen relativ neuen Gebrauchtwagen, den er eben leichter verwerten kann.

Gelingt es ihm, einen Fullservice-Vertrag an den Mann zu bringen, so verdient er auch am Material, das für die Gebrauchsfähigkeit des Autos erforderlich ist. Verweist der Händler seinen Kunden auf den Kreditvertrag, den er bei der Bank um die Ecke unterzeichnen kann, fehlt ihm diese Kundenbindung.

Am Markt selbst scheinen sich zwei Gruppen herauszukristallisieren: Die Hersteller-Leaser und die, die mit Banken zusammenarbeiten, oft gar Töchter von Banken oder Bankengruppen sind. Die Hersteller aber halten gut 70 Prozent des Pkw-Marktes im Leasing-Geschäft, vornweg V. A. G. mit rund 36 Prozent, Opel mit 30 Prozent, Ford mit 14 Prozent, BMW mit acht Prozent und Mercedes mit rund vier Prozent. Der Rest, etwa Schwabengarage (Ford) oder ALD (mit Opel als Leitmarke) halten zusammen etwa 15 Prozent, wovon wiederum 85 Prozent der ALD (früher Dello, heute Dello mit Gefah, Tochter der Deutschen Bank) zugerechnet werden dürften.

HANS BAUMANN

FULL-SERVICE / Ein attraktives Angebot

Verwaltung des Fuhrparks wird spürbar entlastet

Mehr als die Hälfte der jährlich 150 000 bis 200 000 neu hinzukommenden Verträge werden im gewerblichen Leasing abgeschlossen. Längst haben große Betriebe mit umfangreichen Fahrzeugflotten erkannt, daß sie mit einem Full-Service-Leasingangebot ihre Verwaltungsarbeit spürbar verringern können.

Michael Thomas, Niederlassungsleiter von ALD AutoLeasing D, Hamburg, erläutert, was es mit diesem Angebot auf sich hat: „In unserem Haus schließt Full-Service alles ein, was ein Werkstattaufenthalt mit sich bringt, von der normalen Inspektion bis zum Beheben eines Motorschadens. Dies kann erweitert werden um den Reifenservice, die Übernahme der Steuer- und Versicherungszahlung sowie die Abrechnung des Kraftstoffs mit dem Außendienst. Grundsätzlich wird verleast, was der Kunde haben will. Das gilt für Fahrzeugtyp, Ausstattung und auch Service."

Dieses Verfahren bietet eine Reihe von Vorteilen. So werden Bearbeitungsvorgänge in das Leasingunternehmen verlagert. Nach Meinung von Niederlassungsleiter Thomas spart dies bei einem Fuhrpark von 80 bis 100 Einheiten eine Arbeitskraft.

Außerdem hat der Fuhrparkleiter monatlich eine präzise Abrechnung in Händen, die ihm genau sagt, wieviel jedes Fahrzeug kostet. Das Leasingunternehmen kann diese Fakten auf der Basis breiter Erfahrungen kontrollieren und ihm sagen, ob bei ihm „Ausreißer" auftauchen.

Die Berechnung des Full-Service funktioniert folgendermaßen: Der Kunde findet jeweils mindestens zwei Werte vor. Das sind die Leasingraten für das Finanzleasing und für den Full-Service mit oder ohne Reifen. Diese Werte gelten für die Dauer des Vertrages. Nach Ablauf des Vertrages werden Finanzleasingrate und Full-Service-Rate nach den tatsächlich gefahrenen Kilometern abgerechnet. Wurde mehr gefahren, muß der Kunde nach vorher vereinbarten Sätzen nachzahlen, sind es weniger Kilometer, als bei Vertragsabschluß festgelegt, werden ihm die Minderkilometer vergütet.

„Bei uns", so Niederlassungsleiter Thomas, „laufen zur Zeit rund 55 000 Einheiten, 50 Prozent davon im Privatleasing. Von der restlichen Hälfte läuft jeder dritte im Full-Service. Für dieses Angebot interessiert sich der gewerbliche Bereich immer stärker. Das geht so weit, daß nach mehr Service gefragt wird, als üblicherweise im Angebot enthalten ist. Manche Unternehmen wollen diesen Service sogar für ihren eigenen Fuhrpark in Anspruch nehmen."

Die Größe der Fuhrparks, die im Full-Service-Leasing laufen, beginnt bei etwa 25 Einheiten und hat nach oben keine Grenzen. Bei ALD in Hamburg kann man sich vorstellen, daß Full-Service-Leasing künftig in Richtung Außendienst ausgebaut wird, also zum Beispiel in Richtung Spesen und Hotelkostenabrechnungen. Das Unternehmen hat auch deshalb sein Niederlassungsnetz in der Bundesrepublik ausgebaut.

Was kostet nun Full-Service? Beispiel: Der Besitzer eines Fuhrparks mit 30 bis 50 Fahrzeugen least einen Opel Rekord (1,8 l) und zahlt ohne Sonderkonditionen bei einer Laufleistung von 60 000 Kilometern in zwei Jahren monatlich für den Full-Service (zusätzlich zur Finanzleasing): Reparaturen plus ein Satz Reifen 148,50 Mark; Reparaturen inklusive Reifenersatz und Winterreifen 230 Mark; Übernahme der Steuerzahlung 23,80 Mark; Übernahme der Vesicherungszahlungen (Standort Hamburg): Haftpflicht 71 Mark, Vollkasko (650 Mark Selbstbeteiligung) 65,20 Mark; Abrechnung der Kraftstoffkosten 15 bis 20 Mark. (WR.)

Großbritannien: Kontroverse um Mietfahrzeuge

Seit in Großbritannien die Mehrwertsteuer seit Anfang des Jahres auf neue Wagen nicht mehr abzugsfähig ist, wird ständig vom Britischen Verband für die Vermietung und den Verleih von Fahrzeugen (BVRLA) geltend gemacht, daß dies unangemessen sei. Aber die Behörde hat diese Regelung beibehalten mit der Begründung, daß sie eine gesonderte Anpassung für die laufenden Geschäftskosten unnötig mache. Nun wurde eine Anpassung bekannt, die im Falle von gemieteten Wagen eine *doppelte, ja sogar eine dreifache* Besteuerung zur Folge hat, da die ursprüngliche Mehrwertsteuer für Kraftfahrzeuge nach der Auferlegung der zehnprozentigen Kraftfahrzeugsteuer berechnet wird, die im Jahre 1973 als „kurzfristige Maßnahme" eingeführt wurde.

Der BVRLA macht geltend, daß es unbillig sei, jede Inputsteuer auf Fahrzeugvermietungs-, Verleih- und vertragliche Indienstnahmegebühren zu mißbilligen, da ja Outputsteuer auf sämtliche Indienstnahmegebühren zu zahlen ist, wenn auch viele der Bestandteile dieser Gebühren steuerfrei sind.

Als die Regierung Thatcher 1979 die Amtsgeschäfte übernahm, gab sie ihre Absicht bekannt, nach Möglichkeiten der Besteuerung von firmeneigenen Wagen zu suchen. Wenn eine der Absichten der neuen abgeänderten Richtlinien über die Kraftfahrzeugkosten darin besteht, für die private *Benutzung firmeneigener Wagen* weitere Gebühren zu erheben, dann heißt das, daß dies durch die Finanzverwaltung und nicht durch die Ministerialabteilung für Zölle und Verbrauchsteuern über die Mehrwertsteuergesetzgebung erfolgen sollte.

Sollte die Ministerialabteilung auf ihrer Benachteiligung der Mietfahrzeuge beharren, dann befürchtet BVRLA, daß Geschäftshäuser durchaus gezwungen sein könnten, Fahrzeuge aus ihren Kapitalreserven oder aus erweiterten Bankkreditrichtlinien zu finanzieren. Dies würde ihre Investitionen in andere Werksanlagen hemmen, die sie zur Entfaltung ihrer eigenen Geschäftstätigkeit benötigen. Diese Maßnahme würde der Regierungspolitik gewiß zuwiderlaufen. (WR.)

DAS PORTRÄT / BMW Leasing GmbH, München

Hier wird Restwert klein geschrieben

Wer sich auf die typische Hektik von Autohändlern einstellt, der wird enttäuscht, wenn er in München die Lützelsteiner Str. 1b betritt. Hier sitzt die Verwaltung der BMW Leasing GmbH mit ihren 165 Mitarbeitern, von denen rund zehn Prozent *im Außendienst tätig sind.*

Das Geschäft läuft ruhig, die Hektik früherer Jahre ist heraus. 1984 wurden zehn Prozent mehr BMW verleast als im Jahr zuvor. „Vielleicht werden wir 1985 zwölf Prozent erreichen", sagt Siegfried K. Sengteller, Vorsitzender der Geschäftsführung der GmbH. Das wäre eine Zuwachsrate, die man unter dem Oberziel verkraften könnte, den Kunden zügig bedienen zu können.

Auf hohen Privatleaser-Anteil legt man bei BMW keinen Wert. Dieser Markt ist *kostenaufwendig – ein reiner* Akquisitionsmarkt. Akquiriert wird nur über die rund 1000 Vertragshändler, zu denen elf Außendienststellen kommen, die die Hand am Puls des Marktes haben. Wird bei BMW zur Stimulierung des *Marktes das Leasing* über Rabatte subventioniert? „Bei uns nicht", ist die Antwort von Sengteller. Der Händler kauft so, als wenn er ein Bar- oder Kreditgeschäft abschließen würde. „Wir pflegen den Wettbewerb mit Produkten und nicht mit Konditionen", kommt es kühl.

Dazu paßt auch dieses Wort des Siegfried K. Sengteller: „Wir sind nicht auf Mengenwachstum aus." Das bestätigt der geringe Anteil an privaten Leasern von unter zehn Prozent. Über 90 Prozent sind Gewerbetreibende, die einen BMW oder eine Flotte leasen, wobei die Flotte in der Regel nicht komplett aus BMW-Modellen besteht, sondern auch aus anderen Fabrikaten, entsprechend ihrem Einsatz als Gebrauchsfahrzeuge (etwa im Reparaturdienst) oder eben als Dienstfahrzeuge etwa von Geschäftsführungen, die dann schon das weiß-blaue Wappen zeigen dürfen.

Und der Flottenanteil am gesamten gewerblichen Leasing-Volumen bei BMW? Er liegt zwischen 13 und 14 Prozent. „Da liegt vermutlich noch Wachstum", meint Sengteller.

Der Gesamtabsatz an Pkw der AG betrug 1984 rund 159 000 Fahrzeuge. Die Leasing-GmbH meldete rund 15 000 Neuzugänge. Wenn auch die Verträge in der Regel über 36 Monate laufen, so haben sie sich im letzten Jahr doch auf 26 bis 27 Monate verkürzt. Und das hat seinen guten Grund. BMW hat das Aufsteiger-Leasing kreiert. Auch während der Vertragslaufzeit kann der Kunde auf ein höherwertigeres Auto umsteigen, also „aufsteigen". Und das alles kostenneutral.

Und wie hält man es in der Lützelsteiner Str. 1b mit dem Restwert? Er spielt nach Sengteller so gut wie gar keine Rolle. Er wird in der Regel so kalkuliert, daß der Kunde am Ende der Vertragszeit einen höheren Restwert erhält, als im Vertrag vereinbart. 1984 ist dies in über 75 Prozent aller Verträge, die ausliefen, der Fall gewesen. 80 Prozent der abgeschlossenen Verträge beziehen sich *auf eine bestimmte Kilometerleistung.* Für die Verwaltung des gebrauchten Fahrzeuges ist der Händler zuständig.

Katalysatorprobleme hat man auch nicht. Die Profis, die als Gewerbetreibende bei BMW leasen, können nach dem Aufsteigerprinzip, dann auf den katalysatorgerüsteten Wagen umsteigen, wenn sie es für sinnvoll halten. Für alle Wagen ab Baujahr 1980 steht ohnehin heute schon ein Nachrüstsystem zur Verfügung. Der Anteil an Verträgen, die einen Katalysator vorsehen, ist nach Sengteller sehr gering – und in den *Raten* macht es keinen *Unterschied*, ob jemand mit oder ohne Katalysator least.

Die Tabelle zeigt den Leasing-Aufwand für Selbständige, die nicht daran interessiert sind, eine hohe Anzahlung zu leisten und über Restwertkalkulationen die Raten zu drücken. Die Zahlen sind typisch für den Markt. Je nach Marke variieren die Aufwendungen nur noch geringfügig. HANS BAUMANN

Was muß der Selbständige für Leasing aufwenden?

Fahrzeugtyp	Unverbindl. Preisempfehlung ab Werk in DM		Netto-Leasing/gewerbl. Leasing monatl. Leasing-Rate in DM (zzgl. Mehrwertsteuer)	
	zzgl. Mw.St.	inkl. Mw.St.	24 Monate p. a. 20 000 km	36 Monate p. a. 20 000 km
316 2tür.	18 771,93	21 400,00	515,12	437,37
316 4tür.	19 552,63	22 290,00	528,98	450,69
318i 2tür.	20 745,61	23 650,00	569,28	483,35
318i 4tür.	21 536,32	24 540,00	582,37	496,18
320i 2tür.	32 815,79	27 150,00	662,75	566,74
320 4tür.	24 596,49	28 040,00	674,95	579,20
323i 2tür.	26 491,23	30 200,00	716,69	610,62
323i 4tür.	27 271,93	31 090,00	737,81	628,62
518i	22 631,58	25 800,00	656,07	561,10
520i	26 271,93	29 950,00	741,26	631,73
524td	28 947,37	33 000,00	805,55	688,86
525e	27 982,46	31 900,00	789,53	672,87
525i	30 833,33	35 150,00	869,96	741,42
528i	33 640,35	38 350,00	949,16	808,92
M 535i	43 771,93	49 900,00	1458,30	1172,43
728i	39 429,82	44 950,00	1143,04	967,77
732i	43 771,93	49 900,00	1268,90	1074,33
735i	49 385,96	56 300,00	1431,65	1213,13
745iA	58 289,47	66 450,00	1689,75	1430,66
628 CSi	52 368,42	59 700,00	1538,37	1298,37
635 CSi	60 043,86	68 450,00	1787,09	1503,62
M 635 CSi	80 043,86	91 250,00	2506,25	2084,18

Wohin, wenn ich ein Auto leasen will?

Wenn es an Barem fehlt beim Autokauf, dann ist kein Wegweiser zum Geld nötig. Jedes Kreditinstitut ist gegen Vorlage von Personalausweis und Lohnbescheinigung bereit, einen Finanzierungsvertrag zu gewähren und das zum Autokauf erforderliche Geld bereitzustellen.

Doch wohin, wenn man leasen, also einen Wagen gegen monatliche Gebühren leihen will? Natürlich ist der Weg zum Autohändler möglich. Aber da hapert es oft an der nötigen Mitarbeiterschulung für das verzwickte Leasing. Nicht selten wird dem Interessenten *dort empfohlen, sich* der traditionellen Kreditfinanzierung zu bedienen.

Um dem potentiellen Leasing-Kunden den Weg zum Fachmann leichter zu machen, hat der Weka-Verlag in Kissing in seinem Praxishandbuch jene Adressen aufgeführt, die für sach- und fachgerechte Auskunft und Beratung sicher sind. Wir geben sie hier alphabetisch geordnet nach Städten wieder.

In **Berlin** bietet sich die Leasing in Berlin GmbH an. Sie sitzt in der Mecklenburgischen Straße 27, 1000 Berlin 33. Telefon: 030/8 20 51

In **Duisburg** *erwartet den Autokunden* Heinrich Schneider in der Koloniestraße 61, 4100 Duisburg 1, Telefon: 0203/35 30 25.

In **Düsseldorf** bieten sich gleich zwei Adressen an: Autoleasing D (früher Interleasing Dello Düsseldorf GmbH & Co.), Königsberger Straße 26, 4000 Düsseldorf, Telefon: 0211/7 33 11 72. Diese ALD hat aber *auch Niederlassungen in* **Hamburg**, Telefon: 040/4 66 41, in **Berlin**, Telefon: 030/7 92 20 99, in **Bremen**, Telefon:0421/61 30 04, in **Hannover**, Telefon 0511/80 40 01, in **Frankfurt**, Telefon: 069/7 92 11, in **Saarbrücken**, Telefon: 0681/81 50 67, in **Stuttgart**, Telefon: 0711/23 53 55, in **Augsburg**, Telefon: 0821/79 10 11, und in **München**, Telefon: 089/1 41 00 56. Ferner bietet sich in **Düsseldorf** an: Lease Plan Deuschland GmbH, Steinstraße 27, 4000 Düsseldorf, Telefon: 0211/8 04 71.

In **Emmerich** sitzt die Schöbel-Leasing GmbH, Reeser Straße 56–58, 4240 Emmerich 1, Telefon: 02822/4 52 24.

In **Eschborn** empfiehlt sich die Auto-Nauheim GmbH, Frankfurter Allee 11–13, 6236 Eschborn, Telefon: 06196/4 80 34.

In **Essen** bietet sich Autohaus Fischer GmbH an, Altenessener Straße 289, 4300 Essen 12, Telefon: 0201/35 20 41.

In **Frankfurt** beraten die Deutsche Auto-Leasing GmbH, Hungener Str. 6–12, 6000 Frankfurt/Main 60, und Autohaus am Riederwald, Am Riederbruch 8, 6000 Frankfurt/Main 63, Telefon: 069/41 70 91.

In **Freiburg** sitzt die Schwarzwald-Auto Leasing GmbH, Mooswald-Allee 2, 7800 Freiburg (Brsg.), Telefon: 0761/5 50 72.

In **Fulda** steht bereit die E. Sorg *GmbH & Co. KG, Kreuzbergstraße* 44, Telefon: 0611/4 10 75.

In **Hamburg** empfehlen sich: Hansa *Autombil-Leasing GmbH*, Beerenweg 5, 2000 Hamburg 50, Telefon: 040/85 50 11, und Autohaus Hugo Pfohe, Alsterkrugchaussee, Hamburg, Telefon: 040/50 10 91.

In **Hannover** berät die LHS Hannover, Vahrenwalder Straße 141, 3000 Hannover, Telefon: 0511/62 81 01.

In **Heidelberg** *sitzt* die Rhein-Nekkar Autoleasing GmbH in der Karlsruher Straße 130, 6900 Heidelberg, Telefon: 06221/3 70 71.

In **Köln** ist die LHS Leasing- und Handelsgesellschft mbH zu Hause, Rhöndorfer Straße 2, 5000 Köln 41, Telefon: 0221/42 79 95.

In **Krefeld** verleast Autos die Carl Kuhn KG Nachf., Glockenspitz 50, 4150 Krefeld, Telefon: 02151/59 02 61.

In **Mainz** sitzt die Auto-Müller GmbH in der Rheinallee 183, 6500 Mainz 1, Telefon: 06131/68 20 91. Ferner noch die Mainzer Auto Leasing GmbH, Erthalstraße 1, Telefon: *06131/67 40 08.*

In **München** stehen gleich vier Gesellschaften zur Verfügung: AHG *Berg am Laim & Co., Neumarktstraße*, Telefon: 089/43 30 91, die Auto-Handelsgesellschaft Niedermair & Reich, Landsberger Straße 20, Telefon: 089/50 50 41, die BMW Leasing GmbH, Lützelsteiner Straße 1b, Telefon: 089/3 23 97, und die CIA-Leasing-GmbH, Schwanthaler Straße 73, Telefon: 089/53 24 32, alle 8000 München.

In **Neu-Isenburg** berät die AMG Auto-Miete GmbH, Flughafenstraße 21, 6078 Neu-Isenburg, Telefon: 069/69 75.

In **Olching** erwartet den Interessenten die AHR Leasing GmbH, Sudetenstraße 19a, 8037 Olching, Telefon: 08142/1 80 95.

In **Osnabrück** sitzt Autohaus Rahenbrock GmbH & Co., Iburger Straße 176, 4500 Osnabrück, Telefon: 0541/5 50 05.

In **Recklinghausen** berät Regeda GmbH, Hertener Straße 88, 4350 Recklinghausen, Telefon: 02361/2 92 98.

In **Roth bei Nürnberg** erteilt Auskunft die Fiegl Auto Leasing GmbH, Nürnberger Straße 41, 8542 Roth, Telefon: 09171/20 11.

In **Schmelz/Saarland** ist die Leasing Jenal GmbH zu Hause, Saarbrükcker Straße 33, 6612 Schmelz, Telefon: 06887/20 55.

In **Bad Segeberg** berät Hans Hinrichsen, Dorfstraße 23, 2360 Segeberg, Telefon: 04551/8 20 98.

In **Stuttgart** erteilt Auskunft die Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben, Plieninger Straße, 7000 Stuttgart, Telefon: 0711/72 00 22 12, ferner die Mercedes Leasing GmbH, Postfach 202, Telefon 0711/44 20 81.

In **Wetzlar** gibt es Autoleasing bei G + M Pohl, Friedrichstraße 1, 6330 Wetzlar-Hermannstein.

In **Wiesbaden** berät Auto-Wink, Bahnhofstraße 10, 6200 Wiesbaden, Telefon: 06121/3 97 51.

In **Braunschweig** domiziliert die V. A. G. Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 3300 Braunschweig, Telefon: 0531/3 10 30. (C. B.)

50 Jahre BMW Sechszylinder oder Erinnerungen an die Zukunft

Wer die richtige Straße findet, kann mit dem neuen Sechszylinder das Gefühl vom berauschenden Tempo 100 auskosten", begeisterte sich im Frühjahr 1934 ein Autotester. Ein anderer lobte: „Der erste Gang ist so hoch ausgelegt, daß man ihn eigentlich nur zu steilen Bergauffahrten benötigt, das normale Anfahren empfiehlt sich im zweiten Gang."

Beide hatten den neuen BMW 303 gefahren, der im Februar 1934 vorgestellt worden war und zwei Merkmale aufwies, die bis heute den Stil von BMW geprägt haben: einen kompakten Sechszylinder-Reihenmotor und das typische Gesicht, die BMW-„Niere".

Der Motor, der nach heutigen Begriffen eher ein Motörchen ist, hatte als kleinster Sechszylinder der Welt 1173 ccm Hubraum und leistete 30 PS bei 4000 Umdrehungen pro Minute. Die beiden Flachstromvergaser stammten von Solex, die Elektrik kam von Bosch. Die Ventilsteuerung mit einer seitlich angeordneten Nockenwelle entsprach der des BMW-Vierzylinder-Motors mit 20 PS von 1932, der im Modell 3/20 herausgekommen war.

Was die Kritiker an dem kleinen Sechszylinder so begeisterte: Er trieb ein Auto an, das nur 820 Kilogramm wog. Bei seidenweichem Lauf stand hier soviel Durchzugskraft zur Verfügung, daß der Fahrer nie in Verlegenheiten geriet. Denn das war bis dahin häufig der Ärger mit Sechszylindern gewesen – sie steckten in zu großen Fahrzeugen, die damit unter schwierigen Bedingungen nicht mehr recht vom Fleck kamen.

Im BMW 303 stand also für je 27,3 Kilogramm Fahrzeuggewicht eine Pferdestärke zur Verfügung. Zum Vergleich: Im heutigen Sechszylinder BMW 320i mit 125 PS (bei 1060 kg Leergewicht) muß jede Pferdestärke nur 8,5 Kilogramm bewegen.

Die allgemeine Bewunderung galt damals auch dem vergleichsweise niedrigen Verbrauch: Der Motor kam im Schnitt mit zehn Liter Benzin auf 100 Kilometer aus.

Das BMW-Modell 303 wurde in drei Versionen angeboten: als Limousine für 3600 Reichsmark, in der Cabrio-Ausführung für 4400 Reichsmark und als Sport-Cabrio schließlich, mit betont langer Motorhaube und nur zwei statt vier Seitenfenstern, für 4600 Reichsmark. Der Innenraum des 303 entsprach in seinen Abmessungen der heutigen unteren Mittelklasse. Das wird am Radstand deutlich. Standen im 303 den Insassen noch 2,40 Meter zur Verfügung, so hat der 320i heute einen Radstand von 2,57 Meter.

Von Juni 1934 an wurde der aufsehenerregende Sechszylinder in Serie gefertigt. Die Karosserien kamen von Ambi-Budd aus Berlin-Johannisthal, montiert wurde in Eisenach. Bis 1936 entstanden so rund 2300 Exemplare des BMW 303.

Der Sechszylinder-Motor war damit bei BMW etabliert und blieb es mit einigen Unterbrechungen bis zum heutigen Tage. Er legte nach 1934 allmählich an Hubraum und Leistung zu. So wurde er bis 1937 als Typ 315 mit einem 1490 ccm starken Sechszylinder-Motor (34 PS) gebaut, dann als 319 schon mit 1911 ccm und 45 PS, als 326 mit 1971 ccm und 50 PS und schließlich als der berühmte Sportwagen 328 mit langer Motorhaube samt legendärem Lederriemen mit 80 PS.

Kurz vor Produktionsende (1939 bis 1941) kam er als erster autobahnfester Sechszylinder sogar mit 3485 ccm und 90 PS als Modell BMW 335 auf den Markt. Dann tauchte er 1952 im BMW 501 mit 1971 ccm und 65 PS wieder auf. Dieser sogenannte „Barockengel" hatte auch in anderer Hinsicht zugelegt: Er wog schon 1340 Kilogramm und wandelte sich im Jahre 1954 gar in den Achtzylinder BMW 502.

Nach 50 Jahren führt BMW eine komplette Sechszylinder-Familie im Programm: Sie reicht vom Zweiliter im 320i mit 125 PS über den 2,4 Liter 524 td (Turbodiesel) mit 115 PS bis zum 3,5 Liter M 635 CSi-Vierventil-Motor, der es auf beachtliche 286 PS bringt.

DAS PORTRÄT / ALD AutoLeasing D GmbH in Hamburg

53 000 Mietwagen unter Vertrag

Vor rund zwanzig Jahren konnte hierzulande kaum jemand mit dem Begriff Leasing etwas Konkretes verbinden. Allein in den USA hatte sich zu jener Zeit das Leasing als neuartige Form der Vermietung industrieller Investitionsgüter bereits auf breiter Basis durchgesetzt. In der Bundesrepublik erkannten fantasievolle Unternehmer damals die neuen Möglichkeiten, die sich ihnen hier vor allem mit dem Fahrzeugleasing eröffneten.

Daß sie damit richtig lagen, zeigt die Entwicklung, die das Autoleasing seither auf dem bundesdeutschen Markt gemacht hat. Zum Jahreswechsel 1984/85 rollten nach Schätzungen von Fachleuten auf deutschen Straßen schon rund 650 000 Personenwagen mit Leasingverträgen. Das entspricht einem Marktanteil von etwa 2,6 Prozent. Das ist zwar ein erheblich geringerer Marktanteil als der, den in den USA Leasingfahrzeuge halten, aber die Steigerungsraten in diesem Bereich sind beeindruckend.

Dies wird besonders deutlich am Beispiel des markenunabhängigen Unternehmens ALD AutoLeasing D GmbH mit Sitz in Hamburg. 1968 von dem Hamburger Autohändler Hans Ravenborg in Zusammenarbeit mit Gesellschaftern aus dem Autohandel gegründet, meldete ALD per Ende 1984 einen Bestand von 53 000 Einheiten, der einen Neuwert von fast einer Milliarde Mark darstellte. Angefangen hatte das Unternehmen mit 342 Fahrzeugen und einem Umsatz von 1,63 Millionen Mark bei der Ausgründung aus dem Autohaus Dello.

Andere Leasinggesellschaften – die meisten sind fabrikatsabhängig – haben sich mit ähnlicher Geschwindigkeit entwickelt. Wie groß das Interesse an diesem sich auch weiterhin rasch entwickelnden Markt ist, zeigt, daß sich die Deutsche Bank AG im Jahre 1983 über ihr Tochterunternehmen GEFA-Leasing mit 30 Prozent am ALD-Stammkapital beteiligt hat. Und dies in der erklärten Absicht, das Autoleasing „am Bankschalter" hoffähig zu machen.

Neue Struktur

Zum gleichen Zeitpunkt erhielt das Hamburger Unternehmen unter einem neuen Namen auch eine neue Struktur, die von zehn Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet geprägt ist. Fünf der zehn Niederlassungen wurden neu eingerichtet. Die Niederlassungen sind die Partner des Autohandels, der durch die räumliche Nähe des Leasingunternehmens verbesserte Möglichkeiten hat.

Die Attraktion des Autoleasing für gewerbliche und private Kunden hat viele Gründe: „Im gewerblichen Bereich sind es vor allem Handwerker und Dienstleistungsunternehmen, die eine große Kapitalbindung vermeiden wollen und sich deshalb der Leasingangebote bedienen. Denn das Leasingunternehmen finanziert und der Kunde zahlt eine monatliche Mietrate.

Das Finanzleasing befreit den Leasingnehmer von vielen Problemen eines eigenen Fuhrparks, weil es ihm die Fahrzeuge zur Verfügung stellt, die er für seinen wirtschaftlichen Erfolg braucht. Das Leasingunternehmen bietet darüber hinaus auch die Fuhrparkverwaltung und das Full-Service-Leasing an. Hier berät das Leasingunternehmen bei der Auswahl des richtigen Fahrzeugs, der optimalen Vertragsform, des Unterhalts, der Reparaturen sowie der Kontrolle und der Verwaltung der Fahrzeuge. Kraftfahrzeugsteuer und Fahrzeugversicherung können bei dieser Form des Leasing eingeschlossen werden. In diesem Fall übernimmt das Leasingunternehmen auch die vollständige Schadenabwicklung.

Leasing bedeutet hier in jedem Fall, daß die Liquidität des Mieters zum Zeitpunkt der Investition nicht belastet wird. Das Kapital kann statt dessen zusätzlichen Ertrag erwirtschaften, weil es an anderer Stelle eingesetzt werden kann.

Leasing ist für den Leasingnehmer bilanzneutral, weil das Leasingunternehmen wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingfahrzeuges bleibt. Das Leasingfahrzeug wird also nicht beim Kunden aktiviert.

Für den privaten Leasingkunden bietet sich hier eine attraktive Alternative zum Autokauf. Denn das Privatleasing und seine in den letzten beiden Jahren stark in den Vordergrund getretene Attraktivität hat seinen Ursprung in der Erkenntnis der Automobilunternehmen, daß sich hier ein neuer Absatzmarkt eröffnet hat.

Eine außergewöhnliche Steigerung im Privatleasing ist auch auf Förderungsmaßnahmen durch die Hersteller zurückzuführen. Der Kunde mietet das Fahrzeug in der Regel für 18 bis 24 Monate, um nach Ablauf des Leasingvertrages entweder ein neues Leasingauto zu übernehmen oder sein Leasingfahrzeug zum sogenannten Restwert zu kaufen.

Die in den letzten beiden Jahren stark in den Vordergrund getretene Form des „Null-Leasing" (die genauer eigentlich Null-Zinsen-Leasing heißen müßte) hat dem Markt erstaunliche Zuwachsraten beschert. Gerhard Kaiser, ALD-Geschäftsführer: „Angesichts seiner großen Popularität wird das Privatleasing nicht wieder vom Markt verschwinden, auch wenn sich die Förderung durch die Hersteller ändert, denn auch aus den USA wird gemeldet, daß das „Individualleasing" kräftige Zuwachsraten hat."

Gesunde Kapitalbasis

Dieser Optimismus wird unterstrichen durch die Zahlen des Jahres 1984. ALD konnte gegenüber 1983 im gewerblichen Bereich eine Steigerung des Auftragseinganges um 40 Prozent verzeichnen. Noch beeindruckender nehmen sich demgegenüber die Auftragseingänge des gesamten letzten Jahres aus. Sie stiegen 1984 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 47 Prozent auf 33 300 Einheiten. Die Händler als Partner des Leasingunternehmens gaben zeitweilig an, mehr als 50 Prozent des Neuwagengeschäftes über das Leasing abzuwickeln. Und hier vor allem über das Privatleasing.

Voraussetzung für die Bewältigung derartiger Zuwachsraten ist neben der Ausbildung von Personal in einem Leasingunternehmen eine gesunde Kapitalbasis und die Erstellung eines reibungslosen Systems der Datenverarbeitung. Die Leasingunternehmen konnten auf keinerlei Erfahrungen oder fertige Programme zurückgreifen. Sie mußten, wie das Beispiel von ALD in Hamburg zeigt, mit den von ihnen gesammelten Erfahrungen eigene EDV-Programme entwickeln. ALD hat sein erfolgreiches EDV-Programm innerhalb der Branche weiterverkauft.

Die ersten anderthalb Jahrzehnte des Autoleasing in der Bundesrepublik haben gezeigt, daß Handel, Dienstleistungsunternehmen, Konsum- und Investitionsgüterindustrie sowie freie Berufe und Privathaushalte dieser neuen Form der Autohaltung und Autofinanzierung mit wachsendem Interesse gegenüberstehen. Diese Chance wurde vom Automobilhandel, dem direkten Gesprächspartner des Leasingnehmers, in seiner ganzen Bedeutung erkannt und genutzt. Das Autoleasing ist deshalb vom Markt nicht mehr wegzudenken.

(G.W.)

„Anti-Fernseherin" als Show-Moderatorin: „Montagsmalerin" Sigi Harreis

Statt des Hauptgewinns ein Vertrag

Erfolgreiche Frauengestalten in der von Männern beherrschten Fernseh- und Hörfunkwelt sind eher *Ausnahmen. Sigi Harreis ist eines* jener seltenen Allroundtalente, ohne dabei allerdings emanzipierte Gefühle zu entwickeln: „Ich bin zwar das, was man unter emanzipiert versteht. Aber man kann Frau bleiben und mit aller Weiblichkeit die Berufe Moderatorin und Journalistin ausüben, wobei ich bewußt den Begriff ‚Showmaster' für mich als Montagsmaler-Präsentatorin vermeide, *weil ich ihn* nicht mag."

Sigi Harreis mag auch die männlichen Kollegen *nicht, die voller Eitel*keit erst mal im Applaus duschen, große Reden schwingen und Witze auf Kosten der Kandidaten reißen. Sie kann sich noch sehr gut an die angstschlotternden, vom Lampenfieber geschüttelten Anfänge zurückdenken, als sie aus reiner Geldnot als Studentin zum Bayerischen Fernsehen kam, da sie gehört hatte, man könne in der Maegerlein-Sendung „Hätten Sie's gewußt?" Geld als Mitspieler gewinnen.

Die studierte Neuphilologin und Dolmetscherin irrte allerdings in diesem Punkte. Damals wurden noch überwiegend Sachwerte den obsiegenden Kandidaten in die angstnassen Hände gedrückt. Mitgemacht hat sie schließlich bei Maegerlein, weil *sie hoffte, einen Fernseher zu gewinnen, den man ja gewinnbringend* veräußern konnte. Doch die Werkstudentin von ehedem hatte Pech. Wie *beim* heutigen „Großen Preis" setzte sie alles auf eine Karte und ging in der dritten Sendung gegen ihre Konkurrentin mit fliegenden Fahnen unter: Schwarzweiß-Gerät ade.

Trotzdem hatte die Maegerlein-Pleite etwas Positives. TV-Altmeister Robert Lembke war auf die junge Dame aufmerksam geworden, bot ihr einen Vorsprechtermin als Ansagerin, und so fand sie sich *zunächst* auf

Die Montagsmaler – ARD, 20.15 Uhr

der Reservebank des Ansagerinnenteams wieder. Doch das reichte ihr nicht. „Ich habe auch Kamerastrippen geschleppt, Notizen gemacht und war Mädchen für alles – mit einer Tagesgage von 20 Mark!"

Mit offenen Augen werkelte sie sich auf diese Weise durch die Niederungen der öffentlich-rechtlichen Brotgeber, machte selbst noch als Hochschwangere, „als mir der Bauch schon bis zum Halse ging", Fernsehansagen, weil man da zwischendurch mal die Beine hochlegen konnte und den Friseur umsonst hatte.

Der Hörfunk bat in dieser Zeit auch zur Mikrofonprüfung, wo sie aber durchrasselte. Der Münchener Radioprüfer meinte: „Fräulein Dannemann (so ihr Mädchenname), beim Funk *genügt ein Lächeln nicht!*" Zum Glück hörte Fräulein D. nicht auf dieses Profiurteil und versuchte ihr Hörfunkglück nochmals zu einem späteren Zeitpunkt. Von Stund an war sie von den Mikrofonen diverser ARD-Anstalten nicht mehr wegzudenken.

Auch im Fernsehen wurde man in immer stärkerem Maße auf das junge Talent aufmerksam. Eine stattliche Anzahl von Sendungen geht auf ihre Konten. Moderation im „Talentschuppen", im „Baden-Badener Nachmittag", im ehemals unterhaltenden ZDF „Freizeit Magazin", wovon nicht mehr viel übriggeblieben ist, und als Partnerin von Joachim Fuchsberger in „Spiel mit mir" vom SWF.

Hätte sie damals, als man sie fragte, ob sie eine Pilotsendung der Montagsmaler als Nachfolgerin von Frank Elstner machen würde, gewußt, was da auf sie zukommt – ihr wären sicherlich die Knie weich geworden. „Ich selbst bin ein totaler Anti-Fernseher. *Außer der Tagesschau und* einigen politischen Sendungen sehe ich fast nichts. Rückblickend kann ich nur sagen: Hätte ich geahnt, wie beliebt Frank Elstner beim Publikum ist, welche Popularität er hat, ich schwöre, dann hätte ich die Montagsmaler-*Nachfolge nicht* angetreten. Die Folgen dieser Ignoranz, die habe ich zu spüren bekommen: die Kritik hat mich zerrissen!"



Durch Geldnot zum Fernsehen gekommen: Sigi Harreis FOTO: TELEBUNK

Inzwischen hat sie durch ihre Persönlichkeit der Sendung ein neues eigenes Profil gegeben. Wenn nun noch die ARD-Verantwortlichen ihrem Herzen einen Ruck geben und die Sendung „Montagsmaler" von Dienstagabend wieder auf den Montagabend verlegen, dann wäre dies eine runde Sache. Sigi Harreis hat es nicht verdient, sich mit einem solchen Sendetitel am falschen Tage zu präsentieren. Was spricht eigentlich dagegen? Sigi: „Ich weiß es nicht. Ich weiß nur eines: Die 'Hör zu' war früher eine Radiozeitschrift und heißt heute immer noch 'Hör zu'!"

ROLF PETERS

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der eiserne Weg
11.05 *Globus – Die Welt, von der wir leben*
11.35 Ein Meister der galanten Feste
12.10 Tagesbefehl Goldmedaille
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Monika Griefahn – Eine Frau bei Greenpeace
16.55 Spaß am Dienstag
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Ganz im Zeichen der Polizei steht die heutige Ausgabe des Unterhaltungsspiels mit Sigi Harreis, in dem die „Fernsehpolizisten" Karin Anselm, Diether Krebs, Ingeborg Schöner und Elmar Wepper gegen Polizeipräsidenten antreten.
21.00 Report
Bündnis oder Verweigerung? – Der rotgrüne Eiertanz / Die verschämte Armut – Rentner scheuen den Weg zum Sozialamt / Die Berliner Justiz bestraft ein Baby – *Skandal im Frauengefängnis*
Moderation: Franz Alt
21.45 Magnum
Wozu sind Freunde da?
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Bücher-Report
Vorschauf auf Frühjahrs-Neuerscheinungen
Moderation: Kurt Zimmermann
0.05 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Trickbonbons
16.20 Schüler-Express
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
19.00 heute
19.30 *Die Spur der anderen*
Fernsehfilm von Daniel Christoff
Mit Nicole Heesters, Manfred Zapatka, Monika Schwarz u. a.
Als die Mutter des Amtsrichters Andreas Greves stirbt, bekommt er merkwürdige Anrufe von einer fremden Frau, die mit dem Tod der Mutter in Verbindung stehen muß.
21.12 Mach mit – *der Umwelt zuliebe*
21.15 WISO
Bhagwan Big Business – Vielfältige Geschäfte der Jünger des in*dischen Guru / Handwerksmesse* in München / Ärger mit Handwerkern – was ist zu tun? / Kleinunternehmer im Abseits – Kein Platz auf der Messe?
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
22.35 Musik auf dem Lande
Zweiter Teil der „Schwäbischen Trilogie" von Oliver Storz
0.25 heute

III.

WEST

10.00 Übertragung aus dem Landtag Düsseldorf
Leitlinien zur Sanierung der Bundesbahn / 3. Lesung WDR-Gesetz
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Die gestohlenen Kinder
20.45 Rückblende
Vor 200 Jahren: Straß – Brillanten zu kleinen Preisen
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Vor der Flut
22.15 Deutscher Alltag
Lagerfeuer-Romantik ade?
23.00 Auslandsreporter
Solidarnosc – Die geballte Faust in der Tasche
23.30 Letzte Nachrichten

NORD

19.00 Schach für jedermann
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Johann Sebastian Bach (1)
22.45 Sie – er – Es
23.30 Per Anhalter durch die Galaxis (4)
0.00 Nachrichten

HESSEN

19.05 Formel Eins
20.00 Ein ideales Paar
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Mit James Stewart u. a.
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur international
22.30 Ungarische Kunst heute
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Die Heiratsmaschine
Amerikan. Spielfilm (1961)
22.40 Science Report
22.55 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Die Sünde
Ägyptischer Spielfilm (1965)
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Ägyptische Woche
Ägypten heute
Anschl. Diskussion
23.15 Rundschau



SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Ponywagen
15.00 Indian River
Der Wolf
Die Mädchen und Jungen vom Junior Forest Ranger Club sind glücklich, wenn sie sich auf der Rangerstation den Motorschlitten ausleihen können. Es ist ziemlich kalt in diesem Winter, und in der Gegend treiben sich Wölfe herum.
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Zweikampf im Morgengrauen
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Nachhilfeunterricht
18.00 Hoppla Lucy
in Las Vegas
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Muß i denn zum Städtele hinaus
Deutscher Spielfilm (1962)
Mit Vico Torriani, Barbara Frey, Erik Schumann, Dieter Borsche u. a.
Regie: Hans Deppe
20.30 Kulturmagazin
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 ... und ledige Mädchen
Amerikanischer Spielfilm (1964)
Mit Tony Curtis, Natalie Wood, Henry Fonda, Lauren Bacall u. a.
Regie: Richard Quine
Um für sein Skandalblatt eine scharfe Story zu kriegen, macht sich Bob an die Ärztin Helen heran, die durch ihr Buch „Sex und ledige Mädchen" berühmt geworden ist. Doch sie durchschaut *ihn und weiß ihn zu nehmen.*
0.15 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Stifter und Fälscher
Rudolf IV. – Ein Leben für die Macht
Film von Rupert Feuchtmüller, Alfred Vendl und Kurt J. Mrkwicka
Ausgangs- und Zentralpunkt der Dokumentation ist ein Porträt Rudolfs IV., das im Wiener Dom- und Diözesanmuseum hängt.
20.30 Die Pawlaks (3)
Der Koloniesteiger Rothert kommt hinter das Geheimnis Karl Pawlaks und kann ihn nach Belieben erpressen. Die Arbeit in der Zeche ist schwer, *ungewohnt und* geht fast über die Kräfte der Männer. Als es in Lütgenhorst einen Pockentoten gibt, scheint offenkun*dig, daß die* „Ostlinge" die gefährliche Seuche eingeschleppt haben.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Bilder aus einem Slapstickfilm

Wahlnächte im Fernsehen haben viel von ihrer Spannung verloren, seitdem die Computer so genaue Hochrechnungen liefern, daß faktisch schon um 18.15 Uhr feststeht, wer der Sieger und wer der Unterle*gene ist. Die Statements der Politiker* sind weitgehend voraussehbar, machen also das Kraut nicht fett.

Daß der Unterhaltungswert der **TV-Wahlnacht** dennoch ziemlich hoch war, obwohl man diesmal sogar auf die Zitterpartie für die FDP verzichten mußte, lag natürlich vor allem an der Sahnetorte, die ein „Kommando Oliver Hardy" dem SPD- und Um*weltpolitiker Jo Leinen* über den Kopf stülpte. Der Anschlag war ruchlos und verletzte den guten Stil – und dennoch: die Bilder waren sehenswert, wirkten wie aus dem besten Slapstickfilm ausgeschnitten. Die Aufgeregtheit der bestürzten Kameraleute trug nicht unwesentlich zum Volleffekt bei.

Weniger attraktiv dagegen die Ehefrauen der Wahlkämpfer, die – nach amerikanischem Vorbild – mit von *der Partie waren. Während man* bei den Amerikanerinnen immer wieder die Versiertheit bewundern kann, mit der sie die ihnen Angetrauten mit massenwirksamem Glamour umgeben, wirkten ihre deutschen Kollegen noch recht hausbacken. Lafontaines Frau ging zunächst sogar im Gedränge verloren. „Wo ist meine Frau?" fragte der Politiker, und es klang so, als *fragte er: „Wo ist mein Portemonnaie?"*

ANDREAS WILD

Wer mehr sein will, als er ist

Die breite Palette der mimischen Wandelbarkeit einer in der „DDR" sehr beliebten Volksschau*spielerin zeigte Klaus Gendries'* Episodenfilm **Wenn ick nich wär** (ARD). Ob Agnes Kraus als Trümmerfrau, Oma oder Mutter auftritt – immer hat sie das Herz auf dem rechten Fleck, sprich: eine Berliner Schnauze. Jedenfalls überzeugt sie stets durch eine gekonnte Mimik und Stimmenakrobatik, fast könnte man sie als eine Berliner Urmutter bezeichnen.

Standesunterschiede gibt es selbstredend auch drüben. Viele wollen mehr sein, als sie sind. Und so vergißt in der ersten Episode eine neureiche Frau auf einem WC eine Tasche mit mehreren tausend Mark. Natürlich wird die Tasche von der Toilettenfrau zurückgebracht, denn Geld verdirbt den Charakter. Aber beim Vorzählen *kommt es zu einer peinlichen Szene:* Es fehlen 100 Mark. Doch Ende gut, alles gut: Der Ehemann der Toilettenfrau hatte für seine Frau nur eine kleine Überraschung gekauft, denn Ehrlichkeit, so wußte er, wird nicht immer honoriert.

Zuletzt spielt die Kraus einen „Schwarzen Mann", eine unkonventionelle Tante, die pädagogisch erfolgreicher agiert als die Frau ihres Neffen. Leider mindert der ständig *erhobene Zeigefinger* des Drehbuchautors den unbeschwerten Genuß. Agnes Kraus, die große Unterhalterin, auf die Dauer nur als Belehrerin, ist zu wenig.

FRIEDHELM MÄKER

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zur totalen Konfrontation

„Brandts Angebot zur Gemeinsamkeit"; WELT vom 4. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus „nationaler Verantwortung" will die SPD Lösungen in wesentlichen Fragen der Innen- und Außenpolitik zusammen mit der Union suchen. Eine löbliche Absichtserklärung, aber auch glaubwürdig? Seit Ablösung aus der Regierungsverant*wortung steuert die SPD immer mehr* auf den totalen Konfrontationskurs zur Regierungspolitik.

Oft genug sichtbar, will die SPD immer noch nicht einsehen, daß ihre frivole Schuldenpolitik, sogenannte Sozialreformen durch hohe Staatsausgaben zu finanzieren, nur der Erhaltung der eigenen Macht diente! *Von ihrem besten Vertreter in der* Regierung, Helmut Schmidt, mußte sie sich in diesen Tagen bescheinigen lassen, die von ihr geforderten staatlichen Programme zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit wären heute ein Nonsens und die Finanzpolitik des Herrn Stoltenberg wäre nicht schuld an der Arbeitslosigkeit! Von der früher mitgetragenen Sicherheitspolitik Helmut Schmidts hat die SPD unter W. Brandt sich verabschiedet! Die Geraer Forderun*gen der DDR verteidigt sie nach wie* vor! „Formelkram" à la W. Brandt sind die vertraglich und völkerrechtlich begründeten Vorbehalte bis zum Friedensvertragsabschluß, auf die keine Regierung der Bundesrepublik bisher verzichtet hat und auch nicht verzichten kann! Elitebildung für den weltweiten Wettbewerb ist lt. Brandt ein Verstoß gegen das Grundgesetz! Gewalt lehnt W. Brandt verbal ab; bei Demonstrationen und Blockaden treten er und seine Genossen Hand in Hand mit Grünen, kommunistisch gesteuerten Bürgerinitiativen, sogar mit Chaoten auf, die trotz Aufforderungen der Gewalt nicht abgeschworen haben. *Die Grünen* sind W. Brandt einmal zur Erringung von Mehrheiten willkommen, dann lehnt er sie als *unnötig* ab, um schließlich Börner, Lafontaine und andere Lieblinge zur Zusammenarbeit mit ihnen zu ermuntern. Das jüngst vorgelegte Strategiepapier der SPD zeigt die einzigartige Widersprüchlichkeit der SPD in den Beziehungen zu den Grünen und Alternativen.

Was der SPD fehlt, ist ein neuer Mann an ihrer Spitze, der die Partei zur Besinnung bringen kann, den selbstmörderischen Linkstrend stoppt, nationale *Gemeinsamkeiten* nicht nur verbal deklamiert, sondern sie auch wirklich sucht, durchsetzt und die unmögliche politische Richtungslosigkeit, einseitig östlich orientiert, des W. Brandt innerhalb der Partei definitiv beendet. Politik mit Blick auf Wählerpotential und Mehrheiten zahlt sich nicht aus. Verantwortlich für die Gemeinschaft und glaubwürdig muß die SPD-Politik erst wieder werden.

Dr. F. W. Thorban,
Pirmasens

Pakete ohne Zoll

„Leserbrief: Wucher-Zoll"; WELT vom 27. Februar

Vor einigen Tagen schrieb Herr G. Gerstner aus Freiburg in einem Leserbrief an Sie, daß die Rumänen für ein Paket mit Lebensmitteln und alten Kleidern außer 70 Mark Fracht noch 1000 Mark Zoll verlangt hätten. Ich halte das für unmöglich, denn ich habe in den letzten Jahren, zuletzt im August 1984, wiederholt Pakete an Deutsche in Siebenbürgen (u. a. Schäßburg und Deutsch-Weißkirch) geschickt und hatte zu zahlen:

● Eine Bahn-Expreßgutsendung mit gut 10 kg Lebensmitteln, für die ich *zwar nicht weniger als 88 Mark* Fracht zahlen mußte. Die Empfänger mußten jedoch keinerlei Zoll zahlen. Den Inhalt des Pakets konnte ich selbst zusammenstellen.

● Die Quelle-Vertretung-Rumänien Walter Bongraz, Carl-Legien-Str. 6, 8500 Nürnberg-Langwasser, versendet Lebensmittelpakete, für die man 135 Mark oder 154 Mark zu zahlen hat. Auf den Inhalt hat man zwar keinen Einfluß. Man erhält aber nach der Bestellung ein genaues Verzeichnis über *den Inhalt. Mit den oben* genannten Summen hat der Besteller seine Verpflichtungen erledigt. Kein Zoll!

● Schließlich kann man Lebensmittelpakete (Standard-Zusammenstel*lung) durch die (rumänische?) Firma* Alimex Handels-GmbH, Rosenheimer Str. 30/1, 8000 München 80, versenden. Die Preise waren ähnlich wie bei der Quelle-Vertretung. Zoll, Verpackungs- und Versandkosten waren darin enthalten. Von dieser dritten Möglichkeit habe ich allerdings schon längere Zeit keinen Gebrauch gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
O. Schaefer,
Hamburg 55

Auf Ost-Timor

„Ein ‚Kuba in Asien' will Indonesien mit allen Mitteln verhindern"; WELT vom 16. Februar

Nachdem sich eine Delegation der Deutsch-Asean-Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages vom 10. bis 23. Februar in Indonesien und während dieser Zeit zwei Tage auf Ost-Timor aufgehalten hat (übri*gens als erste europäische Parlamen*tariergruppe), möchte ich den informativen Bericht von Christel Pilz, der in der Zwischenzeit erschienen ist, nach eigener Inaugenscheinnahme ergänzen.

Über die Ereignisse auf Ost-Timor 1975 und danach und über die Höhe der Verluste gibt es keine zuverlässigen Angaben: der Gouverneur Carrascalao sprach von Zigtausenden. Die Situation in zwei bis drei Distrikten (Landkreisen) ist immer noch gespannt, denn zur Begründung des Internierungslagers auf der Ost-Timor vorgelagerten Insel Atauro, wo sich heute 1266 Menschen aufhalten, wurde angegeben, daß die Internierung die Betroffenen schützen soll, also eine Art „Schutzhaft" darstellt. Einmal bestünde die Gefahr, in kriegerische Auseinandersetzungen, zu denen auch die Brandschatzung von *Dörfern gehört, verwickelt zu* werden, zum anderen wolle man jede durch verwandschaftliche Beziehungen gegebene Kollaboration unterbinden.

Nicht die Lebensumstände auf der Insel Atauro, auf der die Mitglieder der Bundestagsdelegation frei mit jedem Internierten sprechen konnten (mit Hilfe eines des Portugiesischen mächtigen Beamten der Botschaft in Jakarta), sind außergewöhnlich, sie entsprechen wohl den allgemein auf der Insel Ost-Timor herrschenden Lebensbedingungen, sondern die Dauer des Aufenthaltes bis zu fünf Jahren, die Ungewißheit, wann der Zwangsaufenthalt beendet wird und wo man neu anfangen kann, das fehlende Zwiegespräch mit Vertretern des Militärs oder der Administration, die nicht gewährten Chancen zur Selbstrechtfertigung und zur Verteidigung sind Anlaß der Kritik.

In einer Erklärung der Delegation wird ausdrücklich die Auflösung des *Internierungslagers Atauro,* eine Amnestie zur Befriedung der Verhältnisse auf Ost-Timor und die Öffnung der Insel für fremde Besucher vorgeschlagen, damit über die Situation wahrheitsgemäß berichtet werden kann. In der Erklärung heißt es ferner: „Begrüßt und anerkannt wird das Bestreben, auf der Insel Ost-Timor den Lebensstandard der Bevöl*kerung nach besten Kräften anzuhe*ben, vor allem durch eine umfassende Schulbildung, die angestrebte Weiterbildung und die Verbesserung der Infrastruktur."

Die Nachwirkungen einer Jahr*hunderte währenden* Kolonialherrschaft sind überall zu spüren. Indonesien ist eifrig bemüht, die Verhältnisse für die 560 000 Bewohner der Insel und für die Insel selbst nach besten Kräften zu verbessern, wobei es einen hohen materiellen Einsatz seitens der Regierung zu registrieren gibt.

Ost-Timor zur selbständigen Teilinsel zu erklären, mag zwar immer noch Ziel der Fretilin-Kämpfer sein (ob es 500 oder mehr sind, war nicht zu erfahren), aber hier herrscht bis in *die katholische Kirche hinein* offensichtlich Wunschdenken vor.

Dr. Herbert Hupka, MdB

Wort des Tages

» Es gibt mir zu denken, daß viele den Körper üben, wenige dagegen den Geist. «

Lucius Annaeus Seneca; röm. Dichter und Philosoph (1 v. Chr.–65 n. Chr.)

Verwirrung

„Kontroverse über Strauß-Erklärung"; WELT vom 2. März

Die Absage des Herrn Ginzel, Vorstandsmitglied des Koordinierungsrats der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, zeigt erneut, wie verbreitet die linksideologische Verwirrung bei dieser Vereinigung ist – trotz der glücklichen Hand bei der diesjährigen Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille.

Dieser Ungeist verhindert die Erkenntnis, wer Freund und Gegner Is*raels ist: Einer der treuesten nicht-jü*dischen Freunde Israels, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, wird boykottiert, aber der Theologieprofessor Helmut Gollwitzer 1973 mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet; zu dem Boykott von US-Hilfslieferungen aus der Bundesrepublik durch den damaligen Bundeskanzler Brandt an den im Kampf um Leben und Tod stehenden Staat Israel im Oktober 1973 und den Haßausbrüchen aller sich progressiv Dünkenden beim Vorstoß israelischer Streitkräfte bis Beirut 1982 hielt sich der Koordinierungsrat unvornehm zurück.

Die Bestätigung *der eigenen,* vermeintlich richtigen Gesinnung scheint auch hier wichtiger gewesen zu sein als das Wohl des Staates Israel.

K. Rohrbacher,
Zweibrücken

Staatsquote

„Staatsquote nicht senken"; WELT vom 6. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

man reibt sich verwundert die Augen, wenn man diese Meinung eines Institutes liest, das zumindest dem Namen nach eigentlich etwas von der *Wirtschaft verstehen sollte. Vor allen* Dingen der größte Bereich unserer Wirtschaft, die mittelständischen Betriebe mit *zwei* Drittel aller Erwerbstätigen und 80 Prozent sämtlicher Ausbildungsplätze, hat überhaupt kein Verständnis dafür, daß der Staat beispielsweise Krankenhauswäsche reinigt, eine Fluglinie unterhält und dank der von 39 Prozent (1969) auf *inzwischen über 50 Prozent gestiege*nen Staatsquote den gut geführten Privatbetrieben mit verlustbringenden Staatsbetrieben Konkurrenz macht.

Nur dank des Monopols kann die Lufthansa es sich leisten, für innerdeutsche Flüge Preise zu verlangen, für die man schon fast bis nach USA fliegen kann. Wenn ein solches Staatsmonopol aber durch den Markt mal entthront wird, wie beispielsweise bei der Bundesbahn oder dem Paketdienst der Post, wird erkennbar, welche Leistungsreserven in Staatsbetrieben schlummern, die nur durch die Leistungsfähigkeit der privaten Wirtschaft geweckt werden.

Man wüßte gerne, was für „Experten" da im RWI am Werk sind, oder *ist es gar ein Institut, das* vom Staat (Steuerzahler) unterhalten wird? Sind sich doch alle ernst zu nehmenden Wirtschaftswissenschaftler darin einig, daß die Staatsquote gesenkt werden muß. Oder wollen die Fachleute des RWI gar im Umkehrschluß andeuten, daß mehr Staat die Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme bringt? Dann sollte man mal einen *Blick in die* Staatshandelsländer werfen, in denen nicht einmal die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln immer gesichert ist, von höherwertigen Wirtschaftsgütern ganz zu schweigen.

Wenn man der Diktion des RWI *folgen würde, dann wären ja auch die* jetzt angelaufenen ABM-Maßnahmen der Weisheit letzter Schluß. In Wirklichkeit bedeuten sie aber doch nur Konkurrenz für die private mittelständische Wirtschaft, die auf diese Weise noch mit ihren Steuergeldern sich selbst Wettbewerb macht und den eigenen Ruin bezahlt. Diese Perversion des Rufes nach mehr Staat solte auch dem RWI zu denken geben.

Mit freundlichen Grüßen,
F. Neitzert,
Kaltenkirchen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Trudel Hardieck, Inhaberin der Privatklinik „Jägerwinkel" in Bad Wiessee, feierte am Sonntag ihren 80. Geburtstag. Frau Hardieck dirigiert vom Rollstuhl aus bis heute mit großem persönlichen Einsatz die Privatklinik für Innere Krankheiten. Seit vielen Jahren hat sie auch „Bonner Jägerwinkler" bei sich zu Gast. 1948 begann Trudel Hardieck eine gute Idee in die Tat umzusetzen. Sie baute in Bad Wiessee ein erstes Klinikgebäude, in dem sie versuchte, Medizin und eine fröhliche Umgebung als Therapie zu kombinieren. Ihre Idee, eine Klinik wie ein elegantes Hotel zu führen, schlug ein. Unter den Gästen bei der Geburtstagsfeier waren **Berthold Beitz,** der Vorsitzende des Kuratoriums der Krupp-Stiftung, der zusammen mit dem Unternehmer **Max Grundig** seit vielen Jahren Trudel Hardieck freundschaftlich verbunden ist, der frühere deutsche Botschafter in Washington, Israel und Peking, **Rolf Pauls,** *der ehemalige Bonner* Landwirtschaftsminister **Josef Ertl,** der am 7. März 60 Jahre alt wurde, Dr. **Manfred Lohmann,** Geschäftsführer der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, Köln, und die Kölner Prominentenmalerin **Helga Tiemann,** der Schauspieler **Heinz Rühmann** und **Peter Alexander,** der seine Glückwünsche natürlich musikalisch aussprach.

*

Der Historiker Professor Dr. **Ernst Nittner** feierte in Flinsbach bei Rosenheim seinen 70. Geburtstag. Nittner ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde und Vorsitzender des „Institutum Bohemicum", des Kultur- und Bildungswerkes dieses Zusammenschlusses sudetendeutscher Katholiken.

VERANSTALTUNG

Dr. **Fritz Leutwiler,** bis Ende '84 Präsident der Schweizerischen Nationalbank in Zürich und Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, ist mit der „Goldenen Kartoffel '84" ausgezeichnet worden. Das „Freie Kartoffelkuratorium wider den teuflischen Sachzwang" (FKK), Aachen, honoriert mit dieser Auszeichnung seit 1981 beispielhaftes Meistern *teuflischer Sachzwänge. Leutwilers* Leistung sieht das Kuratorium darin, daß er die Zahlungsprobleme der Schuldnerstaaten mit dem politischen Instrumentarium entschärfte und die Inflationspraktiken der Staaten mit den Bankinstrumentarien durchkreuzte. **Johannes Rau,** Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kartoffelregent des Vorjahres, hielt die Laudatio auf den Eidgenossen. Anwesend in der erlauchten Runde auch die Kartoffelkönige a. D. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** (1982) und der frühere ZDF-Intendant **Karl-Günther von Hase** (1981). Desgleichen **Charles Müller,** schweizerischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, **Edmond Roobaert,** Generalkonsul von Belgien, und der Bonner Bürgermeister **Jürgen Endemann. Peps Zoller** vom Bayerischen Landeskriminalamt, Fachmann für Falschspiel und „Zauberer seit Kindheit", machte aus der Kartoffel-Party in den Unions-Sälen des Konrad-Adenauer-Hauses einen „bezaubernden Abend".

AUSZEICHNUNGEN

Die Goethe-Plakette als höchste Auszeichnung, die die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst vergeben kann, erhielt Professor Dr. **Clemens Köttelwesch** im deutschen Hochstift in Frankfurt am Main aus den Händen von Dr. **Vera Rüdiger.** In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste führte die Ministerin die Verdienste des ehemaligen Direktors der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt auf, der erst vor wenigen Wochen seinen *70. Geburtstag gefeiert hatte.*

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat **Klaus Voigdt,** Redakteur im Studio Bonn des Deutschlandfunks, das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Die Auszeichnung wurde ihm im Bonner Studio durch Intendant **Richard Becker** überreicht.

Diplomingenieur **Hans Pasche,** dessen Name eng mit dem Aufbau der deutschen Luftfahrtindustrie *verbunden ist, starb kurz vor Voll*endung des 81. Lebensjahres in Kassel. Pasche gehörte jahrelang dem Beirat des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie an, dessen Vizepräsident er auch war. Von 1956 bis 1970 war er Geschäftsführer der Vereinigten Flugtechnischen Werke GmbH beziehungsweise deren Vorgängergesellschaft, der „Weser-Flugzeugbau". Er wirkte unter anderem an den Program*men Noratlas, Transall, F 104*-Starfighter und Airbus mit und war Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt.

Steht Reger im Regen?

Schü – Die Musiker, die sich Bonn jeweils sehr postum ans Herz legte, haben der Stadt solche Zuwendung nicht leichtgemacht. Der hier geborene Beethoven ging nach Wien, als er fast noch ein Kind war. Der nicht hier geborene Schumann kam überhaupt erst, als er schon wieder Kind war, und starb in einer Anstalt. Und zu Reger kam man wie die Jungfrau zum Kinde: 1946 zog Max Regers Witwe Elsa nach Bonn und rief hier ein Jahr später das Max-Reger-Institut (Elsa-Reger-Stiftung) ins Leben. Heute ist es ein Zentrum der Reger-Forschung. Es besitzt u. a. die größte Autographen-Sammlung mit 60 Reinschriften und für selbige seit neuestem auch eine angemessene Unterbringung.

Die Beziehungen zwischen Bonn und Reger waren nicht immer so ungetrübt. 1898 kam er nicht einmal in die engere Wahl für den Posten eines Akademischen Musikdirektors. Der dann gewählte Hugo Grüters glich das durch zahlreiche Reger-Aufführungen ein bißchen aus. Auch das zählte zu den zwiespältigen Erfahrungen: 1912 scheiterte ein geplantes dreitätiges Reger-Fest, freilich nicht zuletzt am Komponisten selbst. Bonn hat auch das 61 Jahre später zum 100. Geburtstag wieder gutgemacht.

Aber es darf auch als sicher gelten, daß solche Wiedergutmachungsgelegenheiten der Stadt in naher Zukunft reichlicher zuwachsen werden, als ihr eigentlich lieb sein kann. 1987 läuft nämlich die 70jährige Schutzfrist für Regers Werk aus. Dann steht das Institut, das sich bislang bis auf geringe städtische Sachleistungen allein aus den Tantiemen finanzierte, ziemlich schutzlos da.

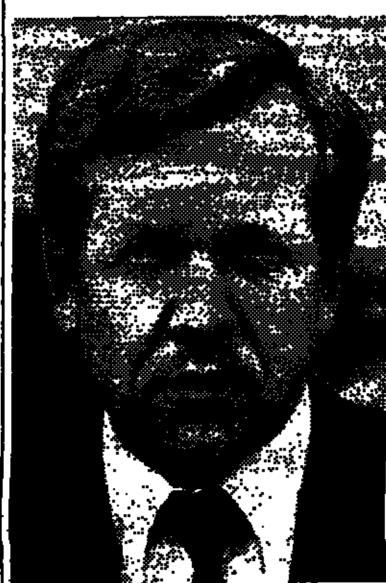
Von 1987 an ist das Institut auf private und öffentliche Großherzigkeit angewiesen. Als man für den neuen Ibach-Flügel schon aus Regers Zeiten bestehende Verbindungen zu den Klavierbauern mobilisierte, ging man in die richtige Richtung. Auch wird es kein Zufall sein, daß der Kulturdezernent im Stiftungskuratorium sitzt und der Oberbürgermeister bei der Eröffnung die freundlichste Begrüßung erfuhr. Die andenkenwütige Reger-Zeit dürfte vieles in Privathand hinterlassen haben. So förderten die Einweihungsfeierlichkeiten mit Mitbürgern, die ihn noch selbst gekannt haben, ein Münchner Gästebuch Regers zutage. Sein Regenschirm war schon kurz zuvor in Institutsbesitz gelangt. Man wird ihn hoffentlich nicht brauchen, denn es ist schwer vorstellbar, daß eine Stadt, die Beethovens und Schumanns Andenken kostspielig pflegt, den Reger im Regen stehen läßt.

Was tun gegen die Akademikerschwemme? – Ein Beitrag zur Diskussion

Studium, geteilt durch zwei

Wenn heute vielerorts beklagt wird, daß wir – gemessen am Bedarf – zu viele Studenten hätten, daß es eine Akademikerschwemme gebe und dieser Zustand sich vermutlich noch verschärfen werde, so ist dies im wesentlichen das Ergebnis des rasanten Anwachsens der Studentenzahlen bei im Prinzip gleichbleibender Hochschulausbildung. Diese ist immer noch so gestaltet, wie sie es war, als nicht, wie heute, über 20 Prozent eines Altersjahrgangs eine Hochschulausbildung absolvierten, sondern lediglich drei Prozent. Quantität und System passen nicht mehr zueinander, und exakte Bedarfsprognosen sind nicht mehr möglich. Es kommt deshalb darauf an, ein Hochschulausbildungssystem einzuführen, das nicht starr an einem vermeintlich feststellbaren Bedarf orientiert ist. Die Studienanfänger und Abiturienten müssen wieder echte Alternativen geboten bekommen.

Welche Alternative gibt es denn heute für Abiturienten? Ihre schulische Ausbildung ist gänzlich auf das Studium ausgerichtet (unabhängig davon, ob die Studierfähigkeit erreicht wird). Ausbildungsplätze in der beruflichen Bildung sind rar. Nicht immer erhalten Abiturienten den Zuschlag vor Bewerbern mit einem mittleren Abschluß. Solche Entscheidungen werden verständlich wegen der Furcht, einen sich unter Wert eingesetzt fühlenden und deshalb möglicherweise unzufriedenen Abiturienten zu bekommen, ferner wegen der Sorge, der Bewerber werde nach Ableistung der Ausbildung doch noch ein Studium aufnehmen und die Ausbildung werde sich für den Betrieb nicht auszahlen, und schließlich aus Verantwortung für die Ausbildung von Nicht-Abiturienten.



Prof. George Turner (Foto) ist Rektor der Universität Hohenheim. Von 1979 bis 1983 war er Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz FOTO: DPA

Was bleibt den Abiturienten anderes übrig, als zu studieren?

Nun kann man einwenden, eine qualifizierte Ausbildung sei auf jeden Fall von Nutzen, sie stelle einen Wert an sich dar. Mit ihr werde das Bürgerrecht auf Bildung eingelöst. Doch wer ein absolviertes Studium nicht in einen entsprechenden Beruf umsetzen kann, bei dem machen sich Enttäuschung und Mißmut über investierte Kraft und Zeit breit. Bloße Warnungen vor schlechten Chancen nach einem Hochschulabschluß würden im übrigen niemals den Effekt einer Umlenkung bringen. Das Haupthindernis bildet das starre Laufbahnsystem. Ohne einen Universitätsabschluß ist bei uns grundsätzlich kein Zugang zum höheren Dienst zu erreichen, und auch im nichtstaatlichen Bereich spielen formale Qualifikationen – im Prinzip durchaus verständlich – eine große Rolle. Um sich nicht von vornherein bestimmte Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten zu verbauen, wird eben *doch* studiert. Dies geschieht in zunehmendem Maße sogar nach einer abgeschlossenen Ausbildung im beruflichen Sektor.

Eine „Umlenkung der Abiturientenströme" könnte nur erfolgreich verlaufen, wenn wesentliche Rahmenbedingungen entscheidend verändert würden. Damit kann aber bei der Immobilität im Bereich des Beamten- und Besoldungsrechts sowie bei der Fixiertheit der beteiligten Gruppen auf den Status quo auch bei größtem Optimismus nicht gerechnet werden. Interessenvertreter, gleich welcher Couleur, reden zwar davon, daß die Angehörigen der jungen Generation immobil, zu wenig flexibel und zu sehr auf eine gesicherte Position im Erwerbsleben fixiert seien. Sie bedenken jedoch nicht, daß sie selbst das Beispiel und Vorbild geben. Stark gewachsene Gruppen, wie zum Beispiel jene des höheren Dienstes, beanspruchen eine Besoldungshierarchie und Einstufungen, wie sie bei kleineren Zahlen angemessen waren. Dies dürfte nach der eingetretenen Inflationierung von Stellen auf den verschiedenen Stufen kaum weiter zu vertreten sein. Doch gegenüber den defensiven Haltungen der Interessenverbände stehen die Politiker hilf- und machtlos da.

Die aussichtsreichste Antwort auf die Herausforderung der Akademikerschwemme wäre also eine Änderung der Ausbildungsstruktur im Hochschulbereich selbst. Er müßte so gestaltet werden, daß ein berufsqualifizierender Abschluß nach kürzerer Zeit als bisher erfolgen könnte. Vergleichbar dem angloamerikanischen System müßte ein erster Abschluß in der Regel nach drei Jahren möglich sein. Nur für eine kleinere Gruppe sollte sich ein sogenanntes Postgraduiertenstudium anschließen. In den ersten beiden Jahren der Universitätsausbildung sollte dabei allgemeines Grundlagenwissen vermittelt werden, das für bestimmte Fächergruppen erforderlich ist. Spätestens im dritten Jahr des Grundstudiums sollte eine spezielle Orientierung auf Berufsfelder erfolgen.

Für diejenigen, die nach dem dritten Jahr die Universität verließen – und das wäre die Mehrheit –, wäre diese spezielle Orientierung eine Vorbereitung auf mögliche spätere Tätigkeiten. Für die kleinere Zahl derjenigen, die in das postgraduierte Studium gelangten, erschiene es nicht unvernünftig, auch den späteren Studenten eines Vertiefungsstudiums die Möglichkeit eines ersten Abschlusses zu geben. Mit dem gestuften Ausbildungssystem würden nicht mehr zu viele Studienberechtigte im traditionellen Sinne ausgebildet; sie würden vielmehr mit einer kürzeren und zugegebenermaßen weniger anspruchsvollen Ausbildung versorgt. Einer kleineren Zahl würde die Möglichkeit zu fachspezifischer Weiterqualifizierung geboten.

So wäre garantiert, daß alle Berechtigten eine breite Ausbildung erhielten, die besonders Geeigneten aber auch besonders gefördert würden. Die Absolventen des Grundstudiums hätten weniger Kenntnisse als heutige Absolventen. Sie wären im Durchschnitt dafür drei bis vier Jahre jünger, entsprechend weniger spezialisiert, vermutlich weniger anspruchsvoll und flexibler als die Abgänger im traditionellen System.

Und last but not least: Die Zwangsläufigkeit der Verbindung von Hochschulabschluß und Gehaltsstufe A 13 wäre aufgehoben. Die Absolventen wären, wenn man im herkömmlichen Laufbahnsystem eine Einordnung vornehmen will, etwa in A 11 zu plazieren. Es ist höchste Zeit, daß auch der öffentliche Dienstherr auf die Veränderungen reagiert, die sich aus der Tatsache der Massenuniversität und der drastisch gewachsenen Zahl der Hochschulabgänger ergibt!

Man soll sich nicht täuschen: Während bis Mitte 1982 noch angenommen wurde, die Studentenzahlen würden in den 90er Jahren drastisch zurückgehen, ist seither der Trend bekannt, daß größere Anteile der nachwachsenden Jahrgänge die Hochschulberechtigung erwerben werden. Die absolut zurückgehenden Jahrgangsstärken infolge der geburtenschwachen Jahrgänge werden also vermutlich zu einem erheblichen Teil durch höhere Anteile, die zum Studium kommen, kompensiert werden. Die Studentenzahlen auch in den 90er Jahren werden aller Voraussicht nach nicht unter denen liegen, die wir Anfang der 80er hatten.

Die Studenten weiter so auszubilden wie bisher bedeutet eine riesige Fehlinvestition, die im allgemeinen Interesse und mit Rücksicht auf die Betroffenen nicht vertretbar ist.

GEORGE TURNER

Aus dem südchinesischen Meer ins Schloß Charlottenburg: Die Neuerwerbungen für das Porzellankabinett FOTO: CHRISTIE'S

Ein Geschenk für Berlin: 242 Blau-Weiß-Porzellane

Captain Hatchers Fund

Eine Abenteuer-Geschichte! Ein pensionierter britischer Marineoffizier aus Singapur, der als Bergungsunternehmer Wracks im südchinesischen Meer aufspürt, entdeckte zufällig die Reste eines chinesischen Segelschiffes, das um 1650 vor der Nordostküste Siams (Thailand) gesunken sein mußte. Als Captain Michael Hatcher die Ladung aus 40 Meter Tiefe emporholte, müssen ihm die Augen übergegangen sein. Mehr als 32 000 chinesische Porzellane wurden geborgen. Überwiegend in gutem Zustand. Allein die Brillanz der Glasur hatte unter dem Salzwasser gelitten und war einem matten Seidenglanz gewichen.

Als diese Porzellane im März und Juni vorigen Jahres in Amsterdam versteigert wurden, erkannte die Verwaltung der Berliner Schlösser und Gärten schnell, daß hier eine einmalige Chance bestand, ihr Porzellan-Kabinett, dieses Märchen von Charlottenburg, zu bereichern. Es erlitt im letzten Krieg so fürchterliche Verluste, daß zunächst sogar daran gedacht war, Gips-Attrappen an Stelle der verlorenen Originale auszustellen. Noch mehr: Hier konnte, wie zu Zeiten des Großen Kurfürsten und des ersten preußischen Königs (dessen Verherrlichung das Kabinett darstellt) noch einmal „auf einen Schlag" ein großer Posten erworben werden.

Ein Berliner Privatmann streckte 91 000 Mark vor. Und jetzt hat die Deutsche Bank Berlin dem Schloß Charlottenburg die 242 chinesischen Blau-Weiß-Porzellane gestiftet. Kultursenator Volker Hassemer begrüßte sie als „kraftvolle mäzenatische Tat". Zwei Tafeln waren bei der Übergabe festlich mit den Reisschalen, Ingwertöpfen, Sake-Flaschen und -bechern, Platten und Kummen der ausgehenden Ming-Periode (1644 wurden die Ming-Kaiser von der mandschurischen Qing-Dynastie gestürzt) gedeckt, die bald in das Kabinett einziehen werden.

Dieses Kraak-Porzellan (das Wort ist die niederländische Bezeichnung für eine Karacke oder portugiesische Galeone, einen Schiffstyp, der bevorzugt im Ostasienhandel eingesetzt wurde) kam im 17. Jahrhundert als Massenware nach Europa. Man fand es an Fürstenhöfen und in den guten Stuben der Holländer – und die Fayence-Bäcker in Delft, Frankfurt/M. und Hanau ahmten die importierten Stücke auf ihre Weise nach.

Der Kaufpreis dieser Kollektion war äußerst günstig, denn aufgrund des großen Angebots waren die Preise, die zuvor für blau-weiße Ming- und frühe Qing-Porzellane gezahlt wurden, nicht zu halten (trotzdem brachten die beiden Auktionen insgesamt 6,7 Millionen Gulden, rund 6 Mio. Mark, ein). Von den einst hochgerühmten Berliner Porzellankabinetten und -galerien – Oranienburg, Charlottenburg und Monbijou – kann so nun in Charlottenburg das einzige bedeutende europäische Porzellankabinett des Barock wiedererstehen.

PETER HANS GÖPFERT

JOURNAL

Erfahrungsaustausch der Humboldt-Preisträger

M. K. **Rottach-Egern**

Die Alexander-von-Humboldt-Stiftung veranstaltet für ihre amerikanischen Preisträger vom 13. bis 16. März ein Symposium in Rottach-Egern/Tegernsee. Die 50 prämierten Wissenschaftler werden mit anderen namhaften amerikanischen und deutschen Kollegen zusammentreffen. Die Amerikaner werden über den neuesten Stand der Holographie, Neutronensysteme, Einflüsse auf die Temperatur der Atmosphäre und über das Fliegen von Vögeln in sehr großen Höhen berichten. Die Deutschen liefern Beiträge zum Thema „Symmetrien und Ornamente" und über die zukünftige „Computer-Fabrik".

Operettenhaus Hamburg in Schwierigkeiten

dpa, **Hamburg**

Das Hamburger Operettenhaus ist in finanziellen Schwierigkeiten. Die eigens für das Musical „Große Freiheit Nr. 7" mit Freddy Quinn ins Leben gerufene Trägergesellschaft mit Karl Vibach als Intendant und Geschäftsführer hat nicht die erhofften Besucherzahlen erreicht. Es hätten sich mehrere hunderttausend Mark Schulden ergeben, war zu erfahren. Die Kulturbehörde wies darauf hin, daß noch immer gelte, daß der Zuschuß für einen Spielbetrieb nicht höher sein dürfe als die möglichen Schließungskosten, also die Kosten, die bei leerstehendem Haus entstünden. Das sind rund 400 000 Mark jährlich.

Festival von Avignon mit Indiens Nationalepos

AFP, **Avignon**

Indisch gibt sich das diesjährige Festival von Avignon, das vom 6. bis 31. Juli stattfindet. Programmschwerpunkt ist nach Auskunft des neuen Festivaldirektors Jean Vilar der dreiteilige Zyklus „Mahabharata" von Peter Brook. Das insgesamt neun Stunden lange Schauspiel basiert auf dem gleichnamigen indischen Nationalepos, das mehr als 80 000 Verse umfaßt. Der Zyklus wird in einem Steinbruch bei Avignon aufgeführt. Außerdem werden zu sehen sein Shakespeares „Macbeth", Victor Hugos „Lucrezia Borgia" und eine Choreographie von Merce Cunningham, „Roaratorio". Lessings „Emilia Galotti" wird vom Straßburger Nationaltheater inszeniert.

Chinesische Moscheen werden restauriert

AFP, **Peking**

400 Moscheen sind in den vergangenen sechs Jahren allein in der mittelchinesischen Provinz Honan, in der eine Million Moslems leben, restauriert und wiedereröffnet worden. Die Provinzregierung wandte in diesem Zeitraum rund zwölf Millionen Mark für die Wiederherstellung der islamischen Gotteshäuser auf, die während der Kulturrevolution zerstört oder aufgegeben worden waren. In Honan gibt es derzeit über 100 Koranschulen, außerdem ist der Bau eines Koran-Instituts für 120 Studenten geplant. Nach offiziellen Angaben leben in ganz China etwa sieben Millionen Moslems.

Bestandsaufnahme der Kommunikationstypen

M. K. **Mannheim**

Das Institut für deutsche Sprache in Mannheim veranstaltet vom 5. bis 7. Mai seine Jahrestagung zum Thema „Kommunikationstypologie". Die Tagung soll nicht eine Bestandsaufnahme der vielfältigen Kommunikationstypen unserer Gesellschaft zum Ziel haben, sondern Merkmale und Verfahren entwickeln, die bei deren Bildung und Unterscheidung eine Rolle spielen. Das Programm sieht sowohl einen Überblick über den aktuellen Stand typologischer Ansätze in der Linguistik, der Soziologie und der Psychologie vor als auch die exemplarische Untersuchung von Formen der Problembearbeitung und von Spielformen der Kommunikation.

Brecht in Ungarn oder Hitler als Hosenrolle

ly. **Stuhlweißenburg**

Wenn sich im Vörösmarty Theater in Székesfehérvár (Stuhlweißenburg) der Vorhang hebt, präsentiert sich auf der Bühne in Brechts Anti-Hitler-Stück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui" in der Titelrolle des Ui/Adolf Hitler eine Budapester Schauspielerin: Erzsébet Kútvölgyi. Im schwarzen Sakko. In schwarzer Hose. In einer Hosenrolle. Wie die übrigen Darstellerinnen in der rein weiblichen Besetzung auch. Und – mit einer Maske vor dem Gesicht, die das Gesicht nur freigibt, wenn gesungen wird. Denn die ungarische Bühnenfassung des „Arturo Ui" ist einem Musical ähnlich. Sie enthält zahlreiche Gesangs- und Ballett-Einlagen, ausgedacht vom Komponisten György Aldobólyi Nagy und dem Song-Texter und Regisseur István Verebes. Für die zeitgeschichtliche Umrahmung sorgt eine Narratorin. Sie rezitiert Texte aus „Mein Kampf".

Händel in London: Vom „Xerxes" bis zum Hoftanz

Das Ei von Persepolis

Als die Engländer den 100. Jahrestag des Geburtstages ihres größten Komponisten feierten, da pilgerten sie ein Jahr zu früh in die Londoner Westminster-Abtei, wo auf dem Händel-Denkmal 1684 als Geburtsjahr zu lesen steht. Inzwischen hat man die Eintragung im Taufregister der Liebfrauenkirche in Halle zur Kenntnis genommen, so daß bei den Feierlichkeiten zum dritten Jahrhundertjubiläum G. F. Händel auf Jahr und Tag (zwar nach wie vor ohne Umlaut) großgeschrieben wurde.

In der Westminster-Abtei, wo Händel (neben Charles Dickens) seine ehrenvolle Grabstätte fand und wo Händels Hymne „Zadok the Priest" seit 1727 bei jeder Monarchenkrönung erklingt, wurde das große Geburtstags-Festkonzert gegeben, vom BBC-Fernsehen übertragen. Die „English National Opera" entdeckte Händel als Komponist einer Opera buffa. Das „English Bach Festival" veranstaltete im Banqueting House in Whitehall ein Divertissement: „Händel in London" mit Tänzen, dargeboten in Hofkostümen des 18. Jahrhunderts. Und im Sommer steigt eine Tagung von Händel-Forschern, im Herbst die Händel-Ausstellung der National Portrait Gallery.

Namhafte Musikwissenschaftler lieferten ihre Manuskripte rechtzeitig zum Händel-Jahr ab. Drei neue Biografien kamen heraus: eine besonders lesbare von dem Romanschriftsteller Jonathan Keates („Handel: The Man and his Music"), eine von dem als Praktiker in „authentischer" Barock-Musik auch bei uns bekannt gewordenen Christopher Hogwood und ein gewichtiges Werk („Handel and his World") des als Haydn-Forscher renommierten, in Cardiff lehrenden Amerikaners H. C. Robbins Landon.

Ein gefundenes Fressen für englische Biografen liefern natürlich Händels Schwierigkeiten mit der Opera seria italienischer Provenienz als Folge einer der glänzendsten Satiren der Operngeschichte, der „Beggar's Opera" von Gay und Pepusch. Händel reagierte auf Konkurrenz in der Publikumsgunst ganz anders als später Beethoven auf den „Schlager"-Produzenten Rossini. Als Weltmann und Pragmatiker, der nicht an seinem Publikum vorbeischrieb, stellte er sich, 1738, mit seinem „Xerxes" auf den neuen leichten Geist ein. Daß dies weniger als Rückgriff auf den spätvenezianischen Opernstil geschah, sondern als schöpferische Antwort auf ein Abflauen des Interesses an der Opera seria mit ihren edlen Gefühlen, ihren Dakapoarien und ihrem grandiosen Pathos – das hat die neue Inszenierung an der Nationaloper überdeutlich herausgearbeitet.

Händels Bevorzugung kurzer Liedformen an Stelle großer Arien stellt der Regie ohnehin dankbarere Aufgaben, deren sich Nicholas Hytner auf seine Weise annahm. Das Publikum amüsierte sich köstlich über das entfesselte Spiel, ob denn nun der König Xerxes oder dessen Bruder Arsamenes die schöne Romilda kriegt. Die feine Charakterisierung und die subtile Ironie der Musik nahmen darüber freilich Schaden, auch wenn ein so versierter Dirigent wie Charles Mackerras am Pult stand, der, mit Noël Davies, die Partitur neu edierte.

Das Bühnenbild siedelt das Geschehen in einem zeitlosen Palastgarten an, der gelegentlich den Blick auf ein Mini-Persepolis freigibt. Eine Szene spielt in einem Kaktus-Garten, eine andere in einem modern anmutenden Café. Eine gigantische Statue à l'assyrienne, halb Mensch, halb Tier, und ein gewaltiges, illuminiertes Ei schieben sich auf die Bühne. Daneben moderne Liegestühle. Alles Beispiele einer szenischen Phantasie, die ein dankbar mitgehendes Publikum in heitere Spiellaune versetzte.

Die für einen Sopran-Kastraten geschriebene Titelpartie wurde von Ann Murray mit dramatischer Intensität gesungen. Daß man ihr den mächtigen Perserkönig nicht abnahm, fiel bei dieser auf heitere Verfremdung angelegten Inszenierung nicht ins Gewicht. Valerie Masterson als Romilda war der Liebling des Abends. Xerxes' Nebenbuhler Arsamenes war mit dem Countertenor Christopher Robson kontrastreich besetzt.

Ähnlich wie Covent Garden zuvor seinen „Samson" hatte auch die Nationaloper ihren „Xerxes" nicht in unsere Zeit verpflanzt, sondern sich, leicht historisierend, um die Wiederbelebung des Barockgeistes bemüht.

SIEGFRIED HELM

Renner der Saison in Israel: Ein Studentenkabarett

Wer kauft die Mutter?

Es ist wirklich eine Geschichte wie aus dem Märchenbuch: Zwei unbekannte junge Männer schreiben ein Stück für den „Tag der Studenten" an der Universität von Tel Aviv, und unversehens wird es zum Renner der Saison. Man könnte es eine komische Satire nennen oder eine satirische Komödie oder auch eine Parodie der Parodie. Tatsächlich handelt es sich bei dem Stück um aneinandergereihte Sketche, in denen die augenblickliche Situation in Israel aufs Korn genommen wird. Titel des Erfolges: „Sie waren alle meine Söhne außer Naomi oder Die Küsten der Schweiz".

Es ist ein rasantes Stück, voll von witzigen Gags und manchmal auch vulgär. Es läuft stets vor ausverkauftem Haus, ob in den Großstädten – Jerusalem, Tel Aviv, Haifa, Bersheba – oder in den Kibbuzim. Zehn talentierte Mimen, ausnahmslos Studenten einer Schauspielschule, springen, singen, schreien aufgeregt durcheinander, wobei sie sämtliche heiligen Kühe des Landes schlachten und Hiebe gleichermaßen nach rechts und links austeilen.

Da gibt es ein energiegeladenes Stehaufmännchen, einen Ehrgeizling, der seine Mutter verkaufen würde, um Premierminister zu werden. Ihm gegenüber steht der lähmend umständliche Redner der Linken. Zu ihnen gesellt sich der neurotische Bühnenautor, der prompt in die Handlung eingreift, wenn seine Figuren allzusehr vom Text abweichen wollen. Einen Plot gibt es nicht, und die äußerst vertrackte Handlung spielt ohnehin keine Rolle. Es sind die Charaktere, die das Rückgrat des Spiels bilden und für schallendes Gelächter sorgen.

Begonnen hat alles mit der Bitte an zwei Studenten von der Universität in Tel Aviv, „etwas Satirisches" für ihre Studentenvereinigung zu schreiben. „Als wir damit anfingen, glaubten wir nicht im Traum daran, daß daraus etwas werden könnte", bekannten die jungen Autoren einmütig. „Es war ein Schuß ins Blaue, aber er traf haargenau ins Schwarze." Sie schickten das Manuskript an Mickey Gurevitch, den Leiter des israelischen Nationaltheates Habimah. Drei Tage später bereits antwortete Gurevitch, er wolle das Stück auf die Bühne bringen. Nach der erfolgreichen Premiere an der Universität von Tel Aviv und den jubilierenden Rezensionen wurde das Stück im letzten Sommer in das Programm des „Israel Festival" aufgenommen.

„Mit einem solchen Erfolg hatten wir überhaupt nicht gerechnet", erklärten Jonny Lahav (26), Student der Literatur und Philosophie, Daniel Lapin (24), der Philologie und Theaterwissenschaft studiert, und der 26jährige Armenier Zara Vartanian, der später zu der Gruppe gestoßen ist. „Dem Publikum hat's eben gefallen", fügten sie bescheiden hinzu.

Zur Zeit arbeiten sie an einem neuen Stück. Es trägt den vorläufigen Titel „Das Haus in der Shenkinstraße". Es soll immerhin im Habimah-Theater uraufgeführt werden. Die Proben für dieses neue Werk beginnen in diesem Monat. Es geht darin um die Bewohner eines Häuserblocks, der zum unabhängigen Staat erklärt werden soll. Das hört sich ganz so an, als ob damit der nächste Renner der Saison schon programmiert ist.

LILI EYLON



Szene aus dem israelischen Stück „Sie waren alle meine Söhne außer Naomi oder Die Küsten der Schweiz" FOTO: JAACOV AGOR

Die Wirklichkeit der Worte – Der neue „Kontinent"

Wie Piter gerettet wurde

„Grenzen haben wir dem Wort errichtet", schrieb Nikolaj Gumiljow 1921 in seinem Gedicht „Das Wort". Wenig später wurde der Dichter, der diese Grenzen des Wortes und der Literatur nie akzeptierte, von den Bolschewiki verhaftet und als „Konterrevolutionär" erschossen. An seinem Schicksal bestätigte sich erneut, daß die Revolutionen zwar durch das grenzenlose Wort ausgelöst, aber mit dem Gewehr besiegelt werden. Dem Gewehr, das die Wortgewaltigen in der Hoffnung exekutiert, damit allen weiteren Revolutionen ein Ende setzen zu können.

Gumiljows Gedicht findet sich in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Kontinent", die unausgesprochen unter dem Motto „Von der Wirklichkeit der Worte" steht. Jossif Brodskij exemplifiziert das in einem faszinierenden Essay über „die abstrakteste und ausgedachteste Stadt der Welt", die drei Namen trägt und von ihren Bewohnern doch meist kumpelhaft „Piter" genannt wird. Dieses St. Petersburg/Petrograd/Leningrad ist – will man Brodskij folgen – eine Stadt, die lebt, „solange die russische Sprache lebt".

Puschkin hat ihr im „Ehernen Reiter" ein Denkmal gesetzt, Dostojewskij kommt in seinen Romanen nicht von ihr los, Gumiljow und Mandelstam haben ihr Verse gewidmet, deren Übersetzungen nur einen Abglanz von ihrer Schönheit vermitteln, so wie auch Leningrad nur noch einen Abglanz von der Schönheit St. Petersburgs vermittelt. Und doch, meint Brodskij, verdient „der Genosse Lenin seine Monumente", weil das nationale Unglück, das seine Ankunft in Petrograd einleitete, zugleich für die Stadt eine Rettung war, „denn damit brach die Bautätigkeit ... vollständig ab. Die Stadt erstarrte gleichsam in stummer Verblüffung über die aufziehende Epoche." Doch Stummheit war nicht Wortlosigkeit. Jossif Brodskij, der Leningrader vom Jahrgang 1940, führt das geistreich und mit einem Sarkasmus vor, der von der Trauer über die gestohlene Heimat geprägt ist. Sein Essay ist zugleich ein Beweis für die Ohnmacht und die Kraft der Literatur.

„Wenn die Literatur zum Gegenstand der politischen Verfolgung wurde, dann nur deswegen, weil Institutionen existieren, die nur mit Hilfe der Banalität herrschen können. Als ob jede Störung der banalen Sprache notwendigerweise die Erneuerung freien gesellschaftlichen Lebens und also das Ende ihrer Macht bedeuten würde." Das schreibt Václav Bělohradský über die tschechische Literatur und die Herrscher auf dem Hradschin. Was er in seiner Abhandlung über „Literatur als Kritik des banalen Bösen" feststellt, gilt nicht nur für sein Land und nicht nur für die Literatur.

German Andrejew belegt das mit der Untersuchung „Was für ein Rußland zerstörten die Bolschewiki?" im gleichen „Kontinent"-Heft. Es ist eine Faktensammlung, die die Mär vom rückständigen vorrevolutionären Rußland widerlegt und zugleich eine Auseinandersetzung mit der sowjetischen Geschichtsschreibung. Andrejew zitiert gleich zu Anfang den Agitpropleiter Pospelow, der 1962 bei einer Beratung den sowjetischen Historikern kategorisch erklärte: „Einige Genossen haben die Frage aufgeworfen, ob man Historikern freien Zugang zu allen unveröffentlichten Dokumenten und Archiven der Partei gestatten sollte. Dies ist nicht zulässig. Parteidokumente sind kein Erbteil dieses oder jenes Forschers, nicht einmal des Instituts für Marxismus-Leninismus, sondern unserer Partei, und nur das Zentralkomitee kann darüber verfügen." Wie das ZK darüber verfügt und wo dabei die Wahrheit bleibt, ist bekannt.

Doch Andrejew hält sich nicht an dieses Diktum. Und so entsteht ein völlig anderes Bild der zaristischen Zeit. Man erfährt von der umfangreichen Industrieproduktion, die erst durch den Roten Oktober auf Null gebracht wurde, von den Gefangenen und Verbannten (1910 saßen insgesamt 177 017 Menschen im Gefängnis und 1908 werden 10 000, 1909 ganze 3000 verbannt) und von dem Agrarüberschußland Rußland – oder wie Brodskij von Petersburg/Leningrad schreibt: „Das Wasser im Hafen schwappte über vor Schiffen, die den russischen Weizen ausführten, genau wie es heute überschwappt vor Schiffen, die Weizen nach Rußland einführen."

PETER DITTMAR

Wie man den Weinpanschern doch noch auf die Schliche gekommen ist

JOACHIM NEANDER, Mainz

Kaum sind vor dem Mainzer Landgericht in einem der größten Weinpanscherprozesse der Geschichte die beiden Weinhändler-Brüder Heinz-Günter und Gerd Schmitt aus Longuich an der Mosel zu drastischen Strafen (fünf und vier Jahre Freiheitsentzug) verurteilt worden, ist beim selben Gericht schon wieder eine Anklageschrift fertig. Diesmal geht es um einen Weinhändler aus Engelstadt (zwischen Mainz und Bad Kreuznach) und einen seiner Mitarbeiter.

Die verfälschten Weinmengen – über 18 Millionen Liter im ersten, über 11 Millionen im zweiten Verfahren laut Anklage – umfassen zusammen etwa drei Prozent einer normalen Jahresernte an deutschem Wein. Ist Pantscherei ein Massendelikt? Sind Panik oder Kaufzurückhaltung am Platz?

Die beiden Verfahren signalisieren nicht etwa den Beginn eines neuen Weinskandals. Sie zählen vielmehr zu den letzten großen Brocken eines Bergs von über 2600 kleinen und großen Strafverfahren, mit denen die neu etablierte und zu intimster Sachkenntnis gelangte spezielle Weinstrafkammer beim Mainzer Landgericht mit neuen Ermittlungs- und Beweisführungsmethoden den in dieser Breite neuen Versuch gemacht hat, die Pansch-Sünden der letzten 15 Jahre aufzuarbeiten.

Der Laie stellt sich bei 30 Millionen Liter verfälschten Weins zunächst ein Heer empört-betrogener Käufer vor, die die Panscherei entweder beim Trinken selbst bemerkt oder später durch Analysen haben feststellen lassen. Doch davon ist nicht die Rede.

Der weitaus größte Teil der (mit Flüssig- oder Kristallzucker, Wasser oder Auslandswein) verfälschten Weine hat erstens unbeanstandet die amtliche Qualitätsweinprüfung passiert und ist zweitens längst getrunken worden – von Leuten, die nicht protestiert haben.

Auf die Spur gekommen ist man den Panschern auf ganz neue Art, durch schlagartige Aktionen, mit denen der Nachweis gelang, daß etwa Zuckerlieferungen, Kellerbuchführung und verkaufte Weinmengen nicht miteinander in Einklang zu bringen waren.

Im Fall der Brüder Schmitt hat man die gelieferte Zuckermenge einfach auf die verkaufte Weinmenge umgerechnet, davon 20 Prozent für den Anteil der laut Gesetz in Grenzen erlaubten Alkoholanreicherung von Qualitätsweinen und Tafelweinen abgezogen und daraus messerscharf gefolgert, daß der ganze Rest illegal benutzt worden sein muß – vor allem zur streng verbotenen „Hochzuckerung" einfacher Weine zu viel einträglicheren Spät- und Auslesen, ja sogar Trockenbeerenauslesen.

Da inzwischen sogar das Bundesverfassungsgericht diese auf andere Lebensbereiche sicher nicht ohne weiteres übertragbare Beweisführungsmethode als Rechtens anerkannt hat, laufen die Mainzer Prozesse jetzt relativ rasch. Die Brüder Schmitt legten Pauschalgeständnisse ab. Selbst vor Gericht brauchte kein einziger betrogener Weinfreund als Zeuge auszusagen.

Massenhafte Weinpanscherei hat (nicht nur in Deutschland) mit teilweise unzureichenden Erzeugerpreisen, Überproduktion, mit der sprunghaften Konsumentwicklung und mit Trinkmoden zu tun. Der sogenannte Flüssigzuckerskandal in den 70er Jahren entstand, als nach Einführung des neuen Weingesetzes mit ihrer Herausstellung vor allem der Spätlesen und Auslesen des Ausnahmejahrgangs 1971 im Jahre 1974 plötzlich lange nicht soviel Prädikatsweine vorhanden waren, wie die Kundschaft verlangte. Also wurden sie im Keller „gemacht".

Der sogenannte „Germanisierungsskandal" um 1980 entstand, als drei aufeinanderfolgende mengenmäßig geringe Ernten Kellereien und Winzer plötzlich vor das Problem stellte, die mühsam speziell im Ausland errungenen Marktanteile für deutschen Wein nicht mehr durch Lieferungen ausfüllen zu können.

Es gibt Mosellagen, die in den letzten Jahren ein solcher Verkaufsschlager in den USA geworden sind, daß die Nachfrage auch mit Preiserhöhungen nicht zu bremsen war. Die Versuchung lag auf der Hand: Billiger Auslandswein (vor allem aus Italien) aber auch Leitungswasser mußten herhalten.

Kontrollen sind bei Wein trotz enorm verbesserter Methoden schwieriger als beispielsweise bei Bier. Wein ist ein Naturprodukt. Das feinste Instrument scheint immer noch die Zunge des Kenners. Deshalb sind gerade die Weinkenner gegenüber den Panscherprozessen eher skeptisch. Emile Peynaud, einer der großen französischen Wein-Päpste, meint sogar: „Jeder trinkt den Wein, den er verdient."

Das heißt: Wer gepanschten Wein trinkt und gut findet, ist nicht mehr oder weniger betrogen als der, der einen Spitzenwein trinkt, ohne seinen Geschmacksreichtum und seine Qualität erkennen und ermessen zu können. Oder noch deutlicher: Weinbanausen sind selber schuld.

Ein Rechtsstaat kann sich natürlich auf so eine Weisheit nicht einlassen. Die drakonischen Strafen der letzten Zeit, meint der unnachsichtige Mainzer Oberstaatsanwalt Hempler denn auch, hätten entscheidend dazu beigetragen, daß allmählich wieder Rechtsbewußtsein und Wettbewerbsgleichheit bei den Winzern Einzug halten.

Schnee und Eis: Der Winter ist zurückgekehrt

dpa, Hamburg

Der Winter denkt offenbar noch nicht an seinen Abschied: Zehn Tage vor Frühlingsbeginn hat er sich in weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland mit nächtlichem Frost und nur wenig über null Grad liegenden Tagestemperaturen wieder in Erinnerung gebracht. Gestern morgen war im Norden sogar alles wieder weiß. Stundenlange Schneefälle machten den Autofahrern erneut zu schaffen. Bei zahlreichen Verkehrsunfällen in Schleswig-Holstein kam ein Autofahrer bei einem Zusammenstoß mit einem Lastwagen auf eisglatter Fahrbahn im Kreis Stormarn ums Leben. Der Wind drückte erneut Treibeis gegen die Ostseeküste, wo sich von der Flensburger Außenförde bis in die Nähe von Kiel ein sechs Kilometer breiter Eisgürtel gebildet hat. Auch in den Alpen waren am Wochenende teilweise bereits mehr als zehn Zentimeter Schnee gefallen.

Scholz trat Haftstrafe an

dpa, Berlin

Der wegen fahrlässiger Tötung seiner Ehefrau verurteilte ehemalige Box-Europameister Gustav „Bubi" Scholz (54) trat gestern nachmittag seine dreijährige Haftstrafe an. Nach Angaben der Justizpressestelle meldete er sich um 14.45 Uhr in der Untersuchungshaftanstalt Moabit. Scholz war nach Verkündung des Urteils am 1. Februar gegen eine Kaution von 250 000 Mark vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Seine halbjährige Untersuchungshaft wurde ihm auf die Freiheitsstrafe angerechnet.

Sichergestellt

SAD, London

Scotland Yard hat insgesamt 61 Millionen Mark aus der Beute des größten Goldraubs der britischen Kriminalgeschichte sicherstellen können. Bei dem Überfall auf das Depot einer Werttransportfirma am Londoner Flughafen Heathrow waren im November 1983 etwa 6800 Goldbarren im Wert von mehr als 100 Millionen Mark geraubt worden. Bei Razzien fiel der Polizei und den britischen Zoll aus dem Raubüberfall stammendes Gold in die Hände. Auf den Konten mehrerer Tatverdächtiger konnte Geld aus dem Verkauf von eingeschmolzenen und wieder auf den Markt gebrachten Barren eingefroren werden.

„Charly" will nichts sagen

dpa, Flensburg

Nur 15 Minuten dauerte gestern in Flensburg der erste Verhandlungstag im „Hell's Angels Prozeß" gegen den Amerikaner Charles Francis Haas („Charly"). Der 37jährige muß sich vor Gericht unter anderem wegen Körperverletzung mit Todesfolge verantworten. Er soll vor fünf Jahren bei einem Überfall auf ein Lokal auf Sylt beteiligt gewesen sein. Damals wurde der Geschäftsführer des Lokals ermordet und ein Kellner durch 16 Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Da „Charly" eisern schwieg, wurde die Verhandlung bis zum kommenden Freitag unterbrochen.

Geisel frei

dpa, Reggio Calabria

Der 77jährige Unternehmer Pietro Castagna aus Turin, Besitzer zahlreicher Restaurants und Läden, ist nach 14monatiger Geiselhaft wieder frei. Seine Entführer entließen ihn Sonntag abend in der Nähe von Reggio Calabria aus der Gefangenschaft. Für seine Freilassung zahlten die Angehörigen dem Vernehmen nach rund zwei Millionen Mark.

Ex-Bankchef angeklagt

dpa, Dortmund/Bochum

Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Dortmund hat gegen den früheren Direktor der Hammer Bank, Paul Schulte, Anklage wegen Untreue und fortgesetzter Urkundenfälschung erhoben. Schulte wird vorgeworfen, durch Täuschung des Aufsichtsrats mehr als eine Millionen Mark, die der Bank zustanden, privat vereinnahmt und sich Zinsvorteile von mehreren 100 000 Mark verschafft zu haben.

Brückenbauer zwischen verschiedenen Welten

Türken als Ansprechpartner bei der Hamburger Polizei

GISELA KRANEFUSS, Hamburg

Vor zwei Jahren startete Alfons Pawelczyk, damals Innensenator und heute zweiter Bürgermeister, in vier Hamburger Polizeirevieren, in denen viele Türken leben, einen Modellversuch, der bis heute einmalig in der Bundesrepublik Deutschland ist: Er setzte Türken mit guten deutschen Sprachkenntnissen als „Brückenbauer" zwischen ihren Landsleuten und der Polizei ein. Sie sollten die in ihrer Heimat bestehenden Barrieren zwischen Ordnungshütern und Bevölkerung bei uns abbauen helfen und um Vertrauen werben, indem sie ihre Hilfe anbieten.

„Burada Tasdemir Argüder Bey Ile Konusabilirsiniz", steht auf einem Schild im Polizeirevier 16. Das heißt: „Hier können Sie mit Tasdemir Argüder sprechen". Der 52jährige ehemalige Fernmeldetechniker aus Ankara lebt seit 21 Jahren an der Elbe und ist mit einer Deutschen verheiratet. Im Polizeirevier Altona ist der 26jährige Nusret Sözen sein Vertrauensmann, in den Stadtteilen Wilhelmsburg und Billstedt sind es Ihsan Atacan und Göksel Terim. Alle vier sind Angestellte des öffentlichen Dienstes, für 50 000 Türken in der Hansestadt beratend zuständig.

Revierführer Dietrich Chelard erklärt: „Anfangs gab es Vorurteile vor allem bei Beamten, die mit Türken in unangenehmen Situationen konfrontiert waren. Heute ist zwischen uns und den türkischen Mitarbeitern eine Vertrauensbasis geschaffen. Täglich kommen etwa 12 bis 15 junge Türken zu uns, selten einmal eine Frau. Sie bitten Argüder um Hilfe bei Problemen in der Schule, am Arbeitsplatz, mit Behörden oder in der Familie."

Die vier „Brückenbauer" haben sich vor ihrem Einsatz bei ihren Landsleuten in Lokalen, Geschäften und auf der Straße bekannt gemacht. Sie sind neutrale Ansprechpartner, erklären, was hier anders als zu Hause ist, und vermitteln umgekehrt den deutschen Beamten ethnologische, religiöse und kulturelle Verhaltensweisen der Türken.

Tasdemir Argüder weiß um die Mentalität seiner Mitbürger, und daß man in einer türkischen Familie niemals die Frau zuerst begrüßt. Der älteste Sohn, und wenn er auch erst 12 Jahre ist, hat mehr zu sagen als die Mutter. Auch wird ein junger Türke niemals in Gegenwart seiner Schwester eine begangene Straftat zugeben, weil das die Familienehre verletzen würde. Wer gegen sie verstößt, hat weniger die Polizei zu fürchten als die Verwandten. Ein Vater schickte seinen zwölfjährigen Sohn zu den Großeltern in die Türkei zurück, weil er Haushaltsgeld der Eltern am „einarmigen Banditen" verspielt hatte. „Da konnte ich auch nicht mehr vermitteln", bedauert Argüder.

Die vier türkischen Mitarbeiter, die auch Schreibarbeiten eingesetzt werden, sind keine vereidigten Dolmetscher und werden nicht zu polizeilichen Vernehmungen geholt. Der Papierkrieg holt aber auch sie ein: Argüder muß über jeden Fall einen Bericht für die Kripo oder das Jugendamt schreiben, wenn es um Probleme von Jugendlichen geht. Reviertührer Chelard betont: „Wir brauchen die türkischen Mitarbeiter nicht am Tatort, sondern im Alltag; dort gab es wegen der Sprachbarrieren viele Mißverständnisse, die jetzt aus dem Wege geräumt werden können."

Ein Ingenieur für Wärmetechnik in der Provinz Jiangxi narrte Kollegen, Vorgesetzte und die Partei



Sogar in ungewohnter Umgebung und mit Schlitzaugen unverkennbar: Heinz Rühmann als „Hauptmann von Köpenick". Der Film – das Foto zeigt die Ankündigung eines Pekinger Kinos – war auch in China ein Renner. Nur zu gut verstanden die Chinesen den Versuch des Schusters Voigt, den bornierten Untertanengeist mit seinen eigenen Waffen zu schlagen.

FOTO: GYULA TREBITSCH

Chinas Köpenick braucht keine Uniform

Seit der Film „Der Hauptmann von Köpenick" in China lief, hat es an wahren und literarischen Nachbildern nicht gemangelt. Den chinesischen Nachahmern fehlt es zwar an militärischem Rang; vor einem angeblichen Doktor und seinen wissenschaftlichen Erfolgen aber stand eine Provinz und – es hätte wenig gefehlt – sogar das ganze Land stramm, berichtete nun das einflußreiche Pekinger Wochenmagazin „Liaowang" und sprach von der „Betrugsposse des Doktor Gong".

Der etwa 50jährige Ingenieur für Wärmetechnik, Gong Liangjing, konnte sich dabei für 18 Monate die neue Wissenschaftsgläubigkeit und das schlechte Gewissen Chinas gegenüber seiner jahrzehntelang verfolgten Intelligenz zunutze machen, bevor er im Dezember 1984 zerknirscht eingestehen mußte, „es war aber auch alles erlogen".

Im Juni 1983 hatte Gong, damals gerade in Peking, mit einem Anruf seine Fabrik für Bergwerksmaschinen in der entlegenen Provinz Jiangxi informiert, daß seine Abhandlung über die „Technik zur Oberflächenwärmebehandlung" von der internationalen Fachzeitschrift „SMP" veröffentlicht worden sei. Der Aufsatz hätte Aufsehen erregt. Daher habe ihn die SMP-Gesellschaft zu ihrer Jahresversammlung nach New York eingeladen. Mehr mußte Gong für seinen ersten Akt nicht tun.

Während er nun vergnüglich einen Monat abwartete, konnte er damit rechnen, daß sich seine „Karriere" in der Fabrik herumsprechen würde. Die einen wollten natürlich schon immer gewußt haben, welch bisher unbekanntes Talent sich in ihren Reihen verborgen halte, die Skeptiker brachte ein Bericht in der Lokalzeitung zum Verstummen, die das Gerücht zur Nachricht machte.

Der zweite Akt bestand aus einem Brief. Im Juli schrieb Gong an einen Bekannten im Gewerkschaftsbüro des Bezirks, er sei gerade aus New York zurück. Der verbreitete die „Sensation" weiter. Als der Weitgereiste dann heimkehrte, wurde er von der Presse schon erwartet.

In seinem Zimmer fabulierte der sich inzwischen Doktor nennende Gong detailfreudig über seine „New Yorker Reise": Im Konferenzsaal des „Omega"-Zentrums der „SMP" habe er vor 900 Koryphäen auf dem Gebiet der Wärmetechnik aus 68 Ländern seine Abhandlung verteidigt. Bei der Abstimmung sei ihm mit 30 200 Punkten eine „internationale Goldmedaille" zuerkannt worden. Als Beweis präsentierte er eine Medaille.

Die Presse hatte ihren Star. Innerhalb weniger Monate verbreitete sich die Mär eines „zum Ruhm der Vaterlandes" international gewürdigten Wissenschaftlers. Allein im Juli 1984, zählte die „Liaowang" fassungslos nach, erreichten Gong mehr als 1100 Briefe und Glückwunschtelegramme aus dem ganzen Land.

Natürlich wollten Provinzregierung und Partei nicht hintanstehen. Pekings Forderung, Wissenschaftler zu fördern, fand in Gong den Adressaten des Zeitgeistes. Ihm wurde alsbald eine Dreizimmerwohnung mit Empfangsraum zugeteilt. Er stieg unaufhaltsam auf, zum Vizedirektor der Abteilung Wissenschaft, zum Vorstandsmitglied der Gesellschaft Wärmetechnik, zum Stadtdeputierten. Die Ämter häuften sich. Auch die Partei nahm ihn auf.

Bald schon hieß es, er beherrsche das Englische, Japanische, Deutsche und Russische. Mehr als 20 Buchübersetzungen und Eigenveröffentlichungen könne er vorweisen und ebenso viele Pseudonyme, unter denen er sie – wohl aus natürlicher Bescheidenheit – verfaßt hatte. Dem Staat hätten seine technischen Vorschläge Millionen eingebracht. Selbst mit medizinischen Veröffentlichungen sei er schon erfolgreich hervorgetreten. 400 Gelähmte und mehr als 100 Taubstumme verdankten ihm ihre Heilung. So beschloß eine Fabrik nach der anderen, „von Gong zu lernen".

Auch die Provinzführung entschied, von einem solchen Mann müsse das ganze Land wissen und lernen. Kurz bevor sie die entsprechenden Beschlüsse auf die Wege leiten wollte, kam schlechte Nachricht per Post. Weder sei Gong, wie gemeldet, 1957 auf die Universität gekommen noch ein Modellheld gewesen, hieß es in Leserbriefen zu dem Presserummel, sondern Arbeiter einer Papierfabrik und wiederholt wegen „Hochstapelei" bestraft worden. Ein Bild Gongs mit seiner in englischer Sprache übersetzten prämierten Abhandlung zeige ihn doch nur mit einer Pekinger Propagandabroschüre zur Wirtschaftsentwicklung, wunderte sich ein anderer Sprachkundiger.

Während Gong sich noch auf Konferenzen loben ließ, stornierte die Provinzführung eiligst ihren Beschluß zur landesweiten Lernkampagne und setzte erstmal eine Kommission ein, die bis nach Peking und Shanghai hin recherchierte. Ihre Ergebnisse waren entmutigend. Weder gab es eine „SMP" noch war er in New York gewesen. Der „Held" gestand alles. Geholfen hätten ihm nur ein paar Leute aus der Schreibstube, einige Schriftstücke anzufertigen. Mehr hätte er nicht benötigt.

Diesmal war die Partei die erste. Sie schloß Gong aus, und dann verlor er auch noch alle anderen Ämter. Schuld im Fall Gong, der im letzten Akt der Geschichte nun vor Gericht steht, komme vielen zu, kommentierte die Zeitschrift „Liaowang", besonders den leichtgläubigen Medien: „Der Glaubwürdigkeit der sozialistischen Presse ist großer Schaden entstanden."

LEUTE HEUTE

Liebhaberstück

Daß manche Leute garantiert von Winston Churchill zerkaute Zigarrenstummel sammeln und dafür sogar ein paar Hundertmarkscheine bei Auktionen auf den Tisch legen, dürfte noch als „typisch britisch" durchgehen. Ungewöhnlicher ist schon, daß inzwischen selbst **Margaret Thatchers** Badewanne zu einem sammelwürdigen Liebhaberstück geworden ist. Das mußte die **Gräfin de la Berandiere**, neue Besitzerin des unlängst für 1,4 Millionen Mark verkauften Privathauses an der Flood Street im Londoner Stadtviertel Chelsea, feststellen. Bauarbeiter, die das Gebäude renovierten, hatten die aus den 50er Jahren stammende Wanne in den Vorgarten des Hauses gestellt und pinselten mit roter Farbe auf das Sanitärmöbel: „Maggies Badewanne zu verkaufen – 200 Pfund oder nächstliegendes Gebot". Noch in derselben Nacht verschwand das „kostbare Stück".

Gut bewacht

Jetzt kann sie wieder unbesorgt mit ihrem knapp 5jährigen Sohn durch die Straßen Roms gehen: Sie hat sich einen „Gorilla" als Beschützer gewählt, der die beiden auf Schritt und Tritt begleitet und auch mit in ihre Wohnung gezogen ist. Denn **Ursula Andress** (49) fürchtet Macht und Einfluß der Familie ihres von ihr getrennt lebenden Mannes **Harry Hamlin**. Der bekannte Nuklearforscher will seinen Sohn **Dimitri** zu sich holen. Ein 34jähriger griechischer Schauspieler, den Ursula bei einem Aufenthalt in Athen kennenlernte, soll das verhindern. In eingeweihten Kreisen spricht man allerdings davon, daß das Herz der Diva für ihren „Gorilla" **Mario Natokis** entflammt sei.

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Die nach Deutschland eingeflossene Polarluft gelangt vorübergehend unter Hochdruckeinfluß und führt zu einer vorübergehenden Wetterberuhigung.



Vorhersage für Dienstag:

Im Alpenvorland bedeckt und anfangs noch Schneefall, sonst meist stark bewölkt, aber kaum noch Niederschlag. Temperaturen 1 bis 4 Grad. Nachts Frost zwischen minus 2 und minus 5 Grad. In Norddeutschland zum Teil Frühnebel. Sonst wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen zwischen 5 und 8 Grad, nachts 0 bis minus 3 Grad.

Weitere Aussichten:

Eintrübung und nachfolgend Niederschläge, im Bergland Schneefall.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	20°
Bonn	4°	Kopenh.	3°
Dresden	3°	Las Palmas	18°
Essen	3°	London	7°
Frankfurt	2°	Madrid	11°
Hamburg	1°	Mailand	7°
List/Sylt	3°	Mallorca	12°
München	0°	Moskau	-5°
Stuttgart	3°	Nizza	12°
Algier	11°	Oslo	-1°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	10°	Prag	1°
Barcelona	12°	Rom	8°
Brüssel	6°	Stockholm	2°
Budapest	3°	Tel Aviv	20°
Bukarest	-3°	Tunis	14°
Helsinki	2°	Wien	0°
Istanbul	6°	Zürich	4°

Sonnenaufgang am **Mittwoch**: 6.41 Uhr, Untergang: 18.23 Uhr; **Mondaufgang**: 2.08 Uhr, Untergang: 9.39 Uhr *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Englische Spione im Dienst französischer Puristen

SIEGFRIED HELM, London

Viele Franzosen würden den Angelsachsen bekanntlich gar zu gern den Krieg erklären – den „Krieg der Wörter", den der Gegner ganz ohne formelle Kriegserklärung als regelrechten „Zermürbungskrieg" angezettelt hat. Voller Ingrimm müssen französische Sprachpuristen von Rückzugsgefechten an allen Fronten hören und erleben, wie Landsleute ganz ungeniert mit dem Feind fraternisieren. Damit das Französische als Weltsprache wegen Überfremdung nicht zur Kapitulation gezwungen wird, haben Franzosen hinter den feindlichen Linien jetzt „Agenten" angeworben.

Die Spionage-Zentrale befindet sich im Herzen des „perfiden Albion", mitten in London, im Goldsmith-College der Universität. Schon wurde ein Team von 55 Spionen rekrutiert. Ihr Einsatzleiter ist Dozent für Romanistik und heißt Colin Boswell. Die WELT sprach mit ihm zwischen zwei Vorlesungen.

„Wir haben zugestimmt", verriet er, „das erste offizielle ‚Observatoire du Français Contemporain' in der angelsächsischen Welt zu werden. Die Franzosen sind an uns herangetreten, und wir haben uns vertraglich zu regelmäßiger Informationslieferung verpflichtet." Ein Horchposten also.

Die Pariser Auftraggeber im „Institut National de la Langue Française" sind darauf gekommen, daß Franzosen von dem linguistischen Bazillus des Gegners bereits in einem Grade infiziert sind, daß die Sicherheit ihres Sprachgefühls unterminiert ist. Sie trauen Auge und Ohr nicht mehr. Sie bauen darauf, daß der Gegner mit Englisch als Muttersprache in vielen Fällen einen besseren Sensus für Anglizismen im Französischen hat.

Dr. Boswell: „Man braucht nur eine französische Zeitung aufzuschlagen. In jeder Nummer finden sich mindestens fünf Wörter, die in keinem französischen Wörterbuch verzeichnet sind. Unsere Arbeitsgruppen durchforsten alle möglichen Publikationen nach Wörtern, die in einem mit dem Pariser Institut vereinbarten Kanon französischer Nachschlagewerke nicht aufgeführt sind."

Die Sprachspione des Goldsmith-College wurden in einem Zeitschriftenartikel zitiert über Drogensucht fündig und notierten: „le dealer", „le sniffer", „clean". Offenkundige Beispiele für Franglais. Fundgruben sind vor allem Sport, Computer-Technologie und die Rockszene der Teenager. So fand sich in einem einschlägigen Magazin die Information, „Susan et ses boys" hätten ihren „ancien drummer" verloren. Noch in den dreißiger Jahren listete eine Studie 5000 Gallizismen im Englischen und 3000 Anglizismen im Französischen auf. Das Verhältnis hat sich längst umgekehrt.

Die englischen Agenten lieferten Frankreichs Puristen Munition für ihre Kampagne wider die Sprachverhunzer, als sie den Finger auf den Ausdruck „squatter une maison" legten, mit Befremden auf das neufranzösische „le sponsoring" reagierten und bei „Snowboard" hellhörig wurden.

Daß die Académie Française und die auf Sprachreinheit als Mittel zur Bewahrung der nationalen Identität bedachte Regierung im Falle „le sandwich" machtlos sind und auch „le bestseller" nicht mehr aus dem Sattel heben können, bezweifelt niemand mehr. Nicht mal auf einen de Gaulle hörte man, als der sich für „oléoduc" anstelle des englischen „pipeline" stark machte.

Boswell und seine Spione senden ihre Ausbeute regelmäßig nach Paris, wo auch die Informationen anderer Horchposten eingehen, aus Frankreich und dem Ausland, so aus Lissabon und Turin. Boswell: „Als Bausteine einer großangelegten Bestandsaufnahme des Wandels der französischen Gegenwartssprache".

Der sozialistische Block der französischen Nationalversammlung hat erst in diesen Tagen eine Gesetzesvorlage zur Verschärfung des Verbots von Anglizismen in Radio und Fernsehen und in der Werbung eingebracht. Die bestehenden, 1975 verabschiedeten Gesetze sind den Sozialisten zu zahm, obwohl allein im letzten Jahr etwa 200 Firmen und Bürger als „Sprachverhunzer" zu Geldbußen verurteilt wurden, die bis 600 Franc reichen können.

Der Vorstoß der linken Sprachpuristen zielt auf ein Verbot auch von Warenzeichen, Firmennamen und Ladennamen ab, sofern sie fremdes Sprachgut erkennen lassen. Nur dann, wenn es für ausländische Produkte tatsächlich kein französisches Pendant gibt, wird Pardon gegeben – wie etwa bei Whisky, Paella oder Wodka. Das Allerwelts-Wort Computer dagegen ist verpönt. Der heißt in Frankreich Appareil Gros-Porteur.

ZU GUTER LETZT

„Montezumas Rache: auch Jogging Mexicana' genannter Laufsport unerfahrener Touristen zwischen Tisch, Bett und Busch (open air competition) oder WC (indoor competition)" – Aufgeschnappt auf der ITB.